

Biodiversitätsverlust, Klimawandel und Covid-19-Pandemie

Zum Verhältnis bestehender Krisenlagen

Lars Berger, Hans-Werner Frohn
und Christiane Schell (Hrsg.)

BfN-Schriften

641

2022



Biodiversitätsverlust, Klimawandel und Covid-19-Pandemie

Zum Verhältnis bestehender Krisenlagen

**Herausgegeben von
Lars Berger
Hans-Werner Frohn
Christiane Schell**



Bundesamt für
Naturschutz

Titelbild: Bonner Gespräche zu Naturschutz und dem Verhältnis bestehender Krisenlagen (F. Schillaci)
„Symptome verschiedener Krisen unserer Zeit stören unsere Beziehungen untereinander und zu der uns umgebenden Natur, deren Teil wir sind.
Die Störung der Beziehungen ist zentral.“ (F. Schillaci)

Adressen der Herausgeberin und der Herausgeber:

Dr. Lars Berger Bundesamt für Naturschutz
Dr. Christiane Schell Abt. I 2 „Grundsatzangelegenheiten, Integrativer Naturschutz
und nachhaltige Nutzung“
Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
E-Mail: lars.berger@bfn.de

Dr. Hans-Werner Frohn Stiftung Naturschutzgeschichte
Drachenfelsstraße 118, 53639 Königswinter
E-Mail: frohn@naturschutzgeschichte.de

Fachbetreuung im BfN:

Dr. Lars Berger Fachgebiet I 2.2 „Naturschutz und Gesellschaft“

Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (FKZ: 3518 89 0700).

Diese Veröffentlichung wird aufgenommen in die Literaturdatenbank „DNL-online“ (www.dnl-online.de).
BfN-Skripten sind nicht im Buchhandel erhältlich. Eine pdf-Version dieser Ausgabe kann unter
<https://www.bfn.de/publikationen> heruntergeladen werden.

Institutioneller Herausgeber: Bundesamt für Naturschutz
Konstantinstr. 110
53179 Bonn
URL: www.bfn.de

Der institutionelle Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die in den Beiträgen geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des institutionellen Herausgebers übereinstimmen.



Diese Schriftenreihe wird unter den Bedingungen der Creative Commons Lizenz Namensnennung – keine Bearbeitung 4.0 International (CC BY - ND 4.0) zur Verfügung gestellt (<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>).

Druck: Druckerei des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)

Gedruckt auf 100% Altpapier

ISBN 978-3-89624-402-4

DOI 10.19217/skr641

Bonn 2022

Inhaltsverzeichnis

Zur Einführung

Bonner Gespräche 2021 zur Zukunft des Naturschutzes – Naturschutzkommunikation in Zeiten multipler Krisen Lars Berger, Hans-Werner Frohn und Christiane Schell	5
Biodiversitätsverlust, Klimawandel und Covid-19-Pandemie – Zum Verhältnis bestehender Krisenlagen Lars Berger, Hans-Werner Frohn und Christiane Schell	11
Perspektiven auf multiple Krisen	
Ganz normale Katastrophen. Biodiversitätsverlust, Klimawandel und Covid-19-Pandemie als Anthropozän- Krisen Fritz Reusswig	21
Zeitnotstand in der Epoche der Umbrüche: über den zeitgemäßen Umgang mit disruptiven Ereignissen Jürgen Rinderspacher	45
Naturschutzkommunikation in Krisenzeiten	
Kommunikationsstrategie Alarmismus? Historische und umweltspsychologische Perspektive Anke Blöbaum und Hans-Werner Frohn	69
Global denken, lokal erzählen. Akteurs- und Wertstrukturen in der Krisenkommunikation Manuel Rivera	83
Green Deal, Naturschutz und Pandemie. Sprachliche und bildliche Aspekte der Kommunikation von Nachhaltigkeit in Form von Narrativen Dorothee Meer	99
Kommunikation (in) der Krise. Anmerkungen aus ethischer Perspektive Uta Eser	115
Ein Ausblick	
Diskussion um die Triple-Krise – ein vorläufiges Fazit der Bonner Gespräche Hans-Werner Frohn	121
Keine Krise steht allein Lars Berger und Christiane Schell	125
Autor*innen	129

Bonner Gespräche 2021 zur Zukunft des Naturschutzes – Naturschutzkommunikation in Zeiten multipler Krisen

Lars Berger, Hans-Werner Frohn und Christiane Schell

Am 27. Januar 2020 erreichte das Corona-Virus Deutschland. Es wurde bei einem 33 Jahre alten Beschäftigten eines Autozulieferers nahe München nachgewiesen. Eine Karnevalssitzung, die am 15. Februar 2020 im kleinen Ort Gangelt im Kreis Heinsberg stattfand, erwies sich als der erste deutsche Hotspot. Seit dem März 2020 dominierte die Covid-Pandemie die öffentlichen und politischen Diskurse nahezu vollständig. Der Klimawandel, der aufgrund der Aktivitäten von Fridays-for-Future bis dahin die Agenda beherrscht hatte, verschwand wie auch die Krise des Biodiversitätsverlustes aus dem Blick von Öffentlichkeit und Politik. Die Dringlichkeit dieser beiden Krisenlagen verlangt aber weiterhin eiligst nach Lösungen. Dies war der Hintergrund für den Expert*innen-Workshop „Biodiversitätsverlust, Klimawandel und Covid-19-Pandemie. Zum Verhältnis bestehender Krisenlagen“.

Zielsetzung des Workshops

Am 30. Juni 2021 veranstaltete das Bundesamt für Naturschutz (BfN) im Rahmen der Dialogreihe „Bonner Gespräche zur Zukunft des Naturschutzes“ den Expert*innen-Workshop im Online-Format. Eingeladen waren 24 Expert*innen aus den unterschiedlichsten Wissenschaftsdisziplinen, aus Verbänden sowie aus Naturschutzverwaltungen. Das Ziel war es, gemeinsam darüber zu reflektieren, wie es angesichts der Tatsache, dass die Pandemie nahezu alle **öffentlichen und politischen Aufmerksamkeitsressourcen** auf sich gezogen hat, gelingen kann, die beiden naturschutzrelevanten Krisenlagen dauerhaft kommunikativ so zu platzieren, dass sie nicht aus den politischen und gesellschaftlichen Diskursen verschwinden. Die Grundannahme war dabei, dass man dies nur über einen Umweg erreichen kann: Es muss gelingen, die Klima- und die Biodiversitätskrise auf die Agenda der Pandemiediskurse zu bringen, indem Interdependenzen zwischen den Krisen identifiziert und zudem Synergien aufgezeigt werden, die es ermöglichen, alle drei Krisenlagen ein Stück weiter einer Lösung zuzuführen.

Der Workshop zielte also vornehmlich auf die Diskursebene. In den Debatten hatte sich gezeigt, dass Gesundheit ein mögliches verbindendes Argument in den Diskursen zu den drei Krisenlagen ist. Zu fragen war daher, ob es gelingen kann, Narrative rund um das Thema Gesundheit zu entwickeln, um die beiden anderen Krisenlagen weiterhin in der Debatte zu halten und Lösungen näherzuführen.

Der vorliegende Skriptenband umfasst einen Hintergrundtext (S. 11–21), der den Teilnehmenden über einen Tagungsreader im Vorfeld zur Verfügung gestellt worden war, die zu Aufsätzen weiterentwickelten Vorträge der Veranstaltung (Reusswig, Rinderspacher, Blöbaum & Frohn, Rivera, Meer), einen Kommentar zum Workshop (Eser) sowie eine Zusammenfassung der Diskussionen (Frohn) und ein abschließendes Resümee (Berger und Schell). **Zur Zeit der Veranstaltung sowie der Entstehung der Texte hatte der Angriffskrieg auf die Ukraine noch nicht begonnen. Alle vorliegenden Beiträge sind unter dieser Prämisse zu verstehen.**

Der Workshop

Die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, **Beate Jessel**, benannte in ihrem Einführungsvortrag „**Naturschutz und Naturschutzkommunikation in Zeiten von Klimawandel und Pandemie**“ als Ziel des Workshops, auf der Basis der Zusammenhänge von Biodiversität, Klimawandel, Covid-19 und Gesundheit Möglichkeiten einer glaubwürdigen und dauer-

haften Krisenkommunikation im Natur- und Umweltschutz aufzuzeigen. Als Kriterien für eine Krisenkommunikation benannte sie Schnelligkeit (aktive und frühe Reaktion), Transparenz (klar kommunizieren, was bekannt ist und wo noch Informationen fehlen), Verständlichkeit (einfache, unkomplizierte und bildhafte Sprache) und das Prinzip One-Message – Many Voices, verbunden mit der Konzentration auf wenige Botschaften. Vor dem Hintergrund der Historie des Naturschutzes, der vorwiegend auf Alarmismus gesetzt habe, gelte es, die Aussage Josef Setteles „Alarm zu schlagen, ohne alarmistisch zu sein“ ernst zu nehmen. Doch was folge daraus konkret? Naturschutz müsse auf jeden Fall glaubwürdig bleiben, indem er klar differenziere zwischen den Fakten und den darauf aufbauenden Bewertungen und Forderungen.

Der Workshop selbst gliederte sich in zwei Sektionen. Ein erster Teil beleuchtete die Interdependenzen der Krisenlagen aus unterschiedlichen Perspektiven.

Fritz Reusswig konstatiert in seinem Beitrag „**Ganz normale Katastrophen. Biodiversitätsverlust, Klimawandel und Covid-19-Pandemie als Anthropozän-Krisen**“, dass die drei Krisenlagen Klima, Biodiversität und Covid-19-Pandemie auf einem gemeinsamen Ursachenkomplex beruhen: der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Es handele sich also nur um eine Krise, allerdings in verschiedenen Ausprägungen. Der Autor setzt sich sodann aus sozialwissenschaftlicher Sicht mit dem noch weitgehend naturwissenschaftlich geprägten Begriff des Anthropozäns auseinander. Das Anthropozän unterteilt er zeitlich. Die Phase, in der die Menschheit eine global-ökosystemare Wirkmacht geworden sei, die sozial-ökologische Krisen im Weltmaßstab auszulösen vermöge, bezeichnet er als die gegenwärtige Phase des Hoch-Anthropozäns. Zu diesen Krisen mit global-ökosystemarer Wirkmacht zählten auch die genannten drei Krisenlagen. Er untersucht sodann die Interaktionen zwischen den drei Krisenlagen, um sich daraufhin den Hürden für ein Bewusstsein der Krisen zuzuwenden. Nach dem sozialpsychologischen Modell des Bystander-(Zuschauer-)Effekts von Latané und Darley aus dem Jahr 1970 beschäftigt er sich mit den Faktoren, die dazu beitragen, dass Menschen in Krisensituationen nicht eingreifen. Hier sieht er hinsichtlich der drei Krisenlagen große Unterschiede. Dass die Pandemie als weltweite Krise dringenden Handlungsbedarf hervorrufe, sei sehr schnell von einer großen Mehrheit anerkannt worden. Dafür hätten nicht nur die hohen Infektions- und Todeszahlen, sondern auch schnelles, tief eingreifendes staatliches Handeln gesorgt, d. h., Corona habe die Menschen in einen Krisenmodus versetzt. Im Vergleich dazu sei die Wahrnehmung der Krisenhaftigkeit des Klimawandels langsamer erfolgt. Zum einen verlief das Krisengeschehen weniger dynamisch als in der Pandemie und zum anderen sei die Komplexität wesentlich höher. Am geringsten sei die Wahrnehmung der Krisenhaftigkeit des Biodiversitätsverlustes ausgeprägt. 2019 hätten erst 42 % der erwachsenen Bevölkerung Kenntnis vom Begriff „biologische Vielfalt“ und dessen Bedeutung gehabt. Hinsichtlich der Lösungsbedürftigkeit der Krisenlage schätzt er, dass die egoistische Evidenz in der Bevölkerung für Covid-19 extrem hoch und für den Klimawandel gut ausgeprägt sei, während sie für die Biodiversität kaum vorhanden sei. Reusswig zeigt schließlich Ansatzpunkte für eine Bewältigung der Krisenlagen auf. Er plädiert für ein modifiziertes Verständnis von Freiheit. Touristisch zöge es Menschen in Gebiete mit noch als intakt angesehener Natur. Diese Gegenden hätten ihre Intaktheit aber nur durch Verzicht erhalten können, nämlich durch einen weitgehenden Verzicht auf landwirtschaftliche und industrielle Nutzung. Dieser Verzicht lasse sich auch als ein ästhetischer, ökologischer oder gesundheitlicher Gewinn lesen. Verzicht komme also nicht einem weniger, sondern einem mehr an Freiheit gleich. Der Beitrag endet mit dem Plädoyer, dass die sich in den drei Krisenlagen des Hoch-Anthropozäns zeigenden Fehlentwicklungen nur durch ein Mehr an Demokratie lösen ließen. Die Voraussetzung sei aber ein inklusiveres Demokratieverständnis. Demokratie heiße nicht bloß, dass die Mehrheit entscheide. Wissenschaft, auch eine solche, die sich mit

der Beherrschung der Natur auseinandersetze, müsse valide Informationen liefern, auf deren Basis sich die Mehrheit zuallererst eine Meinung bilden könne, um dann gut entscheiden zu können.

Der Beitrag von **Josef Settele** beschäftigte sich mit dem „**Zusammenhang zwischen Artensterben, Klimawandel und Pandemien**“. Die genannten drei Krisenlagen seien eine direkte Folge menschlicher Aktivitäten. 70 % aller die Menschen betreffenden neu auftretenden Krankheiten hätten ihren Ursprung in domestizierten oder wildlebenden Tieren. Die Pufferzonen zwischen Natur und Mensch verschwänden zunehmend, weil Wälder abgeholzt und die Areale in Weiden, Äcker und Plantagen verwandelt oder bebaut würden. Viren, die innerhalb einer Tierart aufträten, richteten in artenreichen Beständen keinen Schaden an, auch weil Wirtstiere nur vereinzelt aufträten. Durch die Zerstörung artenreicher Systeme würden aber wenige Arten dominanter und entwickelten höhere Dichten, die die Ausbreitung wie auch die Mutation von Viren beförderten. In Summe hätten Menschen beispielsweise durch intensive Tierhaltung, Ausbeutung wildlebender Tiere, ungebremste Abholzung, unkontrollierte Ausdehnung der Landwirtschaft in noch naturnahe Gebiete, aber auch durch die explosionsartige Zunahme des Flugverkehrs die perfekten Bedingungen dafür geschaffen, dass Krankheitserreger direkt von Tieren auf den Menschen überspringen (*spill over*) und Pandemien auslösen könnten. Auf diese Risiken hätten Wissenschaftler*innen 2019 – also kurz vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie – bereits eindringlich hingewiesen. Im Kern verweist er hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen den Krisenlagen auf den zentralen Bericht des IPBES sowie seine These von der Triple-Krise, über die er 2020 in einer Monografie geschrieben habe. Mit dem Verweis auf sein aktuelles Buch erscheint in dem vorliegenden Skript kein eigenständiger Textbeitrag von Josef Settele.

Jürgen Rinderspacher diskutiert in seinem Beitrag „**Zeitnotstand in der Epoche der Umbrüche: über den zeitgemäßen Umgang mit disruptiven Ereignissen**“ mit Fokus auf die Klimakrise und die Corona-Pandemie, welche Mechanismen zur Entstehung von Zeitdruck führen, was zur Propagierung eines – so sein Begriff – Zeitnotstands führen könne und welche Konsequenzen sich hieraus für das politische Handeln ergeben. Die Bewältigung der Corona-Pandemie führe im besten Fall zu einer Wiederherstellung des Status quo ante, orientiere sich also sachlich an der Vergangenheit. Bei der Bewältigung der Klimakrise, die nur durch einen Transformationsprozess abgewendet werden könne, liege dagegen das prognostizierte Negativereignis in der Zukunft. Auch wenn das zukünftige Störereignis durch wissenschaftliche Erkenntnisse als gesichert gelten könne, setze eine Reflexion über die Notwendigkeit für den Transformationsprozess menschliche Vorstellungskraft voraus. Die Transformation erfordere einerseits, dass die Gesellschaft Ziele und Etappenziele in der sachlichen Dimension und deren Zuordnung auf der Zeitachse (zeitliche Dimension) erarbeite, und andererseits für eine solche Fixierung von inhaltlichen Zielen auf der Zeitachse aber auch eine Legitimation herbeiführe. Bemerkenswert sei in diesem Zusammenhang, dass die Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen das Klimaschutzgesetz nicht auf die Sache, d. h. gegen unzureichend gehaltene Maßnahmen, sondern auf die zeitliche Dimension gezielt habe. Das Bundesverfassungsgericht sei diesem Ansatz in seinem Beschluss im April 2021 gefolgt. Die zeitliche Strukturiertheit der Maßnahmen des Gesetzes entspräche nicht dem durch den Klimawandel gegebenen Bedrohungspotenzial. Der Beschluss ziele nicht primär auf den Schutz der Umwelt, sondern auf die Bedrohung der Freiheitsrechte kommender Generationen. Rinderspacher untersucht sodann das Verhältnis der „Rechte der Gegenwart und Rechte der Zukunft“. Ein aus der Zukunft abgeleiteter Zeitdruck könne dazu führen, dass demokratische Standards erodierten. An die Stelle mühevoller und stets zeitraubender Überzeugungsarbeit als der Voraussetzung für demokratische Prozesse träten tendenziell staatliche Dirigismen. Die zeitlichen Spielräume für deliberative Verfahren würden

erheblich gekürzt, Beteiligungen notfalls durch ordnungsrechtliche Maßnahmen ersetzt. Er sieht zwei Optionen staatlichen Handelns, die er idealtypisch nach retroversen und antever- sen Terminierungen unterscheidet. Retroverse Terminierung bediene sich des Mittels von Verboten, begrenze beispielsweise Lauf- und Zulassungszeiten und begründe dies mit vor- hergesagten Zeiten für Kippunkte. Anteverse Politik gehe vom Status quo der Gegenwart aus, definiere Ziele für die Zukunft, nicht jedoch Termine. Entscheidend sei die richtige An- wendung und Dosierung. Beide Strategien könnten allerdings dann ins Leere laufen, wenn sie nicht jeweils untereinander und miteinander zeitlich synchronisiert seien. Diese Optionen dekliniert er anschließend für die Covid-19-Pandemie und die Klimakrise durch.

Eine zweite Sektion setzte sich mit der Naturschutzkommunikation in Krisenzeiten auseinander.

Der Beitrag von **Anke Blöbaum** und **Hans-Werner Frohn** befasst sich mit der „**Kommuni- kationsstrategie Alarmismus**“ des Natur- und Umweltschutzes aus historischer und um- weltpsychologischer Perspektive. Gleichsam zur DNA der Naturschutzakteur*innen gehöre eine „Fünf-vor-Zwölf“-Rhetorik. Diese stets alarmistische Rhetorik sei über sehr lange Zeiten zivilisationskritisch-kulturpessimistisch untermalt gewesen. Seit Jahrzehnten bestehe ein tie- fer Spalt zwischen der Wahrnehmung des Artenrückganges durch die Bevölkerung und der Expertise der Biodiversitätsexpert*innen. Aus der Perspektive der breiten Öffentlichkeit sei die prognostizierte Entwicklung des Artensterbens nicht eingetreten – wahrscheinlich auch deshalb, weil diese aus Laienperspektive kaum wahrnehmbar gewesen sei. Wie bei der Ver- mittlung von Klimafolgenabschätzungen sei das Fortschreiten des Artensterbens nicht un- mittelbar wahrnehmbar, sondern erfordere im Sinne einer Nicht-Erfahrung zweiter Hand (Ul- rich Beck) eine (mediale) Vermittlung. Seit den Debatten um den massiven Rückgang der Insektenpopulationen (Krefeld-Studie, „Bienen“-Volksbegehren in Bayern etc.) zeige sich hier ein erster Wandel. Alarmistisch sei auch die Rhetorik des (technischen) Umweltschutzes (gewesen). Doch anders als der Naturschutz könne dieser nicht erst seit den 1970er-Jahren auch auf wesentliche Erfolge zurückblicken. Dies könne darin begründet sein, dass sich tech- nische, ingenieurwissenschaftliche Lösungen als vielversprechende Antwort auf katastro- phale Szenarien kommunizieren ließen. Im Naturschutz zeigt sich Optimierungspotenzial beim Aufzeigen von Auswegen, mit denen Einzelne vor Ort dem Artensterben entgegentre- ten könnten. Grundsätzlich habe sich Alarmismus aus psychologischer Perspektive bisher wenig bewährt. Bei der Frage nach der richtigen Kommunikationsstrategie müsse daher im- mer auch die Passung zum gewünschten Zielverhalten mitgedacht werden. Hieraus erkläre sich ein Teil des Erfolgs der Fridays-for-Future-Bewegung: Der hier kommunizierte Alarmis- mus ziele nicht auf individuelle Verhaltensänderung von Alltagsroutinen ab, sondern auf kol- lektives Engagement. Die Alarmismusrhetorik verweise dabei deutlich auf die Auswirkungen des Klimawandels für zukünftige Generationen und erweitere den normativen Rahmen über ökozentrische Werte hinaus auf anthropozentrische Wertorientierungen und soziale Dimen- sionen (Klimagerechtigkeit). In dieser Weitung zeigten sich durchaus Parallelen zur Kommu- nikation der Corona-Krise, denn in beiden Fällen werde das Gemeinwohl (Gesundheit, na- türliche Ressourcen) im Sinne einer Allmende-Klemme in den Fokus gerückt und mit der Forderung nach kollektiven, globalen Maßnahmen verknüpft. Grundsätzlich könnten alarmis- tische Kommunikationsstrategien im Naturschutz dann funktionieren, wenn es gelänge, durch eine unmittelbare Anknüpfung an die Lebenswelt der Menschen zunächst einmal ein Problembewusstsein zu entwickeln: Wo in der direkten Lebensumgebung seien Veränderun- gen erfahrbar, welche Konsequenzen habe der Verlust an Biodiversität auch für das Leben der Menschen – also nicht abstrakt für ‚die Menschheit‘, sondern ganz konkret vor Ort? Mo- ralische Dimensionen der Kommunikation sollten dabei immer als gemeinsame Norm (im Sinne eines „wir sollten“) gerahmt werden, um gemeinsames Handeln zu aktivieren.

Der Beitrag von **Manuel Rivera „Global denken, lokal erzählen. Akteurs- und Wertstrukturen in der Krisenkommunikation“** startet mit theoretischen Erörterungen zu Narrativen. Diese basieren auf Komplexreduktionen. Sie spitzen aus erzählerischen Gründen zu. In einem zweiten Teil hält er fest, dass bisherige Umweltkommunikation trotz Nutzung konventioneller Mittel einigermaßen erfolgreich gewesen sei. In der zeitgenössischen Krisenkommunikation zu Klimawandel, Artensterben und Pandemie zeige sich jedoch, dass sich das Ausblenden von Nebenfolgen und lokalistischen Kurzschlüssen als immer sachunangemessener erweise. In einem dritten Abschnitt erörtert er dann am Beispiel der Konflikte um den Hambacher Forst, dass es durchaus gelingen könne, das Lokale und Globale erfolgreich zu kombinieren. Ein solches Ineinanderverschränken nennt er „glokal“. Generell sei es zwar zu vermeiden, auf lokaler Ebene von planetarer Vorsorge zu erzählen und dabei gleichsam die planetare Krise auf ein lokal handhabbares Maß zu reduzieren, doch werde dabei zu viel ausgeblendet. Dass aber ein „glokales“ Agieren und Erzählen durchaus möglich sei, habe sich bei den Protesten um den Weiterbestand des Hambacher Forst gezeigt. Die klassisch melodramatische Eskalation – Besetzung, Räumung und Rodungsstopp – 2018/19 hätte ihre enorme öffentliche Wechselwirkung mit der Dynamik der Kohlekommission so nicht entfalten können, wenn die Naturschutz- und Heimatmotivik sich hier nicht auf ungewöhnliche Weise mit jener der globalen Klimakrise verbunden hätte. Sodann wendet Rivera sich einem zweiten Kernproblem global orientierter Krisenkommunikation zu – den über die Handlungsziele erzählten Werten. Planetare Krisenerzählungen fokussierten insbesondere auf Sicherheits- und Selbstbehauptungsmotive – bei weitgehendem Verzicht auf Freiheitsmotive. Sie stünden damit in einer Tradition früherer Erzählungen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes. Nach Luhmann habe ökologische Kommunikation seit jeher „unverdeckt“ auf Angst abgestellt. Dagegen blieben andere Ideen von „nachhaltiger Entwicklung“ ausgeblendet, denn zu deren Traditions- und Stimulationswerten zählten auch die der Nord-Süd-Gerechtigkeit sowie die der universellen, gerade auch sozialen Menschenrechte. Es greife aber zu kurz zu meinen, Schutz, Bewahrung und Sicherheit bezögen sich zuvorderst auf die Sicherheit der je eigenen Person, eigenen Gesellschaft oder eigenen Gruppe. Indem man Schutz auch für andere erreichen wolle, transzendiere man den entsprechenden Wertebereich und gelange zu universalistischen Gerechtigkeitswerten. In einem gewissen Sinne zähle hierzu auch die Sorge um „die Natur“, aber nur dann, wenn sie nicht instrumentell als Beitrag zur je eigenen Stabilität (oder zum eigenen Wohlstand etc.) verstanden werde. Das Konzept der „Klimagerechtigkeit“ zeige zwar konzeptionell immer wieder die Tendenz, auf das Motiv des (Klima-)Schutzes zurückzufallen, seinen Kern aber bildeten Verteilungs- und Anerkennungsverhältnisse zwischen zeitlich und räumlich getrennten, unterschiedlich privilegierten Menschen. Gegebenenfalls gesellte sich hierzu auch noch ein Motiv der „interspecies solidarity“ und damit ein starker Nexus zwischen Klima- und Artenkrise, der öffentlichkeitswirksam, aber narrativ nur von der Umweltschutzbewegung Extinction Rebellion artikuliert werde.

In ihrem Beitrag **„Green Deal, Naturschutz und Pandemie. Sprachliche und bildliche Aspekte der Kommunikation von Nachhaltigkeit in Form von Narrativen“** definiert **Dorothee Meer** Narrative als „eine in Raum und Zeit lokalisierbare Handlungsebene, in deren Verlauf relevante Oppositionen unter Nutzung bildlicher Elemente von handelnden Agent*innen integrativ aufgelöst werden (können)“. Sie analysiert narrative Strukturen in Debattenbeiträgen rund um den Green Deal der Europäischen Union und in dem Zoonosen-Narrativ, welches das Bundesumweltministerium (BMU) im April 2020 platzierte, um den Zusammenhang zwischen der Corona-Pandemie und dem Biodiversitätsschutz aufzuzeigen. Ziel des Beitrages ist es, ein praxisrelevantes Konzept vorzustellen, das es erlaubt, Narrative für die Entwicklung politischer Strategien im Bereich von Nachhaltigkeit und Naturschutz aktiv nutzen zu können. Meer betont insbesondere die Bedeutung von Bildern und Metaphern.

Diese erhöhten für die Rezipient*innen die Möglichkeit, sich die beschriebene Situation besser vorstellen zu können. Die Konkretisierungen hinsichtlich des Ortes und der Zeit der Handlung unterstützten dies zusätzlich. Gegensätze erwiesen sich aus mehreren Perspektiven als handlungsentscheidend: Sie erleichterten es, die konkrete Situation zu visualisieren, erhöhten damit die persönliche Betroffenheit und seien Auslöser für konkrete Handlungsperspektiven: Denn konstitutiv für Narrative seien Veränderungen in der Zeit, die dazu führten, Gegensätze aufzulösen oder in ihrer Evidenz zu inszenieren. So konstruierte Narrative seien aufgrund ihrer schnellen Vorstellbarkeit gut geeignet, in politischen Kontexten genutzt zu werden. Sie ermöglichten es nicht nur, ein konkretes politisches Programm leicht visualisierbar aufzurufen, sondern sie führten auch dazu, die eigene Position überzeugender darzustellen und zu perspektivieren. Dabei müssten Narrative aber drei Kriterien unabdingbar erfüllen: Sie müssten eine lebensweltliche Nähe aufweisen, ein Mehrwert müsse individuell überprüfbar sein und sie müssten positive Erfahrungen enthalten. Bezogen auf den Biodiversitätsschutz hieße dies, dass eine Gesellschaft, die sich für mehr Artenschutz einsetzen sollte, Erfahrungen mit den Folgen des eigenen Handels hinsichtlich des Artenschutzes machen müsse.

Uta Esers Beitrag „**Kommunikation (in) der Krise**“ kommentiert die Workshop-Beiträge bzw. -diskussion aus ethischer Perspektive. Sie greift die im Workshop mehrfach geäußerte Warnung vor einer moralisierenden Argumentation auf. Oft werde darauf verwiesen, dass ein Moralisieren abschrecke. Dem hält sie entgegen, dass man sich sehr wohl über Fragen, was man gut oder was man schlecht finde, was man für richtig und was für falsch erachte, verständigen könne und sollte. Werte und Normen dürften, ja müssten daher Gegenstand der Kommunikation sein. Das vom BMU verbreitete Zoonosen-Narrativ bzw. konkret die darin enthaltene Gleichsetzung von guter Naturschutzpolitik mit Gesundheitsvorsorge erscheine ihr zu einfach. Pandemie und Biodiversitätsverluste sollten nicht kausal, sondern als gleichursprünglich erachtet werden: Klima-, Biodiversitäts- und Covid-Krise seien Ausdruck einer Krise, nämlich der des globalen Wirtschaftssystems. Eine solche Wahrnehmung ließe es dann auch zu, weitere globale Krisenlagen mit in den Blick zu nehmen. Zudem wendet sie sich dagegen, die Kommunikation auf Nützlichkeitsaspekte (hier die Pointierung auf ein Gesundheitsnarrativ) zu beschränken; vielmehr sollten auch Glücks- und Gerechtigkeitsaspekte einbezogen werden.

Die Präsentationen und Diskussionen waren seitens der Teilnehmer*innen geprägt von ausgewiesener Fachkenntnis, hohem Engagement in der Sache sowie großer Bereitschaft zu einem transdisziplinären Diskurs.

Wir danken den Referent*innen sowie allen Diskutant*innen für ihre Offenheit und ihr Vertrauen, mit dem Bundesamt für Naturschutz in den Diskurs gegangen zu sein und uns auf dem Weg der Entwicklung zukünftiger Konzepte beraten und unterstützt zu haben. Diesen Weg einer gemeinsamen Debattenkultur wollen wir weitergehen.

Biodiversitätsverlust, Klimawandel und Covid-19-Pandemie – Zum Verhältnis bestehender Krisenlagen

Lars Berger, Hans-Werner Frohn und Christiane Schell

Seit März 2020 dominiert die Covid-19-Pandemie die öffentlichen und politischen Diskurse nahezu vollständig. Bestehende und sich verschärfende Krisenlagen wie der Klimawandel und der massiv voranschreitende Verlust der biologischen Vielfalt harren ihrer Lösung. Folgt man der begrifflichen Unterscheidung des Soziologen Andreas Reckwitz (2020: 246), dann herrscht hinsichtlich der Corona-Pandemie „Risikopolitik im [akuten] Krisenmodus“, während die Klimawandel- und Biodiversitätsproblematiken als „Risikopolitik im Dauermodus“ laufen. Doch befinden sich diese beiden Krisen überhaupt noch im „Dauermodus“? Entsprechende Debatten fanden lange Zeit kaum noch statt. Dies hat sich allerdings seit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2021 zum Klimaschutzgesetz und mit dem aufkommenden Bundestagswahlkampf 2021 hinsichtlich der öffentlichen und allgemeinpolitischen Diskurse zur Klimapolitik geändert.

Im Kontext *öffentlicher und politischer Aufmerksamkeitsressourcen* stellt sich für den Naturschutz die Frage, wie es gelingen kann, die beiden naturschutzrelevanten Krisenlagen im „Dauermodus“ dauerhaft kommunikativ so zu platzieren, dass sie zum einen nicht weiterhin in den politischen und gesellschaftlichen Diskursen „untergehen“,¹ sondern auch auf die Agenda der Pandemiediskurse gelangen. Zum anderen stellt sich die Frage, ob Synergien aufgezeigt werden können, die es erlauben, alle drei Krisenlagen ein Stück weiter einer Lösung zuzuführen. Der Workshop zielte also vornehmlich auf die Diskursebene.

Der Weltbiodiversitätsrat prognostiziert für die Zukunft immer wieder auf Zoonosen zurückgehende Pandemien (IPBES 2020). Deshalb wird diese Grundsatzfrage auch nach ausreichend zur Verfügung stehenden Covid-19-Vakzinen perspektivisch nicht an Relevanz verlieren. Das Verhältnis zwischen „Risikopolitik im Krisenmodus“ und „Krisenpolitik im Dauermodus“ hinsichtlich Biodiversitäts- und Klimakrise wird ein struktureller Dauerbrenner bleiben. Bezogen auf die öffentlichen Debatten wird dies – so die These – am besten gelingen, wenn man Schnittmengen aufzeigt und anschließend Ansätze für synergetische Problemlösungen entwickelt.

Krise(n) und Naturschutz

Die Vokabel „Krise“ ist in aller Munde. Doch was verstehen diejenigen, die diesen Begriff nutzen, darunter? Medienanalysen zeigen, dass die Vokabel Krise stets mit negativ bewerteten Situationen in Zusammenhang gebracht wird, gleichsam „als Vorstufe einer Katastrophe“ (Kohlrausch, Schoeß & Zejnelovic 2018: 7). Das Konzept Krise verlangt geradezu nach einem weiteren Begriff: Krisenbewältigung. Mit zeitlichem Abstand stellt sich dann die Frage nach Krisengewinner*innen oder Krisenverlierer*innen.

Und was hat dies alles mit Naturschutz zu tun? Am 2. April 2020, zu einem Zeitpunkt, da in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine Covid-19-bedingte extrem alarmistische Grundstimmung und Verunsicherung herrschte, trat Bundesumweltministerin Svenja Schulze vor die Bundespressekonferenz und stellte einen engen Zusammenhang zwischen dem Entstehen von Pandemien und dem Rückgang der Biodiversität her (BMU 2020a). Die Medien griffen

¹ Reckwitz 2021 verweist darauf, dass diskursdominierende Krisen in einem erheblichen Umfang administrative und politische Energie binden, sodass latente Krisenlagen hinsichtlich des (vermeintlich?) dringlicheren Anliegens aus dem Blick geraten.

dies in ihrer laufenden Corona-Berichterstattung breit auf. Am 28. Oktober 2020 meldete sich der Weltbiodiversitätsrat mit einer Stellungnahme zu Wort, in der er auf den engen Bezug zwischen Erhaltung der Biodiversität und Pandemieprävention hinwies (IPBES 2020). Der Beitrag stellte aber – in der breiteren Öffentlichkeit weniger beachtet – auch einen Konnex zur Klimakrise her (BMU 2020b). Mittlerweile (Frühjahr 2021) liegen erste Publikationen vor, die alle drei Krisenlagen in Beziehung zueinander setzen (u. a. Settele 2020; Brand 2020, Volkmer & Werner 2020). Ist Naturschutz bezogen auf den Biodiversitätsschutz also ein Teil der Bewältigung der Pandemiekrise? Oder zumindest der zukünftigen Pandemieprävention? Ist Naturschutz aber auch auf dem Weg, zu den potenziellen Krisengewinnern zu gehören? Kann der Naturschutz, weil er Beiträge zur Zoonosen-Prävention anbietet, im Zuge politischer Maßnahmen im Umgang mit der Corona-Krise sein Anliegen befördern, die Biodiversität zu erhalten?

Die krisenhafte Entwicklung aufgrund des Klimawandels geriet ab März 2020 in den öffentlichen Debatten in den Hintergrund. Ein trockener, heißer Sommer und ein neues, für alle Menschen optisch sofort erkennbares Waldsterben boten dem Thema zumindest zeitweise wieder Aufmerksamkeit. Die Klimaschutzberichterstattung war aber stärker davon geprägt, welche klimaschädliche Politik die beiden weltweit führenden Klimaleugner, Donald Trump und Jair Bolsonaro, in ihren Staaten betrieben. Nach dem vom neuen US-Präsidenten Joe Biden einberufenen Online-Klimagipfel am 22. April 2021 und dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 29. April 2021 zum Klimaschutzgesetz steht der Klimawandel wieder weiter oben auf der Agenda. Die im Juni 2021 zusammen vom Weltklimarat IPCC und IPBES vorgelegten gemeinsamen Vorschläge zum Schutz von Klima und Natur betonen den engen Nexus der beiden Krisen „im Dauermodus“ und den Faktor Zeit (IPBES 2021).

Um den aufgeworfenen Fragen nachzugehen, wird im Folgenden insbesondere erörtert, wie sich Krisendebatten im politischen und gesellschaftlichen Diskurs gestalten. Dabei soll eine systemische Perspektive Berücksichtigung finden, dass nämlich Interdependenzen und Dynamiken zwischen sozialen und ökologischen Systemen bestehen bzw. eintreten (Berger 2019: 111; vgl. auch Lessenich 2020; wpn2030 2020; Bösch, Deitelhoff & Kroll 2020).

Dominanz der Corona-Krise

„Merkel kann Krise“ – diesen Nimbus zelebrierten bis zum Februar 2021 immer wieder die Medien. Repräsentative Umfragen förderten bis zu diesem Zeitpunkt extrem hohe Zustimmungswerte für die Bundes- und Landesregierungen und speziell für die Bundeskanzlerin zutage. Der Nimbus soll hier vor allem einerseits darauf hinweisen, dass in den 15 Jahren der Regierungszeit von Angela Merkel Krisen eine hohe „Schlagzahl“ zeigten: 2008 Finanzkrise, 2011 Nuklearkatastrophe in Fukushima, 2015 „Flüchtlingskrise“, 2020 Covid-19-Pandemie. Quer zu alledem liegt, nimmt man die Pariser Klimakonferenz 2015 und das Auftreten von Fridays-for-Future Ende 2018/Anfang 2019 als zeitliche Markpunkte, die Klimakrise. Die Umfragewerte verweisen zudem darauf, dass in Krisen im politischen System die Administrative eine ungemeine Stärkung erfährt, auch wenn sich zunächst langsam, bald aber deutliche, vor allem von Minderheiten lautstarke Kritik daran äußert.

Die Corona-Krise ragt aus den genannten Krisen der letzten 15 Jahre insofern heraus, als sie nicht nur im Wortsinne als „Jahrhundertkrise“ gilt, sondern auch deshalb, weil sie nicht schwerpunktmäßig einem Politikfeld zuzuordnen ist und deshalb multirelationale Antworten erfordert (vgl. hierzu Bösch, Deitelhoff & Kroll 2020). Diese letzte Aussage trifft auch auf die Klima- und Biodiversitätskrisen zu, doch anders als dort greift die Pandemie nicht bloß weitgehend abstrakt, sondern ganz akut in die bisherige vertraute Lebenswelt der Menschen unmittelbar ein.

Im Folgenden wird problematisiert, welche Folgen die Covid-19-Pandemie auf bestehende, als krisenhaft empfundene Grundprobleme wie den fortschreitenden Verlust an Biodiversität und den Klimawandel zeitigt und welche strategischen Ansätze zur Krisenbewältigung sinnvoll erscheinen. Bei beiden Fragestellungen spielt der Faktor Zeit eine wesentliche Rolle.

Faktor Zeit

Im Kontext des Verhältnisses Mensch-Natur besteht nicht nur in sachlicher, sondern auch in zeitlicher Hinsicht starker Handlungsdruck. Einschlägige Studien prognostizieren im Kontext des Klimawandels zeitliche „Kippunkte“. Erfolgt bis zu diesem Kippzeitpunkt keine nennenswerte Reduzierung der CO₂-Emissionen, wird man auf den weiteren Verlauf der menschenverursachten „Klimakatastrophe“ keinen weiteren Einfluss mehr nehmen können (Rinderspacher 2020: 9 f.). Ähnliches gilt für den Rückgang der Biodiversität. Dieser fachlich begründete zeitliche Druck der krisenhaften Erscheinungen im Kontext Klimawandel und Biodiversität drohte im Kontext der alles dominierenden Corona-Krise auf die längere – wenn nicht lange – Bank zu geraten. Der Hauptgrund dürfte, so die These, darin liegen, dass die Covid-19-Pandemie buchstäblich Leib und Leben einer/s jeden, d. h. die eigene körperliche Unversehrtheit, ganz unmittelbar bedroht, während dies für die beiden anderen krisenhaften Erscheinungen nicht ganz so offensichtlich der Fall zu sein scheint. Zwar zeigen sich bezogen auf den Klimawandel kaum mehr anders zu erklärende Wetterphänomene (z. B. ein heißerer und trockenerer Sommer) zeitgleich zur akuten pandemischen Lage. Sie stehen aber dennoch „im Aufmerksamkeitsschatten“ der pandemischen Lage bzw. erleichterten sogar den Menschen den Umgang mit ihr, weil Aufenthalte im Freien im Frühjahr und Sommer 2020 gleichsam ein „Ventil“ aus der wohnungszentrierten sozialen Isolation boten.

Neben der These von der unmittelbar bedrohten körperlichen Unversehrtheit dürfte auch die aus der historischen Katastrophenforschung bekannte Bedeutung von Zeitskalen in der Risiko- und Gefahrenwahrnehmung eine Rolle spielen. Hierin sieht Rohland (2020: 46) einen der Hauptunterschiede für die Wahrnehmung eines Handlungsdrucks zwischen der Pandemie und der Klimakrise.

Hinsichtlich des Faktors Zeit hat die seit fast 140 Jahren von der Metapher „Es ist fünf vor zwölf“ geprägte alarmistische Krisenkommunikation dem Naturschutz ein Glaubwürdigkeitsproblem beschert (Schmoll 2005). Es fragt sich, ob es zielführend ist, in den Zeiten der alles dominierenden Corona-Pandemie, die einem gesundheitlich fokussierten Alarmismus Vorschub leistet, mit einem geradezu schon als traditionell zu charakterisierenden, weil nur als Wiederholung erscheinenden Alarmismus eines anderen Problemfeldes zu argumentieren. Dies nicht nur deshalb, weil sich Naturschutz in der dominierenden, lautstarken Corona-Krisenkommunikation kaum Gehör verschaffen können, sondern auch, weil er auf das angedeutete Glaubwürdigkeitsproblem, aber auch auf ethische Probleme stößt (Lepenies 2020).

Corona-Pandemie und Erhaltung der Biodiversität

Zu den krisenhaft sich zuspitzenden weltweiten wie nationalen Entwicklungen gehört der fortschreitende Rückgang der Biodiversität. Die Feststellung dieses Rückganges national wie international und dessen Beklagen kann als das Kernmotiv gelten, weshalb sich Naturschutz als soziale Bewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert überhaupt erst konstituierte und warum Naturschutz überhaupt zu einem Gegenstand der Politik und des staatlichen Handelns wurde. Die Kommunikation über den „Verlust“ reichte in den Anfängen des Naturschutzes von nüchternem wissenschaftlichen Konstatieren der Rückgänge bis zu einem zivilisationskritisch-kulturpessimistischen Alarmismus (Schmoll 2004), wobei Letzterer eindeutig domi-

nierte. Seit der Ökologisierung des Naturschutzes in den 1970er-Jahren steht zwar mit den Roten Listen die biologische Expertise im Vordergrund (Blab et al. 2005). In der medialen Präsentation der Ergebnisse bestimmt aber weiterhin die bekannte alarmistische „Fünf-vor-zwölf“-Metaphorik den Diskurs.

Bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie lagen umfängliche Studien vor, die eine Beziehung herstellten zwischen dem Rückgang von Biodiversität und der sich daraus ergebenden Gefahr der Entstehung neuer Zoonosen, die wiederum Pandemien auslösen können. Diese wurden aber jenseits von Fachkreisen nicht rezipiert. Wie platziert man aber die Ergebnisse bzw. die abgeleiteten Handlungsempfehlungen solcher Studien vor dem Hintergrund der bisher alarmistischen Krisenkommunikation des Naturschutzes in einer Corona-Debatte, die durch eine starke wissenschaftlich-medizinische Krisenkommunikation geprägt ist? Wie dringt man mit der „Botschaft“ in diesem Umfeld durch? Vor dem Hintergrund dieses historisch gewachsenen Wahrnehmungsbildes des Naturschutzes einerseits und der drängenden Problemlage andererseits bestand und besteht das Dilemma darin, „Alarm zu schlagen, ohne alarmistisch zu sein“ (Settele 2020: 64).

Am 2. April 2020, die Medien berichteten pausenlos über die neuesten Corona-Entwicklungen und die medizinischen Hintergründe, verkündete Bundesumweltministerin Svenja Schulze, begleitet von renommierten Wissenschaftler*innen, vor der Bundespressekonferenz, dass mit zunehmender Naturzerstörung das Risiko von Krankheitsausbrüchen bis hin zu Pandemien steige. Deshalb sei aktiver Naturschutz in vielen Weltregionen ein wichtiger Schlüssel, um zukünftigen Zoonosen-Infektionskrankheiten vorzubeugen. Kurzum, stoppe man den Rückgang der Biodiversität bzw. den weiteren Verlust an naturnahen Flächen, so leiste man gleichzeitig einen Beitrag zum (präventiven) Gesundheitsschutz (BMU 2020a). Schulze beschäftigte sich auch mit der Dimension Zeit und erläuterte, warum sie zum damaligen Zeitpunkt mit der Information an die Öffentlichkeit trat: „Jetzt ist die Zeit für akute Krisenbekämpfung. Aber es wird eine Zeit nach der Pandemie geben. Spätestens dann sollten wir die Ursachen dieser Krise verstanden haben, um für die Zukunft besser vorbeugen zu können.“ Ihr Kernsatz lautete: „Die Naturzerstörung ist die Krise hinter der Krise.“ Die Medien griffen diese Meldung auf allen Kanälen auf, nach ersten – je nach Perspektive irritierten, befremdlichen oder zustimmenden – Reaktionen ebte das mediale Interesse aber sehr schnell wieder ab.

Am 30. Oktober 2020 präsentierte Schulze die Ergebnisse eines Expert*innen-Workshops des Weltbiodiversitätsrates (BMU 2020b). Sie knüpfte an ihrer frühere Argumentationsstrategie an, griff ihre Wendung von der „Krise hinter der Krise“ auf, auch um diese zu stereotypisieren. Sie platzierte zudem ein Konzept, das bereits aus anderen Arbeitszusammenhängen bekannt war, das aber über interne Kreise hinaus bisher kaum die Öffentlichkeit erreicht hatte: „one health“ – die „eine Gesundheit“: „Denn die menschliche Gesundheit hängt direkt von einer intakten Natur ab. [...] Die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt [gelte es,] gemeinsam [zu] betrachte[n].“ Erstmals stellte sie auch über das Konzept der „einen Gesundheit“ direkte Bezüge zur Klimapolitik her.

Bezogen auf den Faktor Zeit setzte die Argumentation darauf, dass hinsichtlich der akuten Pandemie zwar kein unmittelbarer Lösungsansatz angeboten werden könne, wohl aber ein proaktiver hinsichtlich in der Zukunft auftretender neuer Pandemien: „Das heißt auch, dass wir Menschen etwas tun können und nicht machtlos sind.“ Naturschutz könne also einen Beitrag dazu leisten, die Zahl zukünftiger Pandemien zumindest zu reduzieren.

In der Pressemitteilung zur Vorstellung der Ergebnisse des Expert*innen-Workshops wurde zudem ein Link zum Klimawandel gesetzt, d. h., die drei Krisenlagen wurden zueinander in Beziehung gesetzt. Die Leiterin der Arbeitsgruppe „Ökologie neuartiger Arboviren“ der Berli-

ner Charité, Sandra Junglen, habe ein „Umdenken in Richtung Prävention von Epidemien durch Natur- und Klimaschutz“ gefordert und die Generalsekretärin IPBES habe erklärt: „Wir müssen Klimaschutz, Naturschutz und Gesundheitsschutz zusammen denken“ (Krumenacker 2020).

Ein solcher Ansatz würde aber auch, bezogen auf die Zukunft, d. h. die von IPBES prognostizierten durch neue Zoonosen ausgelösten Pandemielagen, mit einem Perspektivwechsel einhergehen: Statt eine reaktive Pandemiebekämpfung (Wellenbrechungen, Impfstoffentwicklung) zu betreiben, wäre nun eine einem systemischen Ansatz folgende präventive und damit proaktive Pandemievorsorge möglich.

Das beschriebene Diskursfeld hinsichtlich der Klimakrise wird nach dem hoffentlich baldigen Ende der allgemeinen Pandemielage wiederaufleben, ja, so die These, sich angesichts der gemachten Pandemieerfahrungen verstärken. Diesen Diskurshintergrund gilt es hinsichtlich der Überlegungen zur Entwicklung eines die drei Krisenlagen berücksichtigenden Narrativs gleichsam als rahmende Größe stets im Auge zu behalten.

Damit verbunden ist die Frage, welche argumentative Strategie erfolgversprechend erscheint. Bei der Covid-19-Pandemie handelt es sich im Kern um eine medizinische Krise. Lassen sich aus der Eigenlogik des Subsystems Medizin Andockpunkte für die Lösung der Biodiversitätskrise im Sinne von Synergien zur Lösung auch der Pandemie herauskristallisieren? Lässt sich die bisherige Argumentation in Anlehnung an den kurativ ausgerichteten medizinischen Dreierschritt von Symptomatik, Anamnese, Therapie sowie unabhängig davon – bzw. bezogen auf die Zukunft – von vorausschauender Prävention mit diesem Raster in Einklang bringen? Die BMU-Kommunikation Anfang April 2020 und dann wieder Ende Oktober setzte im Kern bei der Anamnese (Zoonosen bereits früher bekannt bei HIV, SARS 2002 etc.) an und entwickelte bereits einen Präventionsansatz. Bezogen auf den Faktor Zeit bezog sich die Argumentation also auf die Vergangenheit (frühere Zoonosen, gesicherte Ergebnisse für Covid-19 liegen noch nicht vor, deshalb keine Gegenwart) und die Zukunft (Prävention).

Will man – so die These – in der hegemonialen, d. h. dominanten, (Pandemie-)Krisendebatte nicht „untergehen“, erscheint es sinnvoll, über einen Perspektivwechsel strukturell zu analysieren, wo sich entweder Schnittmengen zur hegemonialen Krisendebatte ergeben oder wo Lösungsansätze zu den Krisen „im Dauermodus“ (Reckwitz) als Beitrag zur Lösung der den Diskurs bestimmenden Pandemie-Krise zu identifizieren sind. Systemische Ansätze erscheinen hier erfolgversprechend.

Corona-Pandemie und Klimaschutz

Wie bei der Biodiversitätskrise liegt hinsichtlich des Klimawandels seit Langem umfängliches Wissen vor, das es ermöglicht hätte, Mittel und Wege politisch festzulegen und zu kodifizieren, um das in Paris international vereinbarte Ziel der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu erreichen. Hinsichtlich der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeitsressourcen dominierte allerdings bis 2018 die sogenannte „Flüchtlingskrise“. Danach stand aber bis zur breiten öffentlichen Wahrnehmung der Pandemielage im Februar/März 2020 der Klimawandel ganz oben auf der öffentlichen und politischen Agenda. Dass dem so war, ging bzw. geht sehr stark auch auf das Konto der Jugendbewegung Fridays-for-Future (FfF). Sie erfreute sich bald nicht nur der Unterstützung von Vertreter*innen anderer Generationen (Parents for Future; Grandmas for Future etc.), sondern auch aus der (Natur-)Wissenschaft (Scientist for Future) und dem Umwelt- und Naturschutz. 2019 gelang es auch, dass der Sozialbereich erklärte, seinen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele leisten zu wollen. Darauf deuten nicht zuletzt öffentliche Erklärungen

im Kontext von Aufrufen zu Großdemonstrationen der Fridays-for-Future-Bewegung hin. Weit über die FfF-Bewegung hinaus herrschte also bis zum Februar 2020 ein weitgehender Konsens (Ausnahme: Klimaleugner*innen), sich dem 1,5%-Ziel der Begrenzung des Anstiegs der globalen Erderwärmung zu verschreiben. Dies trieb „die Politik“ geradezu vor sich her. Nicht nur Fachpolitiker*innen bedankten sich öffentlich bei der FfF-Bewegung dafür, dass der von der Bewegung erzeugte öffentliche Druck ihnen nun größere politische Handlungsspielräume hinsichtlich der Klimapolitik eröffnet habe, um Maßnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaziele vorantreiben zu können. Zur Debatte stand nicht mehr das OB, sondern nur noch WIE die Pariser Klimaziele zu erreichen seien.

Doch schon vor dem Ausbruch der Pandemie meldeten sich kritische Stimmen, die sich zum einen gegen den expertokratischen und zudem alarmistischen Grundduktus der Klimawandel-Kommunikation (Stichwort: Dominanz der Klimaforschung) wandten. Zum anderen thematisierten Vertreter*innen anderer Politikbereiche Zielkonflikte. Dies betraf zum einen den Naturschutz (Zielkonflikte beispielsweise hinsichtlich Artenschutzes versus Ausbau erneuerbarer Energien), zum anderen aber auch den Sozialbereich (Zielkonflikt vor allem intra- versus intergenerationelle Gerechtigkeit). Sehr grundsätzliche Kritik wurde zudem nicht nur aus akademischen Kreisen laut, welche Auswirkungen die Debatten bzw. die hier geäußerten Argumente für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft nach sich ziehen könnten. Dies korrelierte wiederum mit der Kritik an dem expertokratischen Grundduktus, d. h. dem Argument, dass eine bestimmte Politik „alternativlos“ sei (Rinderspacher (2020: 12 f.).

Hinsichtlich der beschriebenen Diskurslandschaft Klimaschutz zeigen sich deutliche Parallelen zum Pandemiediskurs seit dem Frühjahr 2020. Auch hier ist eine zunehmende Kritik am expertokratischen Grundduktus erkennbar. Zielte die Kritik im Klimadiskurs darauf, dass der Klimaforschung bezogen auf die Lösungsansätze die alleinige Deutungshoheit seitens anderer Expertisen abgesprochen wurde, so fokussiert die Kritik im Pandemiediskurs auf die Deutungshoheit der Virologie und Epidemiologie. Im Kern der Kritik steht das Argument der „Alternativlosigkeit“. Damals wie heute ergäben sich aus den vorgeschlagenen „alternativlosen“ Lösungswegen Kollateralschäden, die Folge- bzw. Sekundärkrisen nach sich ziehen würden. Bewegte sich der Diskurs hinsichtlich der Klimakrise noch weitestgehend im Konjunktiv, so lassen sich die Kollateralschäden der virologischen bzw. epidemiologischen „alternativlosen“ Lösungswege im Indikativ beschreiben: krisenhafte Situation hinsichtlich Bildung, Ökonomie, Soziales etc.

Die „eine Gesundheit“ – Potenziale für Synergien und neue Narrative

In den öffentlichen Debatten sind Auffassungen verbreitet, die Pandemie sei gleich einem Naturereignis, als externer Schock im Sinne einer Naturkatastrophe, über die Menschheit gekommen und bedrohe nun die Gesundheit, ja das Leben der Menschen (vgl. u. a. Reckwitz 2021). Diese Auffassungen folgen einem dichotomen Denken: da die Natur – hier die vom Menschen gemachte Kultur. Die Pandemie wird also im Kern der Natur zugeschrieben. Dass die Ursachen für die Pandemie auch menschengemacht sein könnten, lässt ein binäres Denken nicht zu. Mit Lessenich (2020) lässt sich die Pandemie aber zuvorderst als ein „soziales Phänomen“ lesen: als Folge einer „imperialen Lebensweise“ (Brand & Wissen 2017), d. h. des unstillbaren Ressourcenbedarfs des reichen Nordens, der zentral für den Rückgang der Biodiversität bzw. den von Naturflächen verantwortlich ist. Auch Jochum (2020) kommt zu einer ähnlichen Folgerung, indem er die Pandemie als „nichtintendierte Nebenfolge des expansiven Vordringens der technisch-kapitalistischen Zivilisation in Naturräume“ interpretiert. Lessenich und Jochum (2020) ergänzend ließe sich auch der Klimawandel in diese Interpretation eingliedern.

Gegen die zunächst genannte Lesart des plötzlichen externen Schocks ließe sich anführen, dass sowohl bezogen auf den Klimawandel als auch auf die Biodiversitätsproblematik im Übermaß wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen. Diese hätten Möglichkeiten zur Prävention geboten und vor allem hätten sich daraus sehr konkrete proaktive Präventionsansätze für die nähere Zukunft ableiten lassen. Am unmittelbarsten wird dies an der Biodiversitätsproblematik deutlich, hat doch der Weltbiodiversitätsrat erst kurz vor dem Ausbruch der Covid-Pandemie 2019 vor der Gefahr neuer Zoonosen gewarnt (Settele 2020). Vom „sozialen Phänomen“ bis zu den schon länger laufenden Debatten um die sozial-ökologische Transformation ist es nur ein kleiner Schritt.

Im Mittelpunkt des Workshops stehen vor dem Hintergrund begrenzter gesellschaftlicher und politischer Aufmerksamkeitsressourcen die Krisendiskurse. Erscheint ein Narrativ vorstellbar, das es ermöglicht, die Biodiversitätskrise und den Klimawandel nicht nur in der öffentlichen Debatte zu halten, sondern auch die Krisenlagen ein Stück einer Lösung näher zu bringen?

Als größte gemeinsame Schnittmenge der Krisenlagen Corona-Pandemie, fortschreitender Biodiversitätsverlust und Klimawandel lassen sich Natur, Zeit(druck) und Gesundheit ausmachen. Das Wissen um die drei Krisenlagen ist seit Langem bekannt, doch hat dieses Wissen unterschiedliche Reaktionen – oder Nichtreaktionen – im Verhalten der Menschen ausgelöst. Hier wird vorgeschlagen, viel stärker als bisher ein bestehendes – allerdings öffentlich noch nicht breit kommuniziertes – Narrativ aufzugreifen und dieses zu einem alle drei Krisenlagen umfassenden Nützlichkeitsnarrativ fortzuentwickeln, das neu gerahmt durchaus als einende „positive Botschaft“ gelesen werden könnte. Eine Erzählung, von der bereits ansatzweise in diesem Beitrag die Rede war: die „eine Gesundheit von Mensch und Natur“.

Dies wäre historisch allerdings – wie so oft im Naturschutz – nicht wirklich neu, d. h., es bestehen Anknüpfungspunkte zu einer historischen Erzählung, die den Naturschutz- und den Gesundheitsbereich bereits über Jahrzehnte zusammenbrachte. So warb der spätere Direktor des Ruhrsiedlungsverbandes, Robert Schmidt, bereits 1912 mit den Worten „Wo die Sonne hinkommt, braucht der Arzt nicht hinzugehen“ für mehr Natur(schutz) in Ballungsräumen, und in den 1950er-Jahren entwickelten Landschaftsplaner*innen unter dem Motto „gesundes Land – gesundes Volk“ (Konrad Buchwald) Naturschutz und Gesundheitsaspekte integrierende Konzepte. Auch in den folgenden Jahrzehnten flammten immer wieder Debatten auf, die diese beiden Felder integrativ angehen wollten – ohne dass sich allerdings ein wirkliches Narrativ etablieren konnte (Frohn 2009).

Die Chancen für ein unter dem Slogan von der „einen Gesundheit“ oder „der planetaren Gesundheit“ zu entwickelndes Narrativ, das Breitenwirkung erzielen könnte, erscheinen günstig. Auch weil gerade im Bereich der Medizin Initiativen, Stiftungen oder Verbände immer mehr an die Öffentlichkeit treten und auf die engen Zusammenhänge zwischen Klimaschutz und Gesundheit fokussieren. Medizinische Kreise, die wiederum auch die Fridays-for-Future-Bewegung unterstützen, thematisieren den Nexus von Klimawandel und Pandemien. Genannt seien hier die „Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG)“, aus der im Frühjahr 2020 eine „Planetary Health Academy“ hervorging, die von Eckart v. Hirschhausen gegründete „Stiftung Gesunde Erde – Gesunde Menschen“, „Health for Future“ oder die „Planetary Health Alliance“. Sie alle fokussieren auf einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und Gesundheitsbeeinträchtigungen (zukünftig heißere Sommer mit Folgen für die Gesundheit) und stellen auch Zusammenhänge zur Corona-Pandemie her.

„Health for Future“ bezeichnet sich ausdrücklich als „Aktionsforum für alle Angehörigen aus dem Gesundheitsbereich, die sich für ein intaktes Klima und Ökosystem einsetzen“, d. h., hier ist über das „Ökosystem“ ein Bezug zur Biodiversitätsproblematik prinzipiell angelegt.

Die Planetary Health Alliance beschäftigt sich neben dem Klimawandel u. a. auch mit Biodiversitätsverlust, Wasserknappheit oder Veränderungen der globalen Landnutzung. In der Argumentation der „Stiftung Gesunde Erde – gesunde Menschen“ liegen auch Andockpunkte, die wiederum zwei Krisen (Klimawandel – mittelbar Biodiversität) im Kontext Gesundheit zusammenbringen, indem sie darauf verweist, dass mildere Winter Auswirkungen auf Allergien haben könnten, wobei hier zu vermuten ist, dass als Auslöser für Allergien eine vorgezogene Blühzeit infrage käme.

Nimmt man die Biodiversitätsproblematik mit in den Blick und kombiniert deren Ansätze mit medizinischen Diskursen, dann deuten sich erste mögliche Schnittmengen an, die es erlauben würden, einen stärker systemischen Ansatz zu verfolgen.

Bisher bezogen sich die Argumente hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Zoonosen und Biodiversitätsverlust vornehmlich auf den kultivierungsbedingten Rückgang von Naturflächen (bzw. Pufferflächen zwischen Kultur- und Naturlandschaften) und den weltweiten Handel von Wildtieren, d. h., es war kein Konnex zum Klimawandel erkennbar. Doch schon früh kamen aus dem Bereich der Medizin (Jonas Schmidt-Chanasit im April 2020) und nun auch aus der Biodiversitätsforschung (Josef Settele 2020) Hinweise, dass die Biodiversitätsveränderungen, die als ursächlich für den Ausbruch von Pandemien angesehen werden, wiederum auf den Klimawandel zurückzuführen sind. Das Autor*innentrio Beyer, Manica und Mora lieferte im März 2021 Hinweise darauf, dass für den Corona-Ausbruch in Wuhan ein Zusammenspiel von klimawandelursächlichem Biodiversitätswandel und Zoonose verantwortlich sein könnte. In der Region Wuhan habe sich – wahrscheinlich klimawandelbedingt – sukzessive die Vegetation, die früher durch tropisches Buschland geprägt gewesen sei, hin zu tropischer Savanne und Laubwald gewandelt. Die veränderte Vegetation habe wiederum eine Vielzahl neuer Fledermausarten angezogen, sodass die Region sich zu einem Hotspot für Fledermäuse und Fledermausviren entwickelt habe.

So sinnvoll die Forderung des oben genannten IPBES-Berichtes ist, der seine Mitgliedstaaten auffordert, den One-Health-Ansatz zu institutionalisieren (BMU 2020b), so bedarf es doch flankierend eines neuen Narrativs, das diesen Ansatz anpasst, erklärt und popularisiert. Der Workshop dient wesentlich dem Ziel, sich auf den Weg zur Entwicklung eines solchen Narrativs zu begeben. Impulse sind sehr willkommen.

Das hier entwickelte Plädoyer für eine verbindendes Narrativ steht allerdings unter einem Vorbehalt. Im Diskurs zeigen sich auch noch weitere Ansätze zur Klärung der Genese von Covid-19. Dies betrifft zum einen die Labor-These, die jüngst (Stand: Anfang Juni 2021) wieder – auch politisch – an diskursivem Gewicht erlangte, zum anderen den jüngst von Christian Drosten modifizierten Ansatz, wonach die Ursache in der chinesischen Pelzindustrie liegen könnte.

Literatur

- Berger, L. (2019): Neue Gentechniken und Naturschutz – ein dynamisches Verhältnis. Ein Resümee. – In: Schell, C.; Engelhard, M.; Frohn, H.-W. & Berger, L. (Hrsg.): Neue Gentechniken und Naturschutz – eine Verhältnisbestimmung. BfN-Skripten Nr. 546. Bonn: 111–118.
- Beyer, R. M.; Manica A. & Mora C. (2021): Shifts in global bat diversity suggest a possible role of climate change in the emergence of SARS-CoV-1 and SARS-CoV-2. – In: Science of the Total Environment 767 (1): 145413. doi:10.1016/j.scitotenv.2021.145413.
- Blab, J.; Binot-Hafke, M.; Capt, S.; Cordillot, F.; Essl, F. et al. (2005): Rote Listen – Barometer der Biodiversität. Entstehungsgeschichte und neuere Entwicklungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Bonn.

- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) (2020a): Weltweiter Naturschutz kann Risiken zukünftiger Pandemien verringern (PM v. 02.04.2020); online abrufbar unter: <https://www.bmu.de/presse-mitteilung/schulze-weltweiter-naturschutz-kann-risiko-kuenftiger-seuchen-verringern> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) (2020b): Neuer Bericht des Weltbiodiversitätsrats belegt Zusammenhang von biologischer Vielfalt und Pandemieprävention; online abrufbar unter: <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-was-gegen-naturzerstoerung-hilft-hilft-auch-gegen-entstehung-neuer-pandemien> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Bösch, F.; Deitelhoff, N. & Kroll, S. (Hrsg.) 2020: Handbuch Krisenforschung. Wiesbaden.
- Brand, K.-W. (2020): Nachhaltigkeitsperspektiven in der (Post-)Corona Welt. Globale Umbrüche und die Herausbildung neuer Resilienzregime. – In: Görgen, B.; Grundmann, M.; Haabus, N.; Hoffmeister, D. & Wendt, B. (Hrsg.) (2020): Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise. – Soziologie und Nachhaltigkeit. Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung. Sonderband II: Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise. Münster: 9–20.
- Frohn, H.-W. (2009): Das Stiefkind der Bewegung: Sozialpolitischer Naturschutz und die Bemühungen um Erholungsvorsorge 1880 bis 1969. – In: Frohn, H.-W.; Rosebrock, J. & Schmoll, F. (Hrsg.): „Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?“ Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport – gestern, heute, morgen. – Naturschutz und Biologische Vielfalt 75 – Münster: 39–123.
- Görgen, B.; Grundmann, M.; Haabus, N.; Hoffmeister, D. & Wendt, B. (Hrsg.) (2020): Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise. – Soziologie und Nachhaltigkeit. Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung. Sonderband II: Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise. Münster.
- IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) (2020): IPBES Workshop on Biodiversity and Pandemics. Executive Summary for policymakers; online verfügbar unter: <https://www.de-ipbes.de/de/IPBES-Workshop-Bericht-zu-Biodiversitaet-und-Pandemien-2075.html> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) (2021): Biodiversity and Climate Change. Workshop Report; online verfügbar unter: https://ipbes.net/sites/default/files/2021-06/20210609_workshop_report_embargo_3pm_CEST_10_june_0.pdf (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Jochum, G. (2020): Am Ende der Expansionsgesellschaft? Die Coronakrise als Menetekel für Grenzen der kolonialen Landnahme des Netzes des Lebens. – In: Görgen, B.; Grundmann, M.; Haabus, N.; Hoffmeister, D. & Wendt, B. (Hrsg.) (2020): Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise. – Soziologie und Nachhaltigkeit. Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung. Sonderband II: Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise. Münster: 22–34.
- Kohlrausch, L.; Schoeß, M. & Zejnelovic, M. (Hrsg.) (2018): Krise. Mediale, sprachliche und literarische Horizonte eines viel zitierten Begriffs. Würzburg.
- Krumenacker, T. (2020): Wegen Naturzerstörung: Corona könnte erst der Anfang sein. – In: Riffreporter 30.10.2020; online verfügbar unter: <https://www.riffreporter.de/de/umwelt/gefahr-neuer-pandemie-durch-naturzerstoerung-ipbes-schulze> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Lepenies, R. (2020): „Die Verhaltenspsychologie wird eine wichtige Rolle spielen.“; online abrufbar unter: <https://www.die-debatte.org/corona-interview-lepenies> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).

- Lessenich, S. (2020): Soziologie – Corona – Kritik. – In: Berliner Journal für Soziologie 30: 215–230.
- oekom e. V. – Verein für ökologische Kommunikation & Deutsche Bundesstiftung Umwelt (Hrsg.): (2020): Die Coronakrise. Stimulanz für die Große Transformation. München.
- Reckwitz, A. (2020): Risikopolitik. – In: Volkmer, M. & Werner, K. (Hrsg.): Die Corona-Gesellschaft. Analysen und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld: 241–252.
- Reckwitz, A. (2021): Was wir aus der Coronakrise lernen sollten. – In: Spiegel 05.03.2021; online abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/psychologie/corona-und-politische-resilienz-was-wir-aus-der-krise-lernen-sollten-a-3cea4d87-0002-0001-0000-000176138623> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Rinderspacher, J. P. (2020): „Beeilt euch!“ Zeitprobleme im sozialökologischen Transformationsprozess. München.
- Rohland, E. (2020): Corona, Klima und weiße Suprematie. Multiple Krisen oder eine? – In: Volkmer, M. & Werner, K. (Hrsg.): Die Corona-Gesellschaft. Analysen und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld: 45–56.
- Schmidt-Chanasit, J. (2020): Corona-Krise: Wie hängen Pandemie, Umweltzerstörung und Klimawandel zusammen?; online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/308483/pandemien-umwelt-und-klima> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Schmoll, F. (2004): Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich. Frankfurt a. M.
- Schmoll, F. (2005): Warnsignale, Alarmsysteme in der Naturschutzgeschichte. – In: Blab, J.; Binot-Hafke, M.; Capt, S.; Cordillot, F.; Essl, F. et al.: Rote Listen – Barometer der Biodiversität. Entstehungsgeschichte und neuere Entwicklungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Bonn: 21–32.
- Settele, J. (2020): Die Triple-Krise: Artensterben, Klimawandel, Pandemien. Warum wir dringend handeln müssen. Lüdenscheid.
- Volkmer, M. & Werner, K. (Hrsg.) (2020): Die Corona-Gesellschaft. Analysen und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld.
- wpn2030 (Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030) (2020): Nachhaltig aus der Corona-Krise. Wie kann Nachhaltigkeit zur Bewältigung der Krise beitragen – und wie kann die Bewältigung der Krise zur Stärkung von Nachhaltigkeit beitragen? Potsdam ; online abrufbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2020/08/Nachhaltig-aus-der-Corona-Krise-2.pdf> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).

Ganz normale Katastrophen. Biodiversitätsverlust, Klimawandel und Covid-19-Pandemie als Anthropozän-Krisen

Fritz Reusswig

Einleitung: Krise – Katastrophe – Normalität

Die Regierungen der Welt haben Ende 2015 auf der Pariser Klimakonferenz beschlossen, die globale Erwärmung auf 1,5 bis 2 °C bis zum Ende des Jahrhunderts zu begrenzen – gemessen am vorindustriellen Niveau. Da wir heute schon bei gut +1 °C angekommen sind, verbleiben für die Einhaltung dieses Ziels nur noch wenige Jahre. Bleibt es weltweit bei den nationalen Klimapolitiken, wie sie derzeit in Kraft sind, dann landen wir am Ende des 21. Jahrhunderts bei +2 bis 4 °C, werden zusätzlich heute schon angekündigte Maßnahmen auch umgesetzt, dann werden es voraussichtlich „nur“ 2 bis 3 °C mehr (CAT 2021). Damit wären zahlreiche kritische bis katastrophale Entwicklungen im Bereich Ernährungssicherung, Migrationsgeschehen, Biodiversität, menschliche Gesundheit, Infrastruktursicherheit etc. eingeleitet. Das Pariser Klimaziel war bekanntlich festgelegt worden, um gerade noch akzeptable Schäden durch ein aus Risiko-Sicht tolerierbares Temperaturfenster zu definieren.¹ Die Anpassungskosten würden – teilweise prohibitiv – hoch werden. Dabei sind die Überraschungen, die das Erdsystem in Gestalt von Kippunkten (*tipping points*) des Klimas bereithält, noch gar nicht berücksichtigt. Grenzen der Anpassung wären allenthalben zu spüren. Setzen sich Trends zu einem stärker fossilen Wachstumspfad und/oder nationalistisches oder populistisches Regierungshandeln durch, könnten auch 4 bis 5 °C Erwärmung möglich sein. Es steht zu vermuten, dass das Wort „Anpassung“ in diesem Fall nur der euphemistische Ausdruck für den – eher ungeordneten – Rückzug der Menschheit aus ihrer bisherigen Lebensweise wäre.

Nachdem das Problem des anthropogenen Klimawandels längere Jahre eher auf der Fachebene zwischen Wissenschaft, engagierten NGOs und Politik hin und her bewegt wurde, ohne dass die breitere Öffentlichkeit sich davon größer hätte beeindruckt lassen, sah die Welt im Jahr 2019 den plötzlichen Aufschwung der weltweiten Klimabewegung Fridays for Future, die mit periodischen Massenprotesten und einer weitgehend positiv gestimmten medialen und gesellschaftlichen Resonanz die Klimakrise (von manchen auch bereits Klimakatastrophe genannt) ganz nach vorn auf die politische Agenda brachte. Eine bis dahin eher als unpolitisch kritisierte „Handy-Generation“ wirbelte die öffentliche Aufmerksamkeit durcheinander. Ein wesentlicher Faktor ihres Erfolgs war es, dass sie gegenüber älteren Generationen nicht Forderungen erhob, die genuin jugendlich und irgendwie revolutionär gewesen wären – man erinnere sich an die 1968er-Generation –, sondern ihr gleichsam nur den Spiegel vorhielt und sie dazu aufforderte, endlich das zu tun, was die von ihr beauftragte Wissenschaft – prominent gebündelt im Weltklimarat IPCC – schon sehr lange für unverzichtbar hielt: „Hört endlich auf Eure Wissenschaft, lasst Euren Worten endlich Taten folgen – und zwar jetzt!“. 2020 verpflichtete dann auch das Bundesverfassungsgericht die deutsche Klimapolitik dazu, Lösungen nicht auf die ferne Zukunft – und damit auf die Schultern der jüngeren Generation – zu verschieben, sondern heute schon ambitionierter zu werden. Diese

¹ Was als akzeptables Risiko gilt, ist natürlich von Standpunkt zu Standpunkt verschieden. Die Korallenriffe der Welt etwa dürften schon bei +2 °C nicht überleben. Alles, was wir an klimawandelassoziierten Katastrophen aktuell erleben, geschieht in einer Welt, die gerade einmal 1 °C wärmer ist als vor der Industrialisierung. Das Paris-Ziel stellt also einen Kompromiss verschiedener Positionen und ihrer jeweiligen Kosten-Nutzen-Abwägung von Klimaschutz dar.

Forderung wurde von der Bundesregierung dann auch durch die Neufassung des Klimaschutzgesetzes aufgegriffen. Die im Herbst 2021 durchgeführte Bundestagswahl stand dann wesentlich im Zeichen der Klimapolitik, für die alle Parteien außer der AfD die besten Konzepte und Rezepte zu haben behaupteten. Hatte der Wahlkampf des Jahres 2017 ganz im Zeichen der Migrationspolitik gestanden, so zeigte sich der 2021er-Wahlkampf als stark von der Klimakrise geprägt. Nach deutlichen Zugewinnen für die den Klimaschutz schon immer als vordringlich betrachtende Partei Bündnis 90/Die Grünen konnte nach der Wahl ohne sie eine Regierung nicht mehr gebildet werden. Und die Partei der Klimaskeptiker hatte Stimmen verloren.

Das klingt zunächst nach einer Erfolgsgeschichte. Aber leider kann sie noch nicht zu Ende erzählt werden. Auch fehlen einige Kapitel. Zum Beispiel das Kapitel Corona. Anfang 2020 wurde die Welt ausgehend von China mit der schnellen Verbreitung des COVID-19-Sars-2 Virus von einer globalen Pandemie bisher unbekanntes Ausmaßes mit vielen Todesopfern heimgesucht. Um die weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern und vor allem die Kernfunktionen des Gesundheitssystems zu schützen, gingen die Regierungen der Welt sehr schnell dazu über, drastische Ausgangs- und Kontaktsperren zu verhängen; selbst in demokratischen Regimen wurden wesentliche Grundrechte im Namen des Gesundheitsschutzes ausgesetzt. Überall stiegen bisher der Öffentlichkeit völlig unbekanntes Virolog*innen und Immunolog*innen zu medial allgegenwärtigen Expert*innen auf, die das Regierungshandeln unmittelbar beeinflussten. Unterschiedliche wissenschaftliche Deutungs- und Lösungskonzepte (etwa Herdenimmunität versus Kontaktverbote) führten zu unterschiedlichen Politikpfaden. Die Wirtschaft, das Bildungssystem, die Kultur und das gesellschaftliche Leben insgesamt mussten erhebliche Opfer bringen, für deren (Teil-)Kompensation die Regierungen sehr große Geldsummen bereitstellen und sich aller Etatbremsen zum Trotz stark verschulden mussten. Auch Forschung und Wissenschaft erhielten schlagartig enorme öffentliche Fördermittel, und Impfstoffe konnten in kurzer Frist entwickelt und bereitgestellt werden – auch wenn die oft härter betroffenen Entwicklungs- und Schwellenländer viel weniger daran partizipierten. Noch ist auch hier der endgültige Ausgang unbekannt, drohen doch neue Virusvarianten, das Erreichte wieder mindestens teilweise zunichtezumachen, noch sind große Teile der Weltbevölkerung nicht geimpft. Aber die Corona-Krise hat gezeigt, dass Regierungen sehr schnell handeln können, dass sie, wenn es ihnen Ernst ist mit der Krisenbekämpfung, auch langgehegte Politikpfade und „Dogmen“ rasch verlassen können, dass Geld unter Umständen kein Problem ist, und dass sie in der Lage sind, bei alledem auf die Wissenschaft zu hören.

Aber auch in diesem Fall ist nicht nur das letzte Kapitel noch nicht geschrieben, die Krise also noch nicht bewältigt. Auch in dieser Krise stellen sich Corona-Skeptiker*innen und notorische Impfgegner*innen den dominanten Deutungen und Lösungsansätzen entgegen. Die Corona-Krise hat aber vor allem deutlich gemacht, dass die Menschheit über den „Menschenkörper“ sehr viel enger an die Natur und deren allgemeinen Zustand geknüpft ist, als sich ein naturfreies, gesellschaftszentriertes Weltbild eingestehen will. Diesem von vielen geteilten Weltbild zufolge lässt sich der Gesundheitszustand der Menschheit durch hygienische Vorkehrungen, medizinische Versorgung und präventive soziale Politik optimieren, ohne dass man auf die Natur größer zu achten braucht. Aber Corona konnte nur entstehen, weil ein Virus die Kette Wildtier – Nutztier – Mensch erfolgreich übersprungen hatte. Und es konnte diese Kette nur überspringen, weil die Menschheit umgekehrt der Natur, vor allem aber den letzten naturnahen Räumen in Südostasien, durch Siedlungs- und Nutzungsdruck immer näher „auf den Pelz“ gerückt war.

Das bringt uns zur letzten hier zu betrachtenden Krise, der Biodiversitätskrise. In einer systematischen Zusammenstellung und Bewertung vieler verschiedener Krisen kommen Wis-

senschaftler wie der Direktor des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung, Johan Rockström, zu der Einschätzung, dass der weltweite Verlust an Genen, Arten und Lebensräumen – also an Biodiversität – aktuell das größte Problem der gesellschaftlichen Naturverhältnisse darstellt. Hier haben wir die Grenzen der Tragfähigkeit weltweit (*planetary boundaries*) bereits überschritten, beim Klimawandel sind wir „erst“ dabei, es zu tun (Steffen et al. 2015). Auch hier warnt uns die Wissenschaft schon lange, auch hier arbeitet die Politik das Problem durch internationale Konventionen und nationale Naturschutzprogramme irgendwie ab. Und auch hier machen NGOs Druck, können – wie das Anfang 2019 erfolgreich durchgeführte Volksbegehren „Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern“ gezeigt hat – durchaus mobilisieren und die Politik beeinflussen. Aber eine ähnlich kraftvolle, breit getragene und weltweit operierende Bewegung wie die von Fridays for Future gibt es – bislang zumindest – nicht. Der Organisation Extinction Rebellion, die mit vielen Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen Klima- und Biodiversitätskrise zugleich angehen will, mangelt die gesellschaftliche Breite und die Fähigkeit zur Resonanz in die „Mitte“ der Gesellschaft.

Was haben diese Krisen miteinander zu tun? Man könnte sie als zufällig gleichzeitig auftretend ansehen. Aber sie sind innerlich miteinander verknüpft, weil sie einen gemeinsamen Ursachenkomplex zum Ausdruck bringen. Der ist mit dem mittlerweile ebenso populären wie unscharfen Begriff des Anthropozäns umschreibbar, auf den im übernächsten Abschnitt eingegangen wird.

Vorher noch ein Gesichtspunkt: Angesichts der vielen Krisen auf der Welt stellt sich die Frage, was eigentlich normal ist. Ein deskriptives Herangehen verbietet sich, schließlich wird die Frage durch die empirische Häufung von Krisen ja allererst provoziert. Dass eine Krise quasi die nächste ablöst – der Krisenmodus selbst also –, ist „normal“ geworden. Aber kann die Aussicht auf die Katastrophe „normal“ sein? Ganz offensichtlich schwingt eine normative Erwartung mit, wenn wir von Normalität sprechen. Aber woher holen wir diese normative Erwartung eigentlich? Aus den Erfahrungen einer irgendwie als „unbeschädigter“ geltenden Phase vorher? Aus der Antizipation einer als krisenfrei gedachten positiven Zukunft? Aus irgendwelchen normativen Prinzipien, die wir auf die krisenhafte Gegenwart projizieren? Oder aus einer Mischung aus alledem? Es ist jedenfalls verdächtig, vielleicht aber auch aufschlussreich, dass als „normal“ sowohl gelten kann, was gerade der Fall ist – wie immer krisenhaft wir es in anderer Hinsicht empfinden mögen –, als auch das, was sich normativ auszeichnen lässt, also gerade nicht rein deskriptiv erschlossen werden kann.

Ob die Krisenerfahrung produktiv genutzt wird, um die Katastrophe noch abzuwenden, oder ob sie als „normalisierte“ Realität über den katastrophischen Kern hinweggleitet, darüber entscheidet auch unsere Vorstellung von Normalität. Nur ein normativ anspruchsvoller Normalitätsbegriff, so die hier vertretene These, macht uns fähig, die Krise als Krise zu erfahren und die Katastrophe abzuwenden. Seit einiger Zeit hat diese krisenhafte Normalität einen neuen Namen: Anthropozän. Sehen wir uns an, ob und wie uns damit weitergeholfen ist.

Das Anthropozän oder die halbierte Naturbeherrschung

Klimakrise, Biodiversitätsverlust und die COVID-19-Pandemie sind keine drei voneinander isolierten und zufällig gleichzeitig auftretenden Krisen, sondern haben vielfach die gleichen Ursachen und komplexe „positive“ Rückkopplungen. Wir reden von **einer** Krise in verschiedenen Ausprägungen und teilweise sogar kausalen Verknüpfungen (Settele 2020). Jede Krisenkommunikation, die diese inneren Zusammenhänge und Verursachungsmuster ausblendet, ist unkritisch, wenn nicht ideologisch. Sie tut so, als handele es sich bei ihnen um mehr oder weniger zufällige, zumindest nicht systematisch verknüpfte Betriebsunfälle und nicht um

eng verzahnte Gestalten der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse, in die wir uns immer tiefer verstricken.

Die Erde hat sich durch menschliche Eingriffe radikal verändert. Wir sind dabei, eine Erd-epoche zu verlassen, die den menschlichen Kulturen über rund 11 000 Jahre weitgehende klimatische Stabilität und somit ein Zeitfenster für ihre Entwicklung und globale Verbreitung geboten hat. Für den Auszug aus diesem ungewöhnlich stabilen „Holozän“ fand der Chemie-nobelpreisträger und frühere Direktor am Max-Planck-Institut für Chemie Paul J. Crutzen die Bezeichnung „Anthropozän“: ein Begriff, der den Einfluss des Menschen auf das Erdsystem nicht länger ausblendet (vgl. als Überblick Ellis 2020).

Mit diesem Begriff umschreiben wir inzwischen das allerjüngste Erdzeitalter (seit etwa 1950), in dem unsere technische Zivilisation zur geologischen Kraft geworden ist und damit ihre eigenen planetaren Existenzbedingungen herstellt – oder eben durch Krisen zerstört. Ein kurzer Blick in die Geschichte der Menschheit (vgl. Harari 2015) zeigt zwar, dass *Homo sapiens sapiens* seit seinem ersten Auftreten und der kognitiven Revolution, die vor rund 70 000 Jahren einen intelligenten und sozial organisierten Jäger aus ihm machte, vom Opfer zum Täter im Tierreich wurde, der auch schon die erste Runde des anthropogenen Artenschwunds einläutete. Aber es bedurfte weiterer solcher basalen Revolutionen wie der landwirtschaftlichen vor rund 12 000 Jahren, der politischen vor rund 3000 Jahren und vor allem der wissenschaftlichen, die vor rund 500 Jahren begann, bevor der biologisch kaum weiterentwickelte Mensch die wissenschaftlich-technischen und organisatorischen Fähigkeiten entwickelte, im großen Maßstab – und in ungekannter Zahl – die planetaren Grenzen zu berühren oder gar zu überschreiten.

Es ist kein Zufall, dass diese Grenzüberschreitung einem Naturwissenschaftler aufgefallen ist. Der Mainstream der ansonsten vielstimmigen Sozialwissenschaften ignoriert die Naturseite der *condition humaine* seit ihrer Herausbildung vor etwa 100 Jahren so beharrlich, dass ihm gar nicht auffallen konnte, was sich an dieser „Front“ zusammenbraute. Ob die Menschheit 0,1 oder 5 Gigatonnen CO₂ emittiert, spielt bei der Mehrheit der Zunft überhaupt keine Rolle, Hauptsache man kann sich über sozialwissenschaftliche Paradigmen streiten.

Aber es gilt der Satz: Keine Gesellschaft ohne Natur – und natürlich seine Umkehrung (Becker & Jahn 2006). Und hier zeigen sich dann auch die Schwächen des Anthropozän-Konzepts. Die schwierige Datierungsfrage verweist auf ein analytisches Problem: Was meint man denn genau, wenn man „Anthropos“, also „Mensch“ sagt? Unsere biologische Spezies, die schon vor langer Zeit, auf jeden Fall vor den vier genannten Revolutionen, „fertig“ war, die das Anthropozän überhaupt erst ermöglicht haben? Sicher war die Spezies aber vor 1950 biologisch „fertig“, dem bevorzugten Datum des Anthropozän-Beginns. Oder meinen wir irgendeine Wesenseigenschaft des Menschen?

„Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ (Karl Marx, 6. Feuerbach-These)²

Was „Mensch“ heißt, kann nicht unabhängig von der Frage beantwortet werden, wie viele Exemplare dieser Spezies es gerade gibt, auf welcher technologischen Basis sie ihr Leben der Natur abgewinnt, in welchen ökonomischen und politischen Verhältnissen sie lebt, welche kulturellen Muster sie prägt und welchen Selbst- und Weltbildern sie anhängt. All das beeinflusst auch ihre Naturverhältnisse, und diese wirken nicht zuletzt aufgrund der Eigen-

² Und seiner Naturverhältnisse, wie wir nicht vergessen dürfen hinzuzufügen. In der Geschichte des Marxismus wurde diese Hinzufügung aber allzu oft vergessen.

dynamik natürlicher Systeme auf die Menschheit zurück: siehe jüngst Klimafolgen, Folgen des Biodiversitätsverlusts, Pandemie-Folgen.

Die naturwissenschaftlich initiierte Anthropozän-Debatte leidet unter sozialwissenschaftlichen Unschärfen. Daher rühren die Datierungsprobleme. Wir können eine auch sozialwissenschaftlich interessante Diskussion über das Anthropozän nicht erst führen, wenn die Naturwissenschaften die Datierungsfrage geklärt haben, sondern umgekehrt: Erst ein sozialwissenschaftlich informierter Begriff des Menschen und seiner „Periode“ in der Erdgeschichte kann die Datierungsfrage lösen helfen.

Wenn man die Herrschaft des Menschen über die globalen Ökosysteme – einschließlich des Aussterbens von Arten durch Überjagung – bereits mit der kognitiven und dann der landwirtschaftlichen Revolution beginnen lässt, dann stellen die aktuellen Krisenlagen spezifische Erscheinungsformen einer institutionen- und mentalitätsgeschichtlich weit vorangeschrittenen Phase des Anthropozäns dar, die hier als „Hoch-Anthropozän“ bezeichnet werden soll.³

Wesentliches Kennzeichen des Hoch-Anthropozäns ist, dass die Menschheit heute eine global-ökosystemare Wirkmacht geworden ist, die sozial-ökologische Krisen im Weltmaßstab auszulösen vermag, denen die reale Möglichkeit katastrophaler Ausgänge eingeschrieben ist – katastrophaler Ausgänge, die sich zudem ansatzweise oder punktuell schon ereignen, nicht nur zukünftig sind. Dieses „planetare Können“ verdankt die Menschheit verschiedenen, miteinander verkoppelten Entwicklungen: einem massiven Bevölkerungswachstum mit der zugehörigen Ausbreitung der Spezies in hoher Dichte über den gesamten Planeten, massiven technischen „Fortschritten“ in der Naturbeherrschung, einer ungekannten Wirtschafts- und Konsumdynamik, die trotz fortbestehender Armut und wachsender sozialer Ungleichheit weltweit eine dramatische Erhöhung der Stoffumsätze und der zugehörigen Beanspruchung der Quell- und Senkenkapazitäten des Erdsystems bewirkt hat, und eine Explosion der instrumentellen Vernunft. „Instrumentell“ nenne ich mit Max Horkheimer (1991) eine Vernunft, welche die Mittel, nicht jedoch die Ziele des Handelns reflektiert. Sie steht im Dienst der Herrschaft über Menschen und der Naturbeherrschung, ohne deren Maßstäbe, Voraussetzungen und Folgen hinreichend zu reflektieren.

Schon Horkheimer kritisiert, dass die Natur, einschließlich der Tiere, heute „als ein bloßes Werkzeug des Menschen“ aufgefasst werde und zum „Objekt totaler Ausbeutung“ geworden sei (Horkheimer 1991: 119). Instrumentelle Vernunft ist insofern halbierte Vernunft, und Naturbeherrschung halbierte Technik.

„Wer möchte aber einem Prügelmeister trauen, der Beherrschung der Kinder durch die Erwachsenen für den Sinn der Erziehung erklären würde? Ist nicht Erziehung vor allem die unerlässliche Ordnung des Verhältnisses zwischen den Generationen und also, wenn man von Beherrschung reden will, Beherrschung der Generationsverhältnisse und nicht der Kinder? Und so auch Technik nicht Naturbeherrschung: Beherrschung vom Verhältnis von Natur und Menschheit. Menschen als Spezies stehen zwar seit Jahrzehntausenden am Ende ihrer Entwicklung; Menschheit als Spezies aber steht an deren Anfang.“ (Benjamin 1981: 81 f.)

Ein Anfang, den sie hoffentlich noch wird fortführen können. Denn den „safe operating space“ ihrer Entwicklung als Menschheit hat sie ja vielfach schon verlassen. Die nichthalbierte Vernunft – mit Horkheimer könnte man sie die praktische nennen – zielt nicht auf Naturbeherrschung, sondern auf die „Beherrschung“ des Verhältnisses von Mensch und Natur. Ihr Ziel – und ihr Grund – ist die Freiheit des Naturwesens Mensch, das sich durch halbierte Vernunft

³ Ob es sich dabei vielleicht sogar schon um das „Spät-Anthropozän“ handelt, liegt – noch – in unserer Hand.

selbst gefährdet. Die ökologische Krise bedroht daher nicht nur unser Überleben, sondern vor allem unsere Freiheit. Sie ist auch der Ausdruck einer grotesken Diskrepanz zwischen planetarem Können und reflexiver Selbstbeherrschung: Wir beherrschen die Natur – bis hin zur Vernichtung –, aber wir beherrschen nicht unsere gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Krisenhaft ist das Anthropozän deshalb nicht nur, weil die Menschheit in ihrer physischen Interaktion mit dem Erdsystem dessen für uns zuträgliche Kapazitäten **überschreitet**, sondern auch und vor allem, weil sie ihre eigenen reflexiven und (Selbst-)Gestaltungskapazitäten **unterschreitet**. Das Übermaß von materieller Produktivität und mobilisierten Stoffströmen wird von einem dramatischen Mangel an reflexiver Selbstbeherrschung – praktischer öko-sozialer Vernunft also – bedingt.

Wenn die Krise zur gesellschaftlichen Erfahrungsform wird (Jahn 1991), dann muss wissenschaftliches Wissen den instrumentellen Modus verlassen und auf den reflexiven umstellen. Ihr Ziel ist nicht Beherrschung, sondern Praxis, ihr Horizont nicht Steigerung bestehender Parameter, sondern Freiheit – auch und vor allem Freiheit von Krise und Katastrophe. Und damit auch Freiheit vom Wachstumszwang, der als Normalität unterstellt grundsätzlich eine begründungsbedürftige Entscheidung wäre. Befreiung vom Wachstumszwang verschließt damit nicht Optionen, ist als solches kein Verzicht, sondern eröffnet allererst die Option, auch nicht zu wachsen – die „Option der Null-Option“ (Offe 1986).

Zuallererst also muss es darum gehen, die Mechanismen und Konstellationen zu durchleuchten, die in die Krise geführt haben und in der Katastrophe enden können. Nur so können wir lernen, wie wir es besser machen **könnten**. Was wir dann tatsächlich tun **sollen** – die Kernfrage der praktischen Vernunft –, das kann uns Wissenschaft nicht sagen oder gar vorschreiben.

Der Hauptgrund dafür liegt nicht etwa darin, dass wissenschaftliches Wissen wertfrei ist oder auch nur sein sollte, wie häufig im Anschluss an Max Webers Wertfreiheitspostulat gedacht wird. Selbst „wertfreies“ Wissen könnte uns nicht anleiten. Anleiten können „wir“ uns nur selbst – durch die demokratische Debatte, den Streit um Werte und Wege sowie die immer wieder neu herzustellenden Mehrheitsentscheide darüber, wie es jetzt weitergehen soll. Ohne Wissenschaft droht diese Debatte haltlos und beliebig zu werden. Die Standards der methodischen Beobachtung und Kontrolle in der global-öffentlichen Wissenschaftsgemeinschaft sind ein notwendiges Korrektiv für die allzu naheliegende Gefahr selbstdienlicher Subjektivismen und falscher Generalisierungen – **Fake News** in moderner Sprache. Aber auch eine wissenschaftlich umfassend informierte Öffentlichkeit muss Ziele, Mittel und Folgen abwägen und Entscheidungen treffen, die auf möglichst weitgehenden Konsensen – die häufig Kompromisse sind – gegründet werden. Praktisches Wissen kann nicht im Wissenschaftssystem autonom erzeugt werden. Es setzt zwingend den gesellschaftlichen und politischen Diskurs voraus. Nur in diesem **bildet** sich der praktische Horizont des wissenschaftlichen Wissens, und nur in diesem kann er sich **bewähren**. Und jede „Bewährung“ durch Praxis ist niemals nur eine einfache „Anwendung“ des Wissens, sondern immer auch eine durch **gemeinsame Praxis neues Wissen generierende** Tätigkeit, die – neben der Praxis selbst – auch den wissenschaftlichen Prozess vorantreibt, indem sie neue Fragen stellt und an alten Sicherheiten rüttelt. Auf alles das aber gibt uns der Anthropozän-Begriff keine zureichende Antwort – im schlimmsten Fall verbaut er sie sogar durch eine Zurechnung historisch-konkreter Krisenlagen an ein vage konzipiertes und moralisch nicht qualifiziertes Menschenwesen.

Die große Leistung des Begriffs Anthropozän liegt darin, den Menschen als ein Naturwesen zu betrachten, das zur Naturmacht wurde und damit die attribuierende Rückbindung von ökologischen Krisenphänomenen und Grenzüberschreitungen an dieses Wesen zu ermögli-

chen. Die beiden grundsätzlichen Schwächen des Begriffs liegen in seiner analytischen Abstraktheit und seiner normativen Unbestimmtheit. Um über diese Beschränkungen hinauszukommen, müssen die Krisenphänomene und deren Interaktionen etwas genauer betrachtet werden.

Interaktionen zwischen Corona-, Biodiversitäts- und Klimakrise

Infektionskrankheiten durch Wildtiere sind im letzten Jahrhundert mit zunehmender Geschwindigkeit aufgetreten und werden angesichts des erwarteten Bevölkerungswachstums und der damit einhergehenden Landnutzungs- und Landschaftsintensivierungen wahrscheinlich auch weiterhin auftreten. Die Ausbeutung von Wildtieren durch Jagd und Handel erleichtert den engen Kontakt zwischen Wildtieren und Menschen. Johnson et al. (2020) liefern Belege dafür, dass Ausbeutung sowie anthropogene Aktivitäten, die zu Verlusten der Lebensraumqualität von Wildtieren geführt haben, die Möglichkeiten für Tier-Mensch-Interaktionen erhöht und die Übertragung von Zoonosen – übertragbare Krankheiten, die Menschen und Tiere befallen – erleichtert haben.

Gerade Fledermäuse sind besonders „gute“ Wirtstiere: Sie leben dicht an dicht in großen Kolonien, in ihre Höhlen kommt kein Sonnenlicht, und die sich am Boden sammelnden Exkrememente sorgen für einen kurzen Übertragungsweg zwischen infizierten und nicht infizierten Tieren. Rulli et al. (2021) zeigen, dass viele Gebiete in China und Südostasien, die von Hufeisennasen bevölkert sind, auch eine höhere Waldzersplitterung und Konzentrationen von Vieh und Menschen aufweisen als andere Gebiete mit geringerer Waldfragmentierung und geringerer anthropogener Überformung. In diesen Hotspot-Regionen ist das Risiko deutlich größer, dass Zoonosen auftreten.

Bis vor Kurzem galten weitgehend intakte Naturgebiete mit hoher Biodiversität als wahrscheinliche Quellen für neue Zoonoseerreger, was darauf hingedeutet hätte, dass die Biodiversität negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben könnte. Neuere Forschungen zeigen aber, dass einige Taxa viel wahrscheinlicher zoonotische Wirte sind als andere, und dass sich diese Tiere oft in von Menschen dominierten Landschaften vermehren, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Übertragungen stattfinden. In weniger gestörten Gebieten treten diese zoonotischen Reservoirwirte jedoch weniger häufig auf. Somit scheint der Verlust der biologischen Vielfalt das Risiko einer Exposition des Menschen sowohl gegenüber neuen als auch gegenüber etablierten Zoonoseerregern zu erhöhen (Keesing & Ostfeld 2021). Die Menschheit hat es „geschafft“, gerade die „Superhosts“, also die Überträger einer großen Anzahl verschiedener Virenarten, nicht so stark zu dezimieren wie die „Non-hosts“, also Arten, die keine Reservoir von bekannten Zoonose-Viren darstellen. Und sie rückt mit ihrer urban-agrikulturellen Zivilisation diesen vor allem von „Superhosts“ bewohnten Risikogebieten immer näher.

Landnutzungsänderungen sind auch ein wichtiger Treiber des globalen Klimawandels. Sie tragen rund 15 % der Treibhausgas-Emissionen bei, die Verbrennung fossiler Energieträger rund 85 %. Das Erdsystem kennt drei große Senken für diese beiden Hauptgruppen anthropogener Emissionen: die Ozeane (etwa 23 % der totalen Senkenkapazität), die Biosphäre (rund 31 %) und die Atmosphäre (rund 46 %) (Friedlingstein et al. 2020). Landnutzungsänderungen kommen vor allem durch Entwaldung im globalen Süden zustande, wo sich Siedlungs-, Landwirtschafts- und Verkehrsflächen weiter ausdehnen und Holz geerntet wird.

Waldbrände, die im Zuge des Klimawandels immer mehr zunehmen, verwandeln die CO₂-Senke Wald in eine Quelle. Die Ozeane erwärmen sich infolge der Erwärmung der Atmosphäre und ihr pH-Wert verschiebt sich in Richtung sauer, was alle Kalkschalen-Organismen

gefährdet. Der Temperaturanstieg des Meeres bringt auch die Korallenriffe an ihre Grenzen; das weltweite Korallensterben hat schon begonnen.

Auch in Deutschland führt der Klimawandel zu massiven Veränderungen natürlicher Systeme, wie die Klimawirkungs- und Risikoanalyse 2021 des Umweltbundesamtes zeigt (Kahlenborn et al. 2021). Die schon eingetretenen Verschiebungen der Phänologie bringen lang eingespielte ökologische Ketten durcheinander, die Verschiebung von Vegetationszonen lässt aufgrund ihres Tempos und ihres Charakters (Höhengradienten lassen sich nicht beliebig „nach oben“ verlängern) einige angestammte Arten aussterben und bringt mit gebietsfremden Organismen teilweise Probleme mit sich. Moore und Feuchtgebiete – große Kohlenstoffspeicher – trocknen aus, Binnengewässer erwärmen sich – insbesondere am Alpensaum – und damit verändert sich auch ihr Artenspektrum. Die viel zu trockenen und heißen Sommer der Jahre 2018 und 2019 haben die deutschen Wälder schwer geschädigt; teilweise wird bereits über die Aufgabe einer geordneten Forstwirtschaft nachgedacht.

Auch Corona und Klima hängen zusammen. Durch die weltweit auftretenden Lockdowns des Jahres 2020 gingen zahlreiche Wirtschafts- und Verkehrsaktivitäten deutlich zurück. Das Ergebnis: Die weltweiten CO₂-Emissionen sanken um rund 6,7 %, in manchen Ländern mehr, in anderen weniger (Friedlingstein et al. 2020). 2020 entstanden in Deutschland 9,8 % weniger Treibhausgasemissionen als 2019. Weltweit hat Corona zu einer „Wachstumsdelle“ der Emissionen geführt, die die Zuwächse der Jahre 2018 und 2019 wieder „aufgefressen“ hat. Natürlich stellt sich die Frage, wie es nach Corona weitergeht. Schon in der Vergangenheit haben die globalen Emissionen bei Wirtschaftskrisen punktuell abgenommen, etwa nach der globalen Finanzkrise 2008/09. Aber die Erfahrung zeigt eben auch: Sie haben sich danach immer wieder erholt. Die Menschheit, so scheint es, „schafft“ es nicht, das Klima durch periodische Wirtschaftskrisen zu schützen, die Erholungs- und Kompensationstendenzen waren stets stärker. Wir neigen offenkundig auch dazu, Krisen zu vergessen, wenn sie einmal vorbei sind oder an Virulenz eingebüßt haben.

Was hält uns davon ab, Krisen als solche wahrzunehmen? Wieso erkennen wir die Schriftzeichen an der Wand so schlecht? Wieso erkennen wir gerade auch die Krisen-Interaktionen so schlecht? Und warum handeln wir nicht, wenn uns die Wissenschaft über mögliche Folgen informiert? Wir müssen uns ein wenig mit den Hürden unseres Krisenbewusstseins befassen.

Hürden des Krisenbewusstseins

Psychologie, Sozialpsychologie und Soziologie befassen sich schon lange mit diesen Fragen. Je nach zugrunde liegendem Handlungs- und Sozialmodell kommen dabei etwas andere Antworten zutage. Dennoch lassen sich einige konsensfähige Punkte benennen. Mit Blick auf die drei hier in Rede stehenden Krisen lässt sich sagen: Die Hürden des Krisenbewusstseins beim Klimawandel sind am besten erforscht, bei der Biodiversitätskrise sieht es sehr viel schlechter aus, und Corona ist zum einen ein sehr junger Forschungsgegenstand, zum anderen haben die Menschen mehrheitlich auf die Krise ja auch sehr bewusst reagiert.

Markowitz und Shariff (2012) betonen in ihrer Zusammenfassung des sozialpsychologischen Forschungsstands sechs Hauptherausforderungen des Klimawandels an das menschliche moralische Urteilssystem:

1. **Abstraktheit** und **kognitive Komplexität**: Die abstrakte und komplexe Natur des Klimawandels erschwert einen intuitiven Zugang und erfordert kognitiven Aufwand, den wir oft scheuen – nicht notwendigerweise, weil wir „faul“ sind, sondern auch, weil wir über begrenzte Kapazitäten der Problemwahrnehmung verfügen (Zeit, Bildung, Quellen ...).

2. **Moralische Tadellosigkeit unbeabsichtigter Handlungen:** Unsere moralische Urteilskraft ist sehr gut eingestellt auf intentionales Handeln, aber schlecht geeignet, um nicht-intentionale Folgen zu bewerten. Genau diese systemischen und akkumulativen Folgen prägen aber den globalen Klimawandel.
3. **Schuldabwehrende Selbstrechtfertigung:** Der Hinweis auf „unsere“ Verantwortung provoziert die Abwehr von Schuldgefühlen. Gerade Menschen mit großem CO₂-Fußabdruck sind besonders geneigt, die Schuld bei anderen zu suchen oder die Bedeutung des Problems herunterzuspielen.
4. **Unsicherheit provoziert Wunschdenken:** Unsicherheiten in der Klimaforschung provozieren häufig ungerechtfertigten Optimismus, was zur Unterschätzung zukünftiger Schäden führt. Eigentlich heißt „unsicher“ meist: Es kann schlimmer oder auch weniger schlimm kommen, aber viele Menschen verstehen „Es wird schon nicht so schlimm, es ist ja nicht sicher!“
5. **Moralisches Stammesdenken (Tribalismus):** Die Politisierung des Klimawandels verdrängt rationale Argumentation zugunsten ideologischer Polarisierung. Wir fragen hier leichter: „Wem nützt ein Argument, wer verwendet es?“, statt zu fragen „Trifft das Argument zu, könnte die Person auch Recht haben?“⁴
6. **Raum-zeitliche Fernwirkungen:** Die Folgen unseres heutigen Tuns kommen über Umwege zeitlich verzögert auf uns oder an andere Orte zurück. Opfer, die nicht zu „uns“ gehören, werden tendenziell übersehen.

Kann man diese sozialpsychologischen Hürden der Klimakrisenwahrnehmung auch auf die anderen Krisen übertragen? Ich würde an dieser Stelle die Perspektive etwas erweitern wollen und nicht nur nach den Hürden der Wahrnehmung, sondern auch nach denen des Handelns fragen wollen. Ich bediene mich dabei eines berühmten – ebenfalls sozialpsychologischen – Modells: dem sogenannten Bystander-(Zuschauer-)Effekt. Angelehnt an einen echten Fall, in dem Anwesende einer Frau nicht geholfen haben, die von einem Mann geschlagen und schließlich ermordet wurde, haben Latané und Darley (1970) sich die Frage gestellt, welche Faktoren dazu beitragen, dass Menschen in Krisensituationen nicht helfend eingreifen.⁵

⁴ Mit Blick auf die US-Situation weisen Markowitz und Shariff (2012) außerdem darauf hin, dass der moralische Diskurs über den Klimawandel stärker die Werte der Liberalen anspricht (Schäden und Fairness), während ein speziell für Konservative wichtiger Wert – der Schutz der eigenen Gruppe – in der Klimadebatte kaum angesprochen wurde. In dem Maße, in dem die Klimafolgen auch „uns“ betreffen, ändert sich das allerdings.

⁵ Dieses Setting ist in gewisser Hinsicht etwas schief, wenn es um Krisen wie den Klimawandel oder den Verlust der Biodiversität geht. Denn zwischen Zuschauer*innen und Täter*innen besteht ja ein grundsätzlicher Unterschied, der im Falle der gemeinsamen Verantwortung für Klima- und Biodiversitätskrise gerade aufgehoben wird. Dennoch kann man die Überlegungen von Latané und Darley (1970) aber fruchtbar machen für die in Rede stehenden Krisen. Denn man könnte ja die Situation, die zur Krise heute geführt hat (und die wir alle mit herbeigeführt haben), als etwas betrachten, das wir alle als quasi unbeteiligte Beobachter*innen betrachten, um uns zu fragen, ob wir zukünftig so weitermachen (= nicht helfend eingreifen) oder etwas ändern (= helfen) wollen. Aus der Nichtidentität von Täter*innen und Zuschauer*innen zu einem Zeitpunkt wird so eine Nichtidentität zu zwei Zeitpunkten.

Tab. 1: Hindernisse und Gründe für das Nicht-Helfen (angelehnt an Latané & Darley 1970)

Stufe	Aktivität	Hindernis	Einflüsse
1	Krise wahrnehmen	Die Krise wird nicht bemerkt	<ul style="list-style-type: none"> • Ablenkungen, „Tellerrand“ • Schleichender Verlauf • Zweifel an Beobachtungen/ Fakten
2	Krise als lösungsbedürftig einschätzen	Das Risiko des Nicht-Handelns unterschätzen	<ul style="list-style-type: none"> • Zweifel an Verursachung („alles Natur“) • Verharmlosung der Folgen/ Überschätzung spontaner Anpassung
3	Verantwortung übernehmen	Versagen bei der Übernahme persönlicher Verantwortung	<ul style="list-style-type: none"> • Verantwortungsdiffusion (marginaler eigener Beitrag) • Fehluweisung an Andere • Nicht-Handeln der Anderen (Pluralistische Ignoranz)
4	Lösungsoptionen entwickeln	Versagen beim Handeln aufgrund (Fehl-) Einschätzung der eigenen Fähigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Unklarheit, was genau zu tun ist • Überforderung durch andere Probleme • Überschätzung des möglichen Beitrags der Anderen
5	Handeln/ Krise lösen	Versagen beim Handeln	<ul style="list-style-type: none"> • Angst vor Konsequenzen • Konkurrierende Ziele/ Interessen • Bequemlichkeit • Nur symbolisches Handeln

Um auf eine Krise zu reagieren, muss ich sie zuallererst **als** eine Krise wahrnehmen – und nicht bloß als irgendwie harmloses oder normales Ereignis. Davon können mich eigene Sorgen oder Probleme genauso ablenken wie das Unvermögen, mich in andere einzufühlen oder über den eigenen „Tellerrand“ hinauszusehen. Im Falle wissenschaftlich vermittelter Krisenerfahrungen kommen noch die von Markowitz & Shariff (2012) genannten Faktoren 1, 4 und 6 hinzu.

Um in einer als Krise eingeschätzten Situation Hilfe zu leisten, muss sodann die Lösungsbedürftigkeit und auch die Lösungsmöglichkeit der Krise gesehen werden. Kann man **überhaupt** etwas tun? Wenn das Krisenhafte als naturwüchsig oder naturbedingt erscheint – wie der anthropogene Klimawandel den sogenannten Klimaleugner*innen –, dann ist der Mensch weder verantwortlich noch macht seine Abhilfe Sinn. Oder, wenn es schon einen anthropogenen Klimawandel gibt, dann werden die Folgen vielleicht als vertretbar oder gar positiv bewertet (z. B. „durch den CO₂-Düngungseffekt verwandelt sich die Erde in ein grünes Paradies“).

Die nächste Stufe besteht in der eigenen Verantwortungsübernahme. Die Leitfrage lautet: Was kann **ich** tun? Verantwortungsübernahme kann behindert werden durch den Hinweis auf die vernachlässigungswerte Kleinheit des eigenen Beitrags oder die Zuschreibung der Verantwortung an andere. Verstärkt werden kann dieser Effekt durch den der sogenannten pluralistischen Ignoranz. Diese tritt auf, wenn mehrere Personen eine Notsituation beobachten und jede/r einzelne Beobachter*in annimmt, es bestünde kein Problem, da kein/e andere/r Beobachter*in betroffen wirkt oder Anzeichen von Panik zeigt. An sich würde jede/r helfen wollen, aber da keine/r Anstalten zum wirklichen Helfen macht, entscheiden sich alle – entgegen ihrer moralischen Intuition, die „helfen“ suggeriert – für die Option „nicht helfen“.

Der nächste Schritt besteht im Entwickeln von Lösungsoptionen. **Was** kann ich tun? Hürden des Helfens entstehen, wenn man den eigenen möglichen Beitrag als zu klein einschätzt und/oder den Beitrag Dritter überschätzt. Reale Überforderungen durch eigene Probleme verhindern die Verantwortungsübernahme natürlich auch.

Schließlich besteht der Schritt zum Helfen dann im tatsächlichen Ergreifen der eigenen Optionen. Aber Barrieren gibt es auch hier, etwa wenn ich Angst vor den negativen Konsequenzen des eigenen Tuns habe, wenn andere Ziele konkurrieren, wenn die Bequemlichkeit siegt oder wenn ich mich nur zu symbolischem Handeln durchringen kann.

Für die drei in Rede stehenden Krisen stellen sich diese Hürden unterschiedlich dar.

Tab. 2: Hindernisse und Gründe für das Nicht-Helfen im Falle der Corona-, der Klima- und der Biodiversitätskrise

Dimension	Krise	Corona	Klima	Biodiversität
Krise wahrnehmen		Schnell, einfach, sehr große Mehrheit	Mittel schnell, mittel kompliziert, große Mehrheit	Langsam, kompliziert, Minderheit/knappe Mehrheit
Krise als lösungsbedürftig einschätzen		100% egoistische Evidenz	50% egoistische Evidenz	1% egoistische Evidenz
Verantwortung übernehmen		Eigenanteil deutlich erkennbar (Metrik vorhanden, einfach)	Eigenanteil mäßig deutlich (Metrik vorhanden)	Eigenanteil undeutlich (Metrik nicht vorhanden)
Lösungsoptionen entwickeln		Handlungsoptionen einfach und klar, Kosten niedrig/mittel	Handlungsoptionen vielfältig, oft unklar, Kosten mittel/hoch	Handlungsoptionen vielfältig und unklar, Kosten unklar, von gering bis hoch
Handeln/ Krise lösen		Nicht- oder symbolisches Handeln potenziell tödlich	Nichthandeln gefährdet zukünftige Generationen, symbolisches Handeln problemlos möglich	Nichthandeln gefährdet zukünftige Generationen, symbolisches Handeln problemlos möglich

Die Krisenwahrnehmung fällt im Falle einer Pandemie relativ leicht, das Erfassen der Krisenhaftigkeit des Geschehens erfolgt schnell, und obwohl die virologischen Zusammenhänge keineswegs einfach sind, wurden doch Schlüsselkonzepte und Kennzahlen hinreichend vereinfacht und breit kommuniziert (z. B. die Inzidenzwerte). Wie die sogenannte Corona-Leugner-Szene zeigt, die sich z. B. auf den „Querdenker“-Demonstrationen versammelte, bedeutet eine „relativ leichte“ Erfassbarkeit eines wissenschaftlichen Krisenhintergrunds keineswegs, dass **alle** Menschen diesen verstehen und akzeptieren. Neben der These, es handle sich beim auslösenden Virus nur um ein aufgebauschtes harmloses Grippe-Virus, dominieren aber vor allem in sozialen Netzwerken Verschwörungsmythen, die das Virus als Fakt akzeptieren, ihm aber eine andere Rahmung geben: Es sei von der Regierung bewusst eingesetzt worden, um eine Diktatur zu etablieren und die Menschen zu kontrollieren. Entsprechend ist die Reaktion auf die These von der Pandemie auch nicht einfach Unglauben oder Skepsis, sondern teilweise gewaltbereite aktive Abwehr (Hohlfeld et al. 2021). Dennoch: Dass es sich bei Corona um eine weltweite Krise mit dringendem Handlungsbedarf handelt, wurde sehr schnell von einer großen Mehrheit anerkannt. Nicht nur, weil die Infektions- und Todesziffern rasch anstiegen, sondern auch, weil die Konsequenzen staatlichen Handelns allenthalben und massiv spürbar waren. Corona hat den Alltag aller Menschen in einen Krisenmodus versetzt, der sowohl vom Geschehen selbst, vor allem aber von der Reaktion darauf geprägt war.

Die Wahrnehmung der Krisenhaftigkeit des Klimawandels erfolgt im Vergleich dazu deutlich verlangsamt. Nicht nur, weil das Krisengeschehen selbst weniger dynamisch verläuft als im Falle Corona, sondern vor allem auch deshalb, weil dessen Komplexität erheblich größer und daher das Korpus an relevantem wissenschaftlichen Wissen erheblich umfangreicher ist. Jeder IPCC-Bericht umfasst mehrere hundert Seiten, und alle 5 bis 7 Jahre erscheint ein neuer. Hinzu kommt, dass die Reaktion der Politik auf den Klimawandel weniger spürbar ausfällt als im Fall von Corona. Man hört von politischen Beschlüssen, man weiß vom europäischen CO₂-Handel, man sieht hier und da, dass Firmen oder Städte klimaneutral werden wollen. Aber das alles ist kein Vergleich zur Dichte und Ubiquität der Anti-Corona-Maßnahmen.

Im Falle der Biodiversitätskrise, so meine Einschätzung, ist die Krisenwahrnehmung noch schwieriger als im Klima-Fall. 2009 hatten 42 % der erwachsenen Bevölkerung Deutschlands

den Begriff „biologische Vielfalt“ schon einmal gehört und wussten, was er zu bedeuten hatte; zehn Jahre später waren es 44 % (BMU & BfN 2020). Der aus einer Wissens-, einer Einstellungs- und einer Verhaltensdimension zusammengesetzte Gesamtindikator „Bewusstsein für biologische Vielfalt“ wurde 2009 von 22 % der Befragten „erfüllt“, zehn Jahre später von 28 % (ebd.). Der Fortschritt erfolgt langsam. Der Querschnitts- und Komplexitätscharakter des Klimawandels dürfte größer sein, aber im Bereich der biologischen Vielfalt ist die Forschungslage unübersichtlicher – ein über lange Jahre etabliertes Wissenschaftsgremium wie der IPCC existiert mit dem Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) erst seit 2012. Außerdem dürften nicht wenige Menschen durch die Tatsache verwirrt werden, dass wir jedes Jahr neue Arten entdecken – also Arten in unseren Wissenshaushalt neu eintreten, was sich bei „grober Lesart“ so verstehen lässt, als „würden es immer mehr“ –, obwohl der weltweite Artenrückgang in vollem Gange ist.

Die Einschätzung der Lösungsbedürftigkeit der jeweiligen Krisen unterscheidet sich erheblich. Wenn das Risiko, durch Ansteckung mit einem Virus ernsthaft krank zu werden oder gar zu sterben, relativ hoch ist, dann ist ein Lösungsbedarf allein aus egoistischer Evidenz gegeben – symbolisch steht dafür die Zahl 100 %. Der Bezug zur eigenen direkten Betroffenheit ist im Falle des Klimawandels schon deutlich geringer. Menschen, die heute schon wegen wiederholter Dürre aus ihrer Region auswandern oder bei außergewöhnlichen Überschwemmungen Hab und Gut verlieren, sind natürlich direkt betroffen. Aber für die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland handelt es sich hierbei noch immer um ein eher entfernt in Raum und Zeit liegendes Risiko. Als Symbol für diese gemischte und raum-zeitlich etwas versetzte Evidenz steht hier die Zahl 50 % (vgl. Manzanedo & Manning 2020). Am geringsten schätze ich die egoistische Evidenz im Fall der Biodiversitätskrise ein – ob es tatsächlich nur 1 % egoistische Evidenz gibt oder mehr, spielt hierfür keine Rolle. Wichtig ist: Für die Mehrzahl der Menschen ist die persönliche Bedrohung durch den Verlust von Arten gering. Aber während man an Corona heute sterben kann und am Klimawandel vielleicht morgen, ist den meisten Menschen nicht klar, warum man selber irgendwie gefährdet sein sollte, „nur“ weil es die Alpenfledermaus oder die Atlantische Kegelrobbe nicht mehr gibt. In jüngster Zeit hat zum Beispiel der Erfolg des bayerischen Volksbegehrens Artenvielfalt – „Rettet die Bienen!“ – im Jahr 2019 gezeigt, dass es durchaus möglich ist, die Menschen für die Erhaltung der Artenvielfalt zu mobilisieren. Aber noch immer dürfte der Klimaschutz als das dringender lösungsbedürftige Problem gelten, obwohl die planetare Grenze Biodiversitätsverlust schon „gerissen“ wurde, während wir beim Klimawandel „erst“ dabei sind.

Die Übernahme von Verantwortung hat viele Facetten. Ich möchte mich hier nur auf eine davon beschränken, nämlich auf die der Metrik. Damit ist die Frage gemeint, ob wir eine Maßeinheit haben, mittels derer wir unseren Beitrag zur Lösung des Problems irgendwie abmessen können. Im Falle von Corona wurden die Inzidenzzahlen als dominante Metrik etabliert, und man selbst konnte durch ubiquitäre Tests entscheiden, ob man „dazu“-gehörte oder nicht. Später wurden Impfquoten berichtet, und man selbst wusste, ob man geimpft war oder nicht. Auch in der Klimadebatte gibt es weit verbreitete Metriken, unter ihnen die globale Mitteltemperatur oder die globalen CO₂-Emissionen in Millionen Tonnen als Referenzpunkt. Dazu kann man das nationale Emissionsbudget oder auch den eigenen CO₂-Fussabdruck ins Verhältnis setzen, etwa über den CO₂-Rechner des Umweltbundesamts. Im Falle der Biodiversität fehlt eine solche Metrik. Ich kann daher auch nicht abschätzen, was mein eigener Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt sein könnte bzw. wie „groß“ dieser ausfällt. Damit wird mein Beitrag für mich selbst undeutlich. Und das erschwert die Verantwortungsübernahme.

Die Dimension „Lösungsoptionen entwickeln“ fällt ebenfalls sehr unterschiedlich aus. Im Falle Corona sind die Optionen für die Menschen relativ einfach gewesen: Abstandsregeln

einhalten, Tests, Impfung. Und die Kosten waren überschaubar, insbesondere angesichts der enormen staatlichen Hilfen von der Maskenbeschaffung und der Kostenübernahme beim Testen über das Kurzarbeitergeld bis zur Entwicklung eines Impfstoffs. Gegen den Klimawandel gibt es keinen Impfstoff. Die Handlungsoptionen zur Lösung der Krise sind sehr vielfältig; sie reichen vom Ausbau erneuerbarer Energien über die Verkehrs-, Wärme- und Ernährungswende bis hin zu allen möglichen Formen der technologischen Entfernung von CO₂ aus der Atmosphäre. Die ökonomischen und sozialen Kosten dafür sind mittel bis hoch, oft auch unklar, je nach Abschätzung. Um die Biodiversitätskrise zu lösen, sind ebenfalls vielfältige Maßnahmen erforderlich, von der konsequenten Durchsetzung bestehender Schutzregeln über die Etablierung neuer Schutzgebiete bis hin zum Umbau der Landwirtschaft oder dem Begrenzen von Siedlungsentwicklung. Allerdings sind die Kosten dafür in der öffentlichen Wahrnehmung nicht nur weniger präsent, sie sind den Menschen auch noch unklarer als im Falle der Bekämpfung der Klimakrise.

Das tatsächliche Handeln ist in den drei Bereichen ebenfalls anders konfiguriert. Das sieht man, wenn man sich die Konsequenzen des Nicht-Handelns betrachtet. Im Falle von Corona führt Nicht-Handeln zur massiven Ausbreitung des Virus und – aus der Perspektive des Individuums – zu einem signifikant erhöhten Sterberisiko. Rein symbolisches Handeln – ich setze meine Maske nur ein bisschen auf, ich halte nur manchmal Abstand – kann tödliche Folgen haben. Nicht-Handeln beim Klimaschutz wird sich erst später katastrophal und gegebenenfalls für mich tödlich auswirken. Selbst die extrem hohen Emissionsszenarien laufen bis ca. 2050 mit den niedrigeren Szenarien weitgehend parallel, erst danach gehen die Temperaturen extrem auseinander. Beim Biodiversitätsverlust fehlt wie erwähnt die nachvollziehbare Metrik – allen Planetary-Boundaries-Grafiken zum Trotz. Wie beim Klimawandel dürften die meisten Menschen sich selbst kaum, sondern erst die nachfolgenden Generationen betroffen sehen. Sowohl beim Klimaschutz als auch beim Schutz der biologischen Vielfalt führt rein symbolisches Handeln – hier mal etwas weniger Autofahren, dort mal eine Unterschrift unter ein Volksbegehren – nicht zu tödlichen Folgen. Rein symbolisches Handeln ist weit verbreitet.

Politik als Krisenverstärker

Dieser kurze Blick auf die Hürden des Krisenbewusstseins kann erklären helfen, warum eine weltweite Pandemie schneller „gelöst“ wird als der Klimawandel und die Biodiversitätskrise – bei aller gegenseitigen Verknüpfung der Ursachen (Settele 2020). Die bisherige Argumentation ging von Systemeigenschaften als Rahmenbedingungen für individuelle Kosten- und Optionswahrnehmungen aus und fokussierte dann auf die individuellen Wahrnehmungen und Handlungen. Aber diese Systemeigenschaften sind nichts Naturwüchsiges und Fixes, sondern ebenfalls Resultate gesellschaftlichen Handelns und stark durch Politik beeinflusst. Sie legt die Rahmenbedingungen fest, unter denen individuelles Handeln als „einfach“ oder „aufwendig“ erscheinen kann. Wenn es keinen CO₂-Preis gibt, der Lenkungseffekte entfaltet, dann ist die Nutzung des Verbrenners eben günstiger. Oder Fliegen statt Bahnfahren.

Blicken wir auf die politische Welt als Ganzes und im Zeitverlauf, dann gibt es hier keinen Anlass zu übertriebenem Optimismus. Im Gegenteil, die politische Verfassung der Welt kann selbst als kritisch und die Entwicklung der letzten Jahre als krisenhaft bezeichnet werden. Noch Anfang der 1990er Jahre glaubte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama unter dem Eindruck der Implosion des real existierenden Sozialismus das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) diagnostizieren zu können, also den weltweiten Triumph von Marktwirtschaft und liberaler Demokratie. Mit der Marktwirtschaft hat er weitgehend Recht gehabt, bei der liberalen Demokratie lag er daneben. Heute, 30 Jahre später, leben 86 % der Weltbevölkerung in nicht- oder teildemokratischen Gesellschaften. Genauer gesagt

leben 25 % der Weltbevölkerung in geschlossenen Autokratien, 43 % in elektoralen Autokratien und 19 % in elektoralen Demokratien. Nur 14 % der Weltbevölkerung leben in liberalen Demokratien (Boese 2021).⁶

Seit 1990 hat der Anteil der liberalen Demokratien am politischen Weltsystem deutlich abgenommen – sowohl gemessen am Anteil der Staaten als auch der Weltbevölkerung. Das „Gewinnersystem“ ist dabei nicht die geschlossene Autokratie – ihr Anteil sinkt in dieser Zeit ebenfalls, allerdings seit 2010 leider nicht mehr. Zugenommen haben vor allem die elektoralen Demokratien und die elektoralen Autokratien. In den Systemwechseln seit 1990 nimmt die Demokratisierung deutlich ab, die Autokratisierung deutlich zu. Eine der Triebkräfte hinter dieser Entwicklung – allerdings nicht die einzige – ist die weltweite Zunahme des Populismus. Populismus kann selbst als ein Krisenphänomen betrachtet werden, weil in Krisenphasen „die jeweils etablierte Balance von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sozialstrukturellen Machtverteilungen und kulturellen Bewusstseinsformen in Bewegung gerät“ (Dubiel 1985: 649). Populismus als soziale Bewegung – von links wie von rechts – hat es schon lange gegeben, aber erst in den 2000er-Jahren wird er zur politischen Macht. Zählte man noch 1990 weltweit nur vier Regierungen, in denen Populisten an der Macht waren, so waren es 2012 schon 20. Seither schwankt der Wert auf hohem Niveau (Meyer 2021). Besonders bedenklich dabei ist, dass auch immer mehr traditionelle liberale Demokratien betroffen sind. Prominenteste Beispiele in jüngster Zeit sind die USA unter Donald Trump oder Indien unter Narendra Modi. Ungarn, Polen, Brasilien sind weitere Beispiele, in denen Populisten elektoralen Autokratien oder Demokratien vorstehen.

Krisenverstärkend mit Blick auf Klima-, Biodiversitäts- und Pandemiekrise wirken teil- und undemokratische Regime aus mehreren Gründen:

1. Sie engen den Kreis der politisch Mächtigen stark ein und bilden aufgrund dieser **Machtkonzentration** das Einfallstor für mächtige (oft wirtschaftliche) Partikularinteressen. Nicht selten beruhen diese auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch staatliche oder dem Staat nahestehende private Unternehmen. Trumps Pro-Shale-Gas- und Anti-Klimapolitik oder Bolsonaros Beschleunigung der tropischen Entwaldung sind dafür nur zwei Beispiele.
2. Sie schwächen die institutionellen **checks and balances** der Macht ab, insbesondere eine unabhängige Justiz oder die Parlamente. Dadurch haben die häufig in der Minderheit befindlichen ökologischen Interessen kaum Chancen, institutionell ins Spiel zu kommen. Umgekehrt führt die Schwächung des institutionellen Gegengewichts von Justiz, Parlamenten und freier Presse dazu, dass bestehende Umwelt- und Naturschutzgesetze nicht angewandt oder sogar abgebaut werden.
3. Autokratische und teildemokratische Regime stehen einer unabhängigen **öffentlichen Meinung** ablehnend gegenüber, bekämpfen diese sogar häufig. Dadurch fällt es dem ökologischen Protest zivilgesellschaftlicher Organisationen oder auch einer unabhängigen Wissenschaft immer schwerer, sich Gehör zu verschaffen. Entscheidungsprozesse, die ohne oder mit eingeschränkter öffentlicher Meinungsbildung zustande kommen, sind in der Regel schlechter als solche, die öffentlichen Streit und Beratung hinter sich haben.

⁶ Diese Einteilung beruht auf dem Regimes-of-the-World-Ansatz (vgl. Lührmann, Tannenbergh & Lindberg 2018). In **geschlossenen Autokratien** üben eine Person oder Gruppe die uneingeschränkte Macht ohne Wahlen aus – es handelt sich also um Diktaturen. In **elektoralen Autokratien** gibt es zwar Wahlen, aber diese sind nicht frei und fair; es gibt keine wirkliche Konkurrenz, die die oder den Machthaber herausfordern könnte. In Demokratien kann mehr als eine Partei frei und fair gewählt werden, aber in **elektoralen Demokratien** fehlen darüber hinaus eine unabhängige Justiz oder ein starkes Parlament, die die Machthaber wirksam kontrollieren. Diese Kontrolle ist nur in **liberalen Demokratien** gegeben.

4. Aufgrund aller dieser Tendenzen sind nicht- bzw. teildemokratische Regimes viel anfälliger für **Korruption**. Der Corruption Perception Index (CPI) von Transparency International (vgl. <https://www.transparency.org/en/cpi/2020/index/>) ist in nicht- oder teildemokratischen Staaten höher als in demokratischen. Korruption aber fördert die wirtschaftliche Ausbeutung von Naturressourcen und schwächt die Durchsetzung des Rechts – insbesondere bei ohnehin schwächeren Rechtsgütern wie dem Natur- oder Umweltschutz.

Ökologisch orientierte Kritiker*innen der Demokratie argumentieren bisweilen, dass der Zwang zum demokratischen Kompromiss und die Kurzfristigkeit von Wahlperioden eine ambitionierte, konsequente und nachhaltige Umweltpolitik verhindern würden. Die Öko-Diktatur erscheint vor diesem Hintergrund oft als der einzige Ausweg. Das Problem dabei: Wenn die unumschränkt herrschende Person oder Gruppe tatsächlich konsequent ökologisch eingestellt ist, dann mag eine nachhaltige Politik die Folge sein. Aber wer kann das garantieren? Wenn es sich die machthabende Person oder Gruppe anders überlegt, dann gibt es nichts und niemanden, der sie aufhalten könnte. Ökologische Diktaturen – einmal ganz abgesehen davon, dass nicht klar ist, wie es zu ihnen kommen können sollte – sind fehlerunfreundlich und lernunfähig. Lernen funktioniert hier primär als autoritäres oder defensives Lernen (vgl. Miller 2002).⁷ Wo dagegen über den richtigen Weg öffentlich gestritten werden kann, und wo die diesmal unterlegene Gruppe morgen wieder die Chance hat, zu obsiegen, dort haben nicht nur gute Ideen eine viel höhere Chance, aufzukommen, sondern auch schlechte Ideen die Möglichkeit, wieder abgewählt zu werden.

Der grundsätzlich positive Zusammenhang zwischen liberaler Demokratie und ökologischen Belangen hat dennoch mit mindestens zwei Problemen zu kämpfen: Erstens beobachten wir seit 1990 einen Bedeutungszuwachs nicht- oder teildemokratischer Regime. Und zweitens bietet auch die institutionelle Basisform der liberalen Demokratie keineswegs die Garantie dafür, dass ökologische Belange nicht nur gehört werden, sondern sich auch durchsetzen. Politik im nicht- oder teildemokratischen Modus ist latent immer ein Krisenverstärker, vor allem beim Klima- und Naturschutz, wo – wie in Abschnitt 4 gezeigt – die Hürden des Krisenbewusstseins besonders hoch sind.⁸ Aber auch liberale Demokratien tun sich schwer, wenn es um eher „abstrakte“, in ihren Konsequenzen heute noch nicht ganz greifbare Krisen geht.

⁷ **Autoritäres** Lernen bedeutet, dass nur von staatlich anerkannten Autoritäten legitimerweise gelernt werden darf. **Defensives** Lernen meint, dass der Umkreis legitimer Dissense streng eingegrenzt, das Diskursuniversum also stark exklusiv ist. Miller (2002) spricht mit Blick auf diese beiden Formen des Lernens von „Konsenspathologien“.

⁸ Im Falle von Covid-19 liegen die Dinge komplizierter. Die Krisenlage ist akut, der Handlungsbedarf unmittelbar gegeben und groß. Autokratischen Regimen fällt es grundsätzlich leichter, Menschen- und Bürgerrechte aufzuheben, um z. B. Kontaktbeschränkungen oder Impfpflicht durchzusetzen. Aber auch bei Covid-19 handelt es sich um eine stark durch wissenschaftliches Wissen vermittelte Krise, und wenn nicht- oder teildemokratische Regierungen – vor allem unter populistischen Vorzeichen – der Wissenschaft skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, können sie die Pandemie-Risiken auch herunterspielen und damit die Krise verschärfen. Beispiele gab es während der Corona-Krise zuhauf: Brasilien unter Bolsonaro, die USA unter Trump, die Türkei unter Erdogan, phasenweise auch Großbritannien unter Johnson. Aber die Zahl der Todesopfer wird von vielen Variablen beeinflusst, etwa der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung oder dem Zustand des Gesundheitssystems. Auch liberale Demokratien haben deshalb teilweise hohe Opferzahlen (pro Million Einwohner*innen) zu verzeichnen gehabt. Die Forschungslage lässt aber mindestens folgende Schlüsse zu: (1) Autokratien und populistische Regierungen neigen dazu, die Statistiken so zu manipulieren, dass sie „gut aussehen“, also möglichst geringe Infektions- und Todeszahlen aufweisen, insbesondere dann, wenn die Krisenlage länger andauert (Annaka 2021; Cassan & Steenvoort 2021); (2) Vertrauen in die politischen Institutionen und in die Gesellschaft hat statistisch einen negativen Einfluss auf Infektions- und Todeszahlen (Bosancianu et al. 2021). Je stärker das Vertrauen in einer Gesellschaft, desto höher die politische Handlungsfähigkeit. Populismus aber untergräbt Vertrauen, das Misstrauen in die politische Elite und die „abweichenden Minderheiten“ in der Gesellschaft (selbst wenn sie statistisch in der Mehrheit sein mögen) gehört zu ihrem Kernbestand (Müller 2016).

Und auch sie kennen Barrieren des sozialen Lernens: Ideologisches oder regressives Lernen können hier zu „Dissenspathologien“ (Miller 2002) führen.⁹

Ansatzpunkte für die Krisenbewältigung

Dieser Beitrag hat den Einstieg über die These gewählt, dass die Klima-, die Biodiversitäts- und die Corona-Krise keine zufällig gleichzeitig auftretenden Krisen, sondern Ausdruck krisenhafter gesellschaftlicher Naturverhältnisse (Becker & Jahn 2006) sind, wie sie das Spät-Anthropozän hervorbringt. Müssen wir uns also „zu einem Post-Anthropozän aufmachen, wenn wir die Möglichkeit für zivilisierte Lebensbedingungen für die Vielen nicht verspielen wollen“ (Kinds Müller 2019: 51)?

Wenn meine Diagnose eines halbierten Anthropozäns zutrifft, dann geht es weniger um ein Post-Anthropozän als vielmehr darum, ein halbiertes Anthropozän zu beseitigen, das die Natur, aber nicht die gesellschaftlichen Naturverhältnisse beherrscht. Es geht deshalb auch nicht um weniger, sondern um **mehr** und um **anders definierte Freiheit**, und es geht nicht um weniger, sondern um **mehr und anders definierte Demokratie**. Wir sind als Bewohner*innen des Spät-Anthropozän ziemlich gut im Beherrschen von Teilzusammenhängen des Erdsystems, insbesondere im technischen Bereich. Wir arbeiten mit sehr viel List und auch ein wenig Gewalt – beides nach Hegel Charakteristika endlicher Zweckverhältnisse, in denen wir die Natur dazu bringen, ihre Kräfte in den Dienst unserer Bedürfnisse und Wünsche zu stellen. Aber unsere Naturbeherrschung ist selbst unbeherrscht. Wir häufen Risiken und Nebenwirkungen an, weil wir kurzfristig sind, weil wir in der Abwägung zwischen unseren Zwecken und den Nebenfolgen für den Naturhaushalt viel zu einseitig und nicht bereit sind, die Zwecke im Lichte dieser Nebenfolgen auch zu hinterfragen. Und wir sind auch ein wenig zu unbekümmert bei der Frage, wie viele von uns auf diesem begrenzten Planeten mit einem steigenden Umweltfußabdruck eigentlich leben können, ohne für uns selbst lebensgefährlich zu werden.

Um das zu ändern, braucht es verschiedene Dinge. Eine kritisch-reflexive Wissenschaft ist das eine. Wir müssen die angesprochenen Zusammenhänge besser verstehen und deutlicher herausstellen. Wir wissen nicht zu viel, sondern zu wenig und/oder das Falsche. Wenn Subventionen und eine immer noch nicht an den globalen Krisen hinreichend orientierte Forschungsförderung dazu führen, dass wir „Naturbeherrschungswissen“ akkumulieren, aber das Wissen um die Beherrschbarkeit der Naturbeherrschung unterbelichtet bleibt, dann braucht es vor allem anderes Wissen. Budgettechnisch gesprochen: Wir brauchen gar nicht unbedingt mehr Geld für Forschung, wir sollten die vorhandenen Mittel aber klüger ausgeben.

Die hier erhobene Forderung nach mehr bzw. besserem Wissen kann leicht missverstanden werden als implizite Aufforderung zur Expertokratie – der selten thematisierten Alternative für liberale Demokratien neben dem Populismus, ihrem Widerpart (Caramani 2017). Wenn alles ideologisch wird und Politik versagt, liegt es nahe, das Ruder an unabhängige Expert*innen übergeben zu wollen. Aber damit würden wir uns keinen Gefallen tun – bei aller Wert-

⁹ Im Falle **ideologischen** Lernens sind bestimmte Antagonismen oder Dissense quasi „tabu“; sie können und dürfen nicht überwunden werden. Kulturkampf, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit sind nach Miller Beispiele dafür, dass es in ideologischen Diskursen darum geht, die Gegner*innen zu besiegen, nicht zu überzeugen. **Regressives** Lernen findet statt, wenn Argumente nur deshalb abgelehnt werden, weil sie von Personen oder Gruppen kommen, die aufgrund anderer (zugeschriebener) Eigenschaften als inakzeptabel gelten. Die Ablehnung der Person triumphiert über das Prüfen des Arguments. Demokratien lassen Dissense zu, aber sie sind deshalb auch anfällig für Dissenspathologien. Um diese zu überwinden, reicht die institutionelle Beschreibung als „liberal“ nicht mehr aus. Wir müssen uns mit der Qualität der Diskurse und ihren institutionellen wie (sozial-)psychologischen Voraussetzungen beschäftigen.

schätzung wissenschaftlicher Expertise. Zum einen deshalb, weil Wissenschaft gar nicht jenes Refugium des Konsenses ist, als welches sie oft stilisiert wird, um die Vielfalt der Stimmen in der Gesellschaft zu übertönen. Sicher gibt es in der Klimaforschung etwa einen überwältigenden Konsens hinsichtlich der anthropogenen Natur des Klimawandels; jede Behauptung des Gegenteils, bei Populist*innen immer wieder beliebt, ist Unsinn. Aber die spannenden Fragen fangen dann erst an: Was genau sollten wir tun, um die Emissionen rasch und nachhaltig zu senken? Ein Puzzle aus nationalen CO₂-Steuern oder lieber doch einen weltweiten CO₂-Handel? Mit Wasserstoff oder lieber vollelektrisch fahren? Häuser sanieren, bis es quietscht, oder eine CO₂-freie Wärmeversorgung? Man frage zwei Ökonom*innen und man erhält mindestens drei Antworten. Wissenschaftler*innen zu Entscheider*innen zu machen, führt also schon deshalb in die Irre, weil es unterschiedliche Schulen und Wissensstände gibt. In der Expertokratie werden Wissensdiskurse unmittelbar zu Machtdiskursen. Außerdem würden Wertstandpunkte und divergierende Weltbilder nicht mehr explizit gemacht, weil das methodisch kontrollierte, gesicherte Wissen als unübertreffbar überlegene Ressource der Legitimation gilt. Dahinter steht der Glaube, dass ein direkter Weg von der Evidenz zur richtigen Politik führt. Und das ist ein Irrglaube (Bogner 2021).

Wissenschaft soll nicht herrschen, sondern dienen: Sie muss Menschen und Gruppen dazu befähigen, sich informiert und kritisch mit den Nebenfolgen des eigenen Tuns zu befassen und lebbare Alternativen dazu zu entwickeln. Mit Blick auf die Klimakrise heißt das aus meiner Sicht: Es kommt nicht nur darauf an, die Dramatik der Krise durch noch mehr Erdsystemanalyse deutlich zu machen – das ist auch wichtig.¹⁰ Wir müssen aber vor allem über die verschiedenen Lösungswege diskutieren und dabei deren positive und negative Nebenefekte in den Blick nehmen. Die richtige Forderung, eine **just transition**, also einen sozial gerechten Wandel hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft hinzubekommen, darf dabei nicht dazu führen, mit dem Verweis auf (mangelnde) soziale Gerechtigkeit konsequenten Klimaschutz auszubremsen – das ist in der Vergangenheit leider allzu oft ein argumentativer Schachzug auf der politischen Linken gewesen. Es muss vielmehr darum gehen, die Instrumente und Rahmenbedingungen so zu ändern, dass Klimaschutz nicht zu sozialen Verwerfungen führt – etwa bei der energetischen Gebäudesanierung oder der Verkehrswende.

Aus meiner Sicht ist es dabei sinnvoll und geboten, die Zusammenhänge zwischen der säkularen Zunahme der Einkommens- und Vermögensungleichheit einerseits (vgl. Piketty 2014) und der wachsenden Naturinanspruchnahme andererseits in der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahrhunderts in den Blick zu nehmen.

Bisweilen wird davon ausgegangen, dass die wohlfahrtsstaatliche „liberale Demokratie weder nachhaltig noch haltbar ist“ (Blühdorn 2019), weil sie die dafür notwendigen natürlichen und ideellen Voraussetzungen und Ressourcen in immer schnellerem Tempo aufzehre. Vor allem das Subjektivitäts-, Autonomie- und Freiheitsverständnis, das für moderne Gesellschaften und deren tragende Schichten seit der Aufklärung konstitutiv sei, respektive dessen Veränderung gilt hier als Kern des Problems.

Es trifft zweifellos zu, dass die Ausbildung liberaler Demokratien mit einer Ausweitung des „Berechtigungsbewusstseins“ (Reckwitz 2017: 324) einherging, das vor allem materiell ausbuchstabiert wurde und über eine Demokratisierung des Konsums (Wallaschkowski 2019) jene „imperiale Lebensweise“ (Brand & Wissen 2017) einer „Externalisierungsgesellschaft“

¹⁰ Jahrelang hat uns die sozialwissenschaftliche Umweltforschung davor gewarnt, Katastrophenszenarien auszumalen und Panik zu schüren – Abwehr und Hilflosigkeit seien die kontraproduktiven Konsequenzen. Die Fridays-for-Future-Bewegung und ihre Initiatorin Greta Thunberg („I want you to panic!“) haben sich offensichtlich nicht an diese Ratschläge gehalten – und wurden mit erheblicher gesellschaftlicher und politischer Resonanz belohnt.

(Lessenich 2016) herbeigeführt hat, als die sich die westliche Welt heute präsentiert. Vor diesem Hintergrund könnte man befürchten, ein Abbau sozialer Ungleichheiten würde zu einem weiteren Demokratisierungsschub des Konsums und damit zu einem noch größeren Umweltfußabdruck führen.

Aber das ist nicht zwangsläufig der Fall. Gerade in ungleichen Gesellschaften spornt der Luxuskonsum der Wenigen die Nachahmung der Vielen an, während in egalitäreren Gesellschaften kein solcher „Sog nach oben“ besteht. Ein großer Teil des weltweiten Vermögens besteht aus Immobilien, nicht so sehr aus produktivem Kapital (Piketty 2014). Sollten sich die Ungleichheitstendenzen der Vermögensverteilung der letzten Jahrzehnte fortsetzen – und die Welt auf eine Verteilungssituation zusteuern, die in den reichen Gesellschaften des Westens um 1900 bereits schon einmal bestanden hat –, dann würden die Vermögensrenditen stärker steigen als das Wirtschaftswachstum, insbesondere bei Immobilien. Das erhöht den Druck auf die Landnutzung in den bezahlbareren städtischen Peripherien genauso wie indirekt auf die landwirtschaftliche Fläche – auf Kosten naturnaher Räume. Eine ungleichheitsgetriebene Externalisierungsgesellschaft wäre die Folge.

Das Beispiel zeigt aber auch, dass es mit einem reinen Umverteilungs- oder Besteuerungsprogramm zum Abbau der Einkommens- und Vermögensungleichheit nicht getan ist, wie es traditionell auf der Agenda der politischen Linken steht. Ohne ökologische Leitplanken führt die Demokratisierung der materiellen Lebensverhältnisse in eine Externalisierungsgesellschaft der Gleichheit. Ökologische Leitplanken brauchen eine wissenschaftliche Grundlage, eine Änderung politischer Paradigmen und Instrumente, eine grüne Wirtschaftsdynamik und eine Verbreitung selbstreflexiver, suffizienterer Lebensstile.

Die Wertschätzung von Natur und Ökosystemdienstleistungen ist dafür zentral. Wichtig ist aber auch, gesellschaftliche Ermöglichungsbedingungen für bestimmte Ökosystemdienstleistungen transparent werden zu lassen. Wir fahren in schöne Gegenden mit hoher Naturqualität, etwa ins Wattenmeer, den Harz oder ins Berchtesgadener Land. Gefragt danach, was uns hier gefällt, verweisen wir auf eine weitgehend ungestörte Natur. Aber was wir dabei „der Natur“ zuschreiben, ist auch das Ergebnis jahrzehntelanger Naturschutzbemühungen. Ohne den aktiven Schutz dieser Gebiete sähen sie heute ganz anders aus – wahrscheinlich wie jene übernutzten „Kultur“-Landschaften, aus denen wir normalerweise fliehen. Die „Intaktheit“ von Natur in Deutschland – wenn man davon überhaupt noch sprechen kann – verdankt sich dem weitgehenden **Verzicht** auf landwirtschaftliche, siedlungsstrukturelle oder industrielle Nutzung. Was sich einerseits als Verzicht lesen lässt, ist bei näherem Hinsehen aber ein Gewinn: ästhetisch, ökologisch, mit Blick auf unsere Gesundheit. Und es handelt sich nur bei oberflächlicher Betrachtung um eine Einschränkung unserer Freiheit, wenn wir darauf verzichten, solche Regionen zu zersiedeln oder anderweitig für unsere Zwecke zu überformen. In Wirklichkeit ist es der Beweis der Freiheit, dass wir auf Optionen verzichten, die wir theoretisch zwar hätten, die unser Leben aber ärmer, hässlicher und ungesünder machen würden.¹¹

¹¹ Hier entsteht die spannende Frage, ob es sich bei dieser Einschätzung um eine Beobachterperspektive handelt, die sich dem Luxus verdankt, auf Naturschutz achten zu können, weil sie vom (Überlebens-)Zwang entbunden ist. Diese Frage lässt sich am besten an Extrembeispielen verhandeln, in denen es tatsächlich ums Überleben geht, nicht darum, ob wir den Hund an der Leine lassen müssen oder nicht. Solche Extrembeispiele sind leider viel verbreiteter, als der Ausdruck es nahelegt: Sie prägen den Lebensalltag von Millionen meist sehr armer Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern des globalen Südens. Sie sind aus Armut, wie wir sagen, gezwungen, ihre eigenen (meist sehr kargen) Lebensgrundlagen zu übernutzen und zu verschmutzen. Und bei ihnen akkumulieren sich die Schäden nicht in irgendeiner fernen Zukunft, sondern fallen hier und heute an. Zur Armut gesellt sich daher hier eine Fülle von Krankheiten und Entwicklungsdefiziten, die in eine sozial-ökologische Abwärtsspirale führen, aus der Abwanderung bisweilen der unmittelbare „Aus-

„Wenn hemmungslose Leute keineswegs die angenehmsten und nicht einmal die freiesten sind, so könnte wohl die Gesellschaft, deren Fessel gefallen ist, darauf sich besinnen, dass auch die Produktivkräfte nicht das letzte Substrat des Menschen, sondern dessen auf die Warenproduktion historisch zugeschnittene Gestalt abgeben. Vielleicht wird die wahre Gesellschaft der Entfaltung überdrüssig und lässt aus Freiheit Möglichkeiten ungenützt, anstatt unter irrem Zwang auf fremde Sterne einzustürmen. Einer Menschheit, welche Not nicht mehr kennt, dämmert gar etwas von dem Wahnhaften, Vergeblichen all der Veranstaltungen, welche bis dahin getroffen wurden, um der Not zu entgehen, und welche die Not mit dem Reichtum erweitert reproduzierten. Genuss selber würde davon berührt, so wie sein gegenwärtiges Schema von der Betriebsamkeit, dem Planen, seinen Willen haben, Unterjochen nicht getrennt werden kann. Rien faire comme une bête, auf dem Wasser liegen und friedlich in den Himmel schauen, ‚sein, sonst nichts, ohne alle weitere Bestimmung und Erfüllung‘ könnte an Stelle von Prozess, Tun, Erfüllen treten und so wahrhaft das Versprechen der dialektischen Logik einlösen, in ihren Ursprung zu münden.“ (Adorno 1980: 179)

Solange wir den Zwang, immer weiter wachsen zu müssen, als Freiheit missverstehen, bleiben wir im halbierten Anthropozän stecken. Lassen wir dagegen aus Freiheit Optionen der

weg“ ist. Wer arme und auf die Übernutzung ihrer natürlichen Ressourcen quasi angewiesene lokale Gemeinschaften mit dem Überstülpen des nordamerikanisch-europäischen Konzepts eines flächenbezogenen Naturschutzes (etwa ein Nationalpark als Totalreservat) „helfen“ wollte, würde zweifellos gegen ihre unmittelbaren Interessen und insofern gegen ihre Freiheitsrechte verstoßen. Aber sind diese Menschen überhaupt frei, wenn sie ihr Überleben nur durch Übernutzung fristen können? Nein, das sind sie nicht. Sie sind vielmehr aufgrund der widrigen Umstände, in denen sie leben müssen, gezwungen, gegen ihre eigentlichen Interessen zu handeln. Diese Menschen wissen in der Regel selbst nur zu gut, dass ihre destruktive Praxis an dem Ast sägt, auf dem sie sitzen. Sie würden sich wünschen, ökologisch besser und anders handeln zu können, und nicht selten haben ihre Vorfahr*innen unter anderen Umständen auch genau das getan. Aber sie wissen auch, dass ihnen heute „nichts anderes übrigbleibt“. Wer A tut und will (oder wollen muss), aber wünscht, er/sie müsste das eigentlich nicht tun, hat dem Philosophen Harry G. Frankfurt (2001) zufolge Wünsche zweiter Ordnung – Wünsche, die sich auf die Wünsche erster Ordnung beziehen. Auch wenn er/sie diese Wünsche zweiter Ordnung nicht realisieren kann – ob aus Schwäche oder Zwang – sind sie Bestandteil seines/ihrer Willens und Ausdruck seiner/ihrer Freiheit. Damit korrespondiert, dass der paternalistische Zynismus, den das Naturresevat zum Ausdruck bringt, gar nicht im Gedanken eines gebietsbezogenen Naturschutzes selbst besteht, sondern im Übergehen der Zwangslagen, aus denen heraus Menschen Natur nicht schützen – gegen ihr besseres Wissen und Wollen. Zynisch sind die Verhältnisse, die Menschen dazu zwingen, Natur zu übernutzen. Zynisch ist es also in unserem (leider nicht nur fiktionalen) Beispiel insbesondere, dass dieselbe Regierung, die – unter welchen Motivlagen auch immer – ein solches Reservat gegen Wildbeuter- und Sammlergesellschaften durchsetzen will, sich an der Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen, seltenen Erden oder Diamanten bereichert, aufgrund von Korruption den Naturschutz ansonsten komplett vernachlässigt und auch kaum etwas für wirklich inklusive, flächendeckende Bildung und wirtschaftliche Entwicklung tut. In der Tat: Die von unserem hypothetischen Naturschutzgebiet „betroffenen“ Menschen brauchen unter diesen Umständen ein solches Reservat in keinem Fall. Sie brauchen in Wirklichkeit aber nicht weniger, sondern mehr Umwelt- und Naturschutz. Sie brauchen ihn nämlich schon von Anfang an, flächendeckend und konsequent. Sie brauchen ihn, damit sie sauberes Wasser trinken können, damit ihnen korrupte Regierungen und skrupellose internationale Konzerne nicht Land und Ressourcen wegnehmen, damit sie aus einem intakten Mensch-Natur-System einen nachhaltigen Strom an gesunden Ressourcen ziehen können, damit sie in gesunden Städten leben können, in denen nicht nur auf die Wohlhabenden oder gar Superreichen geachtet wird etc. Sie sind unfrei, weil sie unter den aktuellen Umständen Natur übernutzen müssen. Sie wären frei, wenn das Ende des aktuellen Staats- und Gesellschaftsversagens – an dem wir im globalen Norden beitragen – sie in die Lage versetzen würde, wirklich nachhaltig zu wirtschaften.

Kommen wir nach Deutschland zurück. Gebietsbezogener Naturschutz ist mit mancherlei Auflagen und Einschränkungen verbunden. Diese müssen, so jedenfalls meine Einschätzung, umso drastischer ausfallen, je weniger außerhalb der Naturschutzgebiete auf Natur geachtet wird. Aber allein die Tatsache, dass ich dadurch in meiner Bewegungs- und Handlungsfreiheit eingeschränkt werde, erlaubt noch nicht den Schluss, dass sie damit Ausdruck von Unfreiheit wären. Unfrei bin ich auch hier, wenn mich die Umstände dazu zwingen, einen Ressourcenstrom und das ermöglichende Naturkapital zu übernutzen, damit ich wirtschaftlich überleben oder vorankommen kann. In Naturschutzgebieten wird dieser Zwang punktuell durch einen Gegenzwang suspendiert. Wenn wir das nicht Freiheit nennen wollen – denn Leid und Unmut entstehen ja –, so können wir es doch als deren Chiffre in unvollkommenen, also verbesserungsbedürftigen Verhältnissen verstehen.

weiteren Naturbeherrschung ungenutzt, ergreifen wir also die Option der Null-Option, dann ist der Raum, den wir der Natur lassen, kein Verzicht. Investitionen in Klima- und Naturschutz sind möglicherweise teuer, aber sie können auch als Vorsorge-Investitionen ohne kurzfristige Amortisation angesehen werden, die uns vor weit schlimmeren Schäden und Kosten bewahren – vergleichbar einer Krankenversicherung, die wir auch dann zahlen, wenn der Versicherungsfall lebensbiografisch lange sehr unwahrscheinlich ist.

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie anfällig wir sind. Den Wenigsten ist klar, dass es sich dabei weitgehend um eine selbstverschuldete Anfälligkeit handelt, erwachsen aus einem Syndrom aus Wachstum, Ausdehnung, Über- und Fehlnutzung natürlicher Ressourcen, wie es für das Spät-Anthropozän typisch ist. Das Bewusstsein für dieses Krisen-Syndrom muss verstärkt werden, soll Corona nicht als „Betriebsunfall“ abgehakt werden. Das Lernen aus den politischen Herausforderungen während der COVID-19-Krise könnte die Bemühungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen verstärken und die Menschheit auf zukünftige Krisen vorbereiten (Klenert et al. 2020).

Die Regierungen der Welt haben enorme Summen ausgegeben, um die Corona-Krise abzufedern und eine wirtschaftliche Erholung (*recovery*) zu ermöglichen. Bereits im Frühjahr 2020 war von rund 15 Billionen Dollar die Rede. Aber nur in wenigen Fällen ließen sich diese Investitionssummen im Sinne einer **Green Recovery**, also einer Investitionsstrategie als Einstieg in eine CO₂-ärmere Wirtschaft lesen. In der EU, in Deutschland, Frankreich und Großbritannien überwiegen die klimafreundlichen Investitionen, aber in den USA, China oder Indonesien die „braunen“, nicht klimafreundlichen (CB 2020). Während das Thema Klimakrise bei den **Recovery**-Maßnahmen immerhin eine Rolle spielte, kann man das von der Biodiversitätskrise leider nicht behaupten – kein **Recovery**-Programm hat sie in nennenswertem Umfang adressiert (McElwee et al. 2020). Das ist ein schlechtes Zeichen mit Blick auf die angesprochene Verknüpfung der Krisen.

Ein Blick auf die Motive hinter den beobachtbaren Konsum- und Verhaltensänderungen zeigt, dass die Furcht vor Ansteckung das dominierende Motiv hinter dem Befolgen der von der Regierung verordneten Verhaltenseinschränkungen war. Aber je nach Bereich haben 10–20 % der Menschen auch angegeben, dass ihnen die „verbotenen“ Aktivitäten – wie Fliegen oder Weit-weg-in-Urlaub-Fahren – bei näherem Hinsehen gar nicht gefehlt haben (Hodbod et al. 2020). Hier sind Ansatzpunkte einer veränderten, nachhaltigeren Politik zu finden (Reusswig et al. 2021).

Aus Krisen lernen – das ist möglich. Aber nur, wenn Lernen nicht blockiert wird – weder durch Dissens- noch durch Konsenspathologien. Liberale Demokratien müssen der Versuchung widerstehen, ideologisches oder regressives Lernen an die Stelle echter und offener Lernprozesse zu ersetzen – gerade in populistischen Zeiten, in denen Ideologien und Regressionen auf dem Vormarsch sind. Das geschieht nicht durch Ausgrenzen von Populist*innen, sondern durch das systematische Explorieren von Differenzen und die offene Debatte über Lösungsmöglichkeiten. Die populistische Kritik an der deutschen Energiewende wird von Funktionär*innen populistischer Parteien aggressiv vorgetragen, die den Klimawandel leugnen und ideologisch und regressiv argumentieren. Aber die Mehrzahl der Menschen, die diesen Argumenten zuhören und sie unterstützen, kann nicht durch ein besseres Verständnis des Klimasystems für die demokratische Debatte zurückgewonnen werden oder durch den Ruf „Hört doch auf die Wissenschaft“. Ihr Klima-Populismus ist oft nur das Deckbild der Angst davor, beim konsequenten Klimaschutz zu den sozialen Verlierer*innen zu gehören. Und das kann man nur dann ausschließen, wenn es tatsächlich zu jener **Just Transition** kommt, die durch politische Maßnahmen den Übergang zur Klimaneutralität sozial verträglich gestaltet. Ein Anfang wäre schon einmal die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen – also von

Steuergeldern, mit denen wir uns selbst den Übergang zu grüneren Lebensstilen verbauen. Das würde auch der Biodiversität in Deutschland helfen.

Denn die Integrität und funktionale Stabilität von Ökosystemen wird vom Klimawandel gefährdet. Aber es ist nicht nur der Stopp des Klimawandels, der die Ökosysteme stabilisieren und ihre Funktionalität aufrechterhalten könnte. Es ist auch die Erhaltung und die funktionale Stabilisierung der Ökosysteme, die zum Klimaschutz beitragen – man denke allein an die Speicherung von Treibhausgasen in der Biosphäre, besonders in Mooren und Regenwäldern, oder auch an die aktive Rolle der Regenwälder im Wasserkreislauf. Die Ausweitung von Schutzgebieten über die aktuell angestrebten 10 % an geschützten Meeres- und 17 % an Landflächen hinaus – etwa auf 30 % – würde dem Klimaschutz helfen (Roberts, O’Leary & Hawkins 2020), aber auch das Risiko von Zoonosen und damit weiteren Pandemien deutlich reduzieren.

Die multiplen Krisen des Spät-Anthropozäns mit ihrem immer (be-)greifbarer werdenden katastrophischen Kern deuten darauf hin, dass wir jene Fehlentwicklungen korrigieren müssen, die uns den sicheren Operationsraum des Planeten haben verlassen lassen. Aus meiner Sicht kann das nur durch eine demokratische Anstrengung gelingen – also durch mehr, nicht weniger Demokratie. Eine Demokratie, die in vieler Hinsicht inklusiver sein muss als die, die wir bisher kennen (Lessenich 2019). Demokratie heißt nicht nur, dass die Mehrheit entscheidet. Es heißt auch, dass die Mehrheit sich ihre Meinung zunächst bilden muss, damit sie gut entscheiden kann. Aufklärung über Krisen statt Fake News über Aufklärung sind dafür wichtig. Zu dieser Aufklärung heute gehört, die abgründige Dialektik einer naturfernen Aufklärung klar zu benennen, die zu dem (Irr-)Glauben geführt hat, mit weniger Natur- und Klimaschutz seien wir besser dran. Diesen Glauben müssen wir aufheben, um für das Wissen Platz zu bekommen, dass wir nur mit der Natur wirkliche Fortschritte machen können. Wenn wir aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit eines angemaßt naturfreien, in Wirklichkeit naturzerstörerischen Fortschritts heraustreten, kann der wirkliche Fortschritt stattfinden, der auch den Glauben an eine Zukunft des „Projekts Mensch“ auf diesem ebenso wundervollen wie zerbrechlichen Planeten einschließt.

Literatur

- Adorno, T. W. (1980): *Minima Moralia*. Gesammelte Werke, Bd. 4. Frankfurt a. M.
- Annaka, S. (2021): Political regime, data transparency, and COVID-19 death cases. – In: *SSM – Population Health* 15: 100832. doi:10.1016/j.ssmph.2021.100832.
- Becker, E. & Jahn, T. (2006) (Hrsg.): *Soziale Ökologie*. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a. M./New York.
- Benjamin, W. (1981): *Einbahnstraße*. Frankfurt a. M.
- Blühdorn, I. (2019): Die Dialektik der Emanzipation. Kritische Soziologie in der Endloschleife, in: Ketterer, H. & Becker, K. (Hrsg.) (2019): *Was stimmt nicht mit der Demokratie?*, Frankfurt a. M.: 152–159.
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)/BfN (Bundesamt für Naturschutz) (Hrsg.): *Naturbewusstsein 2019*. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Berlin/Bonn; online abrufbar unter: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/naturbewusstsein_2019_bf.pdf (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Boese, V. M. (2021): Demokratie in Gefahr? – In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71(26/27): 24–31.

- Bogner, A. (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Ditzingen.
- Bosancianu, C. M.; Dionne, K. Y.; Hilbig, H.; Humphreys, M.; KC, S.; Lieber, N. & Scacco, A. (2021): Political and Social Correlates of Covid-19 Mortality. – In: WZB Research Paper; online abrufbar unter: https://wzb-ipi.github.io/corona/WD_paper.pdf (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Brand, U. & Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.
- Caramani, D. (2017): Will vs. Reason: The Populist and Technocratic Forms of Political Representation and Their Critique to Party Government. – In: American Political Science Review 1(111): 54–67. doi:10.1017/S0003055416000538.
- Cassan, G. & Steenvoort, M. van (2021): Political regime and COVID 19 death rate: Efficient, biasing or simply different autocracies? An econometric analysis. –In: SSM – Population Health 16 (2021):100912. doi:10.1016/j.ssmph.2021.100912.
- CAT (Climate Action Tracker): Startseite; online abrufbar unter: <https://climateactiontracker.org> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- CB (Carbon Brief) (2020): Coronavirus: Tracking how the world's „green recovery“ plans aim to cut emissions; online abrufbar unter: <https://www.carbonbrief.org/coronavirus-tracking-how-the-worlds-green-recovery-plans-aim-to-cut-emissions> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Dubiel, H. (1985): Das Gespenst des Populismus. – In: Merkur 438(39): 639–651.
- Ellis, E. C. (2020): Anthropozän. Das Zeitalter des Menschen – eine Einführung. München.
- Frankfurt, H. G. (2001): Freiheit und Selbstbestimmung. Berlin.
- Friedlingstein, P.; O’Sullivan, M.; Jones, M. W.; Andrew, R. M.; Hauck, J. et al. (2020): Global Carbon Budget 2020. – In: Earth System Science Data 12: 3269–3340. doi:10.5194/essd-12-3269-2020.
- Fukuyama, F. (1992): Das Ende der Geschichte. München.
- Harari, Y. N. (2015): Eine kurze Geschichte der Menschheit. München.
- Hodbod, A.; Hommes, C.; Huber, S. J. & Salle, I. (2020). Is COVID-19 a consumption game changer? Evidence from a largescale multi-country survey. – In: Covid Economics 59: 40–76.
- Hohlfeld, R.; Bauerfeind, F.; Braglia, I. & Butt, A. (2021): Communicating COVID-19 against the backdrop of conspiracy ideologies: How public figures discuss the matter on Facebook and Telegram. Passau: Disinformation Research Lab, Working Paper 1/2021.
- Horkheimer, M. (1991): Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. – In: Gesammelte Schriften, Bd. 6: „Zur Kritik der instrumentellen Vernunft“ und „Notizen 1949–1969“. Frankfurt a. M.: 19–186.
- Jahn, T. (1991): Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform. Umriss eines sozial-ökologischen Gesellschaftskonzepts. Frankfurt a. M.
- Johnson, C. K. ; Hitchens, P. L.; Pandit, P. S.; Rushmore, J.; Evans, T. S. et al. (2020): Global shifts in mammalian population trends reveal key predictors of virus spillover risk. – In: Proceedings of the Royal Society B. 287: 1924. doi:10.1098/rspb.2019.2736.

- Kahlenborn, W.; Porst, L.; Voß, M.; Fritsch, U.; Renner, K. et al. (2021): Klimawirkungs- und Risikoanalyse 2021 für Deutschland. Kurzfassung. *Climate Change* 26/2021. Umweltbundesamt; online abrufbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-06-10_cc_26-2021_kwra2021_kurzfassung.pdf (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Keesing, F. & Ostfeld, R. S. (2021): Impacts of biodiversity and biodiversity loss on zoonotic diseases. – In: *PNAS* 118(17): e2023540118. doi:10.1073/pnas.2023540118.
- Kindsmüller, W. (2019): Die Klimakrise und die Krise der Autonomie. Gedanken zu einer Neuorientierung der kulturellen Praxis. – In: *Kulturpolitische Mitteilungen* 166 (2019): 51–54; online abrufbar unter: https://kupoge.de/kumi/pdf/166/kumi166_51-53.pdf (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Klenert, D.; Funke, F.; Mattauch, L. & O’Callaghan, B. (2020): Five Lessons from COVID-19 for Advancing Climate Change Mitigation. – In: *Environmental and Resource Economics* 76: 751–778. doi:10.1007/s10640-020-00453-w.
- Latané, B. & Darley, J. M. (1970): *The unresponsive bystander: Why doesn’t he help?* New York.
- Lessenich, S. (2016): *Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben.* Berlin.
- Lessenich, S. (2019): *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem.* Ditzingen.
- Lührmann, A.; Tannenberg, M. & Lindberg, S. I. (2018): Regimes of the World (RoW): Opening New Avenues for the Comparative Study of Political Regimes. – In: *Politics and Governance* 6(1): 60–77. doi:10.17645/pag.v6i1.1214.
- Manzanedo, R. D. & Manning, P. (2020): COVID-19: Lessons for the climate change emergency. – In: *Science of the Total Environment* 742 (2020): 140563. doi:10.1016/j.scitotenv.2020.140563.
- Markowitz, E. M. & Shariff, A. F. (2012): Climate change and moral judgement. – In: *Nature Climate Change* 2(4):243–247. doi:10.1038/nclimate1378.
- McElwee, P.; Turnout, E.; Chiroleu-Assouline, M.; Clapp, J.; Isenhour, C. et al. (2020): Ensuring a Post-COVID Economic Agenda Tackles Global Biodiversity Loss. – In: *Perspective* 3(4): 448–461. doi:10.1016/j.oneear.2020.09.011.
- Meyer, B. (2021): *Populists in Power: Perils and Prospects in 2021.* Tony Blair Institute for Global Change; online abrufbar unter: <https://institute.global/sites/default/files/articles/Populists-in-Power-Perils-and-Prospects-in-2021.pdf> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Miller, M. (2002): Some Theoretical Aspects of Systemic Learning. – In: *Sozialer Sinn* 3(3): 379–422. doi:10.1515/sosi-2002-0302.
- Müller, J.-W. (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay.* Berlin.
- Offe, C. (1986): Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien. – In: Berger, J. (Hrsg.): *Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren.* Soziale Welt. Sonderband 4. Göttingen: 97–117.
- Piketty, T. (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert.* München.
- Reckwitz, A. (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne.* Berlin.
- Reusswig, F.; Bock, S.; Schleer, C. & Lass W. (2021): Effects of Voluntary and Involuntary Real Lab Situations on Personal Carbon Footprints of Private Households. Experiences From Germany. – In: *Frontiers in Sustainability* 2: 648433. doi:10.3389/frsus.2021.648433.

- Roberts, C. M.; O'Leary, B. C. & Hawkins, J. P. (2020): Climate change mitigation and nature conservation both require higher protected area targets. – In: *Philosophical Transactions of the Royal Society B* 375: 1794. doi:10.1098/rstb.2019.0121.
- Rosa, H. (2019): *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin.
- Rulli, M. C.; D'Odorico P.; Galli, N. & Hayman, D. T. S. (2021): Land-use change and the livestock revolution increase the risk of zoonotic coronavirus transmission from rhinolophid bats. – In: *Nature Food* 2: 409–416. doi:10.1038/s43016-021-00285-x.
- Settele, J. (2020): *Die Triple-Krise: Artensterben, Klimawandel, Pandemien. Warum wir dringend handeln müssen*. Hamburg.
- Steffen, W.; Richardson, K.; Rockström, J.; Cornell, S. E.; Fetzer, I. et al. (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. – In: *Science* 347(6223). doi:10.1126/science.1259855.
- Wallaschkowski, S. (2019): *Die Entstehung des modernen Konsums. Entwicklungslinien von 1750 bis heute*. Wiesbaden.

Zeitnotstand in der Epoche der Umbrüche: über den zeitgemäßen Umgang mit disruptiven Ereignissen

Jürgen Rinderspacher

Einleitung

Die Corona-Krise sitzt uns noch im Nacken, da müssen wir uns schon wieder um das neue alte Thema Klimawandel kümmern, das im öffentlichen Bewusstsein zeitweise in den Hintergrund getreten war. Spätestens der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum deutschen Klimaschutzgesetz hat dies wieder ins Gedächtnis zurückgerufen. Damit wurde auch die zum Allgemeingut gewordene Metapher reaktiviert, dass es mit dem Klima im Besonderen und dem Zustand der Welt im Allgemeinen „fünf vor zwölf“ oder schon Etlliches darüber sei. Vor allem aber die Flutkatastrophe an der Ahr vom Sommer 2021 hat deutlich gemacht, dass wir in einer Welt zunehmender Bedrohungslagen leben. Die gegenwärtige Epoche scheint eine der Katastrophen und Krisen zu werden.

Solche disruptiven Ereignisse weisen eine Reihe typischer Merkmale auf, darunter wesentlich auch eine je eigene zeitliche Beschaffenheit, und diese wirkt sich zum Teil entscheidend auf Art, Umfang und Tiefe politischer Interventionen aus, auf alle Fälle in der Weise, dass sie die politisch Verantwortlichen unter einen mehr oder weniger großen Zeit- und Handlungsdruck setzen.

Im Folgenden möchte ich zunächst anhand dreier Typen disruptiver Ereignisse – Katastrophen, Krisen und Transformationsprozesse – zeigen, welche Mechanismen zur Entstehung von Zeitdruck und hieraus resultierend zur Propagierung eines Zeitnotstands führen und welche Konsequenzen sich daraus für das politische Handeln ergeben. Dabei mag die Kategorisierung von Transformationsprozessen als disruptives Ereignis zunächst befremdlich erscheinen – ich hoffe, diese Zuordnung im Laufe meines Beitrages plausibel machen zu können.

Die Zeitstrukturen disruptiver Ereignisse: Katastrophen, Krisen, Transformationsprozesse

Was diesen drei Typen – Katastrophe, Krise und Transformationsprozess – gemeinsam ist, ist der Ausgangspunkt einer erzwungenen Störung einer bis dahin gegebenen Normalität und einer für notwendig erachteten Abwehrreaktion von Staat und Gesellschaft darauf, um innerhalb einer möglichst kurzen Zeitspanne zu einem Zustand der Normalität zurückkehren zu können.

Die Katastrophe

Zu *Katastrophe* gibt es sowohl einen allgemeinen Sprachgebrauch mit entsprechenden Bildern als auch präzise Definitionen zuständiger staatlicher Instanzen. Im Zivil-, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz gilt als eine Katastrophe „eine größere Gefährdungs- oder Gefahrenlage oder ein Schadenereignis“. Ersteres umfasst drohenden, Letzteres bereits eingetretenen Schaden. Nach der Definition des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ist eine Katastrophe „ein Geschehen, bei dem Leben oder Gesundheit einer Vielzahl von Menschen oder die natürlichen Lebensgrundlagen oder bedeutende Sachwerte in so ungewöhnlichem Ausmaß gefährdet oder geschädigt werden, dass die Gefahr nur abgewehrt oder die Störung nur unterbunden und beseitigt werden kann, wenn die im Katastrophenschutz mitwirkenden Behörden, Organisationen und Einrichtungen unter einheitlicher

Führung und Leitung durch die Katastrophenschutzbehörde zur Gefahrenabwehr tätig werden“. Hierzu besteht auch eine DIN-Norm (DIN 13050: 2015-04) (vgl. BBK 2021). Konkret stellen sich Katastrophen etwa als Nuklearkatastrophen, Pandemien, Erdbeben oder wie zuletzt in Deutschland Ende Juli 2021 als Starkregen und Sturzfluten dar.

Katastrophen sind ihrem Wesen nach immer konkrete Ereignisse, und zwar in zweierlei Hinsicht: Erstens, in der sachlichen Dimension, das heißt, sie sind für jede/n physisch erfahrbar – wenngleich etwa Nuklearkatastrophen oder Pandemien immer auch der Vermittlung der Gefahren, hier der unsichtbaren Strahlung oder der Viren, durch wissenschaftliche Erkenntnisse bedürfen. Zweitens finden Katastrophen in der Gegenwart statt und sind damit auch in der zeitlichen Dimension unmittelbar erfahrbar. Sie sind schließlich in der sozialen Dimension erfahrbar, wenn Menschen als Individuen oder kollektiv persönlich davon betroffen sind.¹

Dadurch dass solcherart disruptive Ereignisse bezüglich ihrer zeitlichen, sachlichen und sozialen Dimension weitgehend in eins zusammenfallen, sind staatliche Gegenmaßnahmen zum einen den Betroffenen leicht zu vermitteln. Dazu gehört auch der Zeitdruck, unter dem diese Maßnahmen stehen, um Schlimmeres zu verhindern, etwa wenn Deiche aufzuweichen beginnen. Zum anderen bleiben solche Katastrophen zumeist lange im kollektiven Bewusstsein haften. Dies erleichtert den politisch Verantwortlichen die Mobilisierung von Ressourcen für vorsorgende Maßnahmen, in unserem Fall für den Küstenschutz. Die Bürger*innen sind dann eher bereit, soundsoviel ihres Sozialprodukts für Vermeidungskosten einsetzen zu müssen. Auch Pandemien werden in Zukunft verstärkt zu den disruptiven Ereignissen gehören, für deren Bekämpfung erhebliche öffentliche Mittel im Voraus bereitgestellt werden müssen.

Katastrophen sind außer sinnlich-greifbaren materiellen Vorkommnissen in bestimmten Umfang auch soziale Konstrukte. „Die interdisziplinäre Katastrophenforschung hat deutlich gezeigt, dass Katastrophen nur in ihren jeweiligen kulturellen Kontexten verstanden und analysiert werden können. Katastrophen sind nicht essentialistisch vom Ereignis her zu bestimmen, sondern lassen sich als diskursive Konstrukte begreifen, die von Wahrnehmungskategorien, medialen Aufbereitungen und kommunikativer Verbreitung abhängen – auch wenn diese nie endgültig von ‚tatsächlichen‘, konkretisierbaren Extrem-Ereignissen zu isolieren sind“ (Hansen, Sperlich & Trauschke 2017: 5). Denn sowohl die selektiven Mechanismen, die bei jeder Anschauung des Schadens durch Betroffene und politisch Verantwortliche wirken, als auch die soziokulturellen und sonstigen Prägungen, auf deren Hintergrund diese Erfahrungen perzipiert und bewertet werden, sind interkulturell wie interpersonell zum Teil höchst unterschiedlich und führen daher zu unterschiedlichen Wahrnehmungen vermeintlich eindeutiger Fakten.

Bleibt die Frage, wer oder was mit der präventiven oder kurativen Bekämpfung einer Katastrophe eigentlich geschützt und was vermieden werden soll? Substanziell zielen Katastrophenkalküle selbstredend zum einen auf die Vermeidung menschlicher Opfer. Als weitere Güter ist hier der Schutz der größtenteils unwiederbringlichen, natürlichen Umwelt in all ihren unzähligen Facetten zu nennen. An dritter Stelle rangieren Sachgüter, etwa Gebäude oder Infrastrukturen. Viertens soll der Fortbestand bestehender Sozialstrukturen geschützt werden, etwa damit ein von einer Hochwasserkatastrophe betroffenes Dorf nicht auf ewig unbe-

¹ Vgl. hierzu die Unterscheidung in eine zeitliche, sachliche und soziale Sinndimension bei Niklas Luhmann. Die hier verwendete Bedeutung dieser Kategorien entspricht jedoch nicht völlig der, die Luhmann ihnen in seinem theoretischen System als Sinndimensionen zugewiesen hat. Vgl. hierzu unter: <https://metatheorie-der-veraenderung.info/wpmtags/sinndimensionen> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).

wohnbar bleibt. In der Realität sind in kritischen Situationen zumeist Güterabwägungen zwischen diesen unterschiedlichen Zielen zu treffen.

Vor allem, wenn sofort gehandelt werden muss, wird in Katastrophensituationen die Priorisierung der genannten Schutzgüter aus ihrer vermeintlich natürlichen Rangordnung gerissen. Ebenso relativieren sich die Gültigkeit garantierter Rechtsgüter und Freiheitsrechte wie auch der grundgesetzlich garantierte Schutz der körperlichen Unversehrtheit. So etwa, wenn entschieden werden muss, welche Personen einen havarierten Atommeiler nach dem Super-GAU unter Einsatz von Leben und Gesundheit wieder in einen kontrollierbar-kontrollierten Zustand zurückversetzen sollen.

Die Krise

Der Krisenbegriff geht auf das Altgriechische zurück und bezeichnet im engeren Wortsinne erst einmal einen Höhe- und Wendepunkt, im allgemeinen Sprachgebrauch steht er aber eher für eine längere, aber befristete zeitliche Periode eines Systems, das ins Ungleichgewicht geraten ist.

In seinem Wörterbuch zur Politik definiert Schmidt: „Eine Krise ist im Allgemeinen ein Höhepunkt oder Wendepunkt einer gefährlichen Konfliktentwicklung in einem natürlichen oder sozialen System, dem eine massive und problematische Funktionsstörung über einen gewissen Zeitraum vorausging und der eher kürzer als länger andauert“ (Schmidt 2010: 443 f.). Im Gegensatz zur Katastrophe, in der äußere Einflüsse die Normalitäten in ihrem Bestand gefährden, sind Krisen Ausdruck systemischen Versagens, also in erster Linie endogen getrieben. Das disruptive Ereignis Krise unterscheidet sich somit vom disruptiven Ereignis Katastrophe dadurch, dass die Krise eher eine Folge einer in sich von Widersprüchen getriebenen (dialektischen) Entwicklungslogik ist und anders als die Katastrophe ihrem Wesen nach nicht durch stochastisch auftretende, singuläre Ereignisse verursacht ist.

In der Wirtschaftstheorie werden Krisen oft als Be-Reinigungskrisen interpretiert, so als Chance der umfassenden Reallokation der Ressourcen, indem schwache Marktteilnehmer zugunsten stärkerer aus dem Markt ausscheiden müssen. Krise kann aber auch zur Systemtransformation führen, das heißt sich entweder selbstständig dahin entwickeln oder von handelnden Subjekten mit bestimmten politischen oder sonstigen Interessen hierzu genutzt werden. Aufbauend auf Hegel hat Marx bekanntlich den Versuch unternommen, mit dem dialektischen Prinzip, mit dem der Gang der Welt bzw. von Wirtschaft und Gesellschaft voranschreitet, solcherart disruptive gesellschaftliche Ereignisse gedanklich einzuhegen, sie gleichsam zu domestizieren, um damit wenigstens ein Stück gedanklicher Kontrolle des Menschen gegenüber seinen natürlichen Lebensbedingungen zu gewinnen.

Ungeachtet dessen können Krisen aber auch durch exogene Faktoren ausgelöst sein oder verstärkt werden, die dann in eine Systemkrise münden. So kann ein disruptives Ereignis wie eine Pandemie, die dazu führt, dass das Wirtschaftsleben stillsteht, zu wirtschaftlichen Schäden führen, die so groß sind, dass die bestehenden Kapazitäten und Ressourcen einer Gesellschaft überfordert sind und das Gleichgewicht von Teilmärkten oder der Wirtschaft insgesamt zerstört wird. In diesem Fall kann dann die Katastrophe, als Sekundär-Reaktion, zu einer Wirtschaftskrise führen – muss aber nicht, wie Corona zumindest bisher (**Ende 2021**) für die hochentwickelten Volkswirtschaften gezeigt hat. Ebenso kann auf kommunikativer Ebene das vormalige Vertrauen der Menschen in das politische System in eine Krise geraten, wenn die Politik nicht imstande ist, die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu organisieren.

Wie Katastrophen, so treffen auch Krisen die Menschen unterschiedlich. Im modernen Sozialstaat stehen zur Abfederung der Krise bekanntlich zahlreiche Institutionen für die Gegen-

steuerung bereit, wie etwa die Arbeitslosenversicherung und darin das in der Corona-Pandemie millionenfach eingesetzte Kurzarbeitergeld. Zum krisendämpfenden Sozialstaatsprinzip gehört auch, dass Regeln über die gerechte Verteilung von Lasten zwischen den Generationen gelten. Zu diesem Zweck ist etwa die Aussetzung der verfassungsmäßig verankerten Schuldenbremse vorgeschlagen worden.

Im Großen und Ganzen lösen sich Krisen in einem ultrakomplexen Prozess im Prinzip fast von allein, gewissermaßen autopoietisch. Während aber vom Ende einer Katastrophe im besten Fall die Wiederherstellung des Status quo ante erwartet wird, das Ende also zeitlich und sachlich in die Vergangenheit weist, ist die Lösung einer Krise in die Zukunft gerichtet: Nach der Krise ist manches anders, aber eben doch nicht alles – das System als solches hat sich in seinen Wirkmechanismen damit nicht grundsätzlich verändert, nur gleichsam sein Angesicht. Die Krise zeichnet sich also dadurch aus, dass sie im Gegensatz zur Katastrophe ein erwartbares Vorkommnis im Kontext eines als solchen akzeptierten Teilsystems einer Gesellschaft und seiner Funktionsmechanismen ist.

Nicht nur soziale Systeme, auch natürliche entwickeln sich bekanntlich durch Krisenphänomene hindurch. Jede Spezies ist in ihrer Geschichte von ökologischen Veränderungen ihres Lebensraums betroffen gewesen und war gezwungen, sich den neuen Bedingungen anzupassen. Etwa durch genetische Veränderungen kann die Resilienzfähigkeit biologischer Organismen verbessert werden, aber auch durch Veränderungen der Lebens- und Ernährungsweise (vgl. Betz 2011).

Zeitdruck entsteht in der Krise somit in anderer Weise als bei einer exogen induzierten Katastrophe und muss daher auch anders gemanagt werden. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Während in der Katastrophe vor allem die möglichst schnelle Reaktion auf eine unerwartete Störung angesagt ist, erfordert ein Krisenmanagement möglichst gut synchronisierte politische Interventionen: Zu früh eingegriffen zu haben, kann genauso schädlich sein wie zu spät – auf das richtige Timing kommt es an.

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird der Begriff Krise oft nicht in dem hier beschriebenen, gegenüber Katastrophen abgegrenzten Sinne gebraucht, etwa wenn von der Corona-Krise gesprochen wird, die aber eigentlich bzw. nach unserer Definition eine Katastrophe wäre.

Der Transformationsprozess

Wird die Funktionsfähigkeit eines Systems grundsätzlich infrage gestellt, weil das Ganze in eine völlig falsche Richtung zu laufen droht, spricht man von der Notwendigkeit einer Transformation (vgl. hierzu Lindner et al. 2021). Warum macht es nun Sinn, Transformationsprozesse in einem Atemzug mit Katastrophen und Krisen und dazu noch mit disruptiven Ereignissen zu nennen, obwohl doch von den die Transformationsprozesse auslösenden Faktoren in der Gegenwart, anders als bei den anderen beiden Typen, bis auf einige, wenn auch häufiger auftretende Vorboten (noch) nichts zu sehen und physisch zu erfahren ist? Hinzu kommt, dass es sich bei einem Transformationsprozess um einen lang andauernden, umfassenden Umbauprozess handelt, der ja dazu dienen soll, Katastrophen und Krisen in zukünftigen Generationen möglichst zu verhindern.

Genau deshalb jedoch erscheint es angemessen, den Transformationsprozess als ein Ereignis zu bezeichnen: Jedenfalls so, wie der Begriff im Augenblick im Zusammenhang mit dem Klimawandel verstanden wird, ist er explizit hergeleitet vermittelt einer Spiegelung über ein oder mehrere zu erwartende große Negativereignisse in der Zukunft. Erst diese Reflexion verleiht dem Transformationsprozess Plausibilität und damit seine Existenzberechtigung, ebenso wie daraus seine strategische – nämlich futurische – Ausrichtung zu begründen ist. Indem das Störereignis in der Zukunft liegt, basiert es zunächst einmal allein auf der mensch-

lichen Vorstellungskraft – auch wenn diese in diesem Fall bedeutet, dass das künftige Störereignis durch wissenschaftliche Erkenntnisse als gesichert gilt.

Diese Herleitungsfigur einer strategischen Option ist nicht neu: Spätestens seit dem Club of Rome bezieht das Narrativ der Notwendigkeit eines sozial-ökologischen, zur Nachhaltigkeit hin gewendeten Umbaus der Weltökonomie und generell des Umgangs des Menschen mit der Natur seinen Realitätsgehalt in der einen oder anderen Weise aus dem Raum einer imaginierten Zukunft, die sich wiederum aus, wenn auch hochgradig elaborierten wissenschaftlichen Beobachtungen der Gegenwart speist.

Transformationsprozesse, wie wir sie derzeit antreffen, beinhalten daher in mehrfacher Hinsicht eine sehr starke zeitliche Komponente. Sie konkretisieren sich außer in Planungen darüber, was getan werden muss, in mehr oder weniger präzisen Vorstellungen darüber, (bis) wann etwas getan sein muss. Um in einem umfassenden Umbauprozess die Klimaziele zu erreichen, werden von den Akteuren Etappenziele mit entsprechenden Etappenzeiten gesetzt. So beispielsweise die Setzung eines Datums für das Ende der Neuzulassung des Verbrennungsmotors. Nicht mehr und nicht weniger als einen exakten Zeitplan kombiniert mit inhaltlichen Vorstellungen impliziert ja das Pariser Klimaabkommen; eine weitere Präzisierung zeitlicher Rahmensetzungen bietet neuerdings etwa das Klimagesetz der EU bzw. seine Präzisierung durch einen europäischen Klimazielplan (EU 2021).

Transformation erfordert also erstens die gesellschaftliche Erarbeitung von Zielen und Etappenzielen in der sachlichen Dimension und deren Zuordnung auf der Zeitachse (zeitliche Dimension), zweitens – und dies scheint augenblicklich der schwierigere Schritt – die Beschaffung von Legitimation für solche Fixierungen von inhaltlichen Zielen auf der Zeitachse. Woher kommen die genannten Jahresziele, welche Begründungsstrukturen liegen ihnen zugrunde und wie zwingend sind sie im Verhältnis zu anderen politischen Oberzielen, etwa der wirtschaftlichen Entwicklung oder sozialen Gerechtigkeit?

Die Dauer solcher Transformationsprozesse reicht einerseits sehr weit und oftmals sogar über die Lebenserwartung großer Teile der Bevölkerung hinaus. Zugleich werden sowohl die großen Ziele als auch die ungezählten Etappenziele, unterstützt vom Druck einer bunten Vielfalt von Umweltbewegungen, in den umweltpolitischen Diskursen ständig weiter nach unten korrigiert: „Beeilt Euch!“.

Wie der Zeitdruck aus der Zukunft kommt

Oben wurde festgestellt, dass ein disruptives Ereignis, das in der Zukunft liegt, ja erst einmal nur ein imaginiertes ist und als Treiber eines Transformationsprozesses vor allem das Resultat eines komplexen diskursiven Prozesses ist. Wie der Zeitdruck aus der Zukunft kommt, kann man sehr gut empirisch am Zusammenwirken von Wissenschaft, Politik und Rechtsprechung nachvollziehen. Exemplarisch soll dies im Folgenden an einer Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (Wunderling et al. 2021) sowie dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz von 2019 im April 2021 (BverfG 2021) gezeigt werden.

Eine aktuelle Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung geht einem vermuteten Domino-Effekt des Klimawandels nach und simuliert diesen in vier Szenarios. Dazu heißt es:

„Kipp-Systeme im Erdsystem können sich gegenseitig destabilisieren, mit dem Risiko von Klima-Domino-Effekten, wenn die globale Erwärmung weiter voranschreitet. Die Eisschilde auf Grönland und der Westantarktis sind hierbei mögliche Ausgangspunkte für Kippkaskaden, wie eine neuartige Netzwerkanalyse zeigt. [...] Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Wechselwirkungen zwischen den vier hier

betrachteten Kippelementen diese langfristig vulnerabler machen können.“ (Wunderling et al. 2021)

Das Fazit der Studie lautet einmal mehr: „Alles in allem könnte dies bedeuten, dass wir weniger Zeit haben, um unseren Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern und Kipp-Prozesse noch zu verhindern“ (Wunderling et al. 2021).

Im Ergebnis wird damit (theoretisch) ein zeitlich fixiertes Ereignis postuliert, das zwar als solches – als Punkt, an dem die Irreversibilität einer Negativentwicklung erreicht ist – definitionsgemäß für sich noch keine physisch wahrnehmbare Katastrophe darstellt, in seinen Auswirkungen jedoch in späterer Zukunft unwiderruflich darauf hinausläuft beziehungsweise sogar den Anstoß zu irreversiblen katastrophalen Kettenreaktionen gibt.

Aus der Sicht der Forscher*innen handelt es sich beim Ergebnis dieses Projekts allerdings um keine Prognose: „Wir liefern eine Risiko-Analyse, die keine Vorhersage ist“, hebt hierzu die Leiterin des FutureLab „Earth Resilience in the Anthropocene“ am Potsdam-Institut, Ricarda Winkelmann, hervor (idw 2021). Diese methodisch bedingte Selbstbeschränkung auch in zahlreichen ähnlichen Studien wird in Politik und Öffentlichkeit allerdings häufig übersehen und damit der grundsätzlich konstruktivistische Charakter von Katastrophen, vor allem, wenn sie in der Zukunft liegen (hierzu Bogner 2021).

Wie nun kommen diese wissenschaftlichen Ergebnisse einschließlich des darin inkludierten Zeitdrucks in die Politik bzw. wie verwandeln sie sich in Maßstäbe politischen Handelns? Zum einen, wie man weiß, indem sie von politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Medien, Universitäten und Schulen aufgegriffen werden. Einen anderen Weg, der seinerzeit viel Aufsehen erregt hat, hat eine Gruppe Jugendlicher beschritten, die vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Politik, genauer: gegen die erste Fassung des Klimaschutzgesetzes von 2019, geklagt hat. Im Zentrum dieser Klage – und dies macht den Fall in unserem Zusammenhang besonders erwähnenswert – standen nicht bestimmte, für unzureichend gehaltene Maßnahmen gegen den Klimawandel als solche, etwa indem ihre Sachdienlichkeit infrage gestellt worden wäre, also nicht die sachliche Dimension der in diesem Gesetz enthaltenen Bestimmungen, sondern die zeitliche. Dazu referiert das Bundesverfassungsgericht die Argumentation der Kläger*innen in Ziffer 62 der Urteilsbegründung folgendermaßen (BverfG 2021):

„Ein Fortschreiten auf dem bisherigen Pfad fessele künftige Gestaltungsmöglichkeiten und setze demokratische Teilhabe, Freiheitsrechte und Subjektqualität zunehmend aufs Spiel. Den Beschwerdeführenden werde in bisher nie dagewesenem Ausmaß die Gestaltungs- und Zukunftsperspektive geraubt. Der Ansatz des Klimaschutzgesetzes sei evident ungeeignet, den Temperaturanstieg auf 1,5 C zu begrenzen. Eine Minderung der Emissionen auf 55 % bis zum Zieljahr 2030 erlaube keine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 C, da das in der Bundesrepublik Deutschland noch verfügbare Treibhausgasbudget schon in den nächsten Jahren aufgebraucht wäre.“

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts bestätigt also zum einen die Problembeschreibung der Klageführenden. Zum anderen rechnen die Verfassungsrichter*innen von dem fiktiven Zeitpunkt eines *point of no return*, einer von den einschlägigen Wissenschaften postulierten Irreversibilitäts-Katastrophe in der Zukunft, an zurück, um im Anschluss daran den Gesetzgeber aufzufordern, mittels einer konkretisierten Gesetzgebung dem so legitimierten Zeitdruck in zeitlich fixierten Einzelschritten zu entsprechen. Dies verbunden mit dem Verweis darauf, dass ansonsten nichts weniger als das höchste Rechtsgut, welches eine

freiheitliche Gesellschaft kennt, hochgradig gefährdet sei – hier konkret die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit künftiger Generationen.

Vom Zieljahr zurück geht das Gericht der Frage nach, wie viele Gigatonnen CO₂ der deutschen Gesellschaft anteilig am Weltvorrat noch bis 2050 zum legitimen Verbrauch verbleiben würden. Von hier aus errechnet sich dann, wie dieses maximale Volumen optimal über die verbleibende Zeit gemäß geltender Gerechtigkeitskriterien zu verteilen wäre. Es könne nicht sein, dass bereits im kommenden Jahrzehnt alle legitimen Kontingente verbraucht würden; Maßnahmen zum Umsteuern mit der erforderlichen Eingriffstiefe müssten daher sofort und nicht erst später eingeleitet werden. Dabei erkennt das Gericht auch das Argument der Kläger*innen an, dass ein frühes staatliches Eingreifen mit dem Ziel der unverzüglichen Senkung des CO₂-Verbrauchs mehr bewirken würde als ein späteres und schon von daher Eile geboten sei.

In Ziffer 121 der Urteilsbegründung heißt es dazu:

„Dabei kommt es entscheidend auf die Länge des verbleibenden Zeitraums an, in welchem Maße grundrechtlich geschützte Freiheit beim Übergang zu klimaneutraler Lebens- und Wirtschaftsweise begrenzt werden muss oder aber Grundrechte geschont werden können. Wären CO₂-freie und damit klimaneutrale alternative Verhaltensweisen, die den CO₂-wirksamen Freiheitsgebrauch wenigstens teilweise ersetzen könnten, verfügbar und in der Gesellschaft hinreichend etabliert, wäre der Ausschluss klimarelevanter Verhaltensweisen mit weniger Freiheitsverlust verbunden als ohne diese Alternativen. [...] Bis der technische Fortschritt und sonstige Entwicklungen es erlauben, CO₂-intensive Prozesse und Produkte weitgehend zu ersetzen oder zu vermeiden, vergeht jedoch Zeit, zumal es der umfassenden Implementierung solcher Innovationen in nahezu sämtlichen Wirtschaftsabläufen und Praktiken der Lebensführung bedarf.“ (BVerfG 2021)

Anschließend wird das zeitliche Dilemma, in dem auch die Politik steckt, detailliert beschrieben, wenn es um Transformationsprozesse hin zur Klimaneutralität geht:

„In Anbetracht des Ausmaßes der erforderlichen soziotechnischen Transformation werden längere Umbau- und Ausstiegspfade für nötig gehalten. Die Freiheitseinschränkungen fallen darum milder aus, je mehr Zeit für eine solche Umstellung auf CO₂-freie Alternativen bleibt, je früher diese initiiert wird und je weiter das allgemeine CO₂-Emissionsniveau bereits gesenkt ist. Muss sich eine von CO₂-intensiver Lebensweise geprägte Gesellschaft hingegen in kürzester Zeit auf klimaneutrales Verhalten umstellen, dürften die Freiheitsbeschränkungen [für die Menschen in der Gegenwart, JR] enorm sein.“ (Ziff. 121)

Entscheidend für die Erklärung des Klimaschutzgesetzes in seiner ersten Fassung als nicht verfassungskonform ist also: Die Richter*innen befinden, dass die zeitliche Strukturiertheit der Maßnahmen, die das in Rede stehende Gesetz vorsieht, nicht dem Bedrohungspotenzial entsprechen, das durch den Klimawandel gegeben sei. Dabei beziehen sie sich jedoch nicht, wie man zunächst meinen könnte, primär auf die Notwendigkeit des Schutzes der Umwelt, sondern auf die Bedrohung der Freiheitsrechte kommender Generationen.

Dies wirft allerdings die grundsätzliche Frage auf, welche Güter das Urteil primär schützen will. Expressis verbis wie implizit lassen sich diese vier herauslesen: Außer der Freiheit sind es die Gesundheit der Menschen, die Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft sowie, wenn auch nur vermittelt, die Natur als solche im Anschluss an Artikel 20a GG – was im anderen Kontext auch als Auftrag der „Bewahrung der Schöpfung“ verstanden wird.

Die Zurückweisung eines geltenden Gesetzes als verfassungswidrig wegen fehlender zeitlicher Konkretion der Maßnahmen, die darin genannt sind, ist in dieser Form wahrscheinlich einzigartig und setzt neue Maßstäbe (Germanwatch 2021). Denn mit der Feststellung, dass die Maßnahmen nicht konkret genug sind und zu spät kommen und mit der Setzung konkreter zeitlicher Anforderungen für das Handeln der Politik wird diese nicht nur einem sachlichen Druck ausgesetzt, die Dinge zu verändern, sondern wie gezeigt vor allem einem gewaltigen zeitlichen.

Der zeitliche Druck darauf, wann etwas getan werden muss, wirkt zurück auf das, was von der Sache her getan werden muss, also auf die sachliche Dimension. Zeitliche und sachliche Dimension stehen so in einem engen Wechselverhältnis. Hieraus wieder, und das ist entscheidend, ergeben sich Konsequenzen in der sozialen Dimension: Mit zunehmendem Zeitnotstand muss, so meine These, die Eingriffstiefe regulativer Maßnahmen wachsen. Im Klartext bedeutet dies, dass mit wachsendem Zeitdruck die Menschen die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zunehmend deutlicher zu spüren bekommen, etwa durch einen schnelleren und höheren Anstieg der CO₂-Bepreisung an der Tankstelle. Das bedeutet eine Absenkung ihres sonstigen Konsumniveaus sowie eine Erhöhung individueller Lebensrisiken, beispielsweise den Arbeitsplatz zu verlieren.

Dabei ist in der einschlägigen Literatur allerdings umstritten, ob die Dekarbonisierung der Gesellschaft und andere transformatorische Ziele Arbeitsplatzsicherheit und Lebensqualität nicht eher verbessern als verschlechtern und ob nicht der Abschied von der gewohnten Lebensweise eher einen Gewinn darstellt (vgl. Paech 2012; Rinderspacher 2020: 77 ff.). In diesem Zusammenhang wäre allerdings nicht nur nach dem Endstadium eines Umbaus hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu fragen; kritisch ist wie in allen Transformationsprozessen vor allem die Phase des Übergangs: „Klimaschutz lohnt sich langfristig, aber man muss auch klar kommunizieren, dass es in der kurzen Frist zu Belastungen kommen wird, und zu solchen Verteilungswirkungen kommen wird, die hier Begleiteffekt dieser Energietransformation sind, bevor das läuft“ (Löschel 2021; vgl. hierzu auch Rinderspacher 2020).

Vom Zeitdruck zum Zeitnotstand

Für alle drei Typen disruptiver Ereignisse konstitutiv ist die Behauptung eines bestehenden Zeitdrucks: Bei Katastrophe und Krise unmittelbar, bei einem Transformationsprozess vermittelt. Dass es eilt, ist also in allen Fällen unbestritten – die Frage ist nur, wie sehr es eilt, wer dieses verbindlich festlegen darf und welche politischen Konsequenzen, die daraus folgen, als legitim gelten dürfen. In diesem Zusammenhang stößt man neuerdings auf das Phänomen eines Zeitnotstands, der, wenn auch erst einmal vor allem indirekt und vermittelt über bestimmte politische Interventionen von der Politik und Rechtsprechung behauptet wird. Dieser geht erheblich weiter als Zeitdruck. Hiervon soll im Folgenden die Rede sein.

Zeitdruck

Im Gegensatz zur Beschleunigung, von der im Zusammenhang mit hochentwickelten Gesellschaften immer wieder die Rede ist, und deren Treiber die innere ökonomische und soziale Beschaffenheit dieser Gesellschaften selbst ist (Rinderspacher 1985), entsteht der Zeitdruck, von dem hier die Rede ist, durch mehr oder weniger externe Einflüsse beziehungsweise stochastisch auftretende, disruptive Ereignisse, die eine Gesellschaft oder ein Individuum ereilen. Dazu gehören außer Naturkatastrophen etwa auch Wirtschaftskrisen, auch wenn diese zum Teil absehbar sind und gewissermaßen in der zweiten Natur des Menschen, im ökonomischen System als solchem, ihren Ursprung haben. Ebenso sind Transformationsprozesse Gegenmaßnahmen auf die Reaktion der Natur gegenüber menschlichen Eingriffen, exemplarisch gegenüber dem übermäßigen Eintrag von CO₂ in die Atmosphäre.

Zeitdruck ist also wesentlich – ob im Kleinen des Alltags oder in den großen Zusammenhängen der klimatischen Veränderungen, die uns bedrohen – ein Ausdruck dafür, dass Menschen die Kontrolle über die Zeit, „ihre Zeit“, verloren haben und sich somit einem äußeren Diktat über die Verwendung ihrer Zeit mehr oder weniger alternativlos unterwerfen müssen. In gewisser Weise trifft dies zwar auch etwa für das viel zitierte Hamsterrad des modernen Alltags zu, aus dem es kein Entrinnen zu geben scheint (Geißler 2008; Rinderspacher 2015); im Zusammenhang mit dem vorliegenden Beitrag soll es aber stets um solche Zeitzwänge gehen, die strukturell vom Menschen nicht zu kontrollieren sind.

Wie oben angesprochen, erweist sich bei genauerer Betrachtung, dass „Zeitdruck“ keine rein objektive Tatsache (Plate et al. 1993), gleichsam ein mit der Katastrophe daherkommendes natürliches Vorkommnis ist, sozusagen ein objektives Merkmal jeder Katastrophe, sondern dass dessen Vorhandensein ebenso wie dessen Ausmaß stets auch der Wahrnehmung und Beurteilung der ihn beobachtenden Personen, Organisationen oder Institutionen unterworfen ist. Wenn aber bereits die Behauptung eines Zeitdrucks von dem dieses Ereignis wahrnehmenden Subjekt abhängt, spricht dies dafür, ihn als soziales Konstrukt zu behandeln. Der auftretende Zeitdruck ist andererseits aber auch kein soziales Fantasiegebilde, sondern hat durchaus ein materielles Substrat. Zeitdruck tritt daher in Krisen und Katastrophen wie auch in Transformationsprozessen als eine Art Aggregat im Sinne Bruno Latours (2007) auf, das dadurch zustande kommt, dass das Wirken mehrerer Akteure beziehungsweise Aktanten zusammenfließt. Das Wirken verschiedener Naturkräfte und gegebenenfalls technischer Apparate trifft hier auf die menschliche Wahrnehmung solcher Vorgänge, die ihrerseits wiederum in ein vorgestanztes, im öffentlichen Diskurs institutionalisiertes Interpretament eingetragen wird, den Zeitdruck. Aus dem Zusammenspiel dieser und weiterer Faktoren resultiert dann erst, warum und in welchem Ausmaß den involvierten Institutionen und Einzelpersonen – „weil keine Zeit zu verlieren ist“ – schnelles Agieren geboten erscheint.

Bei Naturkatastrophen wie dem Hochwasser Ende Juli 2021 in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ist der Zeit- und Handlungsdruck zwar einerseits buchstäblich mit der Hand zu greifen, andererseits ist hier jedoch nicht alles, was schnell(er) geht, schon deshalb die beste Problemlösungsvariante. Vielmehr beinhalten die nolens volens notwendig werdenden Priorisierungen im Katastrophenmanagement außer Entscheidungen in der sachlichen immer auch solche in der zeitlichen Dimension; also außer der Frage, was zu tun ist, auch die, wann und in welcher zeitlichen Abfolge etwas getan werden muss.

Das Vorhandensein von Zeitdruck ist also keineswegs so evident, wie es auf den ersten Blick erscheint: So muss man eine zerfetzte Überlandleitung ja nicht notwendig sofort reparieren. Wie ein Naturgesetz erscheint demgegenüber jedoch die auf der Lebenserfahrung und dem Schutz der Menschenwürde beruhende ethische Aufforderung an die Betroffenen, in solchen Situationen unverzüglich und vor allem anderen gefährdete Menschenleben zu retten (vgl. Habermas 2021). Auf der anderen Seite ist dieser Geltungsanspruch in Katastrophensituationen keineswegs so selbstverständlich und unverrückbar, wie man auf den ersten Blick vermuten mag; er kann vielmehr situativ verhandelbar werden. Beispielsweise im Fall einer atomaren Havarie wie in Tschernobyl, wo unter Umständen innerhalb kürzester Zeit Menschenleben gegen Menschenleben und Sachschäden gegen Menschenleben wie aber auch kurzfristige gegen langfristige Überlebensinteressen der Gesellschaft und nicht zuletzt die Funktionsfähigkeit und die Gesundheit der Gemeinschaft gegen die Gesundheit oder gar das Überleben einiger weniger aufgewogen werden müssen, die den Schaden beseitigen. Entschieden werden muss, wie viele und welche Menschenleben durch sofortiges Eingreifen unter höchstem Risiko gefährdet werden müssen, um weitere Schäden an Menschen und Material abzuwenden.

So beinhaltet die im Zusammenhang mit Corona viel diskutierte Triage ja nichts anderes, als dass eine ärztlich festgestellte Notwendigkeit einer Sofortintervention (zeitliche Dimension) bei einem Patienten das Problem der Verfügbarkeit weiterer vorhandener bzw. dann nicht mehr vorhandener Ressourcen für andere Patient*innen (in der gleichen Lage) aufwirft, während eine andere Beurteilung der Dringlichkeit eines Eingriffs, aber auch der vorhandenen Ressourcenlage zu anderen Konsequenzen führen würde. Bestehender oder vermeintlicher Zeitdruck wirkt dabei allerdings komplexitätsreduzierend und somit entlastend für die Entscheider*innen, indem die Komplexität eines disruptiven Geschehens gegenüber der sachlichen und sozialen Dimension durch den evidenzbasierten Bezug auf die zeitliche Dimension des Ereignisses hin priorisiert werden kann. Niklas Luhmann (1971) hat dies als „die Vordringlichkeit des Befristeten“ bezeichnet.

Die Sache stellt sich noch einmal wesentlich komplexer dar, wenn ein Ereignis, das verhindert werden soll, nicht in der Gegenwart liegt, sondern in der Zukunft liegen soll, also futurischen Charakter hat, und damit für alle direkt oder indirekt Betroffenen nicht unmittelbar physisch erkennbar ist. Anders als bei einem präsentischen Ereignis ist bei einem nur prognostizierten und damit imaginierten Ereignis wie einem Kipppunkt im Klimawandel ein diesbezüglich behaupteter Zeitdruck, wie oben gezeigt, weithin ein Ergebnis eines hochkomplexen diskursiven Prozesses zwischen Politik, Rechtsprechung, medialer Öffentlichkeit und Wissenschaft.

Hierdurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für Kontroversen darüber, ob denn ein Zeitdruck tatsächlich besteht und – wenn ja – wie sehr die Zeit drängt, also für Diskurse sowohl zwischen den politisch Verantwortlichen untereinander als auch zwischen den politisch Verantwortlichen und der Öffentlichkeit wie schließlich auch innerhalb der Zivilgesellschaft (Bürger*innen in Organisationen, Initiativen oder als Einzelpersonen). Dabei ist für den Zeitdruck, im Gegensatz zu dem gleich zu behandelnden Zeitnotstand charakteristisch, dass zwischen den involvierten Institutionen, Organisationen und Personen, ob direkt betroffen oder nicht, eine – noch – vergleichsweise offene Kommunikationssituation besteht. Etwas anderes ist es nämlich, wenn ein bestehender Zeitdruck in Gestalt eines Zeitnotstandes regierungsamtlich oder gar gerichtlich festgestellt wird.

Das Thema Zeitdruck beziehungsweise Zeitnotstand gewinnt damit je mehr an Bedeutung, desto häufiger sich unterschiedliche politische und zivilgesellschaftliche Gruppierungen einen Über- bzw. Unterbietungswettbewerb der Fristen liefern: Klimapolitik erscheint dann schlechthin umso besser, je früher die Ausstiegstermine liegen, die von Parteien, Verbänden, Umweltorganisationen oder Umweltbewegungen propagiert werden. Obwohl der Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse eindeutig in diese Richtung weist, muss andererseits bedacht werden, dass das Interesse dieser Organisationen, sich im öffentlichen Diskurs zu behaupten, dazu tendiert, die Themen von der sachlichen in die zeitliche Dimension zu verlagern. Dies wohl auch, weil nach fast einem halben Jahrhundert Umweltdiskurs seit dem Club of Rome an substanziellen, wegweisenden Strategien inhaltlich anscheinend nicht mehr viel Neues beizutragen ist, gleichzeitig aber die praktische Umsetzung dringender erforderlicher Elemente einer sozial-ökologischen Transformation, wie der schnelle Aufwuchs einer klimaneutralen Energiewirtschaft (Wind und Solarenergie, Trassen, vgl. Löschel 2021), ernsthaft ins Stocken geraten ist. So birgt der öffentliche Wettstreit um vorgezogene Termine die Gefahr, zu einem vom politischen Wettbewerb getriebenen Alarmismus beizutragen. Die Behauptung eines Zeitnotstands trägt dann dazu bei, diese Situation noch weiter zu zementieren.

Zeitnotstand

Zeitnotstand ist nicht identisch mit Zeitdruck. Denn erst in einem zweiten Schritt erfolgt nach dem Erkennen eines Zeitdrucks – in einem komplexen sozialen Vorgang wie oben beschrieben – von Fall zu Fall die Feststellung eines Zeitnotstandes und dessen Proklamation durch jeweils sich hierzu berechtigt glaubende staatliche oder parastaatliche öffentliche Institutionen. Zwischen Zeitdruck und Zeitnotstand liegt gleichsam eine Entwicklungsgeschichte: In deren Verlauf bildet sich der noch wenig strukturierte, von der Gesellschaft noch eher diffus wahrgenommene Zeitdruck zu einem manifesten „Zeitnotstand“ heraus. Der Zeitdruck gerät, indem er von den politisch Verantwortlichen proklamiert und damit offiziell gemacht wird, zum Zeitnotstand. Vereinfacht könnte man auch sagen, Zeitnotstand ist ein mit einer Reihe politischer Implikationen und mit Handlungsimperativen aufgeladener Zeitdruck (vgl. hierzu auch Rinderspacher 2020, 2022). So setzt Zeitnotstand zwar auf die zeitliche Strukturiertheit eines disruptiven und zumeist stochastischen Ereignisses auf, das heißt auf einen von den Beobachter*innen perzipierten Druck, möglichst ohne Verzug handeln zu müssen; um zu einem „Zeitnotstand“ zu mutieren, kommt es dann aber vereinfacht gesagt darauf an, was die Politik aus diesem von ihr wahrgenommenen Zeitdruck macht.

Zeitnotstand hat somit zwar objektivierbare Ursachen, ist jedoch zugleich ein Produkt des Umgangs der politisch Verantwortlichen sowie der gesellschaftlichen Öffentlichkeit mit diesen Fakten in einer Katastrophen- oder Krisensituation. Gleiches gilt auch in Bezug auf die Notwendigkeit der zeitlichen Umsetzung eines Transformationsprozesses.

Bereits mit dem Framing und Wording eines Zeitdrucks zur Begründung eines Zeitnotstands, auf den es adäquat zu reagieren gelte – das heißt mit der Interpretation dessen, was an Maßnahmen adäquat sei –, wird von den den Zeitnotstand ausrufenden Institutionen die politische Konsequenz mitgeliefert. Der proklamierte Zeitnotstand fordert dann Akzeptanz und Einsicht in die Notwendigkeit dazu autorisierter Instanzen, etwa staatlicher Behörden, ein, entsprechende Abwehrstrategien zu organisieren.

Der eben beschriebene Vorgang der Verwandlung von Zeitdruck in einen Zeitnotstand lässt sich gut an einem Vorstoß des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann demonstrieren. Im Sommer 2021 forderte dieser für den Fall kommender Pandemien ein viel früheres Eingreifen des Staates auf Basis eines verschärften Pandemie-Notstandgesetzes – dies auch auf die Gefahr hin, dass damit noch weitaus tiefere Eingriffe als bisher in die Freiheitsrechte der Bürger*innen verbunden seien. Mit dem schnellen Handeln solle der Ausbreitung der Pandemie vorgekommen und damit monatelange Lockdowns vermieden werden: „Mit Maßnahmen, die zu diesem Zeitpunkt vielleicht unverhältnismäßig gewesen wären, hätte man Grundrechtseinschränkungen über Monate verhindern können“ (Kretschmann 2021).

Man kann diese Äußerungen sinngemäß als die Aufforderung zur Deklaration eines Zeitnotstands in künftigen Pandemie-Situationen verstehen, der dann dazu berechtigen würde, unverhältnismäßig tiefe Eingriffe in Grundrechte vorzunehmen, um die Chancen zu verbessern, den Zeitwettbewerb mit der Pandemie zu gewinnen (vgl. Rinderspacher 2022). Kritik erntete Kretschmann sowohl von fast allen politischen Parteien als auch vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, der auf das rechtsstaatliche Prinzip der Verhältnismäßigkeit von Notstandsmaßnahmen zu eingeschränkten Grundrechten verwies (vgl. Kretschmann 2021).

In unserem Zusammenhang zeigt dies exemplarisch, wie eng die Proklamation eines Notstands betreffend seine sachliche Dimension hinüberwirkt auf dessen zeitliche Dimension, sodass aus dem Zeitdruck der Notstand und aus dem Notstand der Zeitnotstand wird: Zeitnotstand als eine Befindlichkeit, die mit Verweis auf die Abwehr weiterer drohender Gefahren

oder die Bewältigung eines disruptiven Ereignisses Grundprinzipien höchsten Ranges außer Kraft zu setzen imstande ist. Dabei wird die Außerkraftsetzung durch rasche und tiefgehende staatliche Eingriffe im obigen Beispiel bemerkenswerterweise in Relation gesetzt zu den zu erwartenden vielgestaltigen Folgen langandauernder Shutdowns, die durch eben jenes beherrzte Eingreifen vermieden werden sollen. Der Schaden bzw. die Schadenssumme der Langzeitfolgen durch die Katastrophe selbst beziehungsweise der Anstrengungen, sie zu vermeiden (z. B. durch Lockdowns), werden einer solchen Kalkulation zufolge per Saldo höher angesetzt als die Schäden, die durch die temporäre Suspension von Grundrechten entstehen können. In einer solchen Kalkulation wird allem voran die Notwendigkeit zum unverzüglichen Handeln als oberster Handlungsmaxime gestellt. In diesem Kontext lassen sich dann, wie noch zu zeigen sein wird, mögliche Negativfolgen als unvermeidliche Kollateralschäden rechtfertigen.

Da ein Zeitnotstand *expressis verbis* nie ausgerufen wurde, erscheint er – zumindest in dieser Begrifflichkeit – zunächst erst einmal nicht justiziabel. Dies jedoch geschieht, wenn die Exekutive Zeitpunkte oder -normen und daraus abgeleitete politische Interventionsstrategien und Handlungsoptionen mit ihrem Regierungshandeln vorgibt. Möglich ist aber auch, dass die legislative Gewalt Fristen in Gesetze schreibt, wie oben am Beispiel des Klimaschutzgesetzes gesehen. Hieran zeigte sich aber auch, dass ein Zeitnotstand außer von Regierung und/oder Parlament drittens auch – und dies ist ein besonders bemerkenswerter Vorgang – von der Judikative entweder bestätigt oder sowohl durch inhaltliche Vorgaben wie auch durch Fristsetzungen noch weiter verschärft werden kann.

Auf Basis einschlägiger wissenschaftlicher Erkenntnisse werden hierzu, wie gezeigt, sogar eigenständige Zeitvorgaben für die Bekämpfung des Klimawandels generiert, um anschließend den Gesetzgeber anzuweisen, seine Gesetzgebung entsprechend zu überarbeiten. Im postwendenden Kommentar der Bundesregierung zur Novellierung des Klimaschutzgesetzes, die anlässlich des zitierten Urteils des Bundesverfassungsgerichts 2021 bereits im selben Jahr erfolgte, liest sich dies folgendermaßen:

„Deutschlands Weg zur Klimaneutralität ist im Klimaschutzgesetz vorgezeichnet [...]. Der Beschluss des Gerichts verpflichtet den Staat, aktiv vorzubeugen, so dass es in Zukunft nicht zu unverhältnismäßigen Einschränkungen der Freiheitsgrundrechte der heute jüngeren Menschen kommt. [...] Mit dem geänderten Klimaschutzgesetz werden die Zielvorgaben für weniger CO₂-Emissionen angehoben. Das Minderungsziel für 2030 steigt um 10 Prozentpunkte auf mindestens 65 Prozent. Das heißt, Deutschland soll bis zum Ende des Jahrzehnts seinen Treibhausgas-Ausstoß um 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringern. Die höheren Ambitionen wirken sich auch auf die CO₂-Kohlendioxid-Minderungsziele bis zum Jahr 2030 in den einzelnen Sektoren aus: in der Energiewirtschaft, der Industrie, im Verkehrssektor, im Gebäudebereich und in der Landwirtschaft.

Die Klimaziele werden kontinuierlich per Monitoring überprüft. Der Expertenrat für Klimafragen wird erstmals ab 2022 alle zwei Jahre ein Gutachten vorlegen über die bisher erreichten Ziele, Maßnahmen und Trends. Werden die Budgets nicht eingehalten, steuert die Bundesregierung umgehend nach. [...] Für das Jahr 2040 gilt ein Minderungsziel von mindestens 88 Prozent. Auf dem Weg dorthin sieht das Gesetz in den 2030er Jahren konkrete jährliche Minderungsziele vor. Bis zum Jahr 2045 soll Deutschland Treibhausgasneutralität erreichen.“ (Deutsche Bundesregierung 2021)

Man kann sich im Anschluss daran die Fragen stellen, warum die Politik im Kontext des Überbietungswettbewerbs um Termine und Fristen im öffentlichen Diskurs ihrer genuinen Aufgabe ausweicht, selbst die entscheidenden sachlichen und zeitlichen Normierungen zu

setzen, und was es bedeutet, wenn diese Aufgaben an das Verfassungsgericht delegiert werden. Diese Tendenz der Verrechtlichung und damit der Entpolitisierung genuin politischer Entscheidungen beschränkt sich allerdings nicht auf die Klimapolitik, sondern wird auch in Bezug auf andere Politikfelder kritisch kommentiert.

Unter Zeitnotstand soll hier zusammenfassend also die politisch inkorporierte Gestalt von Zeitdruck verstanden werden. Das bedeutet zunächst, dass Zeitdruck, der in der bloßen Anschauung durch natürliche oder soziale Umstände ausgelöst zu sein scheint, vermittelt über die Bearbeitung dieses Problems durch politische Institutionen in eine soziale, besser: politische Tatsache verwandelt wird, indem Zeitnotstand dann zum integralen Bestandteil eines politischen Regulativs gemacht wird. Und indem er den Mitgliedern der Gesellschaft als konkretes, staatlich sanktioniertes Reglement gegenübertritt, welches die Alltagspraxis bestimmt, wie in der Corona-Pandemie (vgl. Rinderspacher 2022), aber auch in sozial-ökologischen Transformationsprozessen wird der Zeitnotstand in Analogie zu Émile Durkheim zu einem sozialen Tatbestand, einem „fait social“ (Durkheim 1980: 114).

Legitimationsprobleme von Zeitnotstand und Einschränkung von Rechten

Ist der Zeitnotstand vermittelt über den eben dargestellten Mechanismus erst einmal im Bewusstsein persönlicher und institutioneller Subjekte etabliert, wirkt er als entscheidender Treiber eines bestimmten Typs von Politik beziehungsweise politischen Handelns, und zwar auf je eigene Weise in allen drei oben skizzierten disruptiven Ereignistypen. Der Zeitfaktor erhält dann durch den Zeitnotstand höchste Legitimität – und vermittelt hierüber absolute Priorität. So hört man seit dem Ausbruch der Pandemie allenthalben die Parole, der Kampf gegen Corona sei in erster Linie ein Kampf gegen die Zeit. „Zeit schlägt Perfektion“, verkündete demgemäß der Nothilfe-Direktor der WHO, Michael Ryan, im März 2021 vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit anderen Pandemien (Theil 2021).

Eine solche Aussage beinhaltet anders gesagt eine Aufforderung zu einer prioritär an einer Ökonomie der Zeit orientierten Effizienzsteigerung politischen Handelns. Schnelleres Handeln darf dann als das schlechthin bessere gelten gegenüber einem Vorgehen, das zunächst mögliche Folgewirkungen der eigenen Entscheidungen gründlich erwägt und darüber hinaus gegebenenfalls institutionalisierte Entscheidungswege temporär außer Kraft setzt, um Zeit zu gewinnen.

Wissenschaftlich-methodisch gesprochen stellt sich hier die Frage nach der abhängigen und der unabhängigen Variablen. Die zeitliche Dimension hier und die sachliche bzw. soziale Dimension dort geraten unter einer solchen Strategie in ein Konkurrenzverhältnis zueinander: Wird die Zeit als unabhängige Variable gesetzt – also prioritär möglichst rasch zu handeln –, degenerieren die Folgen dieser Prioritätensetzung in der sachlichen und sozialen Dimension zu einer Funktion dieser Entscheidung. Umgekehrt, wird der Erhalt einer Sache oder der Schutz einer Person als unabhängige Variable gesetzt, verhalten sich die Dinge umgekehrt. In solchen Fällen rangiert also die Zeitpräferenz vor der Sachpräferenz wie auch vor der Sozialpräferenz, also das Zeitargument vor der Frage, welche sachlichen Ergebnisse eine Entscheidung zeitigt und welche Auswirkungen sie auf die Menschen hat. Dabei wird unterstellt, dass die Priorisierung der zeitlichen Dimension sich optimal positiv auch auf die sachliche und soziale Dimension auswirkt, beziehungsweise dass eine Priorisierung entweder der sachlichen oder sozialen Dimension im Ergebnis nicht denselben positiven Output hätte, wie die Priorisierung der zeitlichen Dimension. Im Beispiel: dass es besser sei, in einer Situation hoher Unsicherheit die zweit- oder drittbeste Option sofort zu wählen als die vermeintlich beste später, das heißt nach einem längeren Prozess der Prüfung und Aushandlung der adäquaten Maßnahmen. Freilich können auch Entscheidungen mit höchster zeitli-

cher Priorität die zugleich besten sein und nicht immer führen lange Erwägungen notwendig zu optimalen Ergebnissen. Im Idealfall kommt es zu einem ausgewogenen Optimum im Sinne eines „magischen Dreiecks“, in dem alle drei genannten Dimensionen zu ihrem Recht kommen.

Legitimation

Sowohl der inzwischen in der Politik allgemein eingeführte Begriff Klimanotstand, wie er bereits vor der Corona-Pandemie unter anderem von zahlreichen deutschen Kommunen ausgerufen wurde (Wikipedia 2022), als auch die Notstandsgesetzgebung, die sich auf die Corona-Pandemie beruft, enthalten in ihrer Begründungsstruktur eine Fülle zeitlicher Bezüge, die schwerwiegende politische Negativfolgen nach sich ziehen können. Das macht es notwendig, der Legitimationsbasis für die Proklamation von Notstandssituationen im Allgemeinen wie von Zeitnotständen im Besonderen noch einmal besondere Beachtung zu schenken: Wer könnte mit welcher Legitimation berechtigt sein, erstens einen Zeitnotstand festzustellen und zweitens diesen dann zur Grundlage einer entsprechenden Gesetzgebung zu machen?

Dies zu beantworten, hilft ein kurzer Blick auf die Stationen des diskursiven Werdegangs eines Zeitnotstandes. Feststellung und Proklamation von Zeitnotstand erfolgen arbeitsteilig im Zusammenspiel von Wissenschaft, Politik und Rechtsprechung, wie oben gezeigt wurde. Indem erstere mit ihren Studien die wissenschaftlichen Beweise für physiologisch-natürlich bedingte Terminierungen und Laufzeiten bzw. Dauern von exzeptionellen Ereignissen liefert, erscheint die Politik qua Amt dazu legitimiert, auf Basis dieser Ergebnisse den Zeitnotstand und die daraus folgenden Maßnahmen in Wirtschaft, Finanzen, Kultur, Bildung und öffentlichem Leben für alle Mitglieder der Gesellschaft verbindlich auszurufen. Die Menschen erleben Zeitnotstand dann entweder im Kontext der Maßnahmen eines auf kommunaler Ebene propagierten Klimanotstands, dem in vielen Einzelmaßnahmen jeweils zu entsprechen sei (hierzu Rinderspacher 2020), etwa als drastische Erhöhung der Energiekosten, oder im Fall der Pandemie-Bekämpfung als vielfältige Einschränkungen individueller Bewegungs- und Handlungsfreiheiten sowie ihrer Erwerbsmöglichkeiten.

Problematisch werden solcherart Restriktionen, wenn die den Zeitnotstand feststellende und – wenn auch nur indirekt – proklamierende Institution, das Parlament, keine Möglichkeit erhält, die aus dem Zeitnotstand resultierenden politischen Konsequenzen anschließend noch beeinflussen, etwa nachträglich korrigieren zu können, weil sie zuvor die Handlungshoheit vollständig der Exekutive übertragen hat. Das Gesetz gibt der Exekutive in Bund und Ländern mit der Erklärung des Notstands durch das Parlament weitgehend freie Hand, zumindest bis zur nächsten Sollbruchstelle, also dem Zeitpunkt, zu dem das Parlament erneut aufgefordert ist, eine „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ festzustellen. Im „Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ (Bundesgesetzblatt 2021) ist nur davon die Rede, dass der Bundestag regelmäßig über den Fortgang der Maßnahmen zu informieren sei (BMG 2021).

Demgegenüber wurde von Parteien unterschiedlicher Couleur die Forderung erhoben, dass das Parlament die Kontrolle über das operative Geschäft der Regierung auf diesem Feld in keiner Phase aufgibt. Im Gegensatz dazu konnte man in der Realität der Corona-Pandemie beobachten, wie mit der Verkündung dieses Gesetzes sich die Legislative selbst von der Mitgestaltung der Bekämpfungsmaßnahmen, zumindest in der ersten Phase, weitgehend ausschloss.

Damit befinden wir uns mitten im politischen Alltag. „Beeilt Euch, bevor es zu spät ist!“ (vgl. hierzu Rinderspacher 2020) lautet angesichts des Klimawandels bekanntlich die Aufforde-

rung der jungen Generation an die Politiker*innen mit Blick auf zukünftige Entwicklungen. Wird der Zeitdruck von denen, die ihn propagieren, allerdings zu hoch angesetzt, birgt dies die Gefahr, dass aus einer berechtigten Forderung nach raschem politischen und zivilgesellschaftlichen Handeln (Krise, Katastrophe) beziehungsweise Umsteuern (Transformation) Alarmismus wird: Zwar zeichnen sich unbestreitbar immer neue kleine und große Katastrophen auf immer weiteren gesellschaftlichen Feldern ab bzw. haben uns teilweise schon längst erreicht. Doch der genannte Über- bzw. Unterbietungswettbewerb politischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen um vorgezogene Termine für die Erreichung umweltpolitischer Etappenziele – etwa der Beendigung der Kohleförderung in Deutschland – macht aus einer physikalisch-natürlichen Sache, wie etwa einem (wenn auch erst einmal nur theoretisch prognostizierten) Kipppunkt, vermittelt über den Diskurs über Krisen, Katastrophen und die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation, einen primär politischen Vorgang. So zuletzt zu beobachten anlässlich der Bundestagswahlen 2021: Die Verlautbarungen zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Politik erzeugen erst den Zeitdruck, der als Grundlage eines Zeitnotstands dient und sich erst anschließend, durch das Handeln staatlicher Organe, als vermeintlich unabweisbare Tatsache und eine Art Staatsraison präsentiert. Sowohl in Bezug auf die Corona-Krise als auch auf den Druck auf Transformationsprozesse wäre hier einmal mehr kritisch-konstruktiv auf das nicht immer unproblematische Zusammenwirken von Wissenschaft und Politik hinzuweisen (vgl. Bogner 2021).

Vermittelt über diese eben beschriebenen Mechanismen wird also die Priorisierung des Zeitlichen erzwungen. Über die Legitimität solcher Mechanismen lässt sich ebenso streiten wie über deren Effizienz bei der Bekämpfung des jeweiligen Übels – im Zusammenhang der Corona-Pandemie ebenso wie des Prozesses einer sozial-ökologischen Transformation.

Woraus kann eine solche Priorisierung ihre Rechtfertigung beziehen – etwa aus dem in der Regel höchst unsicheren und sich gegebenenfalls erst viel später einstellenden Erfolg? Angesicht disruptiver Ereignisse das jeweils rechte Zeitmaß zu finden, heißt idealtypisch, abzuwägen zwischen einer eher input-orientierten Strategie – sehr schnell zu reagieren und nicht lange über die (vermeintlich) beste Problemlösung zu rasonieren, dafür jedoch möglicherweise nur die zweit- oder drittbeste Lösung des Problems realisieren zu können – auf der einen Seite oder einer Output-Strategie auf der anderen: Mit wahrscheinlich sachlich besseren sowie politisch höher legitimierten, dafür jedoch durch den Zeitfaktor möglicherweise weniger wirksamen, weil relativ spät kommenden Problemlösung auf der anderen. „Input“ meint hier die Zeitinvestition, die nötig ist, damit politisches Handeln möglichst schnell und effizient sein kann; wenig Zeitverbrauch hierfür bedeutet in der Logik der Zeitökonomie dann – auf den ersten Blick paradoxerweise – eine hohe Investition, nämlich bezogen auf die Kosten, die erstens zur Herstellung einer schnellen Entscheidung anfallen können (z. B. alle Entscheidungsträger*innen unverzüglich an einem Ort zu versammeln) und die zweitens gegebenenfalls bei schnellem Handeln unter hohem Risiko als Folge von Fehlentscheidungen entstehen können; mit anderen Worten hat jede Zeitersparnis Kosten und es gibt sie nicht zum Nulltarif. Dabei ist es nicht trivial, am Ende zu beurteilen, ob sich eine politische Intervention als wirksam oder unwirksam, richtig oder falsch erwiesen hat.

Als gleichsam eine Erfolgsstory lässt sich diesbezüglich die forschungspolitische Entscheidung der Deutschen Bundesregierung deuten, gleich zu Beginn der Corona-Pandemie in die großzügige Förderung von Impfstoffen investiert zu haben. Dabei stand Politik vor der Grundentscheidung, entweder eine präventive Strategie zu fahren mit dem Ziel, die Bevölkerung durch eine Impfung möglichst weitgehend gegen das Virus ex ante zu immunisieren, oder aber die pharmazeutische Forschung zur Entwicklung der medikamentösen Bekämpfung des Virus zu fördern, um das Virus ex post, nach erfolgter Erkrankung, zu bekämpfen. Aufgrund der begrenzten Mittel beziehungsweise deren notwendigen Umfangs für eine erfolverspre-

chende Subvention privater und öffentlicher Forschungseinrichtungen erschien ein klares Sowohl-als-Auch, das beide Optionen offengehalten hätte, nicht realistisch – wäre jedoch angesichts des Ausmaßes der Katastrophe durchaus vertretbar gewesen. Zeitraubende Vorstudien über die optimale Vergabe der knappen Mittel im Vorfeld der Entscheidung verboten sich, sodass hier unter den Vorzeichen hoher Unwissenheit und Unsicherheit jeder zeitliche Verzug schlechter gewesen wäre, als Gefahr zu laufen, wegen einer zu schnellen Entscheidung in der sachlichen Dimension eine zweit- oder drittbeste Entscheidung zu produzieren.

Zeitdruck rechtfertigt in solchen Situationen ein gewisses Maß an Suboptimalität in der sachlichen Dimension: Selbst wenn sich am Ende herausgestellt hätte, dass die Investition in ein Vakzin zu keinem brauchbaren Ergebnis geführt hätte, wofür zunächst die Erfahrung sprach, wäre doch die Input-Strategie in dieser Situation die ethisch eher zu rechtfertigende gewesen als Attentismus. Nebenbei bemerkt ist noch immer nicht gewiss, ob Impfkampagnen wie die derzeit laufenden in finanzieller und organisatorischer Hinsicht nicht auf Dauer eine Überforderung der weniger hoch entwickelten Länder darstellen und daher, ob diese Strategie „letztendlich“ erfolgreich war. Inzwischen hat die deutsche Bundesregierung den Wert auch medikamentöser Bekämpfung der Pandemie erkannt und bewegt sich nun anscheinend auf eine Doppelstrategie zu, sodass nun nach längeren Auseinandersetzungen hierfür dreistellige Millionenbeträge bereitstehen (vgl. FAZ-net 2021).

Rechte der Gegenwart und Rechte der Zukunft

Angesichts von Katastrophen, Krisen und Transformationsprozessen gilt es bei allen dreien, auf je eigene Weise, das rechte Maß – genauer: das rechte Zeitmaß zu finden. Das betrifft vor allem die Abwägung zwischen Gegenwart und Zukunft: Sowohl das Nicht-Wissen um zukünftige Negativereignisse als auch die Fixierung lediglich auf tatsächlich oder nur vermeintlich unabweisbare Anforderungen der Gegenwart führt zu suboptimalen Ergebnissen. Bereits der Philosoph Hans Jonas hatte in seinem 1979 erschienenen Buch „Prinzip Verantwortung“ davor gewarnt, nicht die Gegenwart den Versprechen für eine bessere Zukunft zu opfern, wie er umgekehrt aber auch die Verpflichtung der heute Lebenden anmahnt, ihren Nachfahren – auch unter Opfern in der Gegenwart – eine lebenswerte Welt in der Zukunft zu hinterlassen (Jonas 1984; vgl. hierzu bei Rinderspacher 2020: 30 ff.). Diese Sichtweise, die heute parteiübergreifend als eine Selbstverständlichkeit gilt und die sich etwa auch im zitierten Urteil des Bundesverfassungsgerichts niedergeschlagen hat, erweist sich in der praktischen politischen Umsetzung, auf die es heute ankommt, als schwieriger Balanceakt – gerade auch, wenn die Zeit für politisches Handeln drängt und als Instrument der Durchsetzung unpopulärer Politikkonzepte der Zeitnotstand eingesetzt wird.

Da eine durch einen Zeitnotstand begründete Ausnahmesituation nun wesentlich auch die temporäre Suspension von Grundrechten oder gar die sofortige Eliminierung ganzer Industriezweige wie des Braunkohlentagebaus und damit den Verlust hochqualifizierter Arbeitsplätze in ansonsten strukturschwachen Regionen implizieren kann, ist hier die Verhältnismäßigkeit der Gewichtungen in der Relation der Zeitmodi Gegenwart und Zukunft (vgl. Rinderspacher 1994) von besonderer Bedeutung – auch unter höchstem Zeitdruck.

Dass mit dem zunehmenden Zeitdruck, der aus der Zukunft kommt, die Eingriffstiefe der Politik in das Leben und in die Grundrechte der Menschen wächst, zeigt sich wesentlich auch in der Erosion erreichter demokratischer Standards einer Gesellschaft. Dann stehen an Stelle mühevoller und vor allem zeitraubender Überzeugungsarbeit, die die Voraussetzung für demokratische Prozesse ebenso ist wie für Freiwilligkeit des Handelns der Bürger*innen in der res publica – sei es in pandemischen Situationen oder bei der sozial-ökologischen Transformation –, staatliche Dirigismen: Die zeitlichen Spielräume für deliberative Verfahren werden

erheblich gekürzt, Beteiligung wird notfalls durch ordnungsrechtliche Maßnahmen ersetzt. In Bezug auf den Klimanotstand wäre hier etwa die Novellierung der Abstandsregeln für Windkraftanlagen bzw. entsprechender Verfahren zuungunsten der Anrainer*innen zu nennen. Damit spitzt sich der Konflikt zwischen diesen und dem zweifellos sehr gut begründeten Interesse der Gesellschaft am raschen Ausbau der Windenergie weiter zu. Sofern es nicht gelingt, die Betroffenen durch (Gewinn-)Beteiligungsmodelle zu überzeugen, bleibt der Politik die Option, Einspruchsmöglichkeiten und Klagewege zu reduzieren, um die angestrebten zwei Prozent der Landesfläche hierfür zu nutzen (Handelsblatt 2021).

Nicht auszuschließen ist auch, dass, sollte der Anstieg der Wind- und Solarenergie hinter dem Energiebedarf einer mit der Dekarbonisierung schon weit fortgeschrittenen Gesellschaft zurückbleiben, ähnlich wie die notwendige Umsiedlung von Ortschaften für den Braunkohle-tagebau bis in die Gegenwart mit dem Gemeinwohlinteresse begründet wird, Windkraftanlagen im öffentlichen Interesse immer öfter auch in großer Nähe zu Wohnanlagen genehmigt werden. Folgt man der Logik des oben dargestellten Klimaschutzgesetzes beziehungsweise der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts hierzu, ließe sich eine solche Maßnahme nun ohne Weiteres auch aus den (Gemeinwohl-)Ansprüchen kommender Generationen begründen, auch in Zukunft ihre vom Klimawandel bedrohten Freiheitsrechte wahrnehmen zu können. Zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens lassen sich dann also auch solche Maßnahmen in der Gegenwart ableiten, die den heutigen Generationen einen erheblichen Verlust an Lebensqualität sowie materielle Einbußen, etwa durch die Entwertung ihrer Immobilien, abverlangen.

Wenn jedoch in der wohlmeinenden Absicht, die Pariser Klimaziele doch noch zu erreichen und schneller zu Einsparergebnissen beim CO₂-Ausstoß zu kommen, bestehende Übereinkünfte über Ausstiegsmodalitäten wiederholt infrage gestellt werden, so etwa wie im Zusammenhang mit dem erwähnten „Kohlekompromiss“, wird das Vertrauen der unmittelbar Betroffenen in politische Pakte erschüttert (Hoeft, Messinger-Zimmer & Zilles 2017). Jedes Vorziehen von Terminsetzungen spitzt also vermittelt über die Bedrohung der Arbeitsplätze, über eine durch höhere Preise erzwungene Restrukturierung der Einkommensverwendung (höhere Ausgaben für Verkehr, Wohnen, Lebensmittel) und über zahlreiche Veränderungszwänge den Lebensstil betreffend die soziale Frage im Zuge einer sozialökologischen Transformation weiter zu. In Frankreich sind entsprechende soziale Verwerfungen mit zum Teil demokratiekritischen Tendenzen spätestens mit den Protesten der sogenannten Gelbwesten (vgl. Vogel 2019) sichtbar geworden.

Hinzu kommt ein weiteres Problem. Wenn in Deutschland unter Inkaufnahme starker Einschränkungen der Menschen an Lebensqualität und Sicherheit Terminierungsdaten wie das „Ende des Verbrennungsmotors“ vorgezogen werden, wird der Erfolg dieser Maßnahmen weder im eigenen Lande noch weltweit praktisch zu spüren sein. Klimakatastrophen im eigenen Land und anderswo werden – wenn auch rechnerisch in wahrscheinlich geringerem Umfang als ohne die nationalen Maßnahmen – weiterhin auftreten. Folge davon könnte ein weitverbreitetes Unbehagen in der Bevölkerung sein, Verzicht „umsonst“ erbracht zu haben.

Tatsächlich, rechnet man ökonomisch in Aufwand und Ertrag, entspricht die Investition nicht dem vom Individuum zunächst erwarteten Ergebnis, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen in Bezug auf die Situation der eigenen Person in der Gegenwart, die sich nicht sichtlich verbessert, zum anderen in Bezug auf die Situation der eigenen Person in der Zukunft: Die Temperaturen im Sommer werden weiter steigen und die Starkregenereignisse zunehmen. Und selbst wenn denn die Investitionen in ferner Zukunft greifen sollten, hätten unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Lebenserwartung die heute Lebenden kaum einen individuellen Vorteil davon. Ähnlich wie bei der eingangs erwähnten Katastrophenprävention han-

delt es sich hier wie gesagt um Vermeidungskosten, deren Wesen darin besteht, Nicht-Ereignisse zu produzieren. Solche Investitionen sind wenig attraktiv, wenn sich ihr Erfolg daran bemessen lassen muss, dass etwas **nicht** eingetreten ist und gegebenenfalls noch Schlimmeres verhindert werden konnte.

Was bleibt ist ein erweiterter Nutzenbegriff (hierzu Rinderspacher 1996), der erstens vom Individuum abgelöst kollektiv denkt – wobei sich dann fragt, wo das Kollektiv beginnt, auf das sich die Investition bezieht, und wo es endet. Noch weithin üblich ist das überindividuelle Denken ja im Verhältnis der Generationen zueinander, wobei es bereits einen Unterschied macht, ob damit kommende Generationen im Allgemeinen oder die eigenen Nachkommen gemeint sind.

Synchronität statt Tempo: zwischen retroversen und anteversen Terminierungen

Insbesondere wenn es um Transformationsprozesse geht, scheint eine Politik der Befristungen und Terminierungen zu einem Standardinstrument politischer Administrationen geworden zu sein, ebenso wie der gesetzgebenden und rechtsprechenden Gewalt. Hier hat man jedoch zwei grundsätzlich verschiedene strategische Optionen von Terminierungen zu unterscheiden.

Die erste, die ich die **retroverse** nennen möchte, setzt via Negativa mit Verboten an und begrenzt Lauf- oder Zulassungszeiten. Diese strategische Option leitet sich, wie gezeigt, aus futurischen Fixpunkten ab, etwa den vorhergesagten Zeiten für Kipppunkte, und berechnet von diesen aus rückwärts die notwendigen Rationierungen in der Sache, etwa der durchschnittlichen faktisch verbrauchten CO₂-Menge im Verhältnis zu einem fiktiven, noch erlaubten Kontingent an CO₂. In der politischen Umsetzung stützt sich diese Politik entweder auf Pakte und Verträge zwischen betroffenen gesellschaftlichen Gruppen wie beim sogenannten Kohlekompromiss, auf Gesetze und Verordnungen beziehungsweise auf durch Ordnungsrecht unterlegte direkte Verbote, aber auch auf die marktförmig erzielten Ergebnisse eines Emissionshandels. Wobei bei Letzterem die zu vermarktende Menge eine politische Setzung ist, die eben jener retroversen Logik folgt.

Eine andere strategische Option, die **anteverse**, geht vom Status quo in der Gegenwart aus und setzt sich Ziele für die Zukunft, jedoch keine Termine, etwa die Zahl der E-Tanksäulen in möglichst kurzer Zeit verdoppelt zu haben. Solche Ziele können von staatlichen Institutionen ebenso gesetzt werden wie von Unternehmen, aber auch von Einzelpersonen. Die anteverse Option hat unter anderem den Vorteil, den Handlungs- bzw. Erwartungshorizont der Beteiligten über wettbewerbliche Elemente zu öffnen: Welche Stadt verfügt, unabhängig vom Datum, über die meisten E-Tanksäulen? Diese Strategie kommt ohne Verbote aus und setzt darauf, dass im Wettbewerb technischer und organisatorischer Innovationen sich die attraktiveren Konzepte am Ende durchsetzen. Das meint keine Gegenrede gegen staatliche Intervention und schon gar nicht naiven Marktoptimismus, aber ein Plädoyer dafür, dass sich – höhere Reichweiten, kürzere Ladezeiten, niedrigere Preise, Preistransparenz – beispielsweise das E-Auto gegenüber dem konventionellen als das zweckmäßigere für die Verbraucher*innen erst zu erweisen hat. Restriktive Maßnahmen wie Verkaufsverbote für Verbrenner werden dann überflüssig. Man könnte dem entgegenhalten, dass solche Verbote der Beschleunigung der Einführung CO₂-freier Technologien dienen sollen. Bezieht man jedoch die oben diskutierte soziale Dimension mit ein, dürfte, wenn man die retardierende Wirkung sozialer Friktionen berücksichtigt – Stichwort Gelbwestenproteste (Vogel 2019) –, per saldo die Umsetzung von Umweltzielen durch anteverse und hierin besonders partizipative Strategien (Bohn & Fuchs 2019) auch in zeitlicher Hinsicht die effizientere sein.

Die Steuerung über eine anteverse Strategie dagegen beinhaltet nicht mehr und nicht weniger, als dass für die Verbraucher*innen in unserem Beispiel akzeptable Alternativen zum Verbrenner zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht in der erforderlichen Breite verfügbar sind. Die Einführung für sich noch nicht marktfähiger Produkte muss dann durch Subventionen oder gar Ordnungsrecht protegert werden. Dies lässt sich – allerdings nur scheinbar – rechtfertigen mit dem Hinweis auf eben jenen Zeitdruck beziehungsweise Zeitnotstand im Wettlauf mit den ökologischen Kippunkten.

Dennoch haben beide, die retroverse ebenso wie die anteverse Option, in einer Situation des zeitlichen Wettlaufs mit der Natur bzw. ihren Reaktionsweisen auf die Zerstörung der Welt durch deren kapitalistische Ausbeutung ihre Berechtigung. Entscheidend sind gleichsam die richtige Anwendung und die richtige Dosierung. So ist nicht zu bestreiten, dass Verbote beziehungsweise staatliche Regulation starke Innovationstreiber sein können, etwa wenn es darum geht, das E-Auto gesellschaftlich durchzusetzen (vgl. Brunnengräber & Haas 2020). Beide Strategien können allerdings ins Leere laufen, wenn sie nicht jeweils untereinander und miteinander zeitlich synchronisiert sind. So hängt der Erfolg vor allem gesellschaftlicher Großprojekte wesentlich davon ab, dass Ausstiege an Einstiege unmittelbar anschließen oder sich besser noch überlappen: Das Ende von Kohle- und Atomenergie bringt keinen Nutzen, solange der Aufwuchs regenerativer Energien diese nicht vollständig und zuverlässig und ohne neue Abhängigkeiten von Kohlestrom aus dem Ausland ersetzen kann. Ebenso bringt es keinen Nutzen, solange effiziente Speichertechnologien noch nicht verfügbar sind oder die zusätzlichen Strombedarfe neuer Verbraucher wie einer CO₂-freien Industrieproduktion noch nicht durch einen entsprechenden Aufwuchs CO₂-neutraler Energieerzeugung gedeckt sind. Beispielsweise unterschritt allen Anstrengungen zum Trotz der Anteil erneuerbarer Energie an der gesamten Energieerzeugung in Deutschland im Jahr 2021 erneut den von 2019 (vgl. Handelsblatt 2021). Im gleichen Jahr macht die Netzbetreiberin von Stromleitungen darauf aufmerksam, dass die bisher geplanten Trassen bei Weitem nicht ausreichen werden, um die anvisierte Energiewende realisieren zu können. Die Reihe bedrohlicher Asynchronitäten ließe sich fortsetzen; über deren strukturelle Ursachen wäre an anderer Stelle ausführlicher zu sprechen.

Und dies bedeutet, dass Terminsetzungen von Parlamenten, Gerichten oder der Exekutive wie im zitierten Klimaschutzgesetz nur Sinn machen, wenn auch sichergestellt werden kann, dass partielle Transformationen sachlich aufeinander verwiesener Gegenstandsbereiche nicht nur sachlich, sondern auch zeitlich ineinandergreifen, wo sie sich wechselseitig bedingen. Dabei sind die zu synchronisierenden Teilbereiche äußerst heteronom und komplex. Denn zu den zeitlichen Setzungen staatlicher Institutionen kommen beispielsweise die relativ autonom gesetzten Langzeitstrategien für Produktion und Vertrieb von Energieunternehmen oder Automobilherstellern hinzu; hierbei können allerdings retroverse Rahmenterminierungen wie staatliche Vorgaben für die Flottenverteilung zwischen E-Autos und Verbrennern durchaus Sinn machen, um Synchronitäten zwischen Privat und Öffentlich herzustellen. So nutzt es niemandem, wenn große staatliche Etats für den Ausbau des ÖPNV bereitgestellt werden, wenn die Hersteller die benötigten Fahrzeuge jedoch nicht liefern können, weil die Kapazitäten fehlen oder die angestrebte Technologie noch nicht serienreif ist. Umgekehrt können derartige Terminsetzungen staatlicher Investitionen den Herstellern Sicherheiten bei ihrer Investitionsplanung geben. In der Essenz zeigt sich, dass zu den dringlichsten zeitpolitischen Aufgaben jeder Transformationsstrategie Synchronität und hierin wesentlich das Ineinandergreifen retroverser und anteverser Strategien aller Akteure gehören.

Vergleichbares gilt bezüglich der Umsetzung zeitlicher Anforderungen, wie sie im Klimaschutzgesetz genannt werden, auch für die Bekämpfung von Pandemien: So waren und sind Normalisierungen des Alltags und die Rückgabe von Freiheitsrechten an die Bürger*innen

nur möglich, wenn sie mit der Verfügbarkeit von Impfstoffen, deren Verteilung unter der Bevölkerung und nicht zuletzt der Akzeptanz von staatlich propagierten Verhaltensgrundsätzen wie der „AHA“-Regel oder der „Drei-G-Regel“ oder mit einer hohen Impfbereitschaft einhergehen – nicht nur betreffend die sachliche, sondern auch die zeitliche Dimension: Unkoordinierte Fristsetzungen der Politik, die etwa die Synchronität von Verbreitungsrad und -geschwindigkeit des Virus einerseits und der Instrumente zu seiner Bekämpfung andererseits zeitlich nicht beachten, haben sich dagegen im Verlauf der Pandemie wiederholt als ineffizient erwiesen (vgl. Rinderspacher 2022).

Von der retroversen Option lässt sich weiterhin sagen, dass sie, wird sie zur beherrschenden Strategie der Politik, dazu tendiert, wie oben gezeigt, repressiven staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung einer disruptiven Situation Vorschub zu leisten. Aber auch um anteverse Strategien zum Erfolg zu führen, ist Synchronität der Einzelmaßnahmen von entscheidender Bedeutung. Ein fester Termin für einen „Freedom-Day“, der den Menschen die lang ersehnte Rückkehr zur Normalität verspricht, verbietet sich dann, wenn die zeitliche Abstimmung der dazugehörigen Einzelkomponenten wegen der hohen Unsicherheiten, die Pandemien wesentlich innewohnen, von der Politik nicht hinreichend gewährleistet werden kann – vom ausreichenden Vorhandensein von Impfstoffen bis hin zur Hoffnung auf die Abwesenheit einer neuen, aggressiveren Virus-Mutation. Dass solche Terminversprechen, auch wenn sie nur unter den Vorzeichen höchster Unsicherheit gegeben werden können, aus politischen Gründen dennoch auf Dauer nicht zu vermeiden sein dürften, verpflichtet die Politik umso mehr, das ihr Mögliche zu tun. In der Praxis bedeutet dies, auch im Wettlauf der Organisationen um politische Zustimmung der Versuchung zu widerstehen, solche Termine möglichst frühzeitig zu insinuieren oder gar amtlich zu verkünden.

Die eingangs gestellte Frage nach der Legitimität eines staatlich proklamierten Zeitnotstands lässt sich, so ein Fazit, nicht abstrakt beantworten, sondern hängt wesentlich davon ab, welchen politischen Interventionsbedarf die jeweils politisch Verantwortlichen aus einem von ihnen perzipierten Zeitdruck ableiten und in welcher Weise sie die praktischen Konsequenzen daraus gegenüber der Bevölkerung implementieren. Prüfsteine wären erstens, inwieweit bei Entscheidungen Mitspracherechte der unmittelbar Betroffenen erhalten bleiben, und zweitens, inwieweit die Lasten gerecht verteilt sind, auch und gerade zwischen den Generationen – freilich ein weites Feld (vgl. hierzu Rinderspacher 2020: 42 ff.). Drittens kommt es darauf an, inwieweit sich die ergriffenen Maßnahmen im Alltag der praktischen Politik tatsächlich als zielführend erweisen – ebenfalls ein ambitioniertes Unterfangen, wenn die Katastrophe in ihrem ganzen Ausmaß nicht wie bei Corona in der Gegenwart liegt, sondern als sinnliche Erfahrung erst für die Zukunft zu erwarten ist, beziehungsweise wenn Transformationsprozesse diese verhindern sollen.

Die Deklaration eines Zeitnotstands als staatlich sanktionierte notwendige Priorisierung der zeitlichen Dimension gegenüber der sachlichen und sozialen im Kontext eines Problemlösungszwanges in Bezug auf Krisen, Katastrophen oder Transformationsprozesse stellt zwar eine Gefahr für einen demokratischen Rechtsstaat und seine tragenden Institutionen dar, indem Freiheitsrechte und die Qualität der Lebensbedingungen der gegenwärtig Lebenden mit Blick auf höhere beziehungsweise weiter entfernte Zielsetzungen damit in Gefahr geraten können, ist für sich und als solches jedoch nicht kritikwürdig.

Hier ging es vor allem um eine kritische Auseinandersetzung mit den Mechanismen der Entstehung beziehungsweise Legitimierung von Zeitnotstand im Sinne seiner Dekonstruktion sowie um dessen Folgen für die Geltung zentraler Rechtsgüter und der Aufrechterhaltung bestehender materieller Lebenschancen der Menschen in einer freiheitlichen Gesellschaft. Denn je höher der Zeitdruck, desto höher geraten mit großer Wahrscheinlichkeit die politi-

schen und sozialen Kosten der Gegenmaßnahmen. Und nicht zuletzt ging es in diesem Text um den Preis, den freiheitliche Gesellschaften in existenzbedrohenden Lagen bereit sind zu zahlen, um ihre gewohnte Stabilität und die Kontrolle über die Verhältnisse wiederzugewinnen, aber auch, um zukünftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.

Dabei scheint – und dies ist kritisch zu betrachten – der Einsatz umso höher, je größer der diskursiv erzeugte Zeitdruck sich darstellt, den sie bzw. ihre politischen Vertreter*innen wahrnehmen. An anderer Stelle, in einer späteren Ausarbeitung, wird detaillierter zu zeigen sein, wie bestimmte Formen der Bewältigung von Zeitdruck durch die Proklamation eines Zeitnotstandes dazu führen, dass Problemlagen in der einen Hinsicht gelöst, in anderen Hinsichten jedoch nur weiter zugespitzt werden – ein Dilemma, das wahrscheinlich nicht aufzulösen ist. Welchen Weg die nationale Gesellschaft wie die Weltgesellschaft dabei genommen haben und mit welchem Erfolg wird sich erst ex post – im Durchgang der Geschichte – erweisen.

Literatur

- BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) (2021): Katastrophe; online abrufbar unter: <https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/K/katastrophe.html> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022)
- Betz, O. (2011): Artentstehung, natürliches Aussterben und anthropogene Krise der Biodiversität. Darwins Theorie aus heutiger evolutionsbiologischer Sicht. – In: Engels, E.-M.; Betz, O.; Köhler, H.-R & Potthast, T. (Hrsg.): Charles Darwin und seine Bedeutung für die Wissenschaften – eine Einführung. Tübingen: 9–25; online verfügbar unter: https://www.researchgate.net/profile/Oliver-Betz-4/publication/265641841_Artentstehung_natuerliches_Aussterben_und_anthropogene_Krise_der_Biodiversitaet_-_Darwins_Theorie_aus_heutiger_evolutionbiologischer_Sicht/links/60c0f854299bf1949f445c11/Artentstehung-natuerliches-Aussterben-und-anthropogene-Krise-der-Biodiversitaet-Darwins-Theorie-aus-heutiger-evolutionbiologischer-Sicht.pdf (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- BMG (Bundesgesundheitsministerium) (2021): Drittes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite; online abrufbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/B/3._BevSchG_BGBl.pdf (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Bogner, A. (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Stuttgart.
- Bohn, C. & Fuchs, D. (2019): Partizipative Transformation? Die zentrale Rolle politischer Urteilsbildung für nachhaltigkeitsorientierte Partizipation in liberalen (Post-)Demokratien. – In: Bohn, C.; Fuchs, D.; Kerkhoff, A.; & Müller, C. J. (Hrsg.): Gegenwart und Zukunft sozial-ökologischer Transformation. Baden-Baden: 77–100.
- Brunnengräber, A. & Haas, T. (Hrsg.) (2020): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität. Bielefeld.
- Bundesgesetzblatt (2021): Viertes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei epidemischer Lage von nationaler Tragweite vom 22. April 2021. – In: Bundesgesetzblatt 2021 Teil I, Nr. 18: 802 ff.
- BVerfG (Bundesverfassungsgericht) (2021): Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 – 1BvR 2656/18 – Rn 1-270; online abrufbar unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html (zuletzt eingesehen am 02.06.2021)
- Deutsche Bundesregierung (2021): Generationenvertrag für das Klima; online abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).

- Durkheim, É. (1980): Die Regeln der soziologischen Methode. 6. Aufl. Darmstadt.
- EU (Europäische Union) (2021): Klimazielplan für 2030; online abrufbar unter: https://ec.europa.eu/clima/policies/eu-climate-action/2030_ctp_de (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- FAZ-net (Frankfurter Allgemeine Zeitung) (2021): 300 Millionen Euro für Corona-Medikamente; online abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/foerderprogramm-300-millionen-euro-fuer-corona-medikamente-17338323.html> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Geißler, K. A. (2008): Zeit. „Verweile doch, du bist so schön.“ Freiburg.
- Germanwatch (2021): Klimaneutralität bekommt Verfassungsrang; online abrufbar unter: <https://germanwatch.org/de/2021> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Habermas, J. (2021): Corona und der Schutz des Lebens. Zur Grundrechtsdebatte in der pandemischen Ausnahmesituation. – In: Blätter für deutsche und internationale Politik 66(9): 65–78.
- Handelsblatt (2021): Stiftung empfiehlt 2 Prozent der Landesfläche für die Windkraft, 05.10.2021; online abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/erneuerbare-energien-stiftung-empfehl-t-zwei-prozent-der-landesflaeche-fuer-die-windkraft/26862326.html?ticket=ST-7633251-YYB0IWylkH7ecfJrkXJO-ap6> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Hansen, C.; Sperlich, K. & Trauschke, J. (2017): Editorial. – In: helden. heroes. héros. E-Journal zu Kulturen des Heroischen/Bd. 5,1: HeldInnen und Katastrophen – Heroes and catastrophes; online abrufbar unter: <https://freidok.uni-freiburg.de/data/12920> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Hoefl, C.; Messinger-Zimmer, S. & Zilles, J. (Hrsg.) (2017): Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Racking. Bielefeld.
- Idw (Informationsdienst Wissenschaft) (2021): Risiko-Analyse von Klima-Domino-Effekten: Kippelemente können sich gegenseitig destabilisieren; online abrufbar unter: <https://idw-online.de/de/news770057> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Jonas, H. (1984): Prinzip Verantwortung. Frankfurt a. M.
- Kretschmann, W. (2021): Interview Stuttgarter Zeitung 28.06.2021, zitiert nach: Legal tribune online; online abrufbar unter: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/kretschmann-ministerpraesident-baden-wuerttemberg-corona-pandemie-notstand-unverhaeltnismaeige-manahmen-verhaeltnismaessigkeit-kritik> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Latour, B. (2007): Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie. Frankfurt a. M.
- Lindner, R.; Decker, M.; Ehrensperger, E.; Heyen, N.; Lingner, S. et al. (Hrsg.) (2021): Gesellschaftliche Transformationen. Gegenstand oder Aufgabe der Technikfolgenabschätzung? Baden-Baden.
- Wikipedia (2022): Liste deutscher Orte und Gemeinden, die den Klimanotstand ausgerufen haben; online abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_deutscher_Orte_und_Gemeinden,_die_den_Klimanotstand_ausgerufen_haben (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Löschel, A. (2021): Ökonom: Keine neuen Ausstiegsdaten, sondern den Rahmen schaffen, 28.09.2021; online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/regierungsbildung-und-energiewende-oekonom-keine-neuen.697.de.html?dram:article_id=503602 (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).

- Luhmann, N. (1971): Die Knappheit der Zeit und die Vordringlichkeit des Befristeten. – In: ders.: Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung. Opladen: 143–164.
- Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München.
- Plate, E.; Clausen, L.; de Haar, U.; Kleeberg, H. B.; Klein, G. et al. (1993) (Hrsg.): Naturkatastrophen und Katastrophenvorbeugung: Bericht des Wissenschaftlichen Beirates der DFG für das Deutsche Komitee für die International Decade for Natural Reduction (IDNDR) (DFG-Publikationen). Weinheim.
- Rinderspacher, J. P. (1985): Gesellschaft ohne Zeit. Individuelle Zeitverwendung und soziale Organisation der Arbeit. Frankfurt a. M.
- Rinderspacher, J. P. (1994): Zukunft als Weltanschauung. – In: Holst, E.; Rinderspacher, J. P. & Schupp, J. (Hrsg.): Erwartungen an die Zukunft. Zeithorizonte und Wertewandel in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Frankfurt a. M.: 19–44.
- Rinderspacher, J. P. (1996): Zeitinvestitionen für die Umwelt. Annäherungen an ein ökologisches Handlungskonzept. – In: Rinderspacher, J. P. (Hrsg.): Zeit für die Umwelt. Handlungskonzepte für eine ökologische Zeitverwendung. Berlin: 69–130.
- Rinderspacher, J. (2015): Beschleunigung und Geschwindigkeit. Zeitliche Rahmenbedingungen der Freizeitgesellschaft. – In: Freericks, R. & Brinkmann, D. (Hrsg.): Handbuch der Freizeitsoziologie. Wiesbaden: 55–84.
- Rinderspacher, J. P. (2020): „Beeilt Euch!“ Zeitprobleme im sozial-ökologischen Transformationsprozess. München.
- Rinderspacher, J. P. (2022): Pandemische Zeiten – Wie Corona unseren Umgang mit der Zeit verändert. Opladen (im Erscheinen).
- Theil, A. (2021): Ebola-Lehren: WHO-Experte erklärte schon vor Monaten den einzigen Weg, Corona zu besiegen. – In: Merkur, 18.04.2021; online abrufbar unter: <https://www.merkur.de/welt/corona-pandemie-experte-who-regierungen-corona-zr-90463897.html> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022)
- Schmidt, M. (2010): Wörterbuch zur Politik. 3. Aufl. Stuttgart.
- Vogel, S. (2019): Aufstand der Gelbwesten. Eine rechte Revolution? – In: Blätter für deutsche und internationale Politik 64(4): 85–92.
- Wunderling, N.; Donges, J. F.; Kurths, J. & Winkelmann, R. (2021): Interacting tipping elements increase risk of climate domino effects under global warming. – In: Earth Syst. Dynam 12: 601–619; online abrufbar unter: <https://esd.copernicus.org/articles/12/601/2021/esd-12-601-2021.pdf> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).

Kommunikationsstrategie Alarmismus? Historische und umweltpsychologische Perspektive

Anke Blöbaum und Hans-Werner Frohn

Gleichsam zur DNA der allermeisten Naturschutzakteur*innen gehört eine „Fünf-vor-zwölf“-Rhetorik. Seit über 140 Jahren erklären Naturschützer*innen immer wieder: „Es ist fünf vor zwölf.“ Der Kulturwissenschaftler Friedemann Schmoll bemerkt hierzu: „Wie glaubwürdig, [...] sollten diese Geschichten auch sein, wenn der Uhrzeiger dann doch nie die Zwölf überschreitet und die prophezeite Stunde Null ausbleibt?“ (Schmoll 2005: 22).

Aus der Perspektive der Öffentlichkeit erscheint diese vom Chronisten Friedemann Schmoll aufgeworfene Frage evident. Doch Expert*innen der Biodiversität zufolge ist der Zeiger bereits unmittelbar vor der Zwölf angekommen. Offensichtlich herrscht ein tiefer Spalt zwischen der Expertise und der Wahrnehmung der Öffentlichkeit. Wie erklärt sich dieser? Aus historischer Perspektive führt dies zu der These, dass der Naturschutz wegen seiner ständigen alarmistisch dominierten Argumentation ausgerechnet jetzt in der von den Biodiversitäts-Expert*innen festgestellten „Eins-vor-zwölf“-Situation ein akutes Glaubwürdigkeits- und daraus abgeleitet ein Akzeptanzproblem in Sachen Biodiversitätsschutz hat.

Die alarmistisch dominierte Argumentation hinsichtlich des Verlustes an Arten und Biotopen bzw. deren Rückgang folgte historisch fast nie einer „rein“ naturwissenschaftlichen Nachweislinie. Stets ging die biologische Argumentation mit einer kulturellen Begleitmusik einher. Dies führt zu einer zweiten These, die die erste ergänzt bzw. in einen spezifischen Zusammenhang stellt: Die weiter unten noch näher zu erläuternde kulturelle Begleitmusik trug dazu bei, die Kluft zwischen der naturwissenschaftlichen und der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung des Biodiversitätsverlustes bzw. -rückganges zu vertiefen bzw. sie war vielleicht sogar ursächlich für diesen Spalt in der Perzeption. Denn schaut man sich die Entwicklung des Naturschutzes im Unterschied zum eher technisch ausgerichteten Umweltschutz¹ auf die lange Dauer an, dann fällt eines auf: Während die vom Naturschutz präsentierten alarmistischen Bedrohungsszenarien weitgehend politisch und gesellschaftlich folgenlos blieben, zeigt sich beim Umweltschutz, der durchaus auch alarmistisch argumentierte (Luhmann 1990: 241 f.), eine andere Bilanz: Er erlebte nicht erst seit den 1970er-Jahren immer wieder – nicht nur gesetzgeberische – Erfolge. Lassen sich Faktoren finden, die diese unterschiedlichen Erfolge erklären könnten?

Dieser Beitrag kann sich vor allem der zweiten These nur annähern. Der erste Teil (Kap. 1–3) entwickelt die Historie des Naturschutzalarmismus. Hier werden zwei Zeitschnitte gewählt. Eingeleitet werden sie jeweils mit zwei ikonografischen Blitzlichtern, die die Unterschiede zwischen der Argumentation des Naturschutzes und der des Umweltschutzes ausleuchten.

Der zweite Teil blickt aus umweltpsychologischer Perspektive auf die Befunde und auf die aus der Historie abgeleiteten Thesen.

In einem dritten Teil werden Empfehlungen für die Kommunikationsstrategien im Naturschutz vorgeschlagen.

¹ Den Begriff Umweltschutz kennt die deutsche Sprache erst seit den späten 1960er-Jahren. Doch das, was unser Verständnis vom (stärker technisch-ingenieurwissenschaftlichen) Umweltschutz ausmacht, gab es bereits früher. Teilaspekte firmierten beispielsweise als „Rauchplage“ bezogen auf den Emissionsschutz oder als Hygienebewegung bezogen auf die Beseitigung von (kommunalen) Abwässern.

Die historische Perspektive

„Still ruht der See!“ – Anfänge des Naturschutzes bis 1945

Die beiden folgenden ikonografischen Blitzlichter stammen aus der Weimarer Republik.



Abb. 1/2: rechts (1): Illustration aus Schoenichen 1930: 158; links (2): Abb. 11a aus: SVR 1927: 33.

Das linke Foto druckte 1930 die offiziöse Zeitschrift „Naturschutz“ ab, das rechte, Umweltprobleme ansprechende Fotos findet man in einer Denkschrift des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR) aus dem Jahre 1927. Die Fotos haben nur eine Schnittmenge, sie zeigen Menschen. Und mit der Rolle, die Menschen in der schriftlichen und bildlichen (alarmistischen) Kommunikation des Natur- und Umweltschutzes spielen, beschäftigen sich die folgenden Passagen.

Naturschutz entstand im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts als eine Reaktion auf die Industrie-Moderne (vgl. hierzu grundlegend Schmoll 2004). Die industrielle Revolution hatte damals nahezu alles verändert: Sie rief enorme soziale und Umweltprobleme hervor und nicht zuletzt veränderte sie Natur und Landschaft tiefgreifend. Diejenigen, die auf diese Veränderungen in dem Sinne reagierten, dass es notwendig sei, die Natur zu schützen, entstammten fast ausschließlich dem Bürgertum und sie einte eines: ein fundamentales Verlustempfinden. Dies bezog sich auf das Verschwinden traditioneller, stark gegliederter und insbesondere als schön empfundener Landschaften oder den Verlust bzw. den Rückgang an Arten. Aber die den Diskurs bestimmenden Angehörigen des Bürgertums beklagten zudem noch ein Weiteres, nämlich den – wie sie es empfanden – Verfall der Kultur. Von Anfang an vermengten große Teile der im ausgehenden 19. Jahrhundert entstehenden Naturschutzbewegung ihre naturwissenschaftlichen Befunde über den Rückgang bzw. sogar den Verlust von Arten mit dem Klagen über einen Niedergang der Kultur. Herausragender Stichwortgeber für den kulturellen Verfall von Kultur und den Verlust an Natur und Landschaft war der Musiker Ernst Rudorff (1840–1916), der 1880 einem verbreiteten Empfinden in großen Teilen des Bürgertums in dem einem Manifest gleichenden Aufsatz „Ueber das Verhältniß des modernen Lebens zur Natur“ Ausdruck verlieh. Landschaft verändere sich nicht nur zum Negativen, sie werde sogar „zur Decoration herabgewürdigt“, um den „Rahmen für das elegante Treiben herzuleiten“. Damit spielte er auf den entstehenden Tourismus an, dem der „fatale Beigeschmack der Geschäftsmäßigkeit im Genießen“ anhafte. Naturerleben, hier konkret bezogen auf reisende Touristen, war für Rudorff, war aber auch für die meisten Naturschützer*innen soziokulturell aufgeladen: Naturerleben konnten sie sich nur kontemplativ vorstellen. So kritisiert Rudorff alle nicht auf Kontemplation ausgerichteten Praktiken des Naturerlebens

scharf: „Man feiert die Natur, aber man feiert sie, indem man sie prostituiert“ (Rudorff 1880: 264 ff.).

Früh zeigt sich bei den Akteur*innen des frühen Naturschutzes ein auf Distinktion ausgerichteter Habitus: Man grenzte sich nicht nur sozial nach „unten“ ab, sondern auch deutlich von einem, wie man meinte, materialistischen, vergnügungssüchtigen Wirtschaftsbürgertum. So warf Rudorff die Frage auf „Sind wir poetischer geworden, seit das Reisen en masse in die Mode gekommen ist?“, um sich dann selbst die Antwort zu geben: „Man müsste blind sein oder der Wahrheit geflissentlich den Rücken kehren, wenn man nicht zugeben wollte, daß gerade das Gegentheil der Fall ist. Die Majorität aus allen Schichten der Gesellschaft ist und bleibt trivial“ (Rudorff 1880: 266). Noch deutlicher lässt sich Distinktion kaum formulieren (vgl. auch Frohn 2009).

Zwar gab es auch sozialpolitische Ansätze im frühen Naturschutz, für den im linken Lager der Touristenverein „Die Naturfreunde“ oder linksliberale Naturschutzakteure wie der im Großraum Berlin-Brandenburg agierende Wilhelm Wetekamp (1859–1945) beispielhaft standen (Frohn 2009). Und auch im klassischen Artenschutz agierten naturwissenschaftlich-rational argumentierende Akteure wie der erste Direktor der 1906 gegründeten Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen, Hugo Conwentz (1855–1922). Er legte 1900 eine Publikation mit dem Titel „Forstbotanisches Merkbuch. Nachweis der beachtenswerthen und zu schützenden urwüchsigen Sträucher, Bäume und Bestände im Königreich Preussen“ (Conwentz 1900) vor – faktisch das, was man in heutiger Begrifflichkeit als erste Rote Liste bezeichnen würde (Frohn 2012: 51–53). Der Einband dieser Schrift trug aber nicht die Signalfarbe rot, sondern grün [!]. Doch bei aller Vielfalt erwies sich derjenige Teil des Naturschutzes, der soziokulturell aufgeladen argumentierte, in der öffentlichen Wahrnehmung als der dominante.

In der Weimarer Republik erfuhr dieser Strang noch eine Radikalisierung. Der Conwentz-Nachfolger Walther Schoenichen (1880–1956), ausgebildeter Biologiedidaktiker, sorgte dafür, dass der Naturschutz in der Öffentlichkeit sehr bald geradezu als kulturkämpferischer Akteur wahrgenommen wurde – als vehementer Kämpfer gegen die sich in der Weimarer Republik ausprägende moderne Massenkultur („Roaring Twenties“, „die Goldenen Zwanziger“). Dies alles findet sich in verdichteter Form in Abbildung 1. Über das tragbare Grammophon fiel in der Wahrnehmung dieser Naturschutzakteur*innen die verhasste moderne Massenkultur – gepaart mit vergnügungssüchtigen Menschen (Stadtbevölkerung und hier auch noch als emanzipierte Frauen!) – in die Natur ein und sorgte dort, wie Schoenichen es formuliert, für eine „musikalische Überschwemmung“. „Still ruht der See!“, so die ironisch intendierte Bildunterschrift, steht im absoluten Widerspruch zu der von führenden Naturschutzakteur*innen geradezu zur soziokulturellen Norm erhobenen Kontemplation, denn nur so sei Naturerleben, sei Naturgenuss möglich. Der sehr aggressiv geführte Kulturkampf fand seinen Gipfel in einer Aussage von Schoenichen aus dem Jahr 1930:

„Der Klang des Waldhorns, das Lied der wandernden Schar, ja, auch die Takte der Zupfgeige, nach denen die Jugend sich draußen auf dem grünen Rasen im Tanzschritte wiegt: das alles freilich sind Melodien, die dem Stimmungsgehalt der heimatlichen Landschaft nicht notgedrungen zuwiderlaufen. [...] Die Gegenwart aber ist sozusagen musikwütig; und die Melodien, die sie bevorzugt, sind der Jazz und der Niggersong“ (Schoenichen 1930: 161).

Dem ausgebildeten Biologen Schoenichen dürfte bekannt gewesen sein, dass der Fluchtinstinkt der Tiere durch andere als soziokulturelle Impulse ausgelöst wird.

Kurzum, hier findet sich in verdichteter Form ein nun auch noch rassistisch aufgeladenes Verständnis von Natur bzw. Naturerleben, das den meisten Menschen per definitionem die Fähigkeit absprach, sich angemessen in der Natur aufhalten und verhalten zu können. Wurden die Mahnrufe vor dem Verlust an Arten oder dem Rückgang an Populationen schon als überdramatisiert wahrgenommen, so mutierten sie hier nun zu einer „misanthropischen Miesepeterei“ (Schmoll 2005: 21).² Da verwundert es nicht, dass Naturschutz, der sich im Deutschen Kaiserreich zumindest im Grundsätzlichen einer parlamentarischen Unterstützung erfreuen konnte, in der Weimarer Republik politisch, aber auch gesellschaftlich so gut wie keine Rolle spielt. In der Fläche und hinsichtlich eines effektiven Artenschutzes zeigt er so gut wie keine Wirksamkeit (Frohn 2006).

Die Kommunikation dessen, was heute unter Umweltschutz firmiert,³ setzte durchaus auch auf Warnrufe. Diese kam aber nüchterner, nicht soziokulturell aufgeladen daher, bezog – naheliegend, weil die menschliche Gesundheit bedroht war – stets das Wohl der Menschen ein und bot konkrete Lösungskonzepte an. Abbildung 2 bezieht diese menschliche Perspektive ein. Die Emissionen der rauchenden Schloten – bis in die 1970er-Jahre das Symbol für boomende Wirtschaft und damit auch für Wohlstand – beeinträchtigten nicht nur die Vegetation, sondern auch die Gesundheit der Bevölkerung, hier konkret die der spielenden Kinder in der Mitte der Fotografie. Anders als beim Naturschutz bewirkten Akteur*innen des Umweltschutzes Konkretes. Sie gehörten wie auch die des Naturschutzes dem Bürgertum an. Oft entstammten sie der Kommunal- oder wie in im Kontext der Abbildung 2 einer interkommunalen Verwaltung, hier der des 1920 gegründeten Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR). Oft waren es Ingenieur*innen, d. h. Akteur*innen, die der Maxime der Lösungsorientiertheit verschrieben waren. Einige Konzepte setzten direkt an den Wurzeln der Umweltprobleme an, wie beim Bau kommunaler Abwassersysteme im Bereich der kommunalen Hygiene. Andere Ansätze kurierten dagegen eher an den Symptomen, wie es sich beispielsweise in Vorschriften zeigte, die Emissionen dadurch großflächiger zu verteilen, indem man die Norm für die Höhe der Schornsteine heraufsetzte. Zum Kurieren an den Symptomen zählte auch der 1912 vorgelegte Generalsiedlungsplan für das Ruhrgebiet, der u. a. ein System städtischer Grünzüge zur Durchlüftung der Städte vorsah. Welche herausragende Rolle bei diesen Überlegungen jeweils die Gesundheit der Menschen spielte, zeigt ein Ausspruch des späteren ersten Direktors des SVR, Robert Schmidt, aus dem Jahre 1912: „Wo die Sonne hinkommt, braucht der Arzt nicht hinzugehen“ (Schmidt 1912: 54; allgemein vgl. Frohn 2009: 50–54).

Kurzum: Die Mahnrufkommunikation des frühen technischen Umweltschutzes war lösungsorientiert unterlegt und fokussierte diskursiv auf die Gesundheit der Menschen.

„Der Tanz mit dem Teufel“: alarmistische Kommunikation 1945 bis in die 1970er-Jahre

Die folgenden Abbildungen illustrieren die antithetische ikonografisch-alarmistische Kommunikation im Umfeld des Natur- und Umweltschutzes.

² Bei Schmoll bezieht sich „misanthropische Miesepeterei“ allgemeiner auf Umweltdiagnosen. Hier wird der Begriff explizit auf die soziokulturelle, auf gesellschaftliche Normierung drängende Naturschutzkommunikation bezogen.

³ Vgl. Fußnote 1.



- Abb. 3: Cover von Schwab, G. (1958): *Der Tanz mit dem Teufel*. Hannover (Bibliothek der Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter)
- Abb. 4: Cover von Demoll, R. (1957): *Bändigt den Menschen. Gegen die Natur oder mit ihr?* 2., stark erw. Aufl. München (Bibliothek der Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter)
- Abb. 5: Junge an der Ruhr bei Bochum, 1972 (Bibliothek der Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter: Bestand DHM)
- Abb. 6: Smog im Ruhrgebiet, ca. 1970 (Fotograf: Josef H. Darchingner, Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn)

Der Naturschutz setzte nach 1945 in seiner Breite ungebrochen auf Alarmismus. Dabei war er nach dem Zweiten Weltkrieg zumindest in seiner staatlichen Ausprägung akut existenziell gefährdet. 1951 beschloss der Bundesrat, die Zentralstelle für Naturschutz und Landschaftspflege – eine Vorläuferin des heutigen Bundesamtes für Naturschutz – mit 23 gegen 17 Stimmen aufzulösen, denn der Naturschutz „hemme den Wiederaufbau“ (zit. nach Frohn 2006: 211). Auch wenn der Beschluss 1952 nach zivilgesellschaftlichen Protesten wieder aufgehoben wurde, so blieb die Naturschutzkommunikation auch in den Zeiten des Wiederaufbaus und vor allem denen des „Wirtschaftswunders“ weiterhin von dem bekannten zivilisationskritisch-kulturpessimistischen Wehklagen untermalt. Die Abbildungen 3 und 4 stehen ikonografisch für diese soziokulturelle Aufladung. Die Werbebänderole (Abb. 4) zeigt, dass man mit einer derart ausgerichteten Kommunikation durchaus Auflage machen konnte. So schrieb

der aus Österreich stammende Günther Schwab mit „Der Tanz mit dem Teufel“ den „ersten deutschen Öko-Bestseller“ (Uekötter 2015: 91), den der Umwelthistoriker Joachim Radkau (2011: 122) allerdings als „dämonologische Horrorstory“ charakterisiert. Zwar gab es, wie noch zu zeigen sein wird, gerade in den 1950er-Jahren eine Ausnahme von der Regel, die Anknüpfungspunkte für heutige Naturschutzdiskurse bieten kann (vgl. den folgenden Abschnitt), doch der Eindruck der „misanthropische[n] Miesepeterei“ (Schmoll) dominierte weiterhin. Naturschutz blieb bis zum Ende der 1960er-Jahren in einer Nische, politisch, gesellschaftlich und bezogen auf den Flächen- und Artenschutz erwies er sich als vollkommen wirkungslos.

Wie sah es beim technischen Umweltschutz aus? Auch seine alarmistische Kommunikation untermalen ikonografische Impressionen. Die Medien waren voll mit Bildern von Schaumkronen auf Bächen und Flüssen (Abb. 5), vom Fischsterben etc. (Rosebrock 2014: 51–98). In diesem Umfeld platzierte Willy Brandt 1961 im Bundestagswahlkampf den Slogan „Blauer Himmel über der Ruhr“. Der SPIEGEL wartete mit einem gleichlautenden Titelbild und der dazugehörigen Titelstory auf (vgl. grundlegend Hünemörder 2004). Und Adenauer reagierte. Er ernannte 1961 mit Elisabeth Schwarzhaupt erstmals eine Frau zur Ministerin, und zwar zur Gesundheitsministerin (Hessische Landesregierung 2001). Zu ihrem Portfolio zählte u. a. auch der Gewässerschutz und die Luftreinhaltung. Hier, im Gesundheitsressort, entstanden erste Konzepte, die wir heute als umweltpolitische bezeichnen würden. Doch es fehlte Schwarzhaupt an politischer Durchsetzungskraft, zählte das Gesundheitsministerium doch zu den „schwachen“ oder „weichen“ Ressorts. Erst als diese Zuständigkeiten 1969 in das von Hans-Dietrich Genscher geführte „starke“ Innenministerium umressortierten, erfuhr Umweltschutz politisch den Durchbruch. Dieser Durchbruch war, so die These, aber vor allem darin begründet, und dafür steht das Bild der zwei Kinderwagen schiebenden Frauen im Ruhrgebiet (Abb. 6), dass den Menschen und damit Wähler*innen immer mehr bewusst geworden war, dass um ihrer eigenen Gesundheit willen die Umweltprobleme unbedingt angegangen werden mussten.

Umwelt- und naturschützerische Gesundheitsnarrative

Warum diese kurzen historischen Blitzlichter? Zum einen, um zu illustrieren, dass Krisenkommunikation eher von Erfolg gekrönt ist, wenn sie auch auf die menschliche Gesundheit, auf Leib und Leben pointiert. Ein solches, allerdings damals äußerst minoritäres und heute weitestgehend in Vergessenheit geratenes, auf Gesundheit setzendes Konzept mit einer entsprechenden Kommunikation existierte in den 1950er-Jahren. Es entstand im Kontext der Landschaftsplanung. In noch nicht vollständig entnazifizierter Sprache⁴ machte die offiziöse Naturschutz-Zeitschrift „Natur und Landschaft“ 1957 mit dem Titel „Gesundes Land – Gesundes Volk“ auf (Abb. 7).

⁴ Der Kampf um das „gesunde Volk“ stand im Nationalsozialismus in einem unmittelbaren Konnex zur Rassenpolitik bzw. auch zur Eugenik (so u. a. das am 14. Juli 1933 erlassene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“).

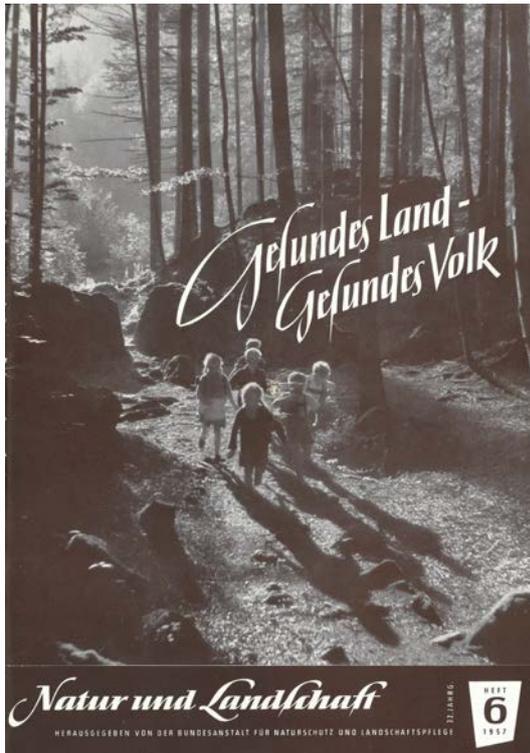


Abb. 7: Titelblatt der Zeitschrift „Natur und Landschaft“ 1957, Heft 6.

Einer der Hauptprotagonisten, Konrad Buchwald, rekurrierte damals explizit – im Kontext der Erholungsplanung im Umfeld der Ballungsräume – auf moderne Zivilisationskrankheiten wie Kreislauf- oder nervöse Störungen, Krebs etc. Naturschutz könne Möglichkeiten schaffen, dass Menschen „Gesundheit auftanken“ könnten, indem sie sich in der Natur erholten, von der „Heilwirkungen“ ausgingen (zit. nach Frohn 2009: 105). Zwar lässt sich heute sicherlich kein direkter Bogen von der Erholungsvorsorge zur Corona-Debatte herstellen, wohl aber besteht eine Brücke von Zoonosen zum Argument des Gesundheitsschutzes bzw. der Gesundheitsprävention.

Dem steht aber entgegen, dass die historischen Belastungen der alarmistischen Kommunikation nicht nur nicht vergessen sind. Denn auch die aktuelle Biodiversitätskommunikation ist nicht frei von einem kulturpessimistischen Beiklang. In den mehr als notwendigen Debatten um Lebensstile, die wir ändern müssen, um sowohl die Biodiversitäts- als auch die Klimakrise einer Lösung näherzubringen, scheint weiterhin ein kulturpessimistischer Duktus durchzuschimmern. Was man früher als „Miesepeterei“ wahrnahm, scheint heute oft mit dem Duktus einer hohen moralischen Fallhöhe daherzukommen – vor allem bei der Fridays-for-Future-Bewegung (vgl. hierzu Rinderspacher 2020: 52, 63 u. ö.). Wer meint, aus einer moralischen Überlegenheit argumentieren, ja belehren zu sollen, dessen Sachargumente fallen kaum auf einen fruchtbaren Boden. Abwehrimpulse bleiben nicht aus, die es erlauben, den Kern des Problems erst gar nicht an sich heranzulassen.

Vor dem Hintergrund einer solchen Einschätzung steht der Naturschutz vor einem großen Dilemma. Seine Warnrufe gelten nicht zuletzt ob ihrer historischen Last als übertrieben, zu oft habe er sich geirrt, Stichwort: Lexikon der Öko-Irrtümer (Maxeiner & Miersch 1998; vgl. auch Uekötter & Hohensee 2004). Das Dilemma hat Josef Settele 2020 so auf den Punkt gebracht, indem er fragt: Wie schlägt man Alarm, „ohne alarmistisch zu sein“ (Settele 2020: 64).

Die umweltsychologische Perspektive

Kommunikationsstrategien im technischen Umweltschutz und Naturschutz – ein psychologischer Blick auf Kommunikationsstrategien

Wie bereits in der Historie der Naturschutzkommunikation ausgeführt, ist der alarmistisch angekündigte Biodiversitätsverlust in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit bisher nicht eingetreten. An diese Erkenntnis schließen sich regelmäßig Fragen an, die auf den scheinbaren Widerspruch zwischen dem unterstellten vorhandenen Problembewusstsein und dem ausbleibenden individuellen Handeln abzielen. Aber liegt hier ein tatsächliches Defizit auf der Ebene der Motivation vor? Sind wir als Menschen zu träge, oder aber zu desinteressiert? Möglicherweise liegt ja gar kein Widerspruch vor, sondern der fehlende Aktivismus lässt sich eher dadurch erklären, dass wir ‚Laien‘ kaum in der Lage sind, Biodiversität – geschweige denn Biodiversitätsverlust – wahrzunehmen und richtig einzuschätzen (Fischer & Young 2007). Gleichzeitig scheint Biodiversität auch für Laien eine durchaus wichtige Dimension zu sein. In einer Studie in Zürich konnte Lindemann-Matthies (2010) zeigen, dass Laien z. B. Landschaften dann als attraktiver bewerten, wenn sie diese auch für artenreicher halten (siehe Tab. 1). Allerdings machte die Studie auch deutlich, dass es ihnen ausgesprochen schwerfällt, die Biodiversität von Pflanzengemeinschaften richtig zu bewerten. Insgesamt scheinen Lai*innen die Artenvielfalt deutlich zu überschätzen.

Tab. 1: Schätzung pflanzlicher Artenvielfalt in der Welt, in der Schweiz und in drei Flächen von je 100 × 100 m (N = 367) (Lindemann-Matthies 2010, S. 16)

	Welt	Schweiz	Bergwiese	Rasenfläche	Nadelwald	Buchenwald
Minimum	200	100	10	1	2	2
Maximum	1 x 10 ¹⁵	4 x 10 ⁹	1 x 10 ⁹	2 x 10 ⁹	1 x 10 ⁶	1 x 10 ⁸
Median	3 000 000	94 000	120	20	50	70
Tatsächliche Artenzahl	285 000	3 000	≤100	≤10	≤20	≤40
Überschätzung (Median/Real)	10.5	31.3	1.2	2.0	2.5	1.8

Diese Befunde können auf zwei Weisen interpretiert werden: entweder als simple Bestätigung, dass Lai*innen leider (sic!) nicht die Kompetenz und das Hintergrundwissen besitzen, die Bedrohung zu verstehen und zu erfassen – verbunden mit dem Klagen über das Versagen der Bildungsinstitutionen –, oder aber – eher ressourcenorientiert – auf die Tatsache blickend, dass Biodiversität den Menschen tatsächlich wichtig ist. Wie bei der Vermittlung von Klimafolgenabschätzungen ist das Fortschreiten des Artensterbens eben nicht direkt wahrnehmbar und zugänglich, sondern erfordert im Sinne einer Nicht-Erfahrung zweiter Hand (siehe Beck 1986) eine motivierende, zugewandte Vermittlung auf Augenhöhe anstelle der aufgezeigten „misanthropischen Miesepeterei“ (Schmoll).

Während der Naturschutz stärker auf biozentrische Werte abhebt, kommuniziert der technische Umweltschutz – und kommuniziert dies auch heute noch – stärker als der Naturschutz die Konsequenzen für die Gesundheit und die menschlichen Lebensgrundlagen, und kann damit neben biozentrischen Motiven auch anthropozentrische und egoistische Motive aktivieren. Psychologisch ist jedoch noch ein weiterer Unterschied bedeutsam. Grundsätzlich gilt Alarmismus aus psychologischer Perspektive als wenig vielversprechende Kommunikationsstrategie, das gilt nicht nur für den Naturschutz. Bekommen Menschen regelmäßig katastrophale Szenarien in Aussicht gestellt, ohne dass ihnen auch adäquate Handlungsmöglichkeiten angeboten werden, dann reagieren sie – völlig angemessen – mit Angst und Verdrängung, nicht mit konkreten Handlungen (Ruiter et al. 2014). Wir wissen – zumindest abstrakt – ziemlich viel über Risiken, drohende Klimafolgen, Biodiversitätsverlust, auch wenn wir dies

alles nicht direkt wahrnehmen können. Worüber wir wenig wissen, ist, mit welchen konkreten Maßnahmen wir eigentlich den Katastrophen begegnen sollen. Während es dem Naturschutz bisher wenig überzeugend gelingt, Auswege aufzuzeigen, mit denen wir als Einzelne dem Artensterben entgegentreten können und uns dabei auch als selbstwirksam erleben, verspricht der technische Umweltschutz ingenieurwissenschaftliche Lösungen als wirkungsmächtige Antwort auf katastrophale Szenarien. Hier besteht die Herausforderung eher darin, deutlich zu machen, dass technische Lösungen allein – ohne Änderung von Lebensstilen – die Klimawandelfolgen auch nicht ausbremsen werden: Der Umstieg auf die E-Mobilität wird weder die zunehmende Flächenversiegelung aufhalten, noch sind E-Autos völlig klimaneutral.

Wie ist nun die psychologische Perspektive auf die Risiken der bereits thematisierten „moralischen Fallhöhe“? Tatsächlich hat z. B. die Fridays-for-Future-Bewegung den Diskurs „moralisiert“. Ihre Alarmismus-Rhetorik verweist dabei deutlich auf die Auswirkungen des Klimawandels auf zukünftige Generationen und erweitert den normativen Rahmen mit dem Schlagwort „Klimagerechtigkeit“ über ökozentrische Werte hinaus auf anthropozentrische Wertorientierungen und soziale Dimensionen. Das Risiko einer Moralisierung liegt hier in erster Linie in der Vermittlung eines „Du sollst!“. Wenn es gelingt, den Appell eher als „Wir sollten“ zu formulieren, dann kann eine solche Kommunikation zu kollektivem Engagement motivieren. Gleichzeitig profitiert die Fridays-for-Future-Bewegung von der gelungenen Passung ihrer alarmistischen Kommunikationsstrategie und dem gewünschten Zielverhalten: Der hier kommunizierte Alarmismus zielt eben nicht auf individuelle Verhaltensänderung von Alltagsroutinen ab, sondern auf politische Aufmerksamkeit, die Unterstützung politischer Maßnahmen und auf kollektives Engagement.

Gerade die Wahrnehmung starker Bedrohungssituationen und die damit verbundene erlebte Hilflosigkeit macht kollektive Zugehörigkeiten wichtiger – das zeigen psychologische Studien, so z. B. die Untersuchung von Fritsche und Masson (2021) der Universität Leipzig. Der Fridays-for-Future-Bewegung gelingt es, genau dieses Gefühl der **kollektiven Wirksamkeit** zu vermitteln.

Parallelen zwischen Corona- und Klimakrise

Dabei zeigen sich durchaus Parallelen zur Kommunikation der Corona-Krise, denn in beiden Fällen wird das Gemeinwohl (Gesundheit, natürliche Ressourcen) im Sinne einer Allmende-Klemme in den Fokus gerückt und mit der Forderung nach kollektiven, globalen Maßnahmen verknüpft. Deshalb werden im Folgenden zunächst einige Gemeinsamkeiten der Corona- sowie der Klima-Krise aufgezeigt und anschließend versucht, deutlich zu machen, wo sich aus psychologischer Perspektive auch Chancen für den Naturschutz ergeben.

Auch wenn es plausibel erscheint, dass sich die Menschen von der Corona-Krise viel unmittelbarer betroffen fühlen als von der Klimakrise (vgl. Stöcker 2020), so weisen die motivationalen und verhaltensbezogenen Aspekte für beide Krisen durchaus Ähnlichkeiten auf.

Die Corona-Krise fordert die Unterstützung von Gesundheitsschutzmaßnahmen, die den Bürger*innen selbst und anderen Menschen nutzen, in der Klimakrise geht es um die Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen, die ebenfalls sowohl den zum Handeln (bzw. Unterstützen) aufgeforderten Bürger*innen selbst sowie anderen Menschen, zukünftigen Generationen und anderen Arten zugutekommen. Beide Krisen sind dabei durch Trade-offs zwischen unmittelbarem Nutzen für das Individuum (z. B. Ressourcenverbrauch oder das soziale Zusammensein) und teils zeitverzögertem Nutzen für das Kollektiv (z. B. die Erhaltung von Ressourcen oder die Eindämmung des Coronavirus) gekennzeichnet. Diese Trade-offs sind klare Merkmale von Gemeinwohl-Dilemmata (Ernst 1997), in denen alle dann profitieren,

wenn **alle** kooperieren: d. h. sowohl die Bewältigung der Corona-Krise als auch die Eindämmung der Klimakrise erfordern kooperatives Verhalten. Es ist anzunehmen, dass das notwendige kooperative Verhalten durch individuelle Motivationen (z. B. persönliche Wertorientierungen), kollektive Motivationen (z. B. soziale Identifikation) und strukturelle Rahmenbedingungen gefördert werden kann.

Aus einer umweltsychologischen Perspektive ist darüber hinaus das Problembewusstsein wesentlich, um altruistisches Verhalten zu aktivieren, d. h., potenziell handelnde Personen müssen zunächst realisieren, dass natürliche Ressourcen (wie z. B. die biologische Vielfalt) gefährdet sind, dass also ein Handlungsbedarf besteht (Blöbaum & Wallis 2018). Im Social Identity Model of Pro-Environmental Action (SIMPEA-Modell) von Fritsche et al. (2018) wird diese Annahme auf kollektive Krisen übertragen und postuliert, dass kollektive Handlungen zum Schutz von Umwelt und Klima (oder eben auch zur Eindämmung der Corona-Krise) durch kollektives Problembewusstsein aktiviert werden (Abb. 8).

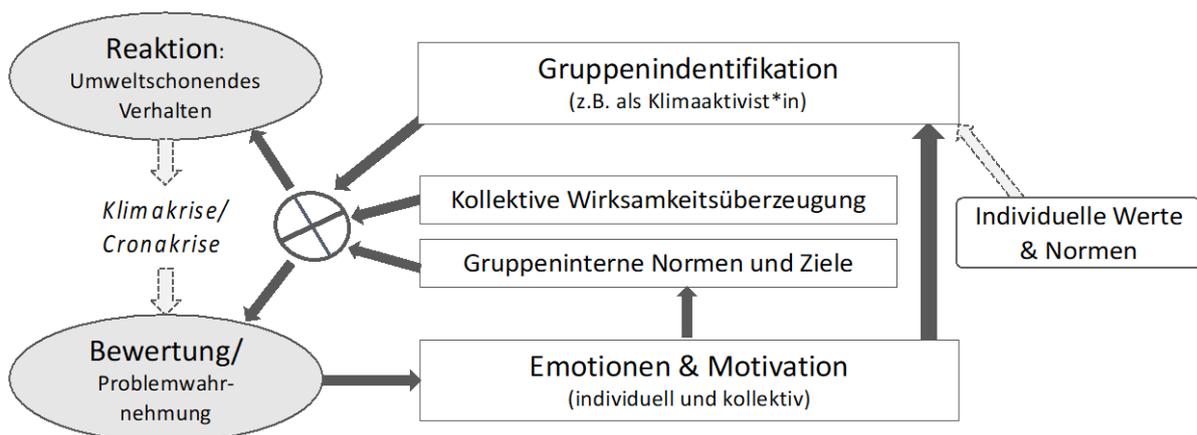


Abb. 8: Erklärung kollektiven Handelns (modifiziert und erweitert nach Fritsche et al. 2018)

Dieses kollektive Problembewusstsein kann durchaus durch alarmistische Rhetorik vermittelt worden sein. Insbesondere eine alarmistisch vermittelte, als **besonders bedrohlich** wahrgenommene Situation macht die Identifikation mit einer Gruppe „Gleichgesinnter“ wichtig und scheint dann auch eher zur aktiven Unterstützung von Maßnahmen zur Eindämmung der Krise zu führen. Analog zur Identifikation mit Umweltgruppen können sich Menschen auch in der Corona-Krise mit anderen identifizieren, die Maßnahmen zur Eindämmung der Krise unterstützen (in den Anfängen vor allem zu erkennen am konsequenten Tragen von Masken). Relevant ist dabei die Identifikation mit den geteilten Wertorientierungen und Normen (Wallis & Lo 2021; Werff, Steg & Keizer 2013).

Empfehlungen für Kommunikationsstrategien im Naturschutz

Welche Empfehlungen lassen sich aus den angeführten Betrachtungen der historischen Kommunikationsstrategien im Naturschutz und technischen Umweltschutz sowie der psychologischen Betrachtung der Klima-, der Biodiversitäts- und der Corona-Krise ableiten?

Unabhängig davon, dass uns alle sowohl die Corona-Krise als auch die Klimakrise direkt betreffen, scheinen wir uns von der Corona-Krise direkter, unmittelbarer betroffen zu fühlen. Die Integration von Gesundheitsaspekten in Kommunikationsstrategien wäre durchaus auch für die Biodiversitätskrise möglich, um so aufzuzeigen, dass die Lösung der Krisenlagen den ureigenen Interessen eines jeden Individuums entspräche. Schwieriger ist es dagegen, einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Biodiversitäts- und der Corona-Krise aufzuzei-

gen. In der bisherigen Kommunikation gelang dies nur über einen kognitiven „Umweg“ (Zoonosen wegen Vordringen des Menschen in bisher noch unberührte Natur).

Dabei **können** auch alarmistische Kommunikationsstrategien im Naturschutz funktionieren, hier sind jedoch ein paar Voraussetzungen zu beachten. So muss für die Aktivierung des Problembewusstseins der Verlust der Biodiversität so vermittelt werden, dass er an die Lebenswelt der Menschen anknüpft: Wo in der direkten Lebensumgebung sind Veränderungen erfahrbar, welche Konsequenzen hat der Verlust an Biodiversität auch für das Leben der Menschen – also nicht abstrakt für „die Menschheit“, sondern ganz konkret vor Ort?

Um die Kommunikation auf Augenhöhe zu gewährleisten, sollten moralische Dimensionen der Kommunikation immer als **gemeinsame Norm** (im Sinne eines „Wir sollten“) gerahmt werden, um gemeinsames Handeln zu aktivieren. Gleichzeitig kann hier auch Anschlussfähigkeit über **geteilte** Werte, Normen und Problemwahrnehmung signalisiert werden, um kollektive Zugehörigkeit zu ermöglichen. Anders als in der Naturschutz-Historie ist unbedingt eine auf kulturelle Distinktion setzende Argumentation – auch im Sinne eines „Du sollst!“ – zu unterlassen (Chokrai, Fritsche & Hoppe 2022).

Der vermutlich wesentlichste Aspekt bei der Nutzung alarmistischer Kommunikation ist die Vermittlung von Auswegen aus der als dramatisch kommunizierten Problemsituation. Dabei ist die Passung von alarmistisch vermittelter Botschaft und dem gewünschten Verhalten konstitutiv für die erlebte Selbstwirksamkeit: Das kommunizierte Zielverhalten kann hier nicht das individuelle Naturschutzverhalten sein, sondern vielmehr öffentliches kollektives Engagement oder die Unterstützung naturschutzpolitischer Maßnahmen.

Literatur

- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.
- Blöbaum, A. & Wallis, H. (2018): Freiwilligenarbeit im Naturschutz – Motivation und Hemmnisse. – In: Natur und Landschaft 3: 98–102.
- Chokrai, P.; Fritsche, I. & Hoppe, A. (2022): Das Ich und das Wir im Naturschutz. BfN-Skripten Nr. 620. Bonn.
- Conwentz, H. (1900): Forstbotanisches Merkbuch. Nachweis der beachtenswerthen und zu schützenden urwüchsigen Sträucher, Bäume und Bestände im Königreich Preussen. I. Westpreussen. Berlin.
- Ernst, A. (1997): Ökologisch-soziale Dilemmata: Psychologische Wirkmechanismen des Umweltverhaltens. Weinheim.
- Fischer, A. & Young, J.C. (2007): Understanding mental constructs of biodiversity: implications for biodiversity management and conservation. – In: Biological Conservation 136: 271–282.
- Fritsche, I. Barth, M.; Jugert, P.; Masson, T. & Reese, G. (2018): A social identity model of pro-environmental action (SIMPEA). – In: Psychological Review 125(2): 245–269.
- Fritsche, I. & Masson, T. (2021): Collective climate action: When do people turn into collective environmental agents? Current Opinion in Psychology 42, 114–119.
- Frohn, H.-W. (2006): Naturschutz macht Staat – Staat macht Naturschutz. – In: Frohn, H.-W. & Schmoll, F. (Hrsg.): Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906–2006. Naturschutz und Biologische Vielfalt 35. Bonn: 85–313.

- Frohn, H.-W. (2009): Das Stiefkind der Bewegung: Sozialpolitischer Naturschutz und die Bemühungen um Erholungsvorsorge 1880 bis 1969. – In: Frohn, H.-W.; Rosebrock, J. & Schmoll, F. (Hrsg.): „Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?“ Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport – gestern, heute, morgen. Naturschutz und Biologische Vielfalt 75. Bonn: 39–124.
- Frohn, H.-W. (2012): Naturkundliche Vereinigungen und Naturschutz: Pionierleistungen für den Artenschutz (1743–1990). – In: Frohn, H.-W. & Rosebrock, J. (Hrsg.): Ehrenamtliche Kartierungen für den Naturschutz. Historische Analysen, aktuelle Situation und Zukunftspotenziale. Münster: 37–84.
- Hessische Landesregierung (Hrsg.) (2001): Elisabeth Schwarzhaupt – Portrait einer streitbaren Politikerin und Christin (1901–1986). Freiburg.
- Hünemörder, K. F. (2004): Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1970). Stuttgart.
- Lindemann-Matthies, P. (2010): Wahrnehmung und Wertschätzung biologischer Vielfalt. – In: Vierteljahrsschrift der Naturforschenden Gesellschaft in Zürich 155(1/2): 13–19.
- Luhmann, N. (1990): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? 3. Aufl. Opladen.
- Maxeiner, M. & Miersch, M. (1998): Lexikon der Öko-Irrtümer. Überraschende Fakten zu Energie, Gentechnik, Gesundheit, Klima, Ozon, Wald und vielen anderen Umweltthemen. Frankfurt a. M.
- Radkau, J. (2011): Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. München.
- Rinderspacher, Jürgen P. (2020): „Beeilt euch!“ Zeitprobleme im sozial-ökologischen Transformationsprozess. München.
- Rosebrock, J. (2014): Wegbereiter der bundesdeutschen Umweltpolitik. Eine kleine Geschichte der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft. München.
- Rudorff, E. (1880): Ueber das Verhältniß des mordenen Lebens zur Natur. – In: Preussische Jahrbücher 45: 261–277.
- Schmidt, R. (1912): Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch). Essen.
- Schoenichen, W. (1929): Die Verrammelung der Natur. – In: Naturschutz 11(6): 157–165.
- Schmoll, F. (2004): Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich. Frankfurt a. M.
- Schmoll, F. (2005): Warnsignale, Alarmsysteme in der Naturschutzgeschichte. – In: Blab, J. Binot-Hafke, M.; Capt, S.; Cordillot, F.; Essl, F. et al.: Rote Listen – Barometer der Biodiversität. Entstehungsgeschichte und neuere Entwicklungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Naturschutz und Biologische Vielfalt 18. Bonn: 7–20.
- Settele, J. (2020): Die Triple Krise. Artensterben, Klimawandel, Pandemien. Warum wir dringend handeln müssen. Hamburg.
- Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) (1927): Denkschrift über die Walderhaltung im Ruhrkohlenbezirk. Essen.
- Stöcker, C. (2020): Corona- vs. Klimakrise. Zweierlei Maß. – In: Spiegel Wissenschaft; online abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/coronavirus-vs-klimakrise-zweierlei-mass-aber-warum-a-b22c0a9a-5f58-4a9d-894e-7b1fcb34d9cb> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).

- Ruiter, R. A. C.; Kessels, L. T. E.; Peters, G. Y. & Kok, G. (2014): Sixty years of fear appeal research: Current state of the evidence. – In: *International Journal of Psychology* 49(2): 63–70.
- Uekötter, F. (2015): *Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte*. Göttingen.
- Uekötter, F. & Hohensee, J. (Hrsg.) (2004): *Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*. Stuttgart.
- Wallis, H. & Loy, L. (2021): What drives Pro-Environmental Activism of Young People? A Survey Study on the Fridays for Future Movement. – In: *Journal of Environmental Psychology* 74(2): 101581.
- Werff, E. van der; Steg, L. & Keizer, K. (2013): It is a moral issue: The relationship between environmental self-identity, obligation-based intrinsic motivation and pro-environmental behaviour. – In: *Global Environmental Change* 23(5): 1258–1265. doi:10.1016/j.gloenvcha.2013.07.018.

Global denken, lokal erzählen. Akteurs- und Wertstrukturen in der Krisenkommunikation

Manuel Rivera

Anlässlich eines hyperpersonalisierten und an den Herausforderungen der Klimakrise vorbeikommunizierenden Bundestagswahlkampfes hat der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen jüngst die inadäquaten „Muster der Realitätsbeschreibung“ kritisiert, die seiner Ansicht nach nicht nur in den sozialen Medien, sondern auch im klassischen Journalismus immer noch vorherrschten. Die „radikale Gegenwartsfixierung“ und „Spektakelpolarisierung“ der dort präsentierten Geschichten, hochgepusht in „Stichflammen“ für ein entsprechend aufmerksamkeitsdefizitäres Publikum und bedient durch eine nach Medien wie Publikum dienstfertig sich streckende Politik, verhinderten, dass komplexe und langfristig evolvierende Probleme wie der Klimawandel und ihnen entsprechende Lösungsstrategien sachgerecht thematisiert würden. Was es dafür bräuchte, sei gerade kein „alarmistischer“, sondern vielmehr ein „planetarischer“ Journalismus, „ein Journalismus, der aus der Adlerperspektive Entwicklungen sortiert, der Nachhaltigkeit als Nachrichtenfaktor begreift, der globale Lösungsmöglichkeiten präsentiert“ (Pörksen 2021).

Mit diesen Bemerkungen zielt Pörksen auf eine Kernproblematik jeder adäquaten sozialökologischen Krisenkommunikation. Um diese Problematik vollständiger zu beschreiben und zu verstehen, bedarf es indes eines Hinausgehens über die bloße Rollenkritik an den Journalistinnen¹ als Akteur*innen. Zu fragen ist vielmehr auch nach ästhetisch-strukturellen Gründen der „falschen Komplexitätsreduktion“ (Pörksen 2021), also danach, warum eine sachunangemessene Zuspitzung des Erzählens nicht nur als rhetorisch effektiv erscheinen mag, sondern es tatsächlich auch ist. Diese Gründe, die immer auch solche der fundamentalen Welterschließung sind, möchte ich im ersten Abschnitt dieses Beitrags in aller gebotenen Kürze theoretisch herleiten. Es wird dabei um die Schwierigkeit gehen, unbeabsichtigte Nebenfolgen des Handelns „mitzuerzählen“, also Handlung von Intention zumindest teilweise zu entkoppeln, aber auch um die Schwierigkeit, sich erzählerisch zu Pörksens globaler „Adlerperspektive“ aufzuschwingen, was unter anderem erfordern würde, den Nutznießer des Resultats einer Handlung auf einer anderen Erzählebene zu platzieren als die Handelnde selbst. Dass klassische Umweltkommunikation sich diesen strukturellen Herausforderungen nur teilweise zu stellen brauchte bzw. sie mit konventionellen Mitteln noch einigermaßen erfolgreich bewältigen konnte, werde ich im zweiten Abschnitt versuchen, plausibel zu machen. Für die zeitgenössische Krisenkommunikation zu Klimawandel, Artensterben und Pandemie wird der Rückgriff auf jene konventionellen Mittel – nämlich das Ausblenden von Nebenfolgen und das lokalistische Kurzschließen von Akteurin und Adressat – immer problematischer, weil sachunangemessener, bleibt zur narrativen Bindung von Aufmerksamkeit jedoch unentbehrlich. Ich werde dies als ein Dilemma beschreiben, aus dem ich bisher nur unzureichende Auswege erkennen kann. Im dritten Abschnitt diskutiere ich jedoch am Beispiel vor allem des Hambacher Forstes Elemente eines erfolgreichen „glokalen“ Ineinanderblendens verschiedener Aktantenpositionen bzw. Erzählebenen, die es wert sind, weiter bedacht zu werden.

Eine zweite Kernproblematik global orientierter Krisenkommunikation betrifft nicht die Handlungsträgerinnen in Erzählungen, sondern die durch ihre Handlungsziele hindurch erzählten Werte; also nicht so sehr die Oberflächen- als vielmehr die Tiefenstruktur von Diskursen (vgl.

¹ Im Sinne einer gendergerechteren Sprache verwende ich in diesem Beitrag die weibliche und die männliche Form von Personenbezeichnungen unregelmäßig alternierend.

Viehöver 2011). Paradoxerweise sind die Probleme in der Wertstruktur aktueller planetarer Krisenerzählungen – vorweg das der Fokussierung auf Sicherheits- und des weitgehenden Verzichts auf Freiheitsmotive – vielleicht sogar eher durch bewusstes Sprechen und Schreiben, auch: durch sorgfältige Argumentationen zu bewältigen als die Probleme in ihrer Akteursstruktur. Das hat damit zu tun, dass Akteure in der erzählten Welt nicht beliebig zu „erfinden“, sondern zuerst immer auch ganz real „aufzufinden“ sind, während wir bei der Zuschreibung von Handlungsmotiven unsere eigenen Akzente wählen und sogar die Nebenfolgen des Handelns mit letzten Werten belegen und verknüpfen können. Indes scheint diese zweite Kernproblematik eines Sicherheits- und Selbstbehauptungsfetichs, der die Krisenwahrnehmung mitkonstituiert und Selbsttranszendenz immer wieder behindert, auch inhaltlich mit der eines verengten narrativen Personals auf eigentümliche Weise verwoben. Ich werde daher mit dieser Werteproblematik den Beitrag in einem vierten und letzten Abschnitt zwar aus-, sie aber bereits in den vorherigen Darlegungen immer wieder mit anklingen lassen.

Sinn durch Handeln: das Erzählen als Komplexitätsreduktion

Die Rede vom Homo narrans, vom Menschen als erzählendem Wesen, meint erst einmal etwas sehr Einfaches: nämlich dass wir fortwährend dazu neigen, bei der Weitergabe von Informationen, der Kundgabe von Meinungen und dem Ausdruck unseres inneren Befindens „ins Erzählen zu geraten“. Diese evolutionär geprägte Neigung (Siefer 2015) durchzieht bis hin zur Selbstkarikatur – „... dann sie so: ‚...‘, und ich so: ‚...‘“ zahllose unserer alltäglichen Konversationen, die als Ur- und Vorform allen weiteren, also auch des literarischen Erzählens gelten können (Tannen 2007: 40 f.). Das spiegelt sich oft bereits in der grammatischen Struktur einzelner Sätze, vor allem aber in der Struktur der meist aus wenigen Sätzen geformten Sequenzen des Sprechens, die eine Sinneinheit zum Ausdruck bringen (Barthes 1975: 253). Dem strukturalistischen Sprachwissenschaftler Algirdas Greimas zufolge werden in diesen „Mikro-Universen“ des Sprechens und Schreibens „kleine Dramen“ aufgeführt, die dann die Struktur größerer Erzählungen, zum Beispiel von Volksmärchen oder Theaterstücken, ebenfalls prägen (Greimas 1986: 173). Es lohnt für die kursorischen Analysen der folgenden Abschnitte, sich kurz vor Augen zu führen, wie die Konstellation eines solchen Dramas Greimas zufolge aussieht:

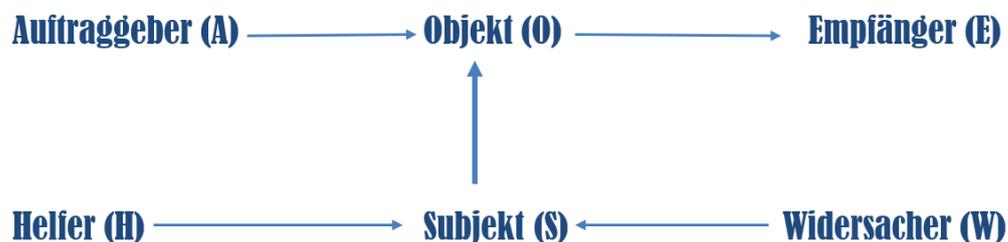


Abb. 1: Aktantenmodell nach Greimas 1966: 1802

Greimas nennt dies auch deshalb ein „mythisches“ Aktantenmodell, weil die in den Pfeilen ausgedrückten Beziehungen und Wirkungen in Märchen und Mythen oft im Sinne einer **Intention** vorgestellt werden: Merlin (**A**) **will**, dass Artur (**S**) Excalibur (**O**) findet, um damit (**wil-**

² Die Siglen in Klammern werde ich im Laufe des Textes weiterverwenden.

lentlich) den Briten (**A**) Einheit und Frieden (**O'**) zu bringen;³ Ritter der Tafelrunde (**H**) und böse Zauberinnen (**W**) **wollen** dieser Absicht beistehen oder sie vereiteln. Trotz seiner Herkunft aus einer Welt direkter sozialer Beziehungen, deren unmittelbare Projektion auf verschachtelte Vorgänge in einer komplexen und durch Naturgesetze mitstrukturierten Welt wir als „mythisches“ Denken bezeichnen,⁴ behält die Syntax des Aktantenmodells auch für das rationalisierte Sprechen und Nachdenken über die Welt ihre Gültigkeit. Statt böser Hexer können verschiedenste unbelebte Stolpersteine und „Sachzwänge“ als Widersacher auftreten, ohne dass diesen eine Intention zugeschrieben werden muss; Auftraggeber können Ideen und Paradigmen ohne Personifizierung sein, „in deren Namen“ das Subjekt gleichwohl handelt, usf.

Wichtig indes: Grundsätzlich bleibt Erzählen, sofern es den Namen verdient und man ihm „folgen“ können soll, auf Handlungen als Basiseinheit verwiesen. Handlungen aber sind von bloßen Bewegungen dadurch unterschieden, dass sie mit Intentionen verknüpft sind. Man folgt einer Erzählung, indem man Intentionen der Handelnden versteht bzw. antizipiert und vom Lauf der Ereignisse dann in diesen Vorverständnissen bestätigt oder korrigiert wird (Ricoeur 1984: 150). An der Stelle in Greimas' Modell, wo ich in Abbildung 1 den Pfeil dick markiert habe, nämlich wo das Subjekt sich auf ein Objekt bezieht, ist diese Beziehung sogar völlig zentral und unhintergebar; Greimas spricht folglich auch vom „Objekt des Begehrens“. Wie zahlreiche psycholinguistische, textexperimentelle Studien erhärtet haben, ist die Vorstellung des Wünschens und Beabsichtigens handelnder Figuren – und damit indirekt auch von Wünschens-Werten – zwar nicht die einzige, aber eine wesentliche Komponente, die mitbestimmt, wie stark wir als Zuhörende oder Lesende bereit sind, uns auf eine Geschichte einzulassen, d. h. ihr unsere Aufmerksamkeit und unser Gehör zu schenken (Tal-Or & Cohen 2016).

Öffentliche Kommunikation, die es immer mit knapper Aufmerksamkeit zu tun hat, ist somit an die Vergegenwärtigung von Akteurinnen und ihre Intentionen gebunden. Denn aus dieser Vergegenwärtigung speist sich die in Burkes (1968) Worten „dramatistische“ Kraft, die es dem Erzählen erlaubt, Aufmerksamkeit zu bündeln und überzeugend zu wirken. Dies ist angesichts der in diesem Band diskutierten Krisen, die es mit komplexen Sozio-Techno-Ökosystemen zu tun haben, in denen sich menschliche und nichtmenschliche Akteure verquicken, eine Herausforderung. Teilweise nehmen wir sie dadurch an, dass wir natürlichen oder abstrakten Entitäten *agency* zuschreiben und sagen: „Das Virus zwingt uns ...“, „Der Klimawandel erfordert ...“ usw. Die Nähe zum mythischen Weltbild, die sich in solchen sprachlichen Angleichungen von Wirkkraft an Intention zumindest andeutet, ist politisch problematisch, denn wir lenken durch sie die Aufmerksamkeit hin zu „diffusen“ Bedrohungen und weg von spezifisch menschlicher Verantwortung; vor allem aber funktioniert sie rhetorisch nur in der Position des Widersachers oder Auftraggebers. Als Subjekte, also Protagonistinnen von Erzählungen, taugen sie nicht, denn trotz allem Anthropomorphismus gebracht es ihnen an

³ Das Beispiel findet sich nicht bei Greimas, ich wähle es wegen seiner Eingängigkeit und Bekanntheit. Die Unterscheidung von Mittel (Schwert) und Zweck (Frieden), die hier mit O und O' angedeutet ist, findet sich bei Greimas nur in Ansätzen, und für die Argumentation in diesem Beitrag ist sie entbehrlich. Dass sie für die politische Kommunikation, auch in Nachhaltigkeitsbelangen, gleichwohl wesentlich ist (Rivera & Zucher 2019: 91), ist ein Grund dafür, dass die Analysen meiner Forschungsgruppe stärker mit einem anderen Modell, nämlich der „dramatistischen Pentade“ von Kenneth Burke (1968), operieren.

⁴ Daran, dass die „konstitutive Bedeutung“ von „Kategorien des Handelns ... für mythische Weltbilder“ den in diesen Weltbildern Denkenden eine ganz bestimmte „Grunderfahrung archaischer Gesellschaften“ verarbeiten bzw. symbolisch überwinden hilft, nämlich „die Erfahrung schutzlosen Ausgeliefertseins an die Kontingenzen einer nicht beherrschten Umwelt“, erinnert im Anschluss an Malinowski Jürgen Habermas (1995: 77 f.). Auf die entsprechende Wahlverwandtschaft des mythischen Handlungsmodells mit der Abwehr von Angst bzw. Orientierung an Sicherheit werde ich zurückkommen.

der identifikatorischen Kraft, die das Erzählen vom Handeln menschlicher Akteurinnen entfaltet (Rivera 2020; Rivera & Nanz 2018).⁵

Als problematisch in einem anderen Sinne, nämlich als sachlich inadäquat, erscheint aber umgekehrt auch das Festhalten am Erzählen als einer Struktur, die gesellschaftliche Vorgänge in erster Linie durch das Prisma des „Gewollten“ reflektiert. Dort, wo statt der Zweckrationalität „die Nebenfolge [...] zum Motor der Gesellschaftsgeschichte“ wird, sind Krisendynamiken ja gerade durch dasjenige entscheidend mitbestimmt, das (noch) „**nicht** gesehen und **nicht** gewollt wird“ (Beck 1996: 55; Herv. im Orig). Von daher hat Pörksen durchaus recht mit seiner eingangs referierten Kritik am journalistischen Erzählen, das als „kurze Form“ insofern in geradezu klassischer Weise an den Modellen von Greimas und Burke sich orientiert, als es die einander durchkreuzenden Nebenfolgen, die Zielkonflikte, Feedback-Loops immer zugunsten eines künstlich scharf gestellten Fokus abblendet. Dies gilt übrigens nicht nur für negative Nebenfolgen des Handelns (wie das in der Atmosphäre angereicherte Kohlendioxid, das zumindest bis in die Achtzigerjahre hinein in kaum jemandes „Absicht“ gelegen hatte, oder das Insektensterben als Nebenfolge industrieller Landwirtschaft), sondern auch für positive, wie ich im nächsten Abschnitt kurz anreißen werde.

Ein weiteres Problem des Greimas'schen Schemas in einer globalisierten Krisenlage liegt darin, dass das Subjekt und die Empfängerin seiner Leistung, d. h. des „Objekts des Begehrens“, auf einer Ebene des Erzählens liegen müssen. In puncto Zurückdrängung des Klimawandels oder einer Pandemie bedürfte es also entweder der erzählerischen Beglaubigung global tätiger Akteure und Profiteure (letztlich „der Menschheit“) oder aber stellvertretender lokaler Akteurinnen, die das Begehren, globalen Nutzen zu erzeugen, mit lokalen Empfängern glaubwürdig teilen. Beides ist voraussetzungsreich und in einer immer noch vorwiegend lokal-national orientierten Kommunikation nur schwer zu erreichen.

Erfolge und Grenzen lokaler Umwelterzählungen

Die seit spätestens Anfang der 1960er-Jahre geläufige Idee „der“ globalen menschlichen Umwelt hat sich seit den 1980er-Jahren immer mehr zugespitzt zu der eines „Erdsystems“ (Steffen et al. 2020). Als solche ist sie ein hochaggregiertes Konstrukt, das lokale Einflüsse und Auswirkungen zwar involviert, sie aber auch übersteigt. Die Interaktion einer globalen Durchschnittstemperatur, die als solche nirgendwo direkt erfahrbar ist, z. B. mit Meeresströmungen oder Niederschlagszyklen, ist etwas, ohne das ein Begriff wie „Klimawandel“ eigentlich gar nicht richtig zu verstehen ist. Ähnliches gilt für Interaktionen der Landnutzung und der Veränderung geochemischer Kreisläufe mit der biologischen Vielfalt. Unendlich viele Einzelentscheidungen, komplexe Wechselwirkungen, „Kippunkte“ und gegebenenfalls sehr aufwendige internationale Koordinationen bestimmen das Bild, wenn es darum geht zu verstehen, wo genau die Probleme liegen und vor allem – im Sinne eines beteiligenden Erzählens – welches die Lösungs-Objekte sind, die dann von welchen Subjekten erlangt werden können, und wer die Nutznießerinnen dieser Objekte wären.

⁵ Der Mississippi mag dazu „neigen“, sich in das Tal eines kleineren Nebenflusses zu ergießen, und man mag diese Neigungen bzw. Gerichtetheiten von Naturkräften meinethalben auch als ihre „Ziele“ bezeichnen, wie Bruno Latour (2017: 97) dies tut, aber über diese Ziele lässt sich nicht im selben Sinne rätseln, sie können nicht im selben Sinne verschieden interpretiert werden und sich verändern, wie dies bei menschlichen Handlungsmotiven der Fall ist. Letzteres aber ist der Garant der „followability“ (Ricoeur). Menschliches Handeln ist immer auch **Ausdruck**, der sinnhaft etwas enthüllt über das Wesen derer, die handeln; hierin besteht seine produktive Beziehung zur deutenden Sprache, die ansonsten „bloßes Gerede“ bliebe (vgl. Arendt 1989 [1960]: 167–169).

Klassische Umweltkommunikation schien es da eine Zeitlang noch einfacher zu haben. Gestalten wie Karen Silkwood und Erin Brockovich, die ihren Weg auf die große Leinwand und zu den Oscars gefunden haben, stehen exemplarisch für die Attraktivität von Whistle-Blower-**(S)**-Geschichten. Sie legen sich im Dienst an der Aufklärung und/oder der Gesundheit **(O)** von Fabrikmitarbeiterinnen oder Anwohnern **(E)** mit übermächtigen, zugunsten des Profits ihre soziale Verantwortung hintanstellenden Chemieriesen oder Energieversorgern **(W)** an. Die Rebellengeschichten lokaler bzw. auf eine ganz bestimmte lokale Umwelt bezogener Kampagnen, die es natürlich immer auch auf Medienresonanz abgesehen hatten und diese erfolgreich erlangten, weisen einen ähnlich skandalisierenden, „melodramatischen“ Zug auf (Schwarze 2006). Dabei wird deutlich, dass das handelnde Subjekt solcher Geschichten gern auch eine Organisation bzw. ins Überpersönliche verschwimmende **Gruppe** von Aktivist*innen sein kann, solange diese nur durch die gemeinsame Problemsicht und Lösungsvorschläge geeint ist (Shanahan Jones & McBeth 2011). Wichtig war für solche Erzählungen immer die Position des Widersachers, dem letztlich unmoralisches Handeln vorgeworfen wurde; in dieser Aktantenkonstellation wurden Politikerinnen dann dazu gedrängt, sich im Namen der lokal(isiert)en Gefahrenabwehr als Helferinnen auf die Seite der Aktivisten zu schlagen. Zunehmend häufiger taten sie das auch, so wie im Fall der Castor-Transporte in der Bundesrepublik bündnisgrüne Oppositionspolitikerinnen oder im Fall der Brent-Spar-Kampagne etliche europäische Umweltminister.⁶

Aber auch einen offiziöseren Typ von „Beschützergeschichten“ hatte die klassisch-moderne Umweltkommunikation zu bieten, und auch sie waren trotz aller Einbettung in große globale Debatten letztlich immer lokal zu erzählen und zu verstehen. In den Kämpfen um die Einführung der Katalysatorpflicht in der Bundesrepublik Deutschland der 1980er-Jahre etwa emergierte der Staat, besonders das Bundesinnenministerium **(S)**, für meinungsprägende Teile der Öffentlichkeit als zentraler Akteur. Im Kampf mit rückschrittlichen Teilen der Automobilbranche wie z. B. VW **(W)** und assistiert von fortschrittlichen Anbietern wie z. B. Opel **(H)** befreite dieser Akteur die vor allem städtische Bevölkerung **(E)** von schädlichen Stickoxiden – eine Handlung, die unmittelbar für Wohlstand und Gesundheit **(O)** sorgte und als exemplarisch für das aufkommende Paradigma der ökologischen Modernisierung **(A)** verstanden werden konnte (siehe o. A. 1989). In einem ähnlichen Kontext hatte sich bereits zehn Jahre zuvor die dänische Hauptstadt Kopenhagen als staatlicher, in diesem Fall kommunaler Akteur profiliert **(H)**, der im Unterschied zu am Status quo orientierten Kommunen wie Frederiksberg **(W)** vor allem dem Dänischen Radfahrerbund **(S)** bei dem Anliegen zur Seite sprang, durch eine neue Radverkehrsinfrastruktur die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen **(E)** vor Unfällen zu schützen **(O)** (Kallenbach 2021: 24).

Solche Art Erzählungen funktionieren heute immer noch – sind der Sache aber zunehmend unangemessen. Schaut man sich z. B. die Debatte der späten 2010er-Jahre um die Förderung der Elektromobilität in Deutschland an, dann war diese eben nur noch teilweise durch den Gegensatz zwischen Modernisierungsbeschleunigerinnen wie BMW und – in diesem Fall – den Stromproduzentinnen auf der einen Seite, Modernisierungsverweigerern wie VW auf

⁶ Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Fälle aus den späten 1990er-Jahren werden im Spiegel der Medien aufschlussreich beleuchtet durch Harald Berens (2001). Für beide Fälle, vor allem aber für den von Brent Spar, gilt tendenziell, dass die Zuspitzung auf ein lokales Motiv der akuten Gefahr (für Gesundheit, verstanden weniger als Wohlergehen denn als Sicherheit von Leib und Leben) einherging mit einer Erzählung des Verursacherprinzips, das eine schnelle und effektive, aber nicht notwendig grundlegende und langfristige Lösung in Aussicht stellte. Denn die Energie- und Rohstoffbedarfe als solche waren ja nicht die der industriellen Erzeuger selbst. Die Pointe, der Verursacher sei in solchen Fällen zuvörderst „der, den man greifen kann“ (Luhmann 1990: 28), ist nicht von der Hand zu weisen. Die Verkürzung der Kausalkette behindert aber die unmittelbare – wenn auch vorläufige – Vereinigung von rhetorischer und praktischer Effektivität keineswegs, sondern **ermöglicht** sie erst.

der anderen Seite geprägt. Es traten vielmehr diesmal Umwelt- und Verbraucherverbände als dritte Akteursgruppe auf, die den Blick auf das Gesamtbild der Mobilitätsdienstleistungen zu lenken versuchten (Richter & Haas 2020: 11). Obschon sie damit im Rahmen der Nationalen Plattform Elektromobilität selbst kaum erfolgreich waren, gelang es ihnen, öffentlich deutlich zu machen, dass, um einen Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz zu leisten, die simple Umrüstung der Fahrzeugflotte auf Elektroautos nicht ausreichen bzw. sogar kontraproduktiv sein würde. Wäre es nur um die städtische Luftqualität gegangen, hätte sich diese Frage nach dem zu erbringenden Gut und der Angemessenheit klarer Pro- und Contra-Positionen so nicht gestellt; der Versuch, die „Antriebswende“ als umweltpolitische Großtat zu stilisieren, wäre vermutlich erfolgreich(er) gewesen. Indem die Klimaallianz und andere den Begriff davon erweiterten, was unter einer klimakrisenfesten Innovation des Verkehrssystems überhaupt zu verstehen wäre, weckten sie bei aufmerksamen Zuhörerinnen Zweifel an der guten alten End-of-the-pipe-Strategie – vermochten sie jedoch nicht durch eine alternative Erzählung zu ersetzen.

Dabei hatten sie mit ihrer Argumentation ein weiteres Problem noch gar nicht aufgeworfen: nämlich dass selbst bei eindeutiger Klimabilanz von Elektroautos die Ausstattung des **deutschen** Marktes (oder welches nationalen Marktes auch immer) mit diesen Fahrzeugen ein stabiles Klima (**O**) noch lange nicht erbringen, sondern allenfalls im Falle einer raschen erfolgreichen **internationalen** Marktdurchdringung (**O'**) dazu „beitragen“ würde; dass hier also zahlreiche weitere Güter wie internationale Kooperation (**O''**), auch im Bereich Gebrauchtwagenexporte (**O'''**), Elektrifizierung von *least developed countries* (**O''''**) usw. usf., zu erlangen wären, damit „Klimaschutz“ wirklich stattfindet. Für solche ineinander geschachtelten globalen Objekte des Begehrens⁷ sehen sich die Protagonistinnen lokaler Modernisierungserzählungen teils zurecht nicht zuständig; in jedem Fall bilden sie Teile anderer Erzählungen oder „Dramen“ im Sinne von Greimas, die unter dem Hyper-Objekt „Klimaschutz“, nur weil dieses existiert, noch lange nicht rhetorisch zusammenzuzwängen sind. Das gilt im Grunde für alle lokalen Beiträge zur Lösung der Klimakrise: Es sind **Beiträge**, nicht mehr und nicht weniger, und genau dann, wenn man sie vor einer lokalen Öffentlichkeit zur vollständigen, in sich erfolgreich abschließbaren Geschichte stilisieren will, muss man diesen partiellen, diesen Nur-Beitrags-Charakter verleugnen.⁸

Die Alternative liegt darin, das „Objekt des Begehrens“ – und damit das Begehren, die Intention selbst – auf lokale Maße zu reduzieren. Das tun städtische Radaktivistinnen z. B. ganz bewusst, indem sie das Thema Klimakrise – als überfordernd und „zu moralisch“ stigmatisiert

⁷ Die im Übrigen weder eindeutig dem Selbstverstärkungswert der lokal-nationalen Wohlstandssicherung im Modernisierungswettbewerb zuzuordnen sind noch dem des eigenen Schutzes vor Gefahr, sondern stark in selbsttranszendierende, universalistische Werte wie internationale Gerechtigkeit und Verständigung hinüberspielen (siehe Abschnitt 4).

⁸ Diese Verleugnung betrifft retrospektiv m. E. auch wichtige Teile des deutschen Diskurses um die Erneuerbaren Energien. Die Erfolgsgeschichte besonders der Windkraft in Deutschland seit der Einführung des EEG ist klimapolitisch zweifellos eine, aber nicht primär, weil sie dem Standort Deutschland Wettbewerbsvorteile oder – auf der anderen Seite – einigen Bürgerinnen größere Unabhängigkeit von den großen Stromkonzernen verschafft hat. Vor allem aber auch deshalb nicht, weil wir in Deutschland nun einen sechsmal so großen Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung haben wie vor zwanzig Jahren. Der klima- (und entwicklungs!)politische Fortschritt liegt vielmehr in den Skaleneffekten des deutschen „Pushs“ und damit darin, dass sich die Stromgestehungskosten aus Erneuerbaren in derselben Zeit **weltweit** halbiert haben. Diese durch wirtschaftspolitische Institutionen wie die Internationale Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) flankierte Marktentwicklung ist die eigentliche Erfolgsgeschichte, die zwar für einzelne Vordenker der Energiewende wie Hermann Scheer absolut zentral war (wenn auch in sozialistischerer Form; vgl. Scheer 1995: 255–268), aber in der Intention vieler „Macherinnen“ und Erzähler der Energiewende geradezu erlischt. Es ist ein krasses Beispiel dafür, wie eine (in diesem Fall positive) globale Nebenfolge die lokale Handlungsabsicht transzendiert, die Erzählung aber immer wieder auf diese Absicht reduziert wird.

– in der politischen Kommunikation hintanstellen, ja verschweigen, und stattdessen, wie früher die Kopenhagenerinnen und als wäre die Weltlage noch dieselbe, die unmittelbare Verkehrssicherheit (**O**) in den Mittelpunkt stellen (Becker, Bögel & Upham 2021: 6). Autofahrer als Antagonisten werden dabei, wie ebenfalls früher in Kopenhagen (Kallenbach 2021: 25), **nicht** konstruiert, wenngleich Radfahrerinnen (**S + E**) als potenzielle und reale Unfallopfer ein großes Thema sind. Trotz dieser partiellen Abkehr vom „Melodrama“ zeigen diese Verkleinerung des Erzählradius und die Konstruktion einer Ingroup, die sich ermächtigt, um für die eigene Sicherheit bzw. die ihrer Kinder zu sorgen, ein Festhalten an Mustern klassischer Umweltkommunikation an. Wie der Volksentscheid Fahrrad und seine Folgen zeigen, sind diese Erzählungen weiterhin erfolgreich, und dem Klima ist damit de facto sicher ebenfalls (ein wenig) gedient. Gibt es also ein Problem? In der Tat. Denn selbst wenn das Einführen klimafreundlicherer Politiken gewissermaßen **ohne Klimaerzählung** zu kurzfristigen Erfolgen führt, wird dadurch langfristig ein lokalistisches Bild der Dinge perpetuiert, das die Klimakrise eher abzublenden als anzunehmen hilft.

Verwurzelte Adlerperspektive: der Hambacher Forst

Es zu **vermeiden**, auf lokaler Ebene von planetarer Vorsorge zu erzählen, sich also die planetaren Krisen auf ein lokal „händelbares“ Maß zurechtzustutzen, indem man sie abblendet bzw. verfälscht, ist freilich nur eine, die vielleicht unschönste Variante aktueller Krisenerzählungen. Andere versuchen, das Planetare und das Lokale zu **kombinieren**. Dann stehen Akteurinnen im Mittelpunkt, die ihre Intention auf zwei Ebenen gleichzeitig richten: auf das letztlich universale Gemeinwohl **und** auf ein partikulares Gut. Der Beispiele dafür sind so viele, dass ich nur zwei herausgreife: ein problematisches, das ich beim Schreiben dieses Artikels gewissermaßen aus dem Augenwinkel mitnehme, und ein vielleicht wegweisendes, das zu den Gründungsakten der neueren Klimabewegung in Deutschland gehört.

Da tritt in einer Sendung im Privatfernsehen im September 2021, wo ein Kanzlerkandidat sich mit Fragen ausgewählter Zuschauerinnen auseinanderzusetzen hat, ein Mann auf, der beklagt, dass durch die Weigerung des Kandidaten, den Kohleausstieg auf 2030 vorzuziehen, er in den nächsten Jahren, wie viele bereits vor ihm, seinen Lausitzer Hof an den Bergbau verlieren werde, obwohl die fortgesetzte Kohleförderung doch mit dem Erreichen der Klimaziele ohnehin nicht mehr vereinbar sei. Dem Kanzlerkandidaten wird in dieser Erzählung die Rollenwahl zwischen dem Beharren auf 2038 (**W**) und dem Einlenken bzw. der Einsicht (**H**) gelassen. Das Wichtige liegt jedoch in der doppelten Optik auf zwei verschiedene Güter: Die altvertraute Erzählung vom Erhalt bzw. der Verteidigung der lokalen Heimat (**O**) spielt stark auf Traditionswerte an und sichert dem Sich-Wehrenden (**S+E**) eine klare mythische David-gegen-Goliath-Sympathie. Dann wird sie überblendet mit der Erzählung vom generellen Verzicht auf die Kohle (**O'**), der zum Vermeiden weiterer deutscher und globaler Klimaopfer (**E'**) notwendig sei; ein Zusammenhang, der gerade im Moment des Aussprechens durch allerneueste wissenschaftliche Studien noch einmal erhärtet worden ist (Welsby et al. 2021). Das Problematische an dieser Überblendung ist ihre Künstlichkeit: Um auf die Pariser Ziele abzielen, muss der Mann auf eine Ebene gehen – und tut dies in der Diskussion mit dem Politiker auch – wo der Fortbestand seines Hofes eigentlich völlig nebensächlich erscheint (vom sich aufdrängenden Einwand, dass Windkraftanlagen, die im Raum stehende Alternative zur Kohleverstromung, ebenfalls mit lokalen Ansprüchen an Haus und Hof in Konflikt geraten können, einmal abgesehen). Als jemand, der auch am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung gearbeitet hat, kann er zwar für zwei Objekte und zwei Empfänger glaubwürdig eintreten – aber nicht im selben Atemzug, d. h. nicht in **einer** (homogenen) Erzählung. Dieser Typus der losen Verklammerung zwischen verschiedenen Erzählebenen

mag für eine komplexe literarische Konstruktion, die bereits die Aufmerksamkeit ihrer Leserinnen hat, tauglich sein; im politischen Alltag wirkt er absichtsvoll verrutscht.

Ein der Anlage nach ähnliches, aber viel größeres und in seinem Gelingen geradezu faszinierendes Beispiel für „glokales“ Agieren und Erzählen bieten die mittlerweile historischen Proteste gegen die Rodung des Hambacher Forstes. Die klassisch melodramatische Eskalation mit Besetzung, Räumung und Rodungsstopp 2018/19 hätte ihre enorme öffentliche Wechselwirkung mit der Dynamik der Kohlekommission so nicht entfalten können, wenn die Naturschutz- und Heimatmotivik sich hier nicht auf ungewöhnliche Weise mit jener der globalen Klimakrise verbunden bzw. dieser eine lokale Verankerung ermöglicht hätte. Die eindeutig energie- bzw. klimapolitische Zielsetzung der Aktivistinnen allein hätte vermutlich nicht hingereicht, die langjährige Bindung an ein kapitalismuskritisches, anarchistisches Milieu zu übersteigen (Kaufer & Lein 2018) und weite Teile der lokalen und medialen Öffentlichkeit an einer Erzählung zu interessieren, in der zwar nicht die Abschaffung des Kapitalismus, wohl aber die eines fossilen Energiesystems als Forderung sich quasi-organisch mit der nach dem Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen verband. Elemente wie die sogenannten Waldspaziergänge, in denen sich die „Menschen aus dem Wald“ (**S**) im Dialog mit Bürgerinnen (**H**) eben nicht als „Chaoten“, sondern als „authentische Idealisten“ profilieren konnten (Kaiser 2020: 62), trugen sicher das ihrige dazu bei, dass die Unvernunft bzw. das Unrecht in dieser Erzählung immer stärker aufseiten der Polizei bzw. der nordrhein-westfälischen Landesregierung (**W**), letztlich aber auch auf Seiten aller am fossilen Status quo festhaltenden politischen Kräfte (**W'**) verortet werden konnte. Dass die doppelte, glokale Optik dieser Erzählung als nahtlos integriert erscheint, hat sicher mit mehreren Faktoren zu tun. Einmal damit, dass die Intention, das „Begehren“, das die Protagonisten mit dem lokalen, zärtlich als „Hambi“ (**O**) titulierten lokalen Objekt des Handelns verknüpften, genauso wie das Interesse am globalen Klimaschutz (**O'**) als durchweg **uneigennützig** präsentiert werden konnte. Die Aktivistinnen mussten sich also nicht, wie der Mann im vorigen Beispiel, in zwei Rollen aus verschiedenen Genres aufspalten. Die Verklammerung des doppelten Handlungsziels wurde hier durch Handelnde und Handlung gewissermaßen von außen gestützt. Aber auch auf der anderen Seite des Greimas'schen Schemas (Abb. 1) durften die Empfängerinnen durchweg als konkrete Menschen verstanden werden, also nicht als abstrakte Menschheit nur (**E'**), der ein stabiles Klima vielleicht erst morgen und vielleicht vor allem anderswo zugutekommt, sondern auch als konkret lokalisierte Menschen (**E**), die mit der Natur vor Ort in einem symbiotischen und affektiven Zusammenhang stehen.

Zum Hambacher Forst wäre noch mehr zu sagen, auch weil es sicherlich weitere Faktoren gibt – wie die diskursive Atmosphäre des Dürresommer- und Fridays-for-Future-Jahres 2018, aber auch die metaphorische Aufladung des Waldmotivs gerade in der deutschen Kultur –, die nicht zur Erzählstruktur selbst gehören, den Erfolg der Mobilisierung aber mit beeinflusst haben dürften. Drei Hypothesen zum entsprechenden Erzählmodell möchte ich indes stichpunktartig noch festhalten:

1. Abgesehen vom doppelten, glokalen Objekt des Begehrens, das in der Erzählung vom Hambacher Forst quasi „aus einem Guss“ präsentiert werden konnte, erschienen auch die Aktivisten im Kontext der just zu dieser Zeit in Deutschland **und weltweit** ihren Aufschwung nehmenden Klimagerechtigkeitsbewegung keineswegs mehr als bloß lokal-nationale, sondern eben auch als glokale Akteure. Diese Eigenschaft teilen sie mit Protagonistinnen erfolgreicher Erzählungen der Vergangenheit, wie der internationalen Arbeiterbewegung.
2. Die Verbindung von Natur- und Klimaschutz an dieser Stelle war äußerst zugkräftig; gleichwohl ist eher unwahrscheinlich, dass der Hambacher Forst einen Beitrag zur Kom-

munikation oder gar zum Verständnis der Artenkrise geleistet hat. Die lokale **Beschreibung** des Natürlichen und seiner Bedrohtheit ist hier als bloßes Hilfsmittel zur national-globalen **Erzählung** von der Klimakrise und einem notwendigen Umbau des Energiesystems aufzufassen.⁹

3. Die aktivistische Kommunikation zum Hambacher Forst war zwar auch auf die Stabilität des Klimas und dessen „Schutz“ hin orientiert, aber keineswegs ausschließlich und vielleicht nicht einmal vorrangig. Erfolgreich angeeignet wurden auch Motive der Innovation (Kohle ist von vorgestern), der Tradition (Altwald, Heimat), der Gerechtigkeit (im Sinne der Unvernunft und Illegitimität der Rodung) sowie der aktiven Fürsorge, die in Naturschützererzählungen immer auch mitgeschwungen hat.

Sofern der Hambacher Forst als ein Modell zu betrachten ist, aus dem sich Empfehlungen für eine synergetischere Krisenkommunikation ableiten lassen, dann steckt in [1] sicher ein Hinweis, wo man suchen muss, um nur-lokale, das Problemverständnis einschränkende Erzählstrategien zu überwinden. Globale Bewegungen als Akteure kann man freilich nicht kommunikativ bloß „erfinden“, man muss sie zugleich auf der Basis gemeinsamer Interessen auch organisieren. Und [2] stimmt zwar optimistisch, gerade auch was die naturbasierten Lösungen im Bereich **Klimawandelanpassung** mit ihren Synergien zwischen verschiedenen lokalen Gütern wie Gesundheit und Sicherheit, aber auch Schönheit, Lebensqualität, Tradition usf. angeht (vgl. Naumann et al. 2014). Dass aber, sobald **Interessenkonflikte** zwischen global-ökomodernistisch aufladbaren Klimastrategien und lokal verankerten Naturschutzbedürfnissen auftreten, die Letzteren erzählerisch meist den Kürzeren ziehen, ist ebenfalls eine Erfahrung, die nicht wegzudiskutieren ist. Die Unmittelbarkeit, die dem Heldentum von Naturschützerinnen zu eigen ist, ist oft mit einem Lokalismus der Anschauung erkaufte, demgegenüber es nicht gelingt, einen **globalen Artenschutz** bzw. die Stabilisierung der entsprechenden Krise zum Objekt des Erzählens zu machen.¹⁰ Die Empfehlung des Bundesamts für Naturschutz, Natur- und Klimaschutz „konsequenter **zusammen** zu denken und zu kommunizieren“ (BMU & BfN 2020: 8, Herv. M. R.), wird daher nur so lange und so weit tragen, wie dieses „Zusammen“ ein Nacheinander ist, d. h., so lange das Klimathema die erste Geige spielt oder die Synergien, wie bei der Klimawandelanpassung, augenfällig sind. In Konfliktfällen dürfte sie erzählerisch kaum weiterhelfen.¹¹

Mehr als nur Angstvermeidung? Wertbezüge in Krisenerzählungen

Ich habe es oben bereits angesprochen: Im Hambacher Forst wurde „Klimaschutz“ nicht nur, ja nicht einmal primär so artikuliert, dass im Sinne des „I want you to panic“ Fragen nach dem

⁹ Zum Verhältnis von Erzählen und Beschreiben vgl. Genette (1976: 5–8), der Beschreibungen bzw. bildliche Evokationen als einen sehr wichtigen, gleichwohl untergeordneten Grenzaspekt des Erzählens versteht.

¹⁰ Das wird auch daran ersichtlich, dass wir bei den Protagonisten von Biodiversitätserzählungen zuerst an „Naturschützerinnen“ denken – und nicht etwa an Ökobauern, flächensparende Stadtplanerinnen oder gar GAP-Reformerinnen in Brüssel. Die Kämpfe der Letztgenannten darum, die Treiber des Artensterbens – namentlich Flächenverbrauch und industrielle Landwirtschaft – in den Griff zu bekommen, wären das eigentliche Substrat wirklicher „Biodiversitätserzählungen“. Das Gut, das sie jeweils erbringen, ist jedoch oftmals nicht als gerettete Art o. ä. unmittelbar zu präsentieren.

¹¹ Man denke beispielsweise an die immer weiter schwelenden grün-grünen Konflikte rund um die Tesla-Fabrik in Grünheide. Die Güterabwägung zwischen Zauneidechsen und Elektroautos wurde und wird von den meisten politischen Debattenteilnehmern als solche überhaupt anerkannt. Die konzeptionell stichhaltige Bemerkung der NABU-Geschäftsführerin in Brandenburg, es gehe „darum, deutlich zu machen, dass die globale Klima- und Artenkrise gleichwertig sind“, bleibt ohne jede Resonanz; die systemische Bedeutung der Biodiversität für die Existenz der Menschen wird nicht weiter thematisiert. Stattdessen spricht selbst der Rechtsanwalt der Naturschutzverbände davon, dass „die Tiere es den Planern nicht einfach machen“, und tappt damit in eine völlig falsche Aktantenkonstellation (Kersting & Neuerer 2020).

Überleben der Menschheit oder von potenziellen lokalen Hitze- oder Überschwemmungsopfern im Mittelpunkt standen. Gleiches gilt für die Gesundheitsgefährdung als schwächer dosierte Form der Bedrohung von Leib und Leben, wie sie etwa bei lokalen Verschmutzungen durch Abgase immer wieder ihre Rolle gespielt hatte, und wie sie im Klimadiskurs in Form von zunehmenden Tropennächten u. ä. auftaucht. Stattdessen waren die Motive der Handelnden solche, die sich mit einem „Schutz“, der dann für Sicherheit sorgt, nur sehr bedingt, dafür aber mit anderen Werten (s. o.) umso eher in Einklang bringen ließen.

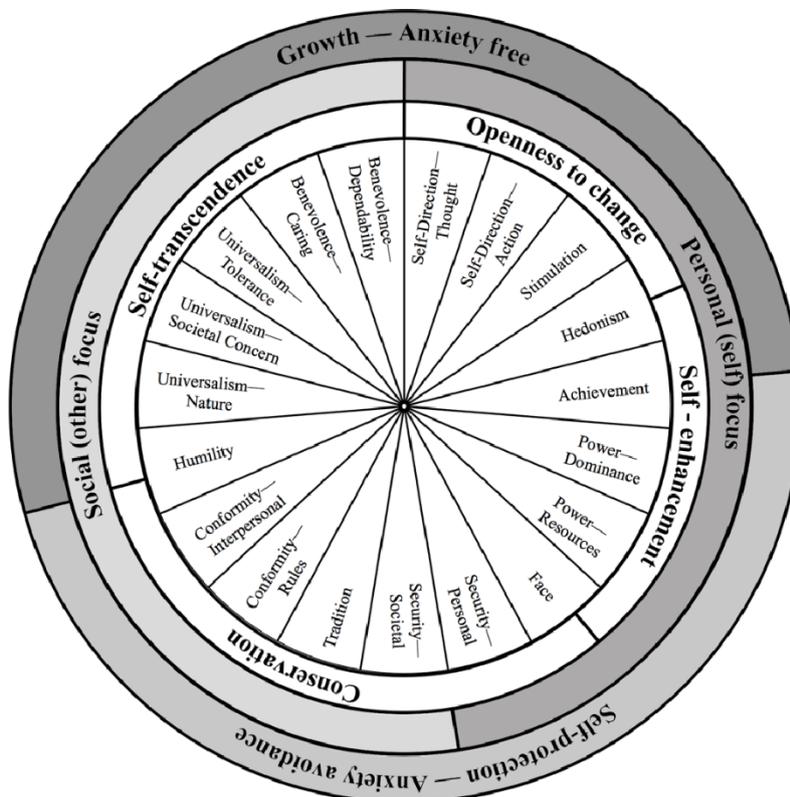


Abb. 2: Systematik menschlicher Grundwerte nach Shalom S. H. Schwartz (2017)

Das Reden von Werten, zumal „geteilten“ oder gar „absoluten“, bleibt oft vage und inhaltsleer. Dann kommt einem das böse Luhmann'sche Wort in den Sinn, die Werte gleichen „Ballons, deren Hüllen man aufbewahrt, um sie bei Gelegenheit aufzublasen, besonders bei Festlichkeiten“ (Luhmann 1998). Wenn man aber „Gelegenheiten“ als konkrete Situationen versteht, in denen sich das Handeln der Menschen an Zielen orientiert; wenn man erkennt, dass hinter diesen Zielen Bedürfnisse stehen, die sich im Sinne von Grundbedürfnissen (Reiss 2004) situationsübergreifend zu Gruppen zusammenfassen lassen; und wenn man dann anerkennt, dass Menschen (kulturell mitgeprägt) in ihrem Selbstbild (ob zu Recht oder Unrecht) verschiedene Bedürfnisse als unterschiedlich wichtig einschätzen bzw. „bewerten“ – dann ist man bei einem relativ klaren deskriptiven Konzept menschlicher Grundwerte. Werte implizieren dann kein bloßes rhetorisches „Aufblasen“ oder Behaupten, aber eben auch keine direkte Handlungsorientierung, sondern erscheinen als vermittelter, nicht beliebig manipulierbarer Ausdruck des Wünschenswerten. Als solches wird das Konzept seit 30 Jahren theoretisch weiterentwickelt und empirisch erforscht (Schwartz 1994). Handlungsziele (O) in Erzählungen lassen sich dieser Logik zufolge immer auf Grundwerte mit abbilden. In meiner Forschungsgruppe am Potsdamer Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) haben wir eine entsprechende induktive Analyse von Wertstrukturen in verschiedenen Narrativen verschiedentlich vorgenommen und publiziert, allerdings nicht für „die“ Klima- oder

gar die Biodiversitätsdebatte im Allgemeinen oder Besonderen, sodass das meiste, was ich im Folgenden darlege, den Status von Hypothesen hat.

Interkulturell vergleichbare Grundwerte gibt es nicht beliebig viele, sondern nur in einer endlichen Menge. Nach aktuellem Stand der Schwartz'schen Forschungen sind es neunzehn, die sich vier großen Bereichen zuordnen lassen: Selbstverstärkung vs. Selbsttranszendenz sowie Interesse an Bewahrung vs. Offenheit für Veränderung (vgl. Abb. 2). Der Klimadiskurs als Kind einer globalisierten Risikogesellschaft liegt – was sich mit zunehmender Dringlichkeit der akuten Auswirkungen des Klimawandels noch verstärken dürfte – mit seinen Desiderata im Trend der „Versicherheitlichung“ (Seefried 2018); entsprechende Erzählungen verorten sich klar im Spektrum der persönlichen bzw. sozialen Sicherheit und damit in dem der Bewahrung. Das galt, wie ich bereits gezeigt habe, auch für wichtige Erzählungen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes der 1970er- und 1980er-Jahre; ökologische Kommunikation stellt seit jeher „unverdeckt“ auf Angst ab (Luhmann 1990: 241 f.) und erzählt Geschichten von jenen, die uns, z. B. durch Innovationen oder Blockaden, die Angst vor Umweltrisiken zu nehmen versprechen. Dass dabei – Stichwort Innovation – auch andere Grundwerte akzidentell ins Spiel kommen können, die eher auf Bereicherung bzw. Wachstum denn auf Angstreduktion abzielen, versteht sich. Noch wichtiger freilich ist, dass Umwelt- und Gesundheitsschutz nicht die einzige historische Wurzel einer modernen Idee von „Nachhaltiger Entwicklung“ bilden, die dann u. a. auch für Klimastabilität sorgt, sondern dass zu diesen Wurzeln außer dem mit Traditions- **und** Stimulationswerten aufgeladenen Natur- und Landschaftsschutz vor allem auch die Idee der Nord-Süd-Gerechtigkeit sowie die Idee der universellen, gerade auch sozialen Menschenrechte treten (Brand 2021: 190–193).

Schutz, Bewahrung und Sicherheit nun meinen zuvörderst die Sicherheit der je eigenen Person, eigenen Gesellschaft, eigenen Gruppe. Indem man Schutz **für andere** will, transzendiert man bereits den entsprechenden Wertebereich und gelangt zu universalistischen Gerechtigkeitswerten. In einem gewissen Sinne ist hierzu, wie bei Schwartz zu sehen, auch die Sorge um „die Natur“ zu zählen, aber nur dann, wenn sie nicht instrumentell als Beitrag zur je eigenen Stabilität (oder zum eigenen Wohlstand etc.) verstanden wird. Das Konzept der „Klimagerechtigkeit“ zeigt zwar konzeptionell immer wieder die Tendenz, auf das Motiv des (Klima-)„Schutzes“ zurückzufallen, seinen Kern aber bilden Verteilungs- und Anerkennungsverhältnisse zwischen zeitlich und räumlich getrennten, unterschiedlich privilegierten Menschen (Shue 2016). Gegebenenfalls gesellt sich hierzu auch noch ein Motiv der *interspecies solidarity* und damit ein starker Nexus zwischen Klima- und Artenkrise, der öffentlichkeitswirksam, aber eigentlich nur von Extinction Rebellion narrativ artikuliert wird (Melchior & Rivera, i. E.). Ich kann an dieser Stelle aus Platzgründen nicht ausführlich nachweisen, was bereits dem bloßen Auge offenkundig ist: dass nämlich in öffentlichen politischen Erzählungen, deren Autoren eine lokale oder nationale Hörerschaft adressieren wollen, nur selten solche Menschen oder Entitäten als Nutznießer (**E**) versprochener oder propagierter Handlungen und Entscheidungen figurieren, die nicht „wir“ sind. Im Bereich der Außenpolitik werden solche Positionen zwar besetzt und strategisch mit „unseren“ Interessen verquickt oder kontrastiert (was ihnen eine gewisse, wenn auch im Alltag nicht übermäßige Aufmerksamkeit sichert), und in der Entwicklungszusammenarbeit prägen sie einen Großteil des Erzählens (was diesen Politikbereich, gemessen an anderen, zur Randständigkeit verdammt). Überall sonst – und das meint auch die Kommunikation von Klima-, Arten- oder Corona-Krise – werden jedoch lokale Auswirkungen und Adressaten konsequent gegenüber translokalen privilegiert. Alles Globale wird aufs Lokal-Nationale zurechtgestutzt.

Dieses Problem, das bereits das der vorigen Abschnitte war, ist nicht per se identisch mit der völligen Abwesenheit universalistischer Werte. **Jede** Gerechtigkeitsdiskussion (bei den in diesem Band infrage stehenden Themen etwa um Kinder, die nicht in die Schule gehen kön-

nen, vs. ältere infektionsschutzbedürftige Menschen, um Arbeitsplätze im Kohletagebau vs. potenzielle Flutopfer, etc.) ist immer auch eine, die zwischen „uns“ und „andere“ Unterscheidungen trifft und gegebenenfalls auch für die Ansprüche der anderen eine Anwältin konstruiert. Gerechtigkeit als Wert gehört zum täglichen Brot politischen Erzählens, auch in Umwelt- und Gesundheitsbelangen – **globale** Gerechtigkeit jedoch nicht. Damit werden die eigentlichen Dimensionen der Krisen wiederum verfehlt – nicht nur die der *interspecies solidarity* im Bereich der Biodiversität, sondern auch die der überdurchschnittlichen Vulnerabilität großer Teile des Globalen Südens in der Klimakrise z. B. oder die Problematik des Impfnationalismus reicherer Staaten in der Pandemie. Nur als funktional die je **eigenen** Interessen wiederum berührende Motive, vermittelt z. B. wiederum über Sicherheitswerte, haben diese Themen eine Chance auf gewisse Aufmerksamkeit: Klimaopfer werden potenziell zu Klimaflüchtlingen, die dann an **unsere** Türen klopfen; wenn die Bevölkerungen Asiens und Lateinamerikas nicht ausreichend geimpft werden, mutiert das Virus weiter und erzeugt bei **uns** Impfdurchbrüche, usw.¹² Aber diese bereits komplexeren Erzählungen, bei der die Intention die Nebenfolge mit einbegreifen muss, verlieren den Kampf um Aufmerksamkeit in der Regel gegen die unmittelbar lokalen Gerechtigkeitsgüter: Wer hilft armen Pendlerinnen bei steigendem CO₂-Preis? Wer kümmert sich um eine bessere Personalausstattung deutscher Krankenhäuser? Etc.

Das analytische Abschreiten des Kreises der Werte in der Krisenkommunikation wäre einen eigenen Beitrag wert (siehe auch Rivera 2021). Immer wieder wird man dabei auf das Überwiegen von Bewahrungswerten stoßen. Das narrative Zurechtstutzen globaler Krisenphänomene auf das lokale Maß unmittelbar erbringbarer Nutzobjekte, wie wir es in der Reduktion von Klimaschutz auf lokale Klimabeiträge, von Biodiversitätspolitik auf lokale Naturschutzfolge oder von Pandemiebekämpfung auf Epidemie-Eindämmung erleben, verdankt seinen Erfolg nicht nur pragmatisch-rhetorischer Einfachheit, sondern auch den „mythischen“ Wurzeln des Erzählens unmittelbarer Gefahrenabwehr, gerade gegenüber Naturphänomenen (s. o., Anm. 4). Es gibt eine anthropologische Wahlverwandtschaft zwischen Motiven der Bewahrung und Stabilität und dem Format Erzählung an sich, wo Dinge „wieder ins Lot“ gebracht werden.¹³ Alle Erzählungen tendieren, so könnte man es zuspitzen, letztlich zu Krisenerzählungen mit klaren Endpunkten, wo alles dann „wieder gut“ ist. Diese stabilitätsaffine Erzählstruktur ist indes weder im Bereich der Erzähltheorie total (das sieht man auch daran, dass umgekehrt ohne Störung der Stabilität gar kein Erzählen möglich wäre), noch ist es ratsam, sich diesen Motiven, deren Priorisierung politische Neigungen zu „Law and Order“, vor allem nationalistische Präferenzen, begünstigt (Schwartz, Caprara, & Vecchione 2010: 428–430), allzu hemmungslos anzuvertrauen. Es empfiehlt sich vielmehr, Handlungsziele zu betonen, die anderen Bereichen im Wertespektrum entsprechen.

Damit ist nicht so sehr der Selbstverstärkungsbereich gemeint, der in sozialökologischen Krisen schon relativ häufig angesprochen wird, z. B. durch das Reden vom „Kampf“ gegen Sars-CoV-2 oder durch immer erneutes Anschließen an Wettbewerbsdiskurse (Wettrennen um den Impfstoff, Wettbewerb um neue Verkehrsantriebe etc.), denn auch dieser Bereich gravitiert zum Konservativen und Lokal-Nationalistischen hin. Die in Nachhaltigkeitskreisen be-

¹² Auch andere Bezüge im selbstbezüglichen Bereich des Wertespektrums (vgl. Abb. 2) sind denk- und auffindbar, wie z. B. die den Hedonismus affizierende Befürchtung, aufgrund von Wetterextremen oder steigenden Infektionszahlen bestimmte Urlaubsziele nicht mehr anpeilen zu können.

¹³ Diese Wahlverwandtschaft schält Michael Neumann (2013) heraus, wenn er verschiedenen Genres der Überlieferung prototypische Handlungsziele wie Ordnung, Heilung oder „die Entschärfung des Beunruhigenden“ zuweist. Allerdings zeigt gerade Neumann, dass z. B. „Heilung“ auch in transzendierendes „Heil“ hinüberspielen kann, oder bloße Abwehr in selbstverstärkenden „Sieg“. Die Erzählmuster erschöpfen sich also nicht in Angstreduktion.

liebten Konzepte der Lebensqualität und eines „anderen Wohlstands“ nehmen eine Zwischenstellung ein, denn sie führen zumindest theoretisch vom Selbstverstärkungsbereich in den der Offenheit für Veränderung hinein (siehe Abb. 2). Ihre Verwendung in Erzählungen wirft aber schwierige Fragen auf, die im Einzelfall nicht ex ante, sondern nur empirisch zu beantworten sind: Kann die Idee von mehr urbaner Lebensqualität durch Grün- statt Parkflächen wirklich narrativ etabliert werden, solange die entsprechenden leiblichen Erfahrungen – auch in sich aufheizenden Metropolen – nur teilweise gemacht wurden und solange Autonomie (durchs Auto) in bestimmten Milieus ein Statussymbol bleibt? Kann ein weitreichender präventiver Begriff von „planetarer“ Gesundheit einem kurativen oder zumindest stark pharmazeutisch orientierten Gesundheitsfokus den Rang ablaufen, der ja gerade seit der Pandemie durch die sagenhaft schnelle Impfstoffentwicklung neue Triumphe feiert? Gesundheitsmotive verweisen zwar auf solche der personalen Sicherheit von Leib und Leben, sind interkulturell jedoch nicht darauf festzulegen (Schwartz et al. 2012). Ihre Kopplung mit prozeduralen Gerechtigkeits- und Emanzipationsmotiven, also Freiheitsmotiven, könnte eine kommunikative Chance bieten (Paula et al. 2021); Voraussetzung dafür wäre aber, dass die Handlungsträgerinnen in den entsprechenden Erzählungen – Paula und Kolleginnen haben hier tatsächlich vor allem international organisierte Frauen im Auge – durch ihr Empowerment dann auch wirklich Vorsorge- und Gesundheitsgüter erbringen können, die unmittelbar einleuchten und somit im Kampf um Aufmerksamkeit bestehen.

Mit dem Begriff Emanzipation wurde schließlich, zum ersten Mal in diesem Beitrag und fast ganz zum Schluss, ein Freiheitsmotiv mit angesprochen. Dies ist kein Zufall. Im öffentlichen Klimadiskurs ist von der Freiheit **von** etwas genauso selten die Rede wie von der Freiheit **zu** etwas. In der Pandemiebekämpfung ist das noch offensichtlicher. In der Zwangssituation der Reise- und Ausgangsbeschränkungen in Deutschland hat weniger als ein Zehntel der Menschen die Befreiung **von** unnützem Plunder und überflüssigen Terminen als Positiverfahrung registriert (Beyerl et al. 2021: 8), womit dieser Typus Erzählungen nur schwer aus dem Privaten ins Öffentliche gelangen dürfte. Die durchaus einleuchtende Denkfigur hingegen, wir müssten uns jetzt beschränken, um später die Freiheit **zum** Reisen etc. wiederzuerlangen bzw. um diese erhalten zu helfen, hat in der Corona-Krise immerhin eine gewisse Weile, wenn auch keineswegs unangefochten, funktioniert; im nationalen Klimadiskurs ist sie, trotz neuer Sichtbarkeit durch die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts in seiner Urteilsbegründung vom April 2021, immer noch randständig. In der Kommunikation um Biodiversität wiederum verbleibt das Erahnen von „Eruptionen unvorhergesehener Lebenslinien und [...] nicht vorherbestimmten, unfertigen, andauernden Praktiken für das Leben in Ruinen“ (Haraway 2018: 56) im Zwielficht des Esoterischen. Die mit solchen Lyrismen gemeinte Anpassung an sich wandelnde Ökosysteme und neuartige menschliche Symbiosen mit anderen Arten sind ein Thema für Aussteigerinnen, Künstler und unorthodoxe Wissenschaftler; in die öffentliche Kommunikation aber werden solche Gedanken ihren Weg, zumindest in absehbarer Zeit, kaum finden.

Indes kann Freiheit ja nicht nur Freiheit der Tat, sondern auch des Gedankens bedeuten. Der Vorschlag Christian Drostens an die Bevölkerung, sich von der „Freude an der Erkenntnis“ antreiben zu lassen, und zwar natürlich zu „verantwortungsvollem Handeln“ (Drosten 2020), mochte inmitten der akuten epidemischen Bedrängnis vielleicht absurd anmuten. Wissenschaftler als öffentlich handelnde Figuren jedoch sind in der Pandemie stärker ins Bewusstsein gerückt und erzeugen dabei, wie ich zusammen mit Kolleginnen in einer neueren, bisher noch unveröffentlichten Umfrage herausgefunden habe (vgl. der Ausblick in Beyerl et al. 2021), im Vergleich zu anderen öffentlich in Erscheinung tretenden Gruppierungen das höchste Gefühl einer „Verbundenheit“ in der Bevölkerung, noch mehr als Menschenrechtsaktivistinnen zum Beispiel. Dies qualifiziert sie möglicherweise zu Subjekten neuartiger sozi-

alökologischer Krisenerzählungen. Als lokal in Zweifel und Widersprüche, aber auch in Zielkonflikte verstrickte Individuen, die jedoch qua Abstraktion die „Adlerperspektive“ auf die globale Lage immer auch mitliefern, könnten Wissenschaftlerinnen zu Protagonistinnen taugen, von denen wir, indem wir ihnen als Personen „folgen“, zum Mitdenken und Mithandeln in der Krise animiert werden.

Literatur

- Arendt, H. (1989 [1960]): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München.
- Barthes, R. (1975): *An Introduction to the Structural Analysis of Narrative*. – In: *New Literary History* 6(2): 237–272. doi:10.2307/468419.
- Beck, U. (1996): *Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne*. – In: Beck, U.; Giddens, A. & Lash, S. (Hrsg.): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt a. M.: 19–112.
- Becker, S.; Bögel, P. & Upham, P. (2021): *The Role of Social Identity in Institutional Work for Sociotechnical Transitions: The Case of Transport Infrastructure in Berlin*. – In: *Technological Forecasting and Social Change* 162: 120385. doi:10.1016/j.techfore.2020.120385.
- Berens, H. (2001): *Prozesse der Thematisierung in politischen Konflikten*. Wiesbaden.
- Beyerl, K.; Follmer, R.; Gruschwitz, D. & Rivera, M. (2021): *Die Katastrophe als Transformationsimpuls? Ein Werkstattbericht*. – In: *Lagemaß* 11(7): 7–9.
- BMU & BfN (Bundesministerium für Umwelt & Naturschutz und nukleare Sicherheit & Bundesamt für Naturschutz) (Hrsg.) (2020): *Naturbewusstsein 2019. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt*. Bonn/Berlin.
- Brand, K.-W. (2021): „Große Transformation“ oder „Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit“? Wider die Beliebigkeit sozialwissenschaftlicher Nachhaltigkeits- und Transformationstheorien. – In: *Leviathan* 49(2): 189–214. URL: doi:10.5771/0340-0425-2021-2-189.
- Burke, K. (1968): *Dramatistic Method*. – In: Sills, D. L. (Hrsg.): *International Encyclopedia of the Social Sciences*. Bd. 7. New York.: 445–447.
- Drosten, C. (2020): „Die Pandemie ist kein unabwendbares Schicksal“. Schillerrede in Marbach. – In: *ZEIT online*, 08.11.2020; online abrufbar unter: <https://www.zeit.de/kultur/2020-11/schillerrede-christian-drosten-virologe-deutsches-literaturarchiv-marbach/komplettansicht> (zuletzt eingesehen am 17.09.2021).
- Genette, G. (1976): *Boundaries of Narrative*. – In: *New Literary History* 8(1): 1–13. doi:10.2307/468611.
- Greimas, A. J. (1966): *Sémantique structurale. Recherche de méthode*. Paris.
- Habermas, J. (1995 [1981]): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 2. Frankfurt a. M.
- Haraway, D. (2018): *Unruhig bleiben. Die Verwandtschaft der Arten im Chthuluzän*. Frankfurt a. M.
- Kaiser, R. (2020): *Bäume, die die Welt bedeuten. Der Hambacher Forst als Symbol der deutschen Klimabewegung*. – In: *Soziologiemagazin* 13(2): 51–67. doi:10.3224/soz.v13i2.05.
- Kallenbach, T. (2021): *Von Kopenhagen lernen: Erfolgreiche Narrative für eine nachhaltige urbane Mobilität*. IASS Study. Potsdam. doi:10.48481/iass.2021.009.
- Kaufer, R. & Lein, P. (2018): *Widerstand im Hambacher Forst: Analyse einer anarchistischen Waldbesetzung*. – In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31(4). Supplement FJSBplus.

- Kersting, S. & Neuerer, D. (2020): Naturschützer wegen Rodungsstopp für Tesla in der Kritik. – In: Handelsblatt, 19.12.2020; online abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gigafactory-naturschuetzer-wegen-rodungsstopp-fuer-tesla-in-der-kritik/26735056.html?ticket=ST-2721639-ik3hg4jFokTu3kVnMJDI-ap3> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Latour, B. (2017): Kampf um Gaia. Acht Vorträge über das neue Klimaregime. Berlin.
- Luhmann, N. (1990): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? 3. Aufl. Opladen.
- Luhmann, N. (1998): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt a. M.
- Melchior, M. & Rivera, M. (im Erscheinen): Klimagerechtigkeit erzählen. Narrative, Wertbezüge und Frames bei Extinction Rebellion, Ende Gelände und Fridays for Future. IASS Study. Potsdam.
- Naumann, S.; Kaphengst, T.; McFarland, K. & Stadler, J. (2014): Naturbasierte Ansätze für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Herausforderung Klimawandel – die Natur als Partner. Bonn.
- Neumann, M. (2013): Die fünf Ströme des Erzählens. Eine Anthropologie der Narration. Berlin/Boston.
- o. A. (1989): Katalysator: Tricksen und verharmlosen. – In: Der Spiegel, 23.07.1989; online abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/katalysator-tricksen-und-verharmlosen-a-33d987ea-0002-0001-0000-000013495267> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Paula, N. de; Jung, L.; Mar, K.; Bowen, K.; Maglakelidze, M. et al. (2021): A Planetary Health Blind Spot: the Untapped Potential of Women to Safeguard Nature and Human Resilience in LMICs. – In: The Lancet Planetary Health 5(3): E109-E110. doi:10.1016/S2542-5196(21)00007-3.
- Pörksen, B. (2021): Journalismus und Klimawandel: „In der Art, wie die Krise beschrieben wird, liegt die Lösung“. Interview. – In: Deutschlandfunk, 24.08.2021; online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/journalismus-und-klimawandel-in-der-art-wie-die-krise.2907.de.html?dram:article_id=501828 (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Reiss, S. (2004): Multifaceted Nature of Intrinsic Motivation: The Theory of 16 Basic Desires. – In: Review of General Psychology 8(3): 179–193. doi:10.1037/1089-2680.8.3.179.
- Richter, I. & Haas, T. (2020): Greening the Car? Conflict Dynamics within the German Platform for Electric Mobility. – In: Sustainability 12(19): 8043. doi:10.3390/su12198043.
- Ricoeur, P. (1984): Time and Narrative. Bd. 1. Chicago/London.
- Rivera, M. (2020): Umwege der Identifikation. Zum Erzählen und Inszenieren von „Umweltproblemen“. – In: Kronfeld-Goharani, U.; Mondré, A. & Werner, F. J. (Hrsg.): Der Mensch und das Meer. Wie Erzählungen unseren Umgang mit dem Ozean beeinflussen. Kiel/Hamburg: 179–192.
- Rivera, M. (2021): Krise wovon – Wandel wohin? Werte und Wahrnehmungsmuster im Klima- und Pandemiediskurs. Vortrag an der WWU Münster, 21.02.2021; online abrufbar unter: <https://www.uni-muenster.de/Wissenschaftstheorie/ringvorlesung/WissenschaftundOeffentlichkeitinderCorona-Krise.html> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Rivera, M. & Nanz, P. (2018): Erzählend handeln, vom Handeln erzählen: Fragen an Narrative nachhaltiger Entwicklung. – In: Heidel, K. & Bertelmann, B. (Hrsg.): Leben im Anthropozän: Christliche Perspektiven für eine Kultur der Nachhaltigkeit. München: 137–148.
- Rivera, M. & Zucher, F. (2019): Dogma statt Debatte. Wirtschaftswachstum im parlamentarischen Diskurs. – In: Politische Vierteljahresschrift 60(1): 71–93. doi:10.1007/s11615-018-0107-7

- Scheer, H. (1995): *Sonnen-Strategie. Politik ohne Alternative. Aktualisierte Neuauflage.* München.
- Schwartz, S. H. (1994): Are There Universal Aspects in the Structure and Contents of Human Values? – In: *Journal of Social Issues* 50(4): 19–45. doi:10.1111/j.1540-4560.1994.tb01196.x.
- Schwartz, S. H. (2017): The Refined Theory of Basic Values. – In: Roccas, S. & Sagiv, L. (Hrsg.): *Values and Behavior.* Cham: 51–72.
- Schwartz, S. H.; Caprara, G.V. & Vecchione, M. (2010): Basic Personal Values, Core Political Values, and Voting: A Longitudinal Analysis. – In: *Political Psychology* 31(3): 421–452. doi:10.1111/j.1467-9221.2010.00764.x.
- Schwartz, S. H.; Cieciuch, J.; Vecchione, M., Davidov, E.; Fischer, R. et al. (2012): Refining the theory of basic individual values. – In: *Journal of Personality and Social Psychology* 103(4): 663–688. doi:10.1037/a0029393.
- Schwarze, S. (2006): Environmental Melodrama. – In: *Quarterly Journal of Speech* 92(3): 239–261. doi:10.1080/00335630600938609.
- Seefried, E. (2018): Globale Sicherheit. Die Wurzeln des politischen Nachhaltigkeitsdiskurses und die Wahrnehmung globaler Interdependenz der 1970er und 1980er Jahre. – In: Kampmann, C.; Marciniak, A. & Meteling, W. (Hrsg.): „Security turns its eye exclusively to the future“. Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte. Baden-Baden: 353–388.
- Shanahan, E. A.; Jones, M. D. & McBeth, M. K. (2011): Policy Narratives and Policy Processes. – In: *Policy Studies Journal* 39(3): 535–561. doi:10.1111/j.1541-0072.2011.00420.x.
- Shue, H. (2016): *Climate Justice. Vulnerability and Protection.* Oxford.
- Siefer, W. (2015): *Der Erzählinstinkt. Warum das Gehirn in Geschichten denkt.* München.
- Steffen, W.; Richardson, K.; Rockström, J.; Schellnhuber, H. J.; Dube, O. P. et al. (2020): The Emergence and Evolution of Earth System Science. – In: *Nature Reviews Earth & Environment* 1(1): 54–63. doi:10.1038/s43017-019-0005-6.
- Tal-Or, N. & Cohen, J. (2016): Unpacking Engagement: Convergence and Divergence in Transportation and Identification. – In: *Annals of the International Communication Association* 40(1): 33–66. doi:10.1080/23808985.2015.11735255.
- Tannen, D. (2007): *Talking Voices. Repetition, Dialogue, and Imagery in Conversational Discourse.* 2., erweiterte Aufl. Cambridge.
- Viehöver, W. (2011): Diskurse als Narrationen. – In: Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W. & Viehöver, W. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse.* Bd. 1: Theorien und Methoden. 3., erweiterte Aufl. Wiesbaden: 193–224.
- Welsby, D.; Price, J.; Pye, S. & Ekins, P. (2021): Unextractable Fossil Fuels in a 1.5 °C World. – In: *Nature* 597(7875): 230–234. doi:10.1038/s41586-021-03821-8.

Green Deal, Naturschutz und Pandemie. Sprachliche und bildliche Aspekte der Kommunikation von Nachhaltigkeit in Form von Narrativen

Dorothee Meer

Zu Beginn

Wenn man sich zurzeit im Umfeld von Tagungen, Diskussionen, Social-Media-Accounts oder anderen Formen der medialen Berichterstattung aus dem Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit bewegt, so wird kaum ein im Ursprung philologischer Begriff so häufig genutzt wie der des Narrativs. Diese Beobachtung überrascht vor allem auch deshalb, weil der Zugriff auf diese Benennung gerade keinen Hinweis auf die Herkunft der jeweiligen Sprecher*innen aus dem Bereich der Philologie darstellt, sondern er sich zunehmend bei Soziolog*innen, Wirtschaftswissenschaftler*innen, Naturwissenschaftler*innen und Ingenieur*innen einer besonderen Beliebtheit erfreut (vgl. dazu Espinosa & Pregernig 2017). Insgesamt lässt sich mit Blick auf diese Beobachtung sowohl in der politischen Auseinandersetzung als auch im Rahmen wissenschaftlicher Überlegungen mit einer Formulierung des Literaturwissenschaftlers Koschorke (2012: 10) festhalten, dass sich eine fächerübergreifende Tendenz beobachten lässt, die Annahme „der unhintergehbaren Sprachlichkeit des menschlichen Weltzugangs durch ein Modell der narrativen Organisation dieses Bezuges“ zu ergänzen.

Schaut man sich aus dieser Perspektive den folgenden Auszug aus dem von Ursula von der Leyen am 11. Dezember 2019 veröffentlichten „European Green Deal“ an (EGD 2019), so fallen hier einige narrative Elementen auf, die zwar sofort verstanden, jedoch vermutlich nur selten bewusst wahrgenommen werden. So heißt es in der Erklärung der Präsidentin der Europäischen Kommission: „The European Green Deal is on the one hand our vision for a climate neutral continent in 2050 and it is on the other hand a very dedicated roadmap to this goal. It is fifty actions for 2050.“

Aus narrativer Sicht relevant sind an diesen beiden Sätzen zunächst einmal die bildlichen Aspekte, die im Weiteren als bildlich-metaphorische Elemente gefasst werden sollen (Link & Paar 1990): Zu nennen sind die Bezeichnung der Erklärung als „**grünes Abkommen**“ („Green Deal“), die „Vision eines **klimaneutralen Kontinents**“, die Idee eines „**zielorientierten Fahrplans**“ und aus temporaler Perspektive die Feststellung, dass in der Erklärung ein „**Weg**“ von heute bis zum Jahr 2050 skizziert wird, der durch „**50 Handlungsschritte**“ als Wegmarker visualisiert wird. Obgleich in diesen zwei Sätzen also nicht im eigentlichen Sinn eine „Geschichte“ erzählt wird, werden mit der gewählten Formulierung durch die Wahl bildlich-metaphorischer Elemente und dem Aufzeigen einer zeitlichen Entwicklung grundlegende Aspekte dessen realisiert, was im Weiteren als Narrativ definiert werden soll: So haben wir es mit dem Konzept einer (angestrebten bzw. angekündigten) Entwicklung von einem Zeitpunkt A zu einem Zeitpunkt B zu tun, die auf der Ebene der Handlung zu (einer Vielzahl von) Veränderungsmaßnahmen führen soll („fifty actions“). Akteur*innen dieses Prozesses und seiner Ermöglichung ist die EU bzw. sind die Europäer*innen.

Auch wenn damit noch nicht alle analytisch relevanten Elemente des Narrativs des Green Deals erfasst sind, so deutet sich dennoch an, worum es ausgehend von diesem ersten Beispiel im Weiteren gehen soll. Entscheidend wird die Annahme sein, dass die Nutzung des Begriffs des Narrativs vor allem auf die Überzeugung verweist, dass wir „in Geschichten verstrickt“ sind und „verstrickt bleiben, solange es sprach- und handlungsfähige Menschen gibt“ (Arnold, Dressel & Viehöver 2012: 8). Da diese Einsicht allein jedoch eine zu weite Perspek-

tive für diesen Beitrag eröffnet, werde ich mich auf den Bereich der diskursiven Verarbeitung von Fragen der Nachhaltigkeit im politischen Diskurs der Bundesrepublik der Gegenwart beschränken und hierbei vor dem Hintergrund der Thematik dieses Bandes am Beispiel des „Zoonose-Narrativs“, das im Frühling 2020 vom BMU aktiv in den öffentlichen Diskurs eingespeist wurde (BMU 2020a, b, c), schrittweise stärker auf Fragen des Artenschutzes und seiner Relevanz für die Pandemie eingehen. Insgesamt geht es dabei zum einen darum, einzelne Elemente von Narrativen so zu erfassen, dass sie in ihrer Bedeutung für politische Auseinandersetzungen erkennbar werden. Zum anderen geht es aber auch darum, ein praxisrelevantes Konzept vorzustellen, das es erlaubt, Narrative auf vorhergehende Analysen aufbauend für die Entwicklung politischer Strategien im Bereich von Nachhaltigkeit und Naturschutz aktiv nutzen zu können.

Konkret soll im folgenden Abschnitt zunächst das diesem Beitrag zugrunde liegende Konzept exemplarisch vorgestellt werden, um im daran anschließenden dritten Abschnitt den Begriff des Narrativs theoretisch zu erläutern. Im vierten Abschnitt soll das von BMU 2020 vorgeschlagene Narrativ des „Zusammenhangs zwischen dem Biodiversitätsverlust und dem Aufkommen von Pandemien“ (= Zoonose-Narrativ) analysiert werden, bevor auf diese Analysebefunde aufbauend im fünften Abschnitt einige strategische Vorschläge für die Konstruktion von Narrativen im Rahmen öffentlicher Kampagnen (nicht nur) im Bereich des Naturschutzes gemacht werden.

Eine exemplarische Annäherung an den Begriff des Narrativs

Um den hier vertretenen Ansatz genauer zu bestimmen (ausführlicher vgl. Meer, Roos & Susteck i. Vorb.), soll er zunächst am Beispiel des Beginns einer dystopischen Erzählung betrachtet werden. Konkret handelt es sich um die einleitende Textpassage des Buchs „Die Triple-Krise. Artensterben, Klimawandel, Pandemien. Warum wir dringend handeln müssen“ des Agrarbiologen Josef Settele (2021):

„Beginnen wir mit einer Zeitreise und stellen wir uns Deutschland im Jahr 2040 vor:

Seit Fleisch im Labor gezüchtet wird, ist es im Supermarkt wieder so preiswert, wie es zuletzt 2020 war. Obst hingegen, selbst einheimisches, ist ebenso wie Kaffee eine unerschwingliche Luxusware. Viele Kinder kennen Äpfel und Kirschen nur noch aus dem Internet. Denn alle Versuche, die Obstbäume mit Drohnen zu bestäuben, sind bisher gescheitert. Weil Maschinen nicht präzise genug sind, landen die wertvollen Pollen überall, nur viel zu selten da, wo sie ihre lebensspende Kraft entfalten können. Blüten werden daher von Menschenhand bestäubt, eine Arbeit, die den Preis für Obst rund um den Erdball in schwindelerregende Höhen treibt. Die natürlichen Helfer, die diesen Job bisher kostenlos verrichtet haben, in dem sie die Pollen fliegend und krabbelnd von Blüte zu Blüte brachten, sind verschwunden oder in weiten Teilen der Welt stark dezimiert: Gemeint sind die Bienen und andere Bestäuber.

Spaziergänge, Joggen und Radeln durch Waldeinsamkeit gehören im Jahr 2040 der Vergangenheit an.“

Schaut man sich diesen Auszug einer erzählten Dystopie an, so lässt sich die narrative Struktur der zitierten Passage tabellarisch wie folgt zusammenfassen:

Narrative Merkmale	Narrative Realisierung im Diskurs
Zeitpunkt der Handlung	Reise aus der Gegenwart in das Jahr 2040
Ort der Handlung	ein „alltäglicher Blick“ auf Deutschland im Jahr 2040
erzählerisch aufbereitete Gegensatzpaare	Fleisch vs. Obst; Drohnen/Menschenhand vs. Bienen; Ernährungs- und Freizeitverhalten 2040 vs. 2021
handlungsrelevante Veränderung	Artensterben, das grundlegende Veränderungen des menschlichen Ernährungs- und Freizeitverhaltens nach sich zieht
Integration der Gegensätze	Idee der Zeitreise ermöglicht einen Blick auf die Gründe der gestiegenen Preise für Obst und Kaffee und den Verlust an natürlichen Ressourcen/Möglichkeiten
Akteur*innen der Handlung	Menschen; Kinder; Insekten (Bienen); Maschinen
Bilder/Metapher	Zeitreise; Bestäubung von Pflanzen durch Drohnen, Menschenhand, Bienen; (fehlende) Bewegungsfreiheit in der Natur

Mit Blick auf die linke Spalte der Tabelle finden sich in diesem kurzen Auszug sowohl die Elemente wieder, die bezogen auf den Green Deal einleitend bereits als konstitutiv für den Begriff des Narrativs eingeführt wurden, als auch zusätzlich die Kategorien des Ortes (Deutschland 2040), des auslösenden Moments einer Handlung (durch das Artensterben bedingte Veränderung des Lebens- und Ernährungsverhaltens) und der Hinweis auf die Relevanz von Gegensatzpaaren (Fleisch vs. Obst; Drohnen/Menschenhand vs. Bienen, Veränderungen Ernährungs- und Freizeitverhalten).

Die genannten Elemente greifen auf der Ebene der Struktur des Textauszugs erzähltypische Merkmale auf und verweisen auf konkrete Möglichkeiten ihrer politischen Nutzung:

- So erhöhen die bildlichen Elemente die Möglichkeit, sich die beschriebene Situation besser vorstellen zu können. Die Konkretisierungen hinsichtlich des Ortes und der Zeit der Handlung unterstützen dies zusätzlich. Die Gegensätze zwischen dem Preis für Obst und dem Preis für Fleisch oder zwischen der Bestäubung durch Menschenhand/Drohnen im Gegensatz zur Bestäubung durch Bienen sind dabei aus mehreren Perspektiven handlungsentscheidend: Sie erleichtern es, die konkrete Situation zu visualisieren, erhöhen damit die persönliche Betroffenheit und sind Auslöser für konkrete Handlungsperspektiven: Denn konstitutiv für Narrative sind Veränderungen in der Zeit, die dazu führen, Gegensätze aufzulösen oder in ihrer Evidenz zu inszenieren (vgl. Parr 1999).
- Hieran anschließend sind erzählte Passagen – wie die hier auszugsweise zitierte – aufgrund ihrer schnellen Vorstellbarkeit gut geeignet, um in politischen Kontexten genutzt zu werden: Sie ermöglichen es uns nicht nur, ein konkretes politisches Programm leicht visualisierbar aufzurufen, sondern sie führen auch dazu, die eigene Position überzeugender darzustellen und zu perspektivieren. Wer würde in Anbetracht der von Settele angebotenen Darstellung des Alltags 2040 auf die Idee kommen, dies für eine erstrebenswerte Situation zu halten. Ebenso versteht jede*r Leser*in sofort, dass der Rückgang der Artenvielfalt für den beschriebenen Status quo verantwortlich ist.

Nun finden sich im Rahmen politischer Auseinandersetzungen nicht nur im Bereich der Nachhaltigkeit selten ganze „auserzählte“ Geschichten. Dies hat seinen Grund zum einen darin, dass der Selbstanspruch von Politiker*innen eher darauf ausgerichtet ist, den Eindruck von Sachlichkeit und Argumentation zu vermitteln und dass so das Erzählen von Geschichten eher in (mediale) Randbereiche (z. B. in Talkshows) verlagert wird. Zum anderen fehlt im politischen „Schlagabtausch“ die Zeit, um über längere Erzählungen zu einer auswertenden Maxime zu kommen.

Vor diesem Hintergrund treten narrative Aspekte im politischen Diskurs sehr häufig nur in fragmentarischer Form auf, als Episode, als Bild oder Metapher, als einzelnes Handlungselement oder als eine bestimmte (diskursive) Position von Akteur*innen. Damit werden Narrative in der Regel nicht in ganzen Erzählungen oder Narrationen ausformuliert, sondern selektiv zum Zweck der Argumentation genutzt. Diese Annahme, die die Grundlage für den Begriff des Narrativs bildet, soll hier anhand eines weiteren Auszugs aus der Erklärung des Green Deals verdeutlicht werden. So formuliert von der Leyen unmittelbar im Anschluss an den oben bereits zitierten Auszug aus der Erklärung des Green Deals das folgende Handlungsziel: „Our goal is to reconcile the economy with our planet, to reconcile the way we produce and the way we consume with our planet and to make it work for our people.“

Als handelnder Akteur kommt in diesem Zitat die EU bzw. die Europäer*innen in den Blick („our goal“), die durch eine Umstellung ihres Wirtschaftssystems („the way we produce and the way we consume“) dazu beitragen sollen, das Wirtschaftssystem mit den natürlichen Voraussetzungen des Planeten zu „versöhnen“ („reconcile the economy with our planet“). Obgleich auch die gewählte Formulierung „the way we produce and the way we consume“ bildhafte Assoziationen auslöst (wie viel abstrakter wäre der Begriff des Wirtschaftssystems oder der Ökonomie gewesen), soll das Hauptaugenmerk hier auf die Metapher der „Versöhnung“ von Wirtschaft und Natur gelegt werden. Indem von der Leyen auf die bildhaft-metaphorische Formulierung der „Versöhnung“ zurückgreift, erleichtert sie die Vorstellbarkeit dessen, worum es geht. Auch wenn nicht klar ist, worauf von der Leyen mit ihrer Formulierung konkret referiert, so versteht man doch in jedem Fall, was es bedeutet, sich zu versöhnen und hat hierzu konkrete bildliche Vorstellungen. In diesem Sinne stellt Mackenthun heraus, dass die Aufgabe von Metaphern nicht darin besteht, „eine präzise Bezeichnung einer realen Situation zu erzeugen, für deren Beschreibung die Worte fehlen [...], sondern diese Realität durch selektive Repräsentationen in eine imaginäre Bildökonomie zu übersetzen“ (Mackenthun 2010: 123).

Es sind metaphorische oder materielle Bilder, die an konkrete Handlungsperspektiven geknüpft werden, die als Narrative sowohl in erzählenden Texten (wie dem Textbeispiel Settelles) als auch in deklarativen und argumentativen Texten (wie dem des Green Deals) genutzt werden, um mit narrativen Mitteln Anschaulichkeit und Nachvollziehbarkeit zu sichern. Diese Annahme basiert auf der Überlegung, dass das, was als diskursives Gedächtnis einer Gesellschaft bezeichnet werden kann, narrative Elemente, wie die vorhergehenden, in einem sinnvollen und kohärenten Zusammenhang speichert, abrufbar macht und durch kontinuierliche Erwähnung aktuell hält. Hierbei wird unterstellt, dass es bei hinreichender Verankerung im diskursiven Gedächtnis einer Gesellschaft ausreicht, Teilelemente solcher diskursiv verankerten narrativen Elemente aufzugreifen, um damit ein ganzes Narrativ aufzurufen.

Diese Überlegungen, deren Überzeugungskraft im Rahmen empirischer Projekte entwickelt und ausdifferenziert wurde (Arnold, Dressel & Viehöver 2012; Gadinger, Jarzebski & Yildiz 2014; Meer, Roos & Susteck i. Vorb.; Gurtler & Rivera 2019; Rivera & Nanz 2018; Schmidt & Rivera 2020; Viehöver 2012), sollen an dieser Stelle lediglich anhand des im Rahmen des Green Deals eingeführten Narrativs der „Versöhnung von Ökonomie und Ökologie“ plausibilisiert werden. Diese Metapher, die sich im Anschluss an die Formulierung des Green Deals 2019 („to reconcile the way we produce and the way we consume with our planet“) bis zum Beginn der Corona-Krise kontinuierlich vor allem in den Wirtschaftsteilen der großen deutschen Zeitungen und Zeitschriften wiederfand und auch später immer wieder genutzt wurde, bildete die Grundlage für die folgende Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) am 4. Februar 2021. So zitiert die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) Söder mit der folgenden Äußerung zu den Möglichkeiten einer schwarz-grünen Koalition: „Es [gemeint war eine schwarz-grüne Koalition; D.M.] wäre ein spannendes Zukunftsteam, das

Inspiration bieten könnte, weil es die ganz große Frage unserer Zeit in den Blick nimmt: die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie.“

Das vorherige Zitat soll lediglich exemplarisch unterstreichen, dass Narrative, wie das der „Versöhnung von Ökonomie und Ökologie“, sind sie erst einmal diskursiv etabliert, aufgegriffen und zur Markierung einer diskursiven Position genutzt werden können, ohne dass deshalb eine ganze Geschichte erzählt werden muss. Die daraus resultierende Notwendigkeit, den Zusammenhang zwischen den angesprochenen narrativen Elementen und ihrer Funktion im politischen Diskurs zu berücksichtigen, soll im folgenden Abschnitt in Form einer ausformulierten Definition des Begriffs des Narrativs untermauert werden.

Ein theoretischer Einschub und eine Definition von „Narrativ“

Um im Weiteren hinreichend deutlich zwischen „Narrationen“ als ausdifferenzierten Erzählungen und „Narrativen“ als potenziell auch fragmentarisch aufrufbaren Elementen mit einem narrativen Potenzial unterscheiden zu können, soll in diesem Kapitel in der gebotenen Kürze die bereits angedeutete Definition von Narrativ vorgestellt werden: So soll davon ausgegangen werden, dass die im Bisherigen angeführten narrativen Elemente wie Akeur*in, Ort, Zeit, Handlungsstruktur, Bildlichkeit und Integration von Gegensatzpaaren als Teile von Narrativen begriffen werden können. In diesem Sinne bildet die folgende Definition die Grundlage meiner analytischen und handlungsorientierten Überlegungen: „Um von einem Narrativ sprechen zu können, bedarf es einer in Raum und Zeit lokalisierbaren Handlungsebene, in deren Verlauf relevante Oppositionen unter Nutzung bildlicher Elemente von handelnden Agent*innen integrativ aufgelöst werden (können).“ (Meer, Roos & Susteck i. Vorb.)

Ausgehend von dieser Begriffsbestimmung wird zu zeigen sein, dass Narrative im hier definierten Sinn im politischen Diskurs eingesetzt werden, um konkrete diskursive Positionen in politischen Auseinandersetzungen nachvollziehbar zu machen. Entscheidend ist dabei, dass die für Narrative konstitutiven Elemente sowohl selektiv als auch in Kombination auftreten können und keineswegs immer zu ganzen Narrationen ausgebaut werden (müssen). Sind Narrative erst einmal gesellschaftlich (diskursiv) etabliert, reicht es häufig aus, einzelne Teilelemente für das Ziel einer Argumentation oder – wie im Fall des Green Deals – für eine (Absichts-)Erklärung explizit zu erwähnen, um damit potenziell das gesamte Narrativ aufzurufen.

Ausgehend von dieser Definition sollen nun schrittweise die Annahmen belegt werden, dass narrative Teilelemente selektiv genutzt Funktionen erfüllen, die ein argumentatives Potenzial enthalten (Arnold, Dressel & Viehöver 2012: 23 ff.; Klein & Martínez 2008: 7), das geeignet ist, bestimmte Positionen zu untermauern oder zu hinterfragen.

Tendenz der selektiven Nutzung narrativer Teilelementen

Schaut man sich Überlegungen aus dem Bereich der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse an, so überwiegen Versuche, Narrationen bzw. Narrative¹ in ihrer Gliederungsstruktur aus gattungsspezifischer Perspektive zu erfassen (Viehöver 2008; Gadinger, Jarzebski & Yildiz 2014). Konkret formuliert Viehöver (2012: 66) diese Perspektive wie folgt:

„Wir können uns Narrationen in den verschiedensten (literarischen) Klassen vorstellen: als Mythen, Epen, Romane, als folkloristische Darstellungen, als biografische Selbsterzählungen, als soziologische Modernisierungserzählungen, als an-

¹ Die Begriffe Narrativ und Narration werden in soziologischen Zusammenhängen häufig synonym gebraucht; siehe dazu die Kritik von Reisinger 2020 a, b.

tike Dramen oder moderne, skandalträchtige News-Stories in den Massenmedien, aber auch als wissenschaftliche, historische Narrative [...]. Erzählungen spielen demnach, weit über das literarische Genre hinaus, eine Rolle bei der sozio-kulturellen (Re-)Produktion [...].“

Ähnliche Überlegungen finden sich auch bei Gadinger, Jarzebski und Yildiz (2014), die davon ausgehen, dass Narrationen sich unter Bezug auf ihre Handlungsstruktur („Plotmuster“) nach vier grundlegenden Prinzipien unterscheiden lassen, die sie als „Romanze“, „Satire“, „Komödie“ und „Tragödie“ klassifizieren. Ohne dass derartige gattungsspezifische Zuordnungen für jeden konkreten Einzelfall bestritten werden sollen, laufen solche Kategorisierungen dann ins Leere, wenn aus empirischer Sicht keine ausdifferenzierten (und vollständigen) Narrationen vorliegen, sondern eben nur einzelne narrative Fragmente empirisch beobachtbar sind.

Die Relevanz dieser Feststellung bestätigt auch Viehöver (2008: 239), obgleich er bei seinem Vorgehen ganze Narrationen/Narrative zu erfassen versucht. So kommt er aber dennoch nicht umhin festzustellen:

„In der Regel ist nicht der einzelne Text, sondern der Diskurs als Prozess der Narrativisierung (sic!) von Ereignissen die Quelle von Narrationen. Zwar werden durch den Diskurs immer wieder Texte produziert, aber einzelne Texte enthalten oft nur Elemente einer komplexeren Narration.“

Diese Beobachtung verweist auf die bereits erwähnte Notwendigkeit, im Rahmen politischer Auseinandersetzungen narrative Elemente selektiv einsetzen zu können und damit dennoch auf vollständige Narrative zu referieren. Diese Annahme soll im nächsten Schritt anhand eines Auszugs aus einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ vom 27. Juni 2020) verdeutlicht werden. Dort wird die Position des deutschen CSU-Abgeordneten Manfred Weber (EVP) im Europaparlament wie folgt wiedergegeben:

„Die Christdemokraten im Europaparlament stellen den ‚Green Deal‘ infrage und wollen die Pläne der EU-Kommission für ein klimaneutrales Europa von der Entwicklung der Wirtschaft abhängig machen. ‚Wir müssen die Industrie stabilisieren, bevor wir sie in eine klimaneutrale Zukunft führen‘, sagte der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber (CSU), den Zeitungen der Funke Mediengruppe [...].“

Wollte man das in diesen ersten zwei Sätzen aufgerufene Narrativ des „Primats der Wirtschaft über die Ökologie“ zusammenfassen, so ließe sich festhalten, dass der Europaabgeordnete Manfred Weber bzw. seine Partei die EVP (Akteure) bezogen auf die nahe Zukunft (Zeit) in einem Europa während der Corona-Krise (Ort und Zeit) den Aspekt der „Klimaneutralität Europas“ aufgreift, um unter Bezug auf das handlungsrelevante Oppositionspaar Wirtschaft vs. Klima herauszustellen, dass die Stabilisierung der Wirtschaft (Metapher) aufgrund ihrer Gefährdung durch die Corona-Pandemie, anders als im Narrativ des Green Deals angekündigt, Vorrang vor dem Erreichen des Ziels der Klimaneutralität hat (handlungsrelevante Differenz). Als Beleg für das Vorliegen eines Narrativs wird hierbei die Tatsache betrachtet, dass alle zuvor definierten Narrativitätsmerkmale sowohl durch die FAZ als auch durch das Zitat Webers realisiert werden.

Es wird keine Geschichte erzählt, es werden narrative Teilelemente zu argumentativen Zwecken genutzt, um eine Handlungsentwicklung zu fordern, die von der angekündigten Politik des Green Deals (im Sinne von der Leyens) abweicht. Damit wird eine diskursive Position in der Auseinandersetzung mit anderen diskursiven Positionen formuliert, wobei bereits die Abgrenzung vom „Versöhnungsnarrativ“ des Green Deals ausreicht, um das gesamte Narrativ

des Green Deals aufzurufen. Dass dabei aber keineswegs nur nüchtern argumentiert wird, verdeutlicht der erhebliche strukturelle und vor allem bildliche Aufwand, der sowohl von Weber in seinem Zitat als auch von der FAZ betrieben wird, um die referierte Position („Ökonomie vor Ökologie“) als Teil einer diskursiven Auseinandersetzung zu inszenieren.

Selektiv sind die hier aufgegriffenen narrativen Elemente somit zum einen, weil sie nicht zu einer Erzählung bzw. Narration ausgeweitet werden, die beispielsweise die unterschiedlichen Stationen des „Kampfes“ divergierender diskursiver Positionen mit einem positiven oder negativen Ende zum Gegenstand hat. Selektiv sind die narrativen Elemente aber zum anderen auch deshalb, weil es das kontextuelle Wissen um andere Mitspieler*innen und Positionen braucht, um zu verstehen, dass sich hier jemand argumentativ von anderen Positionen abgrenzt.

Damit verweist die Selektivität der Nutzung narrativer Elemente im Rahmen politischer Auseinandersetzung über das konkrete Beispiel hinaus auf die Notwendigkeit, Narrative durch die Analyse größerer Korpora zu rekonstruieren. Narrative liegen im politischen Diskurs nicht einfach – oder zumindest nicht häufig – in Form von ganzen Narrationen bzw. Erzählungen vor, sondern sie müssen im Rahmen umfassender Korpusanalysen in ihren Bezügen und Implikationen empirisch herausgearbeitet werden. Im vorherigen Beispiel zeigt sich diese Notwendigkeit der Berücksichtigung von Kontextwissen in der Tatsache, dass man die Diskussionen um die Realisierungspläne des „Versöhnungsnarrativs des Green Deals“ im Europaparlament kennen muss, um zu erkennen, dass Weber im zitierten Auszug für eine von der Erklärung des Green Deals von der Leyens abweichende diskursive Position anhand eines anderen Narrativs (Ökonomie vor Ökologie) argumentiert.

Narrative und Möglichkeiten der Argumentation

Um die argumentative Relevanz narrativer Elemente für unterschiedliche Textsorten und unterschiedliche politische Zusammenhänge genauer zu bestimmen, soll nun ein weiterer Auszug aus dem analysierten FAZ-Beitrag betrachtet werden. Dort heißt es im Anschluss an die Annahmen Webers bezogen auf die Position der „Grünen“:

„Dazu [zu den Ausführungen Webers; D. M.] sagte die Grünen-Vorsitzende Baerbock den Funke-Zeitungen [...]: ‚Es ist brandgefährlich, wenn wir mitten in einer Krise [gemeint war die Corona-Krise, D. M.] die Augen vor der nächsten Krise verschließen.‘ Die Milliarden, die jetzt angesichts der Corona-Pandemie in Europa in die Hand genommen würden, müssten nachhaltig investiert werden: ‚Sie müssen die Wirtschaft klimaneutral umbauen, damit Arbeitsplätze krisensicher und zukunftsfest bleiben.‘ Die EU-Kommission will Europa mit dem ‚Green Deal‘ bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen.“

Die Aufmerksamkeit soll auch hier auf die Relevanz der narrativen Elemente der präsentierten Argumentation gelegt werden. Hierbei ist erneut die Menge der sprach-bildlichen Elemente entscheidend, die von der FAZ auf die Zitate Baerbocks aufbauend realisiert werden. Die dabei genutzte Gefahren-Metaphorik („brandgefährlich“, „mitten in einer Krise“, „Augen [...] verschließen“) wird konterkariert durch bildlich aufgeladene Handlungsperspektiven („nachhaltig investieren“, „Wirtschaft klimaneutral umbauen“, „Arbeitsplätze krisensicher und zukunftsfest machen“, „Europa mit dem ‚Green Deal‘ bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen“). Der Hinweis auf die Corona-Krise des Jahres 2020 und die Perspektive auf die in den EU-Plänen avisierte Zukunft 2050 machen in Kombination mit den konträren metaphorischen Komplexen des Zitats eine klare Handlungsperspektive auf. Für die damit verbundene Argumentation sind zusätzliche Gegensatzpaare entscheidend, die aber gleichzeitig auch ein narratives Potenzial enthalten: weggucken vs. hingucken, Corona- vs. Klima-

krise, Arbeitslosigkeit vs. krisenfeste Arbeitsplätze. Der argumentative Schluss, der laut Baerbock darin besteht, die Wirtschaft bereits jetzt (nicht erst 2050) klimaneutral umzubauen, erfüllt damit den Zweck, die vorher aufgebauten Widersprüche integrativ aufzuheben, indem sie dafür plädiert, trotz der Corona-Krise zum gegenwärtigen Zeitpunkt in eine klimaneutrale Zukunft zu investieren.

Aus theoretischer Sicht konnte damit anhand der Beispiele verdeutlicht werden, dass das politische Sprechen auch dann, wenn argumentiert wird, ohne Narrative in dem hier präsentierten Sinn schwerlich auskommt. Eine entscheidende Rolle spielen dabei die bildlich-metaphorischen Komplexe, die genutzt werden, um handlungsrelevante Gegensatzpaare aufzulösen. Das von Baerbock prozessierte Narrativ des „klimaneutralen Umbaus der Wirtschaft trotz Corona“ zielt somit darauf ab, dass es notwendig und möglich ist, den Green Deal (nicht erst 2050, sondern jetzt, bereits während der Corona-Krise) dadurch zu realisieren, dass die von der EU verabschiedeten Corona-Gelder für einen ökologisch und sozial gerechten Umbau der Wirtschaft genutzt werden. Dass Baerbock hiermit gleichzeitig sowohl dem durch Manfred Weber präsentierten Narrativ von „Ökonomie vor Ökologie“ wie dem auf das Jahr 2050 verschobenen „Versöhnungsnarrativ“ von der Leyens widerspricht, macht deutlich, dass Narrative ausgezeichnet dafür geeignet sind, die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen diskursiven Positionen zu führen.

Narrative und die Markierung konträrer diskursiver Positionen

Damit soll die theoretischen Überlegungen dieses Kapitels abschließend die soeben angesprochene Relevanz von Narrativen für die Markierung unterschiedlicher diskursiver Positionen weiterführend aufgegriffen werden. Gardinger et al. (2014: 71) weisen in diesem Zusammenhang auf den Unterschied zwischen der Annahme „kampffertiger Akteure“ im Rahmen starrer „Akteursmodelle“ und der Rolle politischer Agent*innen im Rahmen diskursiver Verteilungskämpfe hin. Konkret schreiben sie im Hinblick auf die Rolle von Narrativen in solchen politisch-öffentlichen Zusammenhängen:

„Der Narrativbegriff ordnet sich [...] in ein Verständnis von Politik ein, das nicht auf materielle Verteilungskonflikte beschränkt ist, sondern ihre Einbettung in die allgemeineren Kämpfe um Artikulationschancen im Fokus hat. Allerdings werden diese Kämpfe nicht aus der Perspektive kampffertiger Akteure rekonstruiert, da theoretisch vorgefertigte Akteursmodelle die kreativen, umstrittenen und oftmals destruktiven Formierungsprozesse realer, um Deutungssicherheit und -macht bemühter Akteure in konkreten Handlungssituationen ausblenden.“

Bezieht man diese Überlegungen sowohl auf das Programm des Green Deals als auch auf die zitierten Positionen von Weber und Baerbock, so lässt sich trotz aller Selektivität der Beispielauszüge festhalten, dass die Bezugsgröße von Weber und Baerbock zunächst einmal das Narrativ des Green Deals ist, mit dem behauptet wird, dass ein nachhaltiger Umbau der europäischen Wirtschaft zum Nutzen aller Europäer*innen bis 2050 möglich ist, ohne vom Konzept des wirtschaftlichen Wachstums Abstand zu nehmen. So heißt es in der bereits zitierten Erklärung der EU-Kommissionspräsidentin hinsichtlich ihres „Fahrplans“ für die Europäische Gemeinschaft zur Umsetzung einer „vision for a climate neutral continent“ an anderer Stelle:

„I am convinced that the old growth-model that is based on fossil-fuels and pollution is out of date, and it is out of touch with our planet. The European Green Deal is our new growth strategy – it is a strategy for growth that gives more back than it takes away.“

Dieses Zitat verweist auf einen konstitutiven Gegensatz zwischen einem „alten“ und einem „neuen“ Wachstumsmodell, das kohärent anschlussfähig sei an die Idee der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie (im Gegensatz zum Kampf der Ökonomie gegen die Ökologie). Dieser Gegensatz wird im zweiten Satz des zitierten Auszugs aufgegriffen, um das alte Wachstumsmodell bildlich anschlussfähig an fossile Rohstoffe und Abgase zu koppeln und sie damit negativ zu bewerten, und dem ein neues Wachstumsmodell gegenüberzustellen, das „mehr zurückgibt, als es wegnimmt“. Jenseits der erneuten bildlichen Unschärfen des von Ursula von der Leyen hier positiv bewerteten Gegenkonzepts² ist für die vorliegende Argumentation entscheidend, dass im Rahmen des vorhergehenden Zitats zwar narrativ Teilelemente (Oppositionspaar und bildliche Ausdifferenzierung) aufgegriffen werden und mit der Differenz zwischen einem „alten“ und einem „neuen“ Konzept zusätzlich eine temporale Perspektive angedeutet wird, aber dies nur fragmentarisch geschieht, da sowohl ein konkreter Zeitpunkt und Ort einer Handlung fehlen als auch konkrete Agent*innen. Es fehlen handlungsauslösende Elemente und ausgetragene Detailkonflikte.

Letztere finden sich nun aber im Zusammenhang mit den politischen Auseinandersetzungen um die Umsetzung des Green Deals, die exemplarisch in den Zitaten des Beitrags aus der FAZ ausgewählt wurden: So grenzt sich Weber in Anbetracht der Corona-Situation im Frühsommer 2020 dezidiert vom „Versöhnungsnarrativ“ des Green Deals ab, indem er ein anderes Narrativ bemüht, das der Ökonomie Vorrang vor der Ökologie einräumt. Aus der Perspektive dieses Narrativs ist es entscheidend, dass Weber nicht nur den metaphorischen Kern des Green Deals modifiziert, indem er mit der Metapher einer „stabilen Industrie“ Fragen der Ökonomie dominant setzt, sondern er grenzt sich auch von den Zeitvorgaben des Green Deals ab, indem er seine Realisierung prinzipiell von der wirtschaftlichen Situation abhängig machen will.

Beide genannten Narrative ermöglichen es wiederum hieran anschließend Baerbock, das Narrativ des Green Deals aufzugreifen und es bezogen auf die Corona-Krise und die im Sommer 2020 (Zeitpunkt: jetzt, nicht erst 2050) beschlossenen Finanzhilfen dahingehend umzuschreiben, dass die coronabedingten Finanzhilfen der EU nachhaltig gewährt werden („Die Milliarden, die jetzt angesichts der Corona-Pandemie in Europa in die Hand genommen würden, müssten nachhaltig investiert werden.“). Hiermit widerspricht sie nicht nur Weber, der jegliche konkrete Zeitperspektive ablehnt, sondern auch dem Zielzeitpunkt des Green Deals von 2050. Darüber hinaus plädiert sie mit ihrer Äußerung zusätzlich implizit dafür, nicht die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie zu fordern, sondern Fragen der Ökologie wirtschaftlichen Fragen überzuordnen.

Insgesamt liegen somit drei verschiedene Narrative vor, die zum Zweck der politischen Positionierung aufgegriffen wurden, um die eigene diskursive Position in Abgrenzung zu der der politischen Gegner*innen und deren Narrativen zu markieren. Dabei ist festzuhalten, dass diese disputierende Nutzung von Narrativen im vorliegenden Beispiel nicht nur keinen Zweifel an ihrer argumentativ abgrenzenden Funktion lässt, sondern dass das punktuelle Referieren auf situationsübergreifend gültige Narrative den argumentativen Gehalt der Äußerung bildlich-metaphorisch stützt, ohne dass das Narrativ weiter erzählerisch ausdifferenziert werden muss. Für konkrete politische Akteur*innen ist diese Feststellung entscheidend, weil sie die Annahme nahelegt, dass die Möglichkeit der Durchsetzung eigener politischer Positionen

² Diese Unschärfen sind übrigens nicht als „Fehler“ zu begreifen, sondern sie bilden – wie am Versöhnungsnarrativ bereits erläutert – eine Voraussetzung für die schnelle Verstehbarkeit von metaphorischen Symbolen und Narrativen.

nicht unerheblich von der Existenz spezifischer Narrative inklusive deren sprach-bildlicher Ausdifferenzierung abhängt.

Damit wird es im nächsten Kapitel darum gehen, die bisherigen Überlegungen zur Funktion von Narrativen exemplarisch am Beispiel der Kampagne des BMU aus dem Jahr 2020 (BMU 2020a, b, c) zum Zusammenhang zwischen dem Verlust der Artenvielfalt und dem Aufkommen von Pandemien zu analysieren, um auf diese Analyse aufbauend anschließend konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Effizienz von Kampagnen im Bereich des Naturschutzes durch den gezielten Einsatz von Narrativen zu machen.

Artenschutz und Pandemie – Möglichkeiten des strategischen Einsatzes von Narrativen am Beispiel des „Zoonose-Narrativs“

Am 2. März 2020, zu Beginn der Corona-Pandemie, wies das Bundesumweltministerium unter Leitung von Svenja Schulze im „Anschluss an ein Treffen mit Wissenschaftler*innen“ in einer Presseerklärung darauf hin, dass ein engagierterer weltweiter Naturschutz die Gefahr von Pandemien in der Zukunft verringern könne. Hintergrund dieser Erklärung war die Annahme, dass „die Übertragung von Krankheiten [aus dem Tierreich; D. M.] auf den Menschen wahrscheinlicher wird, wenn Ökosysteme durch menschliche Eingriffe aus dem Gleichgewicht geraten“ (BMU 2020a). Als Beleg wurden pandemische Krankheiten wie HIV, Ebola, Influenza, MERS oder SARS genannt. Schulze wird in der Presseerklärung mit folgenden Worten zitiert:

„Jetzt ist die Zeit für akute Krisenbekämpfung [gemeint war die Coronakrise; D.M.]. Aber es wird eine Zeit nach der Pandemie geben. Spätestens dann sollten wir die Ursachen dieser Krise verstanden haben, um für die Zukunft besser vorsorgen zu können. Die Wissenschaft sagt uns, dass die Zerstörung von Ökosystemen Krankheitsausbrüche bis hin zu Pandemien wahrscheinlicher macht. Das zeigt: Die Naturzerstörung ist die Krise hinter der Coronakrise. Umgekehrt gilt: Gute Naturschutzpolitik, die vielfältige Natursysteme schützt, ist eine wichtige Gesundheitsvorsorge gegen die Entstehung neuer Krankheiten. Ich würde es begrüßen, wenn der Weltbiodiversitätsrat den globalen Wissensstand zu diesen Fragen sammelt, aufbereitet und der Politik weltweit zur Verfügung stellt. Denn die Weltgemeinschaft hat nach der Pandemie die Chance, eine neue globale Biodiversitätsstrategie zu beschließen – und so zu zeigen, dass sie aus der Pandemie der Vergangenheit gelernt hat.“

Dies ist nicht der Ort, um über die formulierte Diagnose selbst zu sprechen (vgl. dazu Berger et al. i. d. Bd.; BMU 2020b, c). Vielmehr wird es mir im Folgenden darum gehen, das Narrativ zu analysieren, das in dem vorhergehenden Zitat Schulzes aufgebaut wird. Dazu soll zunächst erneut der zitierte Auszug der Presseerklärung auf die genutzten narrativen Elemente hin betrachtet werden:

Narrative Elemente	Narrative Realisierung im Diskurs
Zeitpunkt der (avisierten) Handlung	nach der Corona-Pandemie
Ort der Handlung	die Welt (allgemein), speziell aber Afrika und Asien
Akteur*innen	Umweltministerin; Wissenschaft; Weltbiodiversitätsrat; Weltgemeinschaft (der Zukunft)
erzählerisch aufbereitete Gegensatzpaare	Corona-Pandemie (der Gegenwart) vs. Bekämpfung des Artensterbens (in der Zukunft); aktive Zerstörung der Biodiversität durch den Menschen vs. erfolgreiche Gesundheitspolitik
Auflösung der Gegensätze	Gesundheitsschutz durch Naturschutz; Pandemie als Folge der Naturzerstörung; Informationsbeschaffung des Weltbiodiversitätsrats
(avisierte) handlungsrelevante Veränderung	aus den Erfahrungen der aktuellen Pandemie lernen; wissenschaftliches Wissen
Metaphern/bildliche Elemente	Krankheitsausbrüche; Naturzerstörung; Corona-Pandemie

Bezüglich des Zeitpunkts konkreter Maßnahmen geht Schulze in der zitierten Passage davon aus, dass die Lösung des angesprochenen Problems des Überspringens von Viren aus dem Tierreich auf den Menschen (sogenannte Zoonosen) nicht in der Gegenwart erfolgen wird, sondern zu einem nicht näher bestimmten Zeitpunkt nach der Pandemie („eine Zeit nach der Pandemie“). Auch wenn diese Argumentation eines (späteren) Lernens aus der (Corona-)Krise in den hegemonialen Medien des ersten Jahres der Pandemie sehr verbreitet war (vgl. Meer 2020), so ist dies dennoch kein Hinweis auf die Effektivität einer solchen Strategie. Vielmehr muss man sich hier fragen, ob nicht gerade die Vertagung eines aktuellen Problems auf die Zukunft per se die Wahrscheinlichkeit der politischen Entschärfung der eigenen Diagnose beinhaltet. In jedem Fall schwächt sie die Dringlichkeit der Handlungsnotwendigkeit ab.

Betrachtet man hieran anschließend den erzählten „Ort“ dieses Narrativs, so bleibt dieser teils bildlich vage, die Welt ganz allgemein, teils – wenn man die erwähnten Krankheiten HIV, Ebola, MERS oder SARS mitberücksichtigt – handelt es sich aus deutscher Perspektive um wenig vertraute, möglicherweise eher als beängstigend konnotierte Orte in Afrika und Asien (die hier nicht explizit erwähnten Wildmärkte). Diese Strategie, über Klimawandel bzw. den Verlust der Artenvielfalt am Beispiel von weit entfernten Orten zu berichten, rekuriert auf ein in den deutschen Medien verbreitetes Narrativ (vgl. Meer, Roos & Susteck i. Vorb.). Dabei muss diesem Narrativ eines „weit entfernt stattfindenden Klimawandels und Artensterbens“ im Anschluss an Lamb et al. eine Klimamaßnahmen verzögernde *delay*-Wirkung zugeschrieben werden, da ein solches Narrativ die Aufmerksamkeit von der Notwendigkeit politischen Handels im eigenen Land ablenkt, indem es auf die Verantwortung dritter Parteien an anderen Orten verweist (Lamb et al. 2020).

Aufbauend auf die bisherigen Beobachtungen, dass sowohl Zeit als auch Ort der von der Presseerklärung aufgerufenen Bilder im analysierten Zitat vage bleiben bzw. Distanz herstellen, lässt sich zusätzlich herausstellen, dass auch die handelnden Instanzen (Agent*innen) des Narrativs im Rahmen des vorliegenden Zitats wenig prägnant werden: Als für die Zukunft avisierter Handlungsträger der Problemlösung werden die „Wissenschaft“, der „Weltbiodiversitätsrat“ und die „Weltgemeinschaft“ genannt. Auf der Ebene der Lösung des Problems von Zoonosen wird somit auf Kollektive verwiesen, die entweder als amorphe Gruppe (Wissenschaft, Weltgemeinschaft der Zukunft) oder als medial weitgehend unbekannte Größen (Weltbiodiversitätsrat) kaum geeignet waren, an das vorhandene Wissen deutscher Rezipient*innen anzuschließen.

Einige der angeführten Überlegungen gelten gleichermaßen auch für die durch das Narrativ aufgerufenen Gegensätze zwischen Corona-Pandemie und Artensterben einerseits und Biodiversität und Gesundheitspolitik andererseits. Narrativ anschlussfähig waren dabei in einer Zeit der (Corona-)Krise vermutlich nur die Hinweise auf die Corona-Pandemie und die damit verbundene Gesundheitspolitik, wohingegen (bildlose) Abstrakta wie das Artensterben und der Biodiversitätsverlust im allgemeinen Rauschen der pandemiebedingten Krisenzeit vermutlich kaum anschlussfähig waren. Dies gilt umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass die kommunizierte Lösung des beschriebenen Problemzusammenhangs zwischen dem Artenrückgang und der Entstehung von Pandemien in der „Informationsbeschaffung durch den Weltbiodiversitätsrat“ bestehen sollte, Handlungen also, die mit den lebensweltlichen Zusammenhängen der adressierten Bürger*innen keinen erkennbaren Zusammenhang aufwiesen.

Damit lässt sich aus narrativer Perspektive festhalten, dass der Hinweis auf den Zusammenhang zwischen dem Verlust an Biodiversität und dem Aufkommen von Pandemien aus wissenschaftlicher Sicht zwar sinnvoll, die Kampagne des BMU aus dem Jahr 2020 in der vorliegenden Form jedoch vermutlich wenig geeignet war, als narrative Intervention Breitenwirkung zu erzielen. Dies hatte seinen Grund vorrangig darin, dass die Diagnose nicht an lebensweltlich vertraute bzw. vorstellbare Instanzen deutscher Adressat*innen gekoppelt wurde und diesen keine konkreten Handlungsperspektiven für ihren eigenen Umgang mit Fragen des Artensterbens in Pandemiezeiten angeboten hat.

Auf diese Diagnose aufbauend soll es im nächsten Abschnitt um die Frage gehen, welche Rückschlüsse sich aus der analysierten Kampagne hinsichtlich der Frage des Einsatzes von Narrativen im Zusammenhang mit Themen des Biodiversitätsverlusts und des Artenschutzes ziehen lassen.

Eine narrative Perspektive auf Biodiversitätsverlust und Artenschutz

Die Frage, die in diesem Beitrag abschließend aufgegriffen werden soll, bezieht sich auf den strategischen Einsatz und die Ausgestaltung von Narrativen im Bereich des Artenschutzes allgemein. Auf der Grundlage der vorhergehenden Analyse ist hierbei die Feststellung leitend, dass nicht jede relevante wissenschaftliche Erkenntnis auch zu jedem Zeitpunkt geeignet ist, in Form von Narrativen Breitenwirkung zu erzielen. Schaut man aus dieser Perspektive auf während der Pandemie unstrittig erfolgreiche Narrative aus dem Bereich des Artenschutzes, so bieten sich neben der Fokussierung auf das Aussterben der Biene (s. o. das Zitat von Settele) zusätzlich vor allem Narrative im Umfeld des Urban Gardenings an. Ohne die Vielzahl unterschiedlicher Kampagnen aus diesen Zusammenhängen hier analysieren zu können, soll gefragt werden, was diese Kampagnen aus strategischer Sicht von der im letzten Kapitel analysierten BMU-Kampagne unterscheidet:

1. **Lebensweltliche Nähe:** Zunächst einmal fällt gerade im Kontrast zum Zoonose-Narrativ die lebensweltliche Nähe der beiden genannten Narrativ-Domänen auf. So setzen Kampagnen in beiden Bereichen zwar bei Defiziterfahrungen in der eigenen Lebenswelt an (Bienen- und Insektensterben, Ernährungsdefizite, Bewegungsdefizite u. a.), bieten jedoch vergleichsweise einfach zu realisierende positive Gegenentwürfe an. Auch wenn die gefühlte Verbundenheit mit naturnahen Praktiken teils eher auf eine kulturell vermittelte als auf eine tatsächlich erlebte Nähe verweist, so ändert dies nichts daran, dass die narrativ angebotenen Lösungen einen im eigenen Alltag unmittelbar erfahrbaren Mehrwert beinhalten: der Besuch beim Imker, die Nutzung von Imkerhonig, das Aussähen wilder Blumen im eigenen Garten, das Gärtnern auf dem eigenen Balkon oder im (Gemeinschafts-)Garten.

2. **Individuelle Überprüfbarkeit des Mehrwerts:** Entscheidend für den mit diesen Aktivitäten verbundenen Mehrwert ist die Tatsache, dass die angebotenen Aktivitäten sowohl körperliches Wohlbefinden wie zusätzlich Gemeinschaftserfahrungen im öffentlichen Raum bzw. in der Natur ermöglichen. Dabei stellt sich der Mehrwert der beschriebenen Erfahrungen relativ unmittelbar ein und ist außerdem in seiner Wirkung individuell überprüfbar.
3. **Positive Erfahrungen:** Von besonderer Bedeutung für die behauptete positive Wirkung war dabei vor dem Hintergrund der pandemischen Ausnahmesituation die körperliche Komponente der Aktivitäten. Sowohl der Besuch beim Imker wie das Gärtnern konnten vor dem Hintergrund der Vielzahl pandemischer Reglementierungen potenziell als Formen individueller Selbstermächtigung erlebt werden. Diese Aktivitäten stellten trotz der Pandemie frei zu wählende Alltagspraktiken dar und konnten gerade auch deshalb als freiwillige Investition und nicht als erzwungener Verzicht erlebt werden.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Es soll nicht behauptet werden, dass der Verlust an Biodiversität mit individuellen Maßnahmen wie dem Anpflanzen von Gemüse in einem öffentlichen Garten aufgehoben werden kann. Was aber behauptet werden soll, ist die Tatsache, dass eine Gesellschaft, die sich für mehr Artenschutz einsetzen soll, Erfahrungen mit den Folgen eigenen Handelns für Fragen des Artenschutzes machen muss. Darüber hinaus soll jedoch zusätzlich behauptet werden, dass Narrative, die politisch erfolgreich sein wollen, gut daran tun, die soeben angeführten Bedingungen des Glückens von Narrativen zu berücksichtigen. Diese Argumentation gewinnt dadurch an Gewicht, dass dem analysierten Zoonose-Narrativ eben genau diese Merkmale fehlen. Es ist kaum anschlussfähig an Erfahrungen der deutschen Lebenswelt, es kann nicht an individuelle Anschlusshandlungen gekoppelt werden und ermöglicht keine positiven Folgeerfahrungen, sondern ruft eher zu Reglementierungen bzw. Verboten gegenüber Dritten auf.³ Darüber hinaus entzieht es sich der Überprüfbarkeit, wenn die Verantwortung auf abstrakte Institutionen verlagert wird.

Diese Überlegungen zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bezugnahme auf Bereiche der eigenen Lebenswelt oder des eigenen Handelns bei der Konstruktion von Narrativen von entscheidender Relevanz ist. Zusätzlich muss die positive Perspektivierung der gewählten Narrative berücksichtigt werden. Diese Annahmen werden anhand der in diesem Beitrag entwickelten theoretischen Überlegungen dadurch unterstützt, dass in diesen kontinuierlich die Bedeutung von bildlichen bzw. sprach-bildlichen Elementen herausgestellt wurde. Dass positiv besetzten Bildern somit eine besondere Wirksamkeit zukommt, belegt u. a. auch die seit etwa einem Jahr zu beobachtende Anzahl von lokal verorteten Fotos in deutschen Medien, die ihren Ursprung nicht selten im Bereich des Urban Gardenings haben (vgl. Abb. 1).

³ An dieser Stelle positionieren sich Vertreter*innen der Welthungerhilfe eindeutig, indem sie herausstellen, dass es aus ihrer Perspektive darum geht, die internen Kontrollmechanismen von Wildtiermärkten zu unterstützen und nicht die Märkte zu verbieten. Dies würde die für die Versorgungssituation der Bevölkerung hochrelevanten Märkte lediglich in die Illegalität verlagern (Schillinger & Roesel 2020).



Quelle: WAZ, 14.07.2021, Bochum

Abb. 1: WAZ, 14.07.2021

Anhand von Fotos wie diesem zeichnet sich eine deutliche Tendenz ab, lokal aufgenommene Bilder einzusetzen, die den Nutzen von Natur für den eigenen Alltag verdeutlichen. Hierbei kann man vor dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen unterstellen, dass derartige Bilder von erlebbaren Mensch-Natur-Zusammenhängen möglicherweise bereits in sich ein handlungsrelevantes Potenzial enthalten.

Damit soll abschließend die Frage aufgegriffen werden, welche Chancen das analysierte Zoonose-Narrativ prinzipiell gehabt hätte, die entwickelten Bedingungen des Glückens von Narrativen zu erfüllen. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Überlegungen hätte es vermutlich nur eine Möglichkeit gegeben: Es hätte gelingen müssen, die Relevanz von Zoonosen vor dem Hintergrund der eigenen Massentierhaltung bzw. fleischverarbeitenden Industrie in Deutschland und der damit verbundenen Verbreitung von (pandemischen) Krankheiten zu thematisieren und narrativ auszuarbeiten. Im Sinne der vorhergehenden Ausführungen wäre es dabei allerdings unbedingt notwendig gewesen, solche Überlegungen an positiv perspektivierte narrative Konzepte zu koppeln, die die Vorteile einer tendenziell nichtkarnivoren Ernährung für die eigene Gesundheit in den Mittelpunkt gerückt hätten. Vielleicht mit dem Narrativ „Mangold meets Massentierhaltung“.



Abb. 2: WAZ, 26.10.2021

Literatur

- Arnold, M.; Dressel, G. & Viehöver, W. (Hrsg.) (2012): Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse. Wiesbaden.
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) (2020a): Weltweiter Naturschutz kann Risiken zukünftiger Pandemien verringern (PM v. 02.04.2020); online abrufbar unter: <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-weltweiter-naturschutz-kann-risiko-kuenftiger-seuchen-verringern> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) (2020b): Pandemievorsorge braucht engagierten Natur- und Artenschutz; online abrufbar unter: <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-pandemievorsorge-braucht-engagierten-natur-und-artenschutz> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) (2020c): Neuer Bericht des Weltbiodiversitätsrats belegt Zusammenhang von biologischer Vielfalt und Pandemieprävention; online abrufbar unter: <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-was-gegen-naturzerstoerung-hilft-hilft-auch-gegen-entstehung-neuer-pandemien> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- EGD (European Green Deal) (2019): Press remarks by President von der Leyen on the occasion of the adoption of the Euro-pean Green Deal Communication; online abrufbar unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_19_6749 (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Espinosa, C. & Pregernig, M. (2017): Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung. Zwischenbericht. Freiburg.
- Gadinger, F.; Jarzebski, S. & Yildiz, T. (2014): Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie. – In: Gadinger, F.; Jarzebski, S. & Yildiz, T. (Hrsg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden: 3–38.
- Gurtler, K. & Rivera, M. (2019): New Departures – Or a Spanner in the Works? Exploring Narratives of Impact-Driven Sustainability Research. – In: Sustainability 11(22): 6506. doi:10.3390/su11226506.

- Klein, C. & Matinéz, M. (2009): Wirklichkeitserzählungen. Felder, Formen und Funktionen nicht-literarischen Erzählens. Stuttgart/Weimar.
- Koschorke, A. (2012): Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer allgemeinen Erzähltheorie. Frankfurt a. M.
- Lamb, W. F.; Mattioli, G.; Levi, S.; Roberts, T.; Capstick, S. et al. (2020): Discourse and Climate Delay. – In: *Global Sustainability* 3: e17. doi:10.1017/sus.2020.13.
- Link, J. & Parr, R. (1990): Semiotik und Interdiskursanalyse. – In: Bogdal, K.-M. (Hrsg.): *Neue Literaturtheorien. Eine Einführung*. Göttingen: 108–133.
- Mackenthun, G. (2010): Von Hybriden und Geisterschiffen. Metaphern im postkolonialen Wissenschaftsdiskurs. – In: Junge, M. (Hrsg.): *Metaphern in Wissenskulturen*. Wiesbaden: 123–139.
- Meer, D. (2020): Kommunikation von ökologischer Nachhaltigkeit Zur Funktion von Analogiebehauptungen im Rahmen der Klima-Corona-Krise. – In: *kultuRRevolution* 79: 92–104.
- Meer, D.; Roos, M. & Susteck, S. (i. Vorb.): Das „Herz der Europapolitik“ und das Versöhnungsnarrativ des European Green Deals. Empirisch fundierte Überlegungen zum Begriff des Narrativs im Zusammenhang mit Fragen der Nachhaltigkeit.
- Parr, R. (1999): Mythische Narrationen und Kollektivsymbolik. – In: Grünzweig, W. & Solbach, A. (Hrsg.): *Grenzüberschreitungen: Narratologie im Kontext/Transcending Boundaries: Narratology in Context*. Tübingen: 247–261.
- Reisigl, M. (2020a): „Narrative! I can’t hear that anymore“. A linguistic critique of an overstretched umbrella term incultural and social science studies, discussed with the example of the discourse on climate change. – In: *Critical Discourse Studies* 18(3): 368–386.
- Reisigl, M. (2020b): Diskurse über Klimawandel – nichts als Geschichten? Ein sprachwissenschaftlicher Blick. – In: *OBST* 97: 39–76.
- Rivera, M. & Nanz, P. (2018): Erzählend handeln, Handeln erzählen: Fragen an Narrative nachhaltiger Entwicklung. – In: Bertelmann, B. & Heidel, K. (Hrsg.): *Leben im Anthropozän. Christliche Perspektiven für eine Kultur der Nachhaltigkeit*. München: 137–148.
- Schillinger, D. & Roesel, K. (2020): Verboten oder verbessern? Wildtiermärkte in der Pandemie. – In: *Klima & Ressourcen. Das Fachjournal der Welthungerhilfe* 8; online abrufbar unter: <https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/klima-ressourcen/traditionelle-wildtiermaerkte-in-der-pandemie> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Schmidt, O. & Rivera, M. (2020): No people, no problem. Narrativity, conflict, and justice in debates on deep-seabed mining. – In: *Geographica Helvetica* 75(2): 139–150.
- Settele, J. (2021): Die Triple Krise. Artensterben, Klimawandel, Pandemie. Warum wir dringend handeln müssen. Hamburg.
- Viehöver, W. (2008): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes. Der Klimadiskurs im Licht der narrativen Diskursanalyse. – In: Keller, R. et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. Bd. 2. Wiesbaden: 233–269.
- Viehöver, W. (2012). „Menschen lesbar machen“ – Narration, Diskurs, Referenz. – In: Markus, A.; Dressel, G. & Viehöver, W. (Hrsg.): *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse*. Wiesbaden: 65–134.

Kommunikation (in) der Krise Anmerkungen aus ethischer Perspektive

Uta Eser

Einleitung

Im Jahr 2015 habe ich im Auftrag des Bundesamts für Naturschutz das F+E-Vorhaben „Analyse und Entwicklung von Kommunikationsmaßnahmen zu ethischen Fragen im Umwelt- und Naturschutz“ (FKZ 3514 17 0100) durchgeführt. Dabei ging es um die Frage, wie man für Anliegen des Naturschutzes werben kann, ohne dabei belehrend oder bekehrend aufzutreten. Die Frage, welche Rolle ethische und moralische Aspekte in der Kommunikation spielen können, dürfen und müssen, stand im Mittelpunkt dieses Vorhabens. Die Ergebnisse des Projekts wurden in zwei BfN-Skripten publiziert:

- **Skript 437:** Jenseits von Belehrung und Bekehrung: Wie kann Kommunikation über Ethik im Naturschutz gelingen? Dokumentation des gleichnamigen Workshops am 8./9. Oktober 2015 (Eser 2016a);
- **Skript 443:** Naturschutz, Kommunikation und Ethik: Brücken bauen zwischen Theorie und Praxis. Eine Einführung in die ethischen Grundlagen der Naturschutzkommunikation mit Impulsen für die Praxis (Eser 2016b).

Einige der Befunde und Überlegungen, die aus dem damaligen Projekt hervorgegangen sind, scheinen mir für die Fragestellung des Workshops „Biodiversitätsverlust, Klimawandel und Covid-19-Pandemie“ am 30. Juni 2021 ebenfalls relevant, ging es doch dort nicht zuletzt um die Entwicklung einer erfolgversprechenden Kommunikationsstrategie. Auf drei Stichworte möchte ich im Nachgang zum Workshop kurz eingehen:

- Moralisierung des Diskurses,
- Krise hinter der Krise,
- Nützlichkeitsnarrativ.

Moralisierung des Diskurses

Im Hinblick auf die Krisenkommunikation wurde bei dem Workshop vor einer Moralisierung des Diskurses gewarnt. Diese Warnung ist sehr verbreitet. Immer wenn es bei gesellschaftlichen Kontroversen heftig zugeht – z. B. bei der Anwendung der Gentechnik, dem Ausbau der Windenergie oder der Zukunft der Landwirtschaft – ist mit ihr zuverlässig zu rechnen. Unterschwellig schwingt dabei die Unterstellung mit, eine reine Sachfrage werde in unzulässiger Weise moralisch aufgeladen und so zu einer Frage von „Gut“ und „Böse“ gemacht. Man müsse, heißt es dann oft, die Diskussion „versachlichen“. Auch in der strategischen Kommunikation gehört die Warnung vor der „Moral“ zum Standardrepertoire. „Wirkungsvolle Naturschutzkommunikation macht Naturschutz zu einem attraktiven Angebot. Alarmisierung, Weltuntergangsszenarien, Moralisieren schrecken jedoch ab und wecken allenfalls kurzfristige Aufmerksamkeit“, heißt es beispielsweise im Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation (Schreiner 2007: 393).

Dem Mythos „Moral schreckt ab“ ist in meiner o. g. Einführung in die ethischen Grundlagen der Naturschutzkommunikation (Eser 2016b) ein ganzes Kapitel gewidmet, dessen Kernbotschaften ich hier noch einmal in Erinnerung rufen möchte:

- Es ist wichtig, zwischen **moralischer Kommunikation** und **Kommunikation über Moral** zu unterscheiden (Daele 2001).
- **Moralische Kommunikation** missachtet die gebotene Trennung von Person und Position. Nicht die Position des anderen wird mit Gründen infrage gestellt, sondern seine persönliche Integrität. Das ist nicht nur unzulässig, sondern auch kontraproduktiv: Wer sich in seiner moralischen Integrität infrage gestellt sieht, beendet das Gespräch.
- Im Unterschied dazu bezieht sich die **Kommunikation über Moral** ausdrücklich auf die inhaltliche Ebene. Sie erkennt an, dass in Konflikten eben nicht nur die Tatsachen strittig sind (also die Frage, ob Aussagen des Gegenübers wahr oder unwahr sind), sondern auch die Werturteile und die moralischen Prinzipien, denen Menschen sich verpflichtet fühlen. Was man gut findet und was schlecht, was man für richtig erachtet und was für falsch, das sind Fragen, über die man sich verständigen kann und sogar sollte. Werte und Normen dürfen und müssen daher Gegenstand der Kommunikation sein.
- Die **Würde** aller Beteiligten muss auch in der Kommunikation über ethische Fragen selbstverständlich immer gewahrt bleiben. Es geht nie um die Frage, ob jemand gut oder böse ist, sondern immer nur darum, welche Handlungen richtig oder falsch und welche Haltungen wünschenswert oder nicht wünschenswert sind.

Die Krise hinter der Krise

„Jetzt ist die Zeit für akute Krisenbekämpfung. Aber es wird eine Zeit nach der Pandemie geben. Spätestens dann sollten wir die Ursachen dieser Krise verstanden haben, um für die Zukunft besser vorbeugen zu können. Die Wissenschaft sagt uns, dass die Zerstörung von Ökosystemen Krankheitsausbrüche bis hin zu Pandemien wahrscheinlicher macht. Das zeigt: Die Naturzerstörung ist die Krise hinter der Coronakrise. Umgekehrt gilt: Gute Naturschutzpolitik, die vielfältige Ökosysteme schützt, ist eine wichtige Gesundheitsvorsorge gegen die Entstehung neuer Krankheiten.“ (Svenja Schulze bei der Bundespressekonferenz am 02.04.2020, Quelle: BMU)

Diese Aussage der Bundesumweltministerin wurde im Laufe unseres Workshops mehrfach zitiert. Auch der Weltbiodiversitätsrat hat mittlerweile entsprechende Stellungnahmen abgegeben (IPBES 2020). Bei aller Sympathie für die Vorstellung, dass Naturschutz dem Wohlbefinden von Menschen dient: Die Gleichsetzung „gute Naturschutzpolitik = Gesundheitsvorsorge“ scheint mir zu einfach.

Zum einen möchte ich daran erinnern, dass noch nicht abschließend geklärt ist, ob die Pandemie tatsächlich ihren Ausgang in einer Zoonose, also im Übergang eines Erregers von einem Wildtier auf Menschen, hat. Die Hypothese, die Pandemie könne durch eine unbeabsichtigte Freisetzung aus einem Hochsicherheitslabor entstanden sein, in dem Gain-of-function-Forschung an Coronaviren betrieben wurde, ist noch bzw. wieder ernsthaft in der Diskussion (z. B. Segreto & Deigin 2021). In diesem Fall wäre nicht „mehr Naturschutz“ die richtige Antwort, sondern „weniger riskante gentechnische Forschung“.

Zum anderen würde ich das Verhältnis der beiden genannten Krisen nicht kausal verstehen, sondern sie als gleichursprünglich erachten. Alle drei im Workshop behandelten Krisen, die Klimakrise, die Biodiversitätskrise und die Covid-Krise wären dann als **Ausdruck ein und derselben Krise** zu verstehen, und zwar der Krise des globalen Wirtschaftssystems. Die Zerstörung von Ökosystemen ist Folge eines Wirtschaftsmodells, das kurzfristige Gewinne der langfristigen Überlebenssicherung überordnet. Das Gleiche lässt sich für die Krise unseres Gesundheitssystems und des weltweiten Klimasystems diagnostizieren: Ökonomische

Partialinteressen verhindern wirksame Maßnahmen zum Schutz des Gemeinwohls. Diese Sicht hätte den Vorzug, dass sie auch die beiden anderen Krisen mit in den Blick bekommen würde: die Finanzkrise und die Flüchtlingskrise. Während die sogenannte Triple-Krise (Settele 2020) nur diejenigen Krisen betrachtet, denen man weitgehend mit naturwissenschaftlicher Expertise begegnen kann, würde eine Kritik der hegemonialen Gesellschaftsordnung auch soziale und globale Ungleichheiten in den Blick nehmen können. Dies scheint mir umso wichtiger, als das BfN ja das Anliegen verfolgt, Naturschutz besser als bislang mit sozialen Fragen zu verbinden. Die Art und Weise, wie wir mit der Natur umgehen, spiegelt auch die Art und Weise, wie wir mit anderen Menschen umgehen. Es dominiert die Idee des Selbstinteresses, wie sie exemplarisch im Modell des *homo oeconomicus* zum Ausdruck gebracht wird. Menschen tun nur, was ihnen nutzt – das ist die diesem Modell zugrunde liegende Ideologie. Andere Motive wie Rücksichtnahme, Achtung oder Sorge gelten demnach als irrational. Teilt man die Diagnose, dass die Dominanz des Selbstinteresses ursächlich für die derzeitigen Krisen ist, dann hat dies Konsequenzen für die Therapie – und für die Kommunikation. Denn dann kommt man um ein Reden über ethische Fragen nicht länger herum – und darf auch die eigene Kommunikation nicht dem Nützlichkeitsdenken unterwerfen.

Nützlichkeitsnarrativ

Die Einführung von Berger, Frohn und Schell (siehe oben) wirft die Frage auf, „welche argumentative Strategie erfolgversprechend erscheint“ (S. 15), und schlägt vor, die Erzählung „eine Gesundheit von Mensch und Natur“ zu einem „alle drei Krisenlagen umfassenden Nützlichkeitsnarrativ fortzuentwickeln“ (S. 17). Beide, die Frage und der Vorschlag, bereiten mir aus ethischer Perspektive Unbehagen. In der oben genannten Einführung in die ethischen Grundlagen der Naturschutzkommunikation (Eser 2016b) gibt es zwei Kapitel, die dieses Unbehagen verständlich machen: „Zielgruppenorientierung“ (Kap. 7) und „Eigennutz“ (Kap. 8).

In der kritischen Auseinandersetzung mit dem Konzept der Zielgruppenorientierung habe ich den **Unterschied zwischen erfolgsorientierter und verständigungsorientierter Kommunikation** erläutert. Vom Standpunkt der (Diskurs-)Ethik dient Kommunikation der Verständigung. Diese kann nur funktionieren, wenn alle das sagen, was sie meinen, und auch meinen, was sie sagen. Für eine Weiterentwicklung des One-Health-Narrativs „eine Gesundheit von Mensch und Natur“ ist einzig und allein ausschlaggebend, ob es inhaltlich richtig ist. In den vielen Fällen, in denen menschliches und tierliches Wohlergehen und Ökosystemgesundheit im Einklang sind, ist es das zweifelsohne. Dass Menschen diese Botschaft gern hören, darf aber nicht dazu führen, dass man potenzielle Konflikte ausblendet. Die Gesundheit von Menschen, Tieren und Ökosystemen kann in einzelnen Fällen konfliktieren, beispielsweise bei der Ausweitung von Schutzgebieten (Eser 2021). Meines Erachtens lassen sich Hindernisse für eine ernsthaftere Natur- und Umweltpolitik nur verstehen, wenn man solche Konflikte betrachtet.

Strategische Kommunikation ist eine „erfolgskalkulierte Einflussnahme auf die Einstellungen des Gegenübers“ (Habermas 1995: 574). Diese mag im Rahmen der Werbung für bestimmte Produkte oder auch in Krisensituationen legitim sein. Wenn es jedoch darum geht, diskursiv zu klären, was Menschen für eine lebenswerte Zukunft halten, und welche Maßnahmen hierzu wünschenswert und legitim sind, ist ein verständigungsorientierter Ansatz unverzichtbar. Albrecht Müller schreibt dazu in seinem Beitrag „Naturschutzkommunikation zwischen

Strategie und Deliberation“: „Deliberation will im Gespräch die beste Lösung finden. Die Lösung kann somit noch nicht feststehen“ (Müller 2016:77).¹

Eine Fokussierung der Kommunikation auf Fragen der Nützlichkeit habe ich nicht nur im oben genannten Skript, sondern auch schon im Ethik-Gutachten „Klugheit, Glück, Gerechtigkeit“ (Eser, Neureuther & Müller 2011) kritisiert: Die derzeitige Dominanz des Klugheitsarguments (Natur schützen, weil es uns nützt) sollte, so habe ich dort argumentiert, gebrochen und durch eine ausdrückliche Beschäftigung mit Fragen des Glücks und der Gerechtigkeit ergänzt werden. Insofern bin ich vom Ziel eines „Nützlichkeitsnarrativs“ nicht überzeugt. Folgt man der Diagnose im vorigen Abschnitt, dass das Nützlichkeitsdenken selbst die „Krise hinter der Krise ist“, dann scheint mir fraglich, ob ein solches Ziel die geeignete Therapie ist.

Die Suche nach guten Argumenten für eine tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung, die Klimaschutz, Naturschutz und Gesundheitsschutz verbinden, ist eine wichtige und lohnende Aufgabe. Mein dringender Rat wäre, den Suchkorridor nicht vorschnell auf reine Nützlichkeitsargumente zu verengen.

Literatur

- Daele, W. van den (2001): Von moralischer Kommunikation zur Kommunikation über Moral. Reflexive Distanz in kommunikativen Verfahren. – In: Zeitschrift für Soziologie 30(1): 4–22.
- Eser, U. (Hrsg.) (2016a): Jenseits von Belehrung und Bekehrung: Wie kann Kommunikation über Ethik im Naturschutz gelingen? Dokumentation des gleichnamigen Workshops am 8./9. Oktober 2015. BfN-Skripten 437. Bonn.
- Eser, U. (2016b): Naturschutz, Kommunikation und Ethik: Brücken bauen zwischen Theorie und Praxis. Eine Einführung in die ethischen Grundlagen der Naturschutzkommunikation mit Impulsen für die Praxis. BfN-Skripten 443. Bonn.
- Eser, U.; Neureuther, A.-K. & Müller, A. (2011): Klugheit, Glück, Gerechtigkeit. Ethische Argumentationslinien in der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Naturschutz und Biologische Vielfalt 107. Münster.
- Eser, U. (2021): Mit Umweltethik gegen Pandemien? Zum Unterschied von Ethik und Politik. – In: GAIA 30(4): 223–226.
- Habermas, J. (1995): Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt a. M.
- IPBES 2020: Workshop Report on Biodiversity and Pandemics of the Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. Bonn.
- Müller, A. (2016): Naturschutzkommunikation zwischen Strategie und Deliberation. – In: Eser, U. (Hrsg.): Jenseits von Belehrung und Bekehrung: Wie kann Kommunikation über Ethik im Naturschutz gelingen? BfN-Skripten 337. Bonn: 77–84.
- Schreiner, J. (2007): Naturschutz in Deutschland. Ziele, Herausforderungen, Lösungen. – In: Michelsen & Godermann, J. (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis. 2., aktualisierte und überarb. Aufl. München: 387–396.
- Settele, J. (2020): Die Triple-Krise: Artensterben, Klimawandel, Pandemien: Warum wir dringend handeln müssen. Hamburg.

¹ Ein deliberatives Verständnis von Demokratie kommt in Krisensituationen offenkundig an seine Grenzen. Im Unterschied zur handlungsentlasteten ethischen Reflexion muss Politik unter Zeitdruck praktische Entscheidungen treffen und für deren Umsetzung werben. Dabei spielen neben dem (stets falliblen) Stand des wissenschaftlichen Wissens auch Fragen der gesellschaftlichen Akzeptanz eine Rolle. Im Idealfall müssten sich die getroffenen Entscheidungen jedoch auch mit guten Gründen als akzeptabel erweisen lassen.

Segreto, R. & Deigin, Y. (2021): The genetic structure of SARS-CoV-2 does not rule out a laboratory origin. SARS-COV-2 chimeric structure and furin cleavage site might be the result of genetic manipulation. – In: *BioEssays* 43(3): e2000240. doi:10.1002/bies.202000240.

Diskussion um die Triple-Krise – ein vorläufiges Fazit der Bonner Gespräche

Hans-Werner Frohn

Die Corona-Pandemie als „Risikopolitik im [akuten] Krisenmodus“ (Reckwitz) beanspruchte – mit Ausnahme der Zeit unmittelbar nach der Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz im April/Mai 2021 sowie dem Bundestagswahlkampf im Sommer/Frühherbst 2021 – seit März 2020 nahezu alle **gesellschaftlichen und politischen Aufmerksamkeitsressourcen**. Der Workshop zielte vor diesem Hintergrund darauf, ob und – wenn ja – wie es kommunikativ gelingen kann, den Klimawandel und den Biodiversitätsverlust als „Risikopolitik im Dauermodus“ (Reckwitz) auf den politischen und gesellschaftlichen Agenden der Pandemiediskurse zu halten. Dies kann, so die Grundannahme, nur gelingen, wenn man Synergien aufzeigen kann, die es erlauben, alle drei Krisenlagen ein Stück weiter einer Lösung zuzuführen. Im Zeitraum April bis Sommer 2020 war durch die damalige Bundesumweltministerin Svenja Schulze, den Weltbiodiversitätsrat und die Publikation von Josef Settele (2020) von der „Triple-Krise“ *Gesundheit* als das Tertium Comparationis, d. h. als gemeinsame Schnittmenge, ausgemacht worden.¹ Als kommunikatives Instrument böten sich Narrative rund um Gesundheit an.

In der Diskussion lehnten allerdings einige Teilnehmer*innen die Fokussierung eines Narrativs auf Gesundheit als zu eng ab. Der Aspekt des sozialen Zusammenhalts müsse unbedingt berücksichtigt werden. Noch weitgehender war die Forderung, sich von dem durch Schulze und Settele gesetzten Bild der „Todesursache“ Mensch, d. h. der Mensch als Auslöser der Krisen, wegzubewegen und sich stattdessen wieder an alten ökonomischen Diskursen zu orientieren, wonach der Kapitalismus sowohl die Natur als auch die Menschen ausbeute. Der Konflikt resultiere nicht aus dem Agieren „des“ Menschen, sondern aus dem Grundprinzip kapitalistischer Ökonomie. Einen Konfliktlösungsansatz böte die von den Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 mit ihren 17 SGD (Sustainable Development Goals). Nicht unbedingt im Widerspruch, aber zumindest in einem Spannungsverhältnis dazu steht allerdings, dass ökonomische Ausbeutungsnarrative in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich und politisch an Wirkkraft verloren haben.

Intensiv diskutierte die Runde darüber, ob eine alarmistische Kommunikation grundsätzlich abzulehnen sei. Die psychologische und sozialwissenschaftliche Forschung habe aufgezeigt, dass alarmistische Kommunikation kontraproduktiv sei, zu Verdrängung und Fatalismus führe; sie habe sich bisher nicht als Triebfeder zur Suche nach Lösungen erwiesen. Greta Thunberg bzw. die Fridays-for-Future-Bewegung habe diesen Lehrsatz aber – zumindest für große Teile der Gesellschaft – gleichsam außer Kraft gesetzt. Die von Thunberg geprägte und von der Bewegung aufgegriffene Forderung an die Politik, „Hört auf die Wissenschaft!“, setze dabei im Unterschied zum traditionellen Alarmismus darauf, dass sie Lösungen anbiete. In der „Hört auf die Wissenschaft“-Erzählung treten Thunberg bzw. die Friday-for-Future-Anhänger*innen als Agent*innen des Narrativs auf, während die Angehörigen der mittleren und älteren Generationen als Gegenagent*innen wirken. Handlungsrelevante Veränderungen basieren auf einer Gerechtigkeitsvorstellung, nämlich der intergenerationalen Gerechtigkeit. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimagesetz vom Ap-

¹ Da es sich um drei Krisen handelt, die etwas Gemeinsames aufweisen, könnte auch von einem Quartum Comparationis gesprochen werden.

ril 2021 lasse sich durchaus als Aufforderung lesen, das Gerechtigkeitsnarrativ zu Ende zu erzählen.

Das Fridays-for-Future-Narrativ weise also Lösungsvorschläge auf. Dieser Ansatz wurde auch mit „Kombipack aus Alarm und Lösung“ umschrieben. Teilnehmer*innen wollten diesen aber erweitert sehen, u. a. um Erzählungen von einer „lebenswerten Zukunft“. Dabei blieben die Vorstellungen dessen, wie die Lösungsansätze konkret auszugestalten seien, allerdings disparat. Sie reichten von dem Hinweis auf die SDGs bis zu regionalen/lokalen Exemplifizierungen, jeweils bezogen auf Zielgruppen (Personen).

Allerdings kritisierten etliche Diskussionsteilnehmer*innen die Fixierung der Fridays-for-Future-Erzählung auf die intergenerationelle Gerechtigkeit. Nicht nur hinsichtlich des Klimawandels gelte es, die intragenerationelle Gerechtigkeit gleichgewichtig in Narrativen zu berücksichtigen. Gerade für sozial weniger Betuchte müssten neue Klimaschutz-Erzählungen soziale Befürchtungen (Mietsteigerungen, erhöhte Lebensmittelkosten) aufgreifen und Lösungen anbieten, die den Eindruck vermittelten, dass die sozialen Kosten des Klimaschutzes intragenerationell gerecht verteilt würden. Dies sei notwendig, gerade um Populist*innen, die exakt bei diesen Befürchtungen ansetzten und die die Kosten des Klimaschutzes bereits in ihre Narrative von den vom Volk abgehobenen Eliten einbauten, keine Chancen zu bieten. Auch gelte es, die intragenerationelle Gerechtigkeit im Kontext von Stadt-Land-Konflikten im Blick zu haben. Dies betreffe nicht nur ein soziokulturelles und infrastrukturelles Gefälle, sondern auch den Naturschutz als Akteur, der auf dem Lande gern apodiktisch und von oben herab argumentiere bzw. agiere.

Kontrovers wurde auch darüber diskutiert, ob Narrative bei egoistischen oder altruistischen Motiven ansetzen sollten. Hinsichtlich des Gesundheitsaspekts wurde bestritten, dass ein an die Corona-Pandemie angepasstes Verhalten (AHA-Regeln, Impfen) daraus resultiere, dass man sich um die eigene Gesundheit, um das eigene Leben Sorge. Vielmehr hätten Bilder einer Kolonne von Leichenwagen in Bergamo aus der Frühzeit der Pandemie dazu beigetragen, sich der Pandemie angemessen zu verhalten, um so die in den Kliniken arbeitenden Menschen nicht zu überfordern. Im Mittelpunkt habe also gestanden, dass Einzelne ihren solidarischen Beitrag geleistet hätten. Zur Untermauerung einer altruistischen Motivlage wurde mit Analogien argumentiert: Raucher, die um die gesundheitlichen Risiken für ihre eigene Gesundheit wüssten, würden aus Rücksicht auf andere darauf verzichten, in Räumen zu rauchen, um andere nicht gesundheitlich zu beeinträchtigen. Kurzum, es wurde bestritten, dass Menschen nur dann handeln, wenn sie unmittelbar selbst betroffen sind. Wenn man ihnen aufzeigen könne, dass sie einen Beitrag dazu leisten könnten, ein Problem (mit) zu lösen, ließen sie sich motivieren. Dem wurde entgegengehalten, dass altruistisches Verhalten zwar in einer Nahwelt und bei konkreten Problemlagen greifen könne, die Bereitschaft jedoch abnehme, je weiter diese räumlich anzusiedeln seien. Dies habe sich sowohl bei Pandemien (Ebola, Weltmeisterschaft in Corona-Zeiten) als auch beim Klimawandel (Inselwelt im Pazifischen oder Indischen Ozean, Flussniederungen in Asien oder Afrika) gezeigt. Allerdings hätten repräsentative Umfragen im Kontext der Pandemie gezeigt, dass hinsichtlich der Gesundheit nicht automatisch von egoistischen Motivlagen ausgegangen werden könne. Es hätten sich auch prosoziale und altruistische Gründe ausmachen lassen.

Jenseits solcher Motivlagen warfen aber einige Teilnehmer*innen die Frage auf, ob sich die angesprochenen Konfliktlagen in Narrative übersetzen ließen. Viele der Gründe für den Biodiversitätsverlust oder den Klimawandel seien systemischer Art. Zu nennen sei hier beispielsweise die europäische Landwirtschaftspolitik, die hauptursächlich für den Rückgang der Artenvielfalt sei, oder das Festhalten an der Pendlerpauschaule, die nicht nur für den Verlust an Fläche, sondern auch für einen hohen CO_2 -Ausstoß und damit für den Klimawandel ver-

antwortlich sei. Wen könne man hier hinsichtlich der Narrative als Agent*innen ausmachen, wer sei der Handlungsträger möglicher Narrative? Potenziert wurde diese Problemstellung dadurch, dass Teilnehmer*innen davon abrieten, bei Konflikten die Gegenspieler zu personalisieren, also wenn ein Konflikt mit der Landwirtschaft auszutragen sei, dann seien nicht die Landwirt*innen als die Gegner*innen zu verstehen, der Konflikt bestehe vielmehr darin, dass ein Zielkonflikt bei den Abnehmer*innen landwirtschaftlicher Produkte darin bestehe, einerseits die Biodiversität erhalten, andererseits aber weiter billige Lebensmittel kaufen zu wollen.

So sehr solche Einwände diskursiv berechtigt sind, so lassen sie sich in das Grundprinzip von Narrativen kaum einpassen. Konflikte, Gegnerschaft bzw. Interessengegensätze sind notwendig, um überhaupt Narrative entwickeln und erzählen zu können. Der letztgenannte Einwand ließe sich zwar dahingehend auflösen, dass der Konflikt, die Gegnerschaft in den Menschen selbst begründet ist, es sich also um einen inneren Konflikt handelt. Daraus ließe sich aber nur ein innerer Monolog entwickeln. Narrative funktionieren nur, wenn sie auf Komplexreduzierungen aufbauen können. Gegen alle Ansätze, möglichst viele Aspekte in Narrativen zu berücksichtigen, spricht, dass sich diese nicht in die Grundstrukturen von Narrativen einpassen lassen. In diesem Kontext sei darauf verwiesen, dass es auch 30 Jahre nach dem Weltgipfel von Rio de Janeiro bis heute nicht gelungen ist, weder ein überzeugendes Nachhaltigkeits- noch ein Biodiversitätsnarrativ zu entwickeln bzw. zu etablieren.

Kurzum, Narrative folgen eigenen erzählerischen Gesetzen. Überträgt man die Diskussions Einwürfe, dann zeigt sich, dass der Ansatz, ein Gesundheitsnarrativ für alle drei Krisenlagen aufzuzeigen, an seine Grenzen hinsichtlich des Tertium Comparationis *Zoonosen* für die Pandemie und den Biodiversitätsverlust stößt. Ein solcher Ansatz bleibe bezogen auf die Handlungsträger, aber auch hinsichtlich des erzählerisch aufbereiteten Gegensatzpaares (Vordringen des Menschen in Naturräume, Übertragung der Viren) „furchtbar abstrakt“. Sinnvoller sei es, dies zumindest auf Deutschland mit dem Hinweis auf die in Baden-Württemberg angekommene asiatische Tigermücke, die Krankheiten übertrage, „näher heranzuholen“. Aber selbst dann bleibt das Problem, dass es einer Abstraktionsleistung bedarf, von der per Klimawandel eingewanderten Tigermücke auf die Pandemie zu schließen.

Aufgeworfen wurde schließlich noch die Frage, wer die Adressat*innen von zu entwickelnden Narrativen sein sollten. Sind es die Politiker*innen oder sind es anzusprechende ‚Normalbürger*innen‘, die zu Verhaltensänderungen motiviert werden sollen? Wer soll in den Narrativen als Akteur*in agieren? Repräsentative Umfragen zeigen, dass Wissenschaftler*innen eine neue Wertigkeit erfahren haben, und zwar quer durch alle soziokulturellen Milieus. Sollen sie nun die Akteur*innen sein, oder zumindest Helfer*innen im Sinne von Lieferant*innen valider Informationen?

Worin soll der für Narrative konstitutive, aber aufzulösende Gegensatz, worin sollen die handlungsrelevanten Veränderungen bestehen? Gerade anwesende Naturschützer*innen verwiesen darauf, dass im Naturschutz keine Einigkeit hinsichtlich der „großen“ Ziele bestünde, dass Zielkonflikte ausgeprägt seien. Dies zeige sich umso mehr, wenn man die Forderungen nach Lokal- und Regionalbezug ernst nehme: Welche Vorstellungen bestünden hinsichtlich der notwendigen Agrarwende, was heiße dies für einen konkreten Hof? Narrative funktionierten nur, wenn sie klare Bilder enthielten. Aber seien die Bilder und Metaphern, mit denen der Naturschutz gern arbeite („Im Frieden mit der Natur“, „Im Einklang mit der Natur“), nicht zu abstrakt? Was seien die Lösungsbilder – und sei man sich über die Lösung überhaupt im Naturschutz einig?

Das „eine“, alle drei Krisenlagen unter der Synergie Gesundheit firmierende, Narrativ wird es nicht geben können. Vielmehr müssten für viele Zielgruppen je eigene Narrative entwickelt

werden. Auch seien Sender bestimmten Zwängen ausgesetzt. Ministerien oder nachgeordnete Behörden müssten hinsichtlich der Narrative anders agieren als beispielsweise Verbände.

Ziel des Workshops konnte es nicht sein, konkrete Lösungen aufzuzeigen bzw. konkrete Narrative zu entwickeln, sondern sich in einem ersten Schritt mit konstitutiven Strukturprinzipien von Narrativen auseinanderzusetzen. Der Weltbiodiversitätsrat prognostiziert für die Zukunft immer wieder auf Zoonosen zurückgehende Pandemien. Deshalb gilt es schon jetzt, sich kommunikativ vorzubereiten. Narrative bieten hier einen Ansatz, nicht nur für die Krisenkommunikation, sondern auch für die generelle Kommunikation des Naturschutzes in die breitere Öffentlichkeit.

Keine Krise steht allein

Lars Berger und Christiane Schell

Im einleitenden Artikel zu diesem Skript wird die Frage gestellt, wie es gelingen kann, naturschutzrelevante Krisenlagen dauerhaft kommunikativ so zu platzieren, dass sie nicht in den politischen und gesellschaftlichen Diskursen „untergehen“. Es wird weiterhin die Frage nach Synergien gestellt, die es erlauben, alle drei hier behandelten Krisenlagen ein Stück weiter einer Lösung zuzuführen. „Krise“ wird verstanden als Höhe- oder Wendepunkt einer gefährlichen Konfliktentwicklung innerhalb eines Systems (vgl. Schmidt 2010). Vorausgegangen ist ihr eine massive und problematische Funktionsstörung über einen gewissen Zeitraum.

Bei dem Umgang mit den drei drängendsten Umweltkrisen unserer Zeit, dem Biodiversitätsverlust, dem Klimawandel – und der damit verbundenen Wasserkrise – und der Covid-19-Pandemie¹ ist es notwendig, sich nicht nur den Merkmalen und Konfliktentwicklungen einzelner (sozialer und ökologischer) Systeme zu widmen, sondern einen Fokus auf die daraus resultierenden Wechselwirkungen untereinander zu legen (Berger & Eser 2021).

Aus Sicht des Naturschutzes sind hierbei die Strukturmerkmale des sozialen Systems wesentlich, die das gesellschaftliche Naturverhältnis bestimmen und das durch gesellschaftliche Wahrnehmungen und Interpretationen definiert wird. Im Alltag zeigt es sich durch die vorherrschenden Produktions- und Konsummuster (Brand & Wissen 2018). Ein prototypisches Strukturmerkmal moderner Gesellschaften ist, dass sie sich nur dynamisch stabilisieren können (Reckwitz & Rosa 2021). Das bedeutet, dass sie ihre Struktur nur im Modus der Steigerung erhalten können. Sprich, sie sind auf stetiges (ökonomisches) Wachstum, (technische) Beschleunigung und (kulturelle) Innovationsverdichtung angewiesen, um ihren Status quo zu reproduzieren. Das hat zur Folge, dass Jahr für Jahr mehr (und das heißt schneller) produziert, mehr konsumiert und mehr distribuiert werden muss, wie auch immer dieses Mehr als Wertsteigerung genau realisiert werden mag.

Die so stetig gesteigerte kognitive, technische, ökonomische und politische „Verfügbarmachung“ von Welt und Leben äußert sich ganz konkret in zunehmender globaler wirtschaftlicher Aktivität in Form von weltumspannenden Lieferketten oder zunehmender weltweiter Mobilität und einer zunehmend global verbreiteten „imperialen Lebensweise“ (Brand & Wissen 2018). „Imperial“, da sie von der Illusion unbegrenzter Ressourcen (z. B. Lithium zur Herstellung von Akkumulatoren), Flächenverfügbarkeit (z. B. Urbanisierung), Arbeitskräfte (z. B. Billiglohnländer im globalen Süden) und Abfallsenken (z. B. CO₂-Immissionen²) geleitet wird. Das Merkmal der dynamischen Stabilisierung und das daraus resultierende gesellschaftliche Naturverhältnis moderner westlicher Gesellschaften bestimmen heutige Interaktionen mit ökologischen Systemen. Dieses Naturverhältnis ist ursächlich für die beschriebenen Krisenlagen. Legt man die gegebene Krisendefinition zugrunde, erlaubt dies den Schluss, dass unser gesellschaftliches Naturverhältnis bereits über einen „gewissen Zeitraum unter einer massiven und problematischen Funktionsstörung“ leidet. Die Korrektur einer solchen massiven Funktionsstörung erfordert eine „grundlegende, systemweite Reorganisation über technologische, wirtschaftliche und soziale Faktoren hinweg“, eine sozial-ökologische Transformation (IPBES 2019).

¹ Aktuelle politische Entwicklungen, wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, ereigneten sich nach der Fertigstellung des vorliegenden Textes.

² Im Naturschutz wird häufig der Ausdruck „Immissionen“ anstatt „Emissionen“ genutzt, um den Eintrag in das ökologische System zu betonen.

Die Reduktion des öffentlichen Diskurses auf singuläre Krisenereignisse, und, damit verbunden, deren kompetitive Position im Kontext öffentlicher und politischer Aufmerksamkeitsressourcen ist viel zu kurz gegriffen und nicht zielführend. Für den Umgang mit aktuellen und zukünftigen Krisen ist es zwar notwendig, aber unzureichend, einzelne Symptome, wie z. B. die Versiegelung oder Zerschneidung zusammenhängender Ökosysteme, zu reduzieren. Es bedarf eines grundlegenden Wandels unseres gesellschaftlichen Verhältnisses zur Natur, welches sich in unseren Alltagsroutinen des menschlichen Miteinanders, des Konsums und der Produktion äußert (vgl. Berger & Eser 2021, Kliem et al. 2019). Natur ist nicht nur als Ressource zu verstehen, sondern auch als ebenbürtiges und eigensinniges Gegenüber: Leibnath und Kolleg*innen (2021) argumentieren sogar, dass mit einer solchen Haltung der Achtung vor dem Anderen der Naturschutz dazu beitragen kann, nicht nur unsere Produktions- und Konsumweisen, sondern auch unseren Umgang miteinander grundlegend zu verändern. Dabei gilt es, die gesamte Vielfalt menschlicher Naturbeziehungen, wie z. B. emotionale, ästhetische, wissenschaftliche oder auch spirituelle Beziehungen in den Blick zu nehmen (Eser 2021).

Eine solche Forderung nach einem anderen gesellschaftlichen Naturverhältnis, weg von den anthropozentrischen Nützlichkeitsargumenten, erfährt eine zunehmende Prominenz in den laufenden Diskursen zu einer sozial-ökologischen Transformation (vgl. Rosa 2019; IPBES 2019). Hierbei stellt sich die Frage, inwieweit eine völlige Loslösung von Nützlichkeitsargumenten zur Legitimierung von Naturschutzpolitik bei sich verschärfenden Verteilungskämpfen um öffentliche Ressourcen zielführend ist? Bedarf es nicht vielmehr eines holistischen Ansatzes mit Argumenten zum Schutz der Natur um ihrer selbst willen UND des menschlichen Nutzens unter Zuhilfenahme der Vielfalt menschlicher Naturbeziehungen?

Erstmals im Jahr 2004 wurde im Rahmen der „Manhattan Principles“ der Ansatz der „Einen Gesundheit“ vorgestellt und diskutiert. Der über die Jahre anhaltende Diskurs führte 2019 zur Veröffentlichung der „Berlin Principles“ (Gruetzmacher et al. 2021). Ganzheitlich wird hier das gleichwertige Wohlergehen von Menschen, nichtmenschlichen Lebewesen und Ökosystemen als oberstes Ziel definiert. Begründet wird es zum einen mit den direkten Auswirkungen von Veränderungen ökologischer Systeme auf die menschliche Gesundheit, aber auch mit dem „Wohlergehen“ von Tieren und Ökosystemen um ihrer selbst willen. Dieser holistische Ansatz ermöglicht durch die Verschiebung des Fokus auf die systemischen Wechselwirkungen und die Anerkennung des Wohlergehens von nichtmenschlichen Lebewesen und ökologischen Systemen eine grundsätzliche Korrektur des gesellschaftlichen Naturverhältnisses.

Für die Zukunft des Naturschutzes impliziert dies eine Weitung des Selbstverständnisses und den Willen zur Integration mit anderen Handlungs-(Politik-)Feldern. Es reicht nicht aus, sich auf ökologische Veränderungsprozesse zu fokussieren. Erfolgreicher Naturschutz muss sich über die biologischen Fachgrenzen hinaus mit den das Naturverhältnis bestimmenden Strukturmerkmalen unserer Gesellschaft auseinandersetzen. Die dringende Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation und die damit verbundene Rolle des Naturschutzes beinhaltet Aspekte des gesellschaftlichen Miteinanders (soziale Fragen) und Fragen nach vorherrschenden Produktions- und Konsummustern. Sie lassen sich nicht ohne die Auseinandersetzung mit Verteilungsfragen, Wertediskussionen, wirtschaftlichem Wachstum und der damit einhergehenden dynamischen Stabilisierung menschlicher Gesellschaften diskutieren.

Bei der Konkretisierung dieses abstrakten Zielniveaus gibt es keinen Masterplan. Vielmehr wird sich eine sozial-ökologische Transformation in Teilschritten vollziehen, mit Fortschritten und Rückschlägen, voller Widersprüche, Konflikte und Lernprozesse. Nur mit einer Auswei-

tung des Naturschutzverständnisses und einer Kontextualisierung einzelner Naturschutzmaßnahmen im Diskurs über den grundlegenden Wandel kann zeitgemäßer Naturschutz zur Lösung immer drängenderer Krisenlagen beitragen.

Literatur

- Berger, L. & Eser, U. (2021): Naturschutz und Soziale Fragen: Theoretische Grundlagen. – In: Lars Berger (Hrsg.): Das Soziale im Naturschutz. Theorie – Praxis – Handlungserfordernisse. Bonn: 7–23.
- Brand, U. & Wissen, M. (2018): The limits to capitalist nature. Theorizing and overcoming the imperial mode of living. London.
- Eser, U. (2021): Mit Umweltethik gegen Pandemien? Zum Unterschied von Ethik und Politik. – In: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 30(4): 223–226. doi:10.14512/gaia.30.4.3.
- Gruetzmacher, K.; Karesh, W. B.; Amuasi, J. H.; Arshad, A.; Farlow, A. et al. (2021): The Berlin principles on one health – Bridging global health and conservation. – In: The Science of the total environment 764: 142919. doi:10.1016/j.scitotenv.2020.142919.
- IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) (2019): Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services; online abrufbar unter: <https://ipbes.net/global-assessment> (zuletzt eingesehen am 16.08.2022).
- Kliem, L.; Pentzien, J.; Baldauf, M.; Bidjanbeng, A.; Fehrenbach, H. et al. (2019): Sustainable Consumption for Biodiversity and Ecosystem Services. The case of cotton, soy and lithium. Bonn.
- Leibenath, M.; Eser, U.; Katz, C.; Kurth, M.; Ober, S. et al. (2021): Naturschutz in Zeiten sozial-ökologischer Transformationen: Triebkraft oder Getriebener? – In: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 30(3): 144–149. doi:10.14512/gaia.30.3.3.
- Reckwitz, A. & Rosa, H. (2021): Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie? Unter Mitarbeit von Martin Bauer. Berlin.
- Rosa, H. (2019): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin.
- Schmidt, M. G. (2010): Wörterbuch zur Politik. 3., überarb. und aktualisierte Aufl. Stuttgart.

Autor*innen

Dr. Lars Berger

Als Institutionenökonom wurde Lars Berger an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert. Vor dem Hintergrund extremer Umweltverschmutzung setzte er sich in seiner Forschung mit den Wechselwirkungen von sozialen und ökologischen Systemen auseinander. Als zentralen Mechanismus analysierte er hierbei die soziale Konstruktion individuellen menschlichen Verhaltens.

Seit 2016 arbeitet er als wissenschaftlicher Referent in der Abteilung für Grundsatzangelegenheiten des BfN an gesellschaftlichen Fragen des Naturschutzes. Hierbei befasst er sich mit sozialen Fragen wie Gerechtigkeit oder gesellschaftlichem Zusammenhalt, aber auch Faktoren individuellen Verhaltens vor dem Hintergrund transformativen Wandels. Darüber hinaus widmet er sich aktuellen Diskursen zu Themen wie Natur(schutz)-verständnisse, Bioökonomie oder sozialen Friktionen im Kontext zeitgemäßen Naturschutzes.

Dr. Anke Blöbaum

Anke Blöbaum ist Umweltpsychologin. Sie ist an der Universität Magdeburg in der Abteilung Umweltpsychologie im Bereich Forschung und Lehre tätig und leitet dort Forschungsprojekte zu den Themen Förderung umweltschonenden Verhaltens im Alltag, Transformation der Nachhaltigkeit und städtische Lebensqualität. Seit 2009 ist sie außerdem Geschäftsführerin der Firma Kon-sys in Köln.

Frau Blöbaum ist ausgebildete Mediatorin und Mitherausgeberin der Zeitschrift *Umweltpsychologie*.

Dr. Uta Eser

Uta Eser ist freiberufliche Expertin für praxisnahe Umweltethik (Web: www.umweltethikbuero.de). Seit 2010 berät sie das Bundesamt für Naturschutz hinsichtlich ethischer Dimensionen der Naturschutzkommunikation. Stationen ihrer wissenschaftlichen Laufbahn waren das Internationale Zentrum für Ethik in den Wissenschaften der Universität Tübingen (IZEW), das Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld (IWT), das History and Philosophy of Biology-Programm der UC Davis/Kalifornien sowie die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt (HfWU) in Nürtingen. Ihre Arbeitsgebiete sind Naturschutzethik und -kommunikation, Biodiversitätspolitik und die Rolle von Werten und Normen für eine sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.

Dr. Hans-Werner Frohn

Hans-Werner Frohn studierte Geschichte und Politologie. Nach verschiedenen größeren Ausstellungsprojekten arbeitet er seit 1998 als wissenschaftlicher Leiter, seit 2009 zusätzlich als Geschäftsführer der Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter. Sein Forschungsschwerpunkt ist die gesellschaftliche Akzeptanz des Naturschutzes. So leitete er Projekte zum konflikträchtigen Beziehungsfeld Naturschutz und Erholung bzw. Sport, zur Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen in Naturschutz und naturkundlichen Vereinen, zu Ausweisungen von Nationalparks sowie zur neuen Protestkultur. Seit einigen Jahren liegt sein Arbeitsschwerpunkt im Bereich Naturschutz und soziale Fragen bzw. Rechtsextremismus.

Prof. Dr. Dorothee Meer

Dorothee Meer ist Professorin an der Ruhr-Universität in Bochum im Bereich der Linguistik und Sprachdidaktik. Neben Schwerpunkten im Bereich der Gesprächsforschung, der Medienanalyse, der Werbekommunikation und der Diskursanalyse beschäftigt sie sich seit einigen Jahren mit Fragen der (politischen) Kommunikation von Nachhaltigkeit. Vor dem Hintergrund ihrer medienanalytischen Untersuchungen zu Fragen der Nachhaltigkeit ist sie bei den „Scientists for Future“ aktiv und bietet Fortbildungsveranstaltungen für Führungskräfte im Bereich der Nachhaltigkeit an.

Dr. habil. Fritz Reusswig

Fritz Reusswig ist seit 1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) im Forschungsgebiet Resilienz. Er studierte Soziologie und Philosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, wo er 1992 mit einer Arbeit über Hegels Begriff der Subjektivität promovierte. 2008 habilitierte er sich an der Universität Potsdam mit „Modern Lifestyles and Their Environment“. Er ist Lehrbeauftragter für Umweltsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen der gesellschaftliche Klimadiskurs und die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien auf kommunaler Ebene. Seit 2013 ist er an der Naturbewusstseinsstudie des BfN beteiligt.

Dr. Jürgen Rinderspacher

Jürgen Rinderspacher studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Theologie in Berlin. Er arbeitete als kirchlicher Sozialarbeiter, freier Publizist und Musikpädagoge. 1984 wurde er an der Freien Universität (FU) Berlin promoviert. Weiterhin war er tätig als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin, an der FU, an der Universität Münster und dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche in Westfalen. Seit 1978 erfüllt er Lehraufträge an den Universitäten Münster und Hannover, der FU-Berlin, der LMU München sowie an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin. Von 1992 bis 2009 war er u.a. am Sozialwissenschaftlichen Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland tätig.

Dr. Manuel Rivera

Manuel Rivera leitete am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam bis 2021 die Forschungsgruppe „Narrative und Bilder der Nachhaltigkeit“ mit einem Fokus auf wissenschaftliche und politische Nachhaltigkeitsdiskurse. Aktuell widmet sich der Soziologe, der 2015 über „Theater als politische Öffentlichkeit“ promoviert hat, mit seinem Team verstärkt den gesellschaftlichen Potenzialen künstlerischer Kommunikations- und Kooperationsformate. Vor seiner Zeit am IASS arbeitete Manuel Rivera u. a. für den Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung und das Netzwerk der Europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte. Er ist Mitglied in den wissenschaftlichen Beratungsgremien der deutschen Umwelt- und Naturbewusstseinsstudien.

Dr. Christiane Schell

Christiane Schell studierte Biologie und Ökologie an der Universität Bonn. Seit 1987 ist sie als wissenschaftliche Referentin im BfN in verschiedenen Aufgabenbereichen tätig; 2013 übernahm sie die Leitung der Abteilung Grundsatzangelegenheiten, Integrativer Naturschutz und nachhaltige Nutzung. Ihre aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind gesellschaftliche Fragen mit Naturschutzbezug wie die zweijährlich erscheinenden Naturbewusstseinsstudien, Natur- und Naturschutzverständnisse, Kommunikation, Bildung und Akzeptanz sowie gesellschafts-politische und strategische Themen im Naturschutzkontext.